

19. Sitzung

Mittwoch, den 13. März 2002

Mainz, Deutschhaus

Die Tagesordnung wird für die 21. Plenarsitzung am Freitag, dem 15. März 2002, um den Punkt „Bestätigung und Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung“ ergänzt.....1116

Gemäß § 130 der Geschäftsordnung des Landtags wird, wie bei Haushaltsabstimmungen üblich, von der Geschäftsordnung wie folgt abgewichen:

- a) Die Abstimmungen über die Gesetzentwürfe in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung (Drucksachen 14/572/436/663/494/616/617) sowie über die Anträge (Drucksachen 14/790/476) erfolgen in der 21. Sitzung nach den Abstimmungen zum Landeshaushaltsgesetz 2002/2003. Die Ausschussüberweisung des Gesetzentwurfs in erster Beratung (Drucksache 14/772) erfolgt zum Abschluss der Beratung des Einzelplans 03 (Ministerium des Innern und für Sport).*
- b) Die Abstimmungen über Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung zum Landeshaushaltsgesetz 2002/2003 erfolgt nicht nach Einzelplänen gegliedert. Stattdessen erfolgt eine gebündelte Abstimmung über die Änderungsanträge in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs. Auf Wunsch wird über einzelne Haushaltsänderungsanträge wie auch über einzelne Empfehlungen in der Beschlussempfehlung getrennt abgestimmt.*
- c) Über die Entschließungsanträge wird erst nach der Abstimmung über alle Einzelpläne und das Landeshaushaltsgesetz abgestimmt, und zwar in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs.1116*

Wahl eines ordentlichen nicht berufsrichterlichen Mitglieds

des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz

Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags

– Drucksache 14/796 –.....1116

Zum ordentlichen nicht berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz wird mit Wirkung vom 15. Mai 2002 Herr Georg Adolf Schnarr, Zweibrücker Straße 5, 66892 Bruchmühlbach-Miesau, bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ansonsten einstimmig, gewählt.1116

Landeshaushaltsgesetz 2002/2003 (LHG 2002/2003)**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/505 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**

– Drucksache 14/800 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/801 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 14/808/920 –

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 14/857/911 –

Anträge der Fraktion der CDU – Entschließungen –

– Drucksachen 14/810 bis 14/833 –

Anträge der Fraktionen der SPD und FDP – Entschließungen –

– Drucksachen 14/835 bis 14/854 –

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließung –

– Drucksache 14/855 –

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließungen –

– Drucksachen 14/858 bis 14/898, 14/903 bis 14/909, 14/912 bis 14/918 –

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2001 bis 2005**Unterrichtung durch die Landesregierung**

– Drucksache 14/506, Vorlage 14/575 – 1117

Grundsatzaussprache 1117**Einzelplan 02 – Ministerpräsident und Staatskanzlei, Landesvertretung –** 1120**Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport –** 1192**dazu: ...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes****Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/572 –

Zweite Beratung**Beschlussempfehlung des Innenausschusses**

– Drucksache 14/802 –

Landesgesetz zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/772 –

Erste Beratung..... 1193*Die Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 14/572 – wird bis zur 21. Plenarsitzung am 15. März 2002 unterbrochen.*..... 1213*Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/772 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen.*..... 1213**Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –** 1213

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Florian Gerster, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlte:

Der Abgeordnete Manfred Nink.

Rednerverzeichnis:

Abg. Billen, CDU:	1225, 1226, 1233, 1234
Abg. Böhr, CDU:	1120
Abg. Burgard, SPD:	1191
Abg. Creutzmann, FDP:	1185, 1187
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1182, 1187, 1219, 1222, 1224
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	1189
Abg. Frau Ebli, SPD:	1235
Abg. Frau Fink, SPD:	1226
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1196, 1210, 1212
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1234
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:	1181, 1200, 1205
Abg. Frau Schmidt, CDU:	1178
Abg. Frau Schmitt, SPD:	1117
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1141, 1172
Abg. Fuhr, SPD:	1224, 1225
Abg. Hohn, FDP:	1198, 1204, 1205, 1223, 1227
Abg. Hörter, CDU:	1192
Abg. Jullien, CDU:	1173, 1176
Abg. Kuhn, FDP:	1153
Abg. Lammert, CDU:	1192
Abg. Licht, CDU:	1213, 1218, 1219
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	1203
Abg. Mertes, SPD:	1131
Abg. Pörksen, SPD:	1193
Abg. Ramsauer, SPD:	1176, 1178, 1182
Abg. Redmer, SPD:	1212
Abg. Schmitt, CDU:	1235
Abg. Schnabel, CDU:	1200
Abg. Schweitzer, SPD:	1202
Abg. Stretz, SPD:	1216, 1218
Beck, Ministerpräsident:	1161
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	1228
Präsident Grimm:	1116, 1120, 1131, 1141
Vizepräsident Creutzmann:	1191, 1192, 1193, 1196, 1198, 1199, 1200, 1202, 1203, 1204 1205, 1207, 1210, 1212, 1213
Vizepräsident Dr. Schmidt:	1152, 1161
Vizepräsidentin Frau Grützmacher:	1216, 1218, 1219, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228 1233, 1234, 1235, 1236
Vizepräsidentin Frau Hammer:	1172, 1173, 1175, 1176, 1178, 1181, 1182, 1185, 1187, 1189
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	1207

**19. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 13. März 2002**

Die Sitzung wird um 9:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Matthias Lammert und Dieter Klöckner. Herr Lammert führt die Rednerliste.

Entschuldigt ist für heute der Abgeordnete Manfred Nink.

Bevor wir zu den Formalien kommen, möchte ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. In diesen Tagen sind zwei bedeutende politische Persönlichkeiten unseres Landes verstorben. Auch der Landtag Rheinland-Pfalz gedenkt ihrer: Fritz-Rudolf Schultz und Jockel Fuchs. Wir trauern mit den Angehörigen um zwei große Persönlichkeiten, die sich um unser Land verdient gemacht haben.

Fritz-Rudolf Schultz setzte sich schon 1947 auf kommunaler Ebene für den Aufbau unserer Demokratie ein. Der Liberale gehörte von 1953 bis 1957 dem Landtag an und bekleidete zeitweise das Amt des zweiten Vizepräsidenten. Er wurde in den Deutschen Bundestag gewählt und profilierte sich dort als Verteidigungs- und Sicherheitspolitiker.

Es war ihm ein wichtiges Anliegen, das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform praktisch auszuformen. Als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestags hat er wesentlich dazu beigetragen, dass die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft gelungen ist.

Mit Fritz-Rudolf Schultz hat das Land eine Persönlichkeit verloren, die parlamentarische Arbeit mit großer Sachkenntnis, starkem persönlichem Einsatz und tiefer demokratischer Überzeugung wahrgenommen hat. Wir bleiben Fritz-Rudolf Schultz zu großem Dank verpflichtet.

Mit Jockel Fuchs hat Rheinland-Pfalz eine außergewöhnliche, eine unnachahmliche Persönlichkeit verloren. Zwanzig Jahre lang hat er im Landtag gewirkt und war während dieser Zeit Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses, Parlamentarischer Geschäftsführer und Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt und als Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats hat er sich herausragende Verdienste um unser Land erworben. Sein Politikstil war frei von ideologischer Besserwisserie; sie war ihm ebenso fremd wie die harte, unsachliche Konfrontation. Er suchte stets die Übereinstimmung der Demokraten und den Konsens mit den Vernünftigen und Redlichen.

Jockel Fuchs selbst wurde zum Inbegriff des Mainzers. Jockel Fuchs hat in sich, wie kaum ein anderer, Mainz

und Mainzer Lebensart verkörpert. In seiner Person spiegelte sich seine Stadt, die er so nachhaltig geprägt hat.

Jockel Fuchs war weit über die Grenzen seiner Stadt und unseres Landes hinaus populär. Er war als Politiker vor allem deshalb glaubwürdig, weil er auch als Politiker ganz Mensch blieb. Die Nähe zu den Menschen war der Kern seines Handelns. Er war im wahrsten Sinn volksnah und über alle Parteigrenzen hinweg beliebt, auch nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik.

Er hat, wie es ein Mainzer dieser Tage treffend in das Kondolenzbuch schrieb, mehr erreicht, als man durch alle Ämter erreichen kann. Er fand den Weg in die Herzen der Menschen. Deshalb werden nicht nur wir Landtagsabgeordnete, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger Jockel Fuchs in sehr persönlicher Erinnerung behalten.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nun, sich zum Gedenken von Fritz-Rudolf Schultz und Jockel Fuchs von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen)

Ich danke Ihnen.

Gestatten Sie mir einige wenige Hinweise zur Tagesordnung. Sie ist für die 21. Plenarsitzung am Freitag um den Punkt „**Bestätigung und Verteidigung eines Mitglieds der Landesregierung gemäß Artikel 98, Abs. 2 und Artikel 100 der Verfassung**“ zu ergänzen.

Mit der Feststellung der Tagesordnung sollte gleichzeitig gemäß § 130 der Geschäftsordnung des Landtags die bei Haushaltsabstimmungen übliche Änderung der Geschäftsordnung beschlossen werden. Gibt es Bemerkungen oder Einwände gegen diesen Vorschlag? – Das sehe ich nicht. Dann ist die Tagesordnung so festgestellt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Wahl eines ordentlichen nicht berufsrichterlichen
Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs
Rheinland-Pfalz
Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags
– Drucksache 14/796 –**

Der Wahlvorschlag ist auf Vorschlag der CDU-Fraktion ergangen. Unter den Buchstaben a) und b) sind zwei Namen erwähnt. Ich gehe davon aus, dass Herr Georg Adolf Schnarr der Kandidat ist, der von der CDU-Fraktion vorgeschlagen wird. – Das ist der Fall.

Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Das war einstimmig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Drei Enthaltungen! –
Pörksen, SPD: Das verstehe ich aber nicht!)

– Oh, Pardon!

Meine Damen und Herren, Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Landeshaushaltsgesetz 2002/2003 (LHG 2002/2003)
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/505 –
Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
 – Drucksache 14/800 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
 – Drucksache 14/801 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
 – Drucksachen 14/808/920 –

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 – Drucksachen 14/857 und 14/911 –

Anträge der Fraktion der CDU
 – Entschließungen –
 – Drucksachen 14/810 bis 14/833 –

Anträge der Fraktionen der SPD und FDP
 – Entschließungen –
 – Drucksachen 14/835 bis 14/854 –

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 – Entschließung –
 – Drucksache 14/855 –

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 – Entschließungen –
 – Drucksachen 14/858 bis 14/898, 14/903 bis 14/909, 14/912 bis 14/918 –

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2001 bis 2005
Unterrichtung durch die Landesregierung
 – Drucksache 14/506, Vorlage 14/575 –

Ich erteile der Berichterstatterin Frau Schmitt das Wort.

Abg. Frau Schmitt, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen vor der abschließenden Beratung des Haushalts für die Jahre 2002/2003. Ihnen liegen die Drucksachen mit den Beschlussempfehlungen und dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Was den Ablauf und die Ergebnisse der Ausschussberatungen angeht, möchte ich mich deshalb auf einige Punkte konzentrieren. Die stattgefundenen Beratungstermine entnehmen Sie bitte dieser Drucksache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt wurde auch dieses Mal in den Fachausschüssen mitberaten. Wie Sie wissen, beruht das Verfahren auf den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Parlaments-

reform“ und ist seit Beginn dieser Wahlperiode in der Geschäftsordnung geregelt.

Finanz- und Fachpolitik sollen auf diese Weise noch enger als bisher verzahnt werden. So können die politischen Programme, für die dieses Haus der Regierung die Mittel bewilligt, verstärkt auf ihre fachpolitische Effizienz und Effektivität hin überprüft werden. Ein Beispiel dafür ist, dass sich die Ausschüsse unmittelbar vor und gleichzeitig mit den Haushaltsberatungen mit dem jüngsten Finanzhilfenbericht der Landesregierung befasst haben.

Für die Einbeziehung der Fachausschüsse spricht weiter, dass nach der reformierten Landeshaushaltsordnung im Haushaltsplan nunmehr auch die inhaltlichen Kennziffern für das Verwaltungshandeln in Form von Leistungsaufträgen festgelegt werden können. Darauf komme ich später noch zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt wird zu einem Zeitpunkt verabschiedet, zu dem das erste Vierteljahr des Haushaltsjahres beinahe vorüber ist. Nach der Verfassung unseres Landes ist der Haushalt grundsätzlich vor Beginn des Haushaltsjahres zu verabschieden. Eine spätere Verabschiedung ist eher die Ausnahme.

In diesem Fall beruht die Verzögerung auf der Landtagswahl im Frühjahr 2001. Die politischen Schwerpunkte konnten erst gebildet werden, nachdem sich die neue Regierung konstituiert hatte, sodass der Entwurf des Haushalts auch erst im Dezember im Landtag eingebracht wurde.

Kurz nach Abschluss der diesjährigen Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss nahm die CDU-Fraktion die Äußerungen des Bundesfinanzministers Eichel zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaket zum Anlass für die Forderung, die Verabschiedung des Haushalts weiter zu verschieben. Wir haben dies im Haushalts- und Finanzausschuss am 5. März beraten; der Vorschlag der CDU-Fraktion stieß bei den anderen Fraktionen nicht auf Zustimmung.

Wegen der soeben erwähnten zeitlichen Verschiebung konnte die Landesregierung in ihrem Entwurf noch die Steuerschätzung vom November 2001 berücksichtigen. Danach ist der finanzielle Spielraum des Landes enger als zunächst erwartet und prognostiziert; denn Sie wissen, es werden deutlich geringere Steuereinnahmen erwartet als noch im Mai 2001, nicht zuletzt auch aufgrund der Folgen der Terroranschläge vom 11. September.

Die Landesregierung hat daraufhin die Nettokreditaufnahme erhöht, um insbesondere die Investitionsausgaben auf hohem Niveau zu halten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser Situation gab es auch für den Haushalts- und Finanzausschuss wenig Spielraum zur Erhöhung der Ausgaben. Die Beschlussempfehlung, die Ihnen vorliegt, führt deshalb auch nur zu geringfügigen Mehrausgaben von 75.000 Euro in jedem der beiden Haushaltsjahre. Sie sind zudem durch zusätzliche Einnahmen in gleicher Höhe gedeckt.

Zusätzliche Einnahmen beabsichtigt die Landesregierung dadurch zu erzielen, dass das Wohnungsbauvermögen als Kernkapital in ein oder mehrere Kreditinstitute eingebracht wird. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat die Landesregierung einstimmig aufgefordert, vor der Entscheidung über die Einbringung des Kapitals seine Zustimmung einzuholen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz angespannter Haushaltslage sind im Entwurf des Landeshaushalts Ausgaben für wichtige politische Vorhaben veranschlagt. Beispielhaft nenne ich Ausgaben für die Ganztagschule, die ganztägige Kinderbetreuung sowie die Innere Sicherheit. Politischer Gestaltungsspielraum in Zeiten knapper Kassen setzt voraus, dass die Verwaltung ihre Ressourcen möglichst wirtschaftlich nutzt. Eines der Mittel, die zu diesem Ziel führen sollen, ist die Neuorganisation von Teilen der Landesverwaltung als Landesbetriebe. Diese Landesbetriebe rechnen kaufmännisch und arbeiten nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.

Wie Ihnen bekannt ist, wurden im Haushalt die entsprechenden Voraussetzungen für den Landesbetrieb Straßen und Verkehr, den Quasi-Landesbetrieb Forsten und das Hochschulflächenmanagement an drei Hochschulen geschaffen.

Ein weiteres, aus meiner Sicht wichtiges Instrument im Bereich der Verwaltung ist der Leistungsauftrag nach § 7 b der Landeshaushaltsordnung. Mit ihm können der Verwaltung im Haushaltsplan bestimmte Ziele vorgegeben werden, die den Umfang, die Kosten, die Qualität oder die Wirkung der Verwaltungsleistung beschreiben. Dieses neue Instrument wurde bei der Reform der Landeshaushaltsordnung vor zwei Jahren geschaffen. Es soll dazu beitragen, Steuerungsdefizite auszugleichen, die durch Budgetierung und Flexibilisierung entstehen können; denn damit kann neben dem finanziellen Input auch der Output der Verwaltung gesteuert werden.

Ich freue mich deshalb, dass der Haushalts- und Finanzausschuss vier derartige Leistungsaufträge in den Haushaltsplan eingefügt hat. Damit wird dieses Instrument in Rheinland-Pfalz erstmals praktisch erprobt, und es ist in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln und weiter zu verbessern. Ich habe die Bitte, dass sich alle Fraktionen daran beteiligen, dies entsprechend zu unterstützen.

Als neues Steuerungsinstrument hat sich auch die Budgetierung bewährt. Sie wird deshalb fortgesetzt und ausgeweitet. Mit der Budgetierung notwendigerweise verbunden ist die Flexibilisierung der Ansätze durch die erweiterte Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit.

Bei den Beratungen zeigte sich an mehreren Stellen, dass unter der Flexibilisierung im Einzelfall natürlich auch die Transparenz bzw. die Haushaltsklarheit und -wahrheit leiden kann, wenn beispielsweise bei einem Titel keine ausreichenden Ausgaben ausgewiesen werden, weil diese im Rahmen des Deckungskreises auf Kosten anderer Titel erwirtschaftet werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung unterrichtet den Landtag während des Haus-

haltsvollzugs durch ihre halbjährlichen Budgetierungsberichte sowie im Rahmen der Rechnungslegung über die Ergebnisse der Budgetierung. Darüber hinaus sollte die Transparenz, soweit im Einzelfall erforderlich, aber auch im Haushaltsplan selbst künftig noch besser gewährleistet sein.

Neu im Haushaltsplan waren auch die Kapitelvorworte, die Aufgaben und Rechtsgrundlagen der Verwaltung beschreiben. Meiner Ansicht nach tragen auch sie zu mehr Transparenz bei und gestalten den Haushalt für alle verständlicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Haushalts- und Finanzausschuss lagen über 450 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Fraktion der CDU verfolgte mit ihren Anträgen das Ziel, die Ausgaben insgesamt deutlich zurückzuführen und die Neuverschuldung um 10 % zu verringern. Insbesondere forderte sie den Abbau von Personal sowie die Reduzierung der Ansätze zur Förderung des Arbeitsmarkts, der unternehmensbezogenen Wirtschaftsförderung sowie des sozialen Wohnungsbaus.

Ferner sprach sie sich gegen eine zusätzliche Verschuldung des Landesbetriebs Straßen und Verkehr aus. In geringem Umfang wollte sie Mittel zugunsten der Familienhilfe, der Bildung und Ausbildung, der Wissenschaft und der Inneren Sicherheit umschichten.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte mit ihren Änderungsanträgen, das Ausgabenvolumen insgesamt zurückzuführen. Neue Schwerpunkte wollte sie im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel, der Förderung neuer Energien und im Naturschutz setzen. Auch für Schule, Hochschule und Weiterbildung, den Verbraucherschutz und die Integration von Zuwanderern beantragte sie Mehrausgaben. Diese sollten im Wesentlichen durch Umschichtungen zulasten der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie des Straßenneubaus finanziert werden.

Keiner der Anträge der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fand im Ausschuss die notwendige Mehrheit. Angenommen wurden die Anträge der Fraktionen der SPD und FDP. Allerdings brachten einige Anträge der Opposition das gleiche Anliegen und die gleiche Zielsetzung zum Ausdruck. Deshalb kam es bei einigen Beschlüssen zu einstimmigen Annahmen oder zur Zustimmung zumindest einer der Oppositionsfraktionen.

Ich hebe in diesem Zusammenhang ganz besonders die einstimmige Annahme des Antrags zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz hervor. Der Ausschuss bewilligte Mittel für ein Dokumentations- und Begegnungshaus in der Gedenkstätte des KZ Hinzert, und er verstärkte die Ansätze zur Betreuung insbesondere jugendlicher Besucher in den Gedenkstätten Osthofen und Hinzert.

Die angenommenen Änderungen, die der Haushalts- und Finanzausschuss beschloss, sind in der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung dargestellt. Ich möchte deshalb nur zu einigen Schwerpunkten in den Einzelplänen Anmerkungen machen:

Im Einzelplan 02 – Ministerpräsident, Staatskanzlei und Landesvertretung – wurden Mittel in Höhe von 65.000 Euro im Jahr 2002 und 90.000 Euro im Jahr 2003 neu für die entwicklungspolitische Arbeit in Rheinland-Pfalz eingestellt.

Der Ausschuss schuf mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP im Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport – die Voraussetzungen, um den Ausbau des Bruchwegstadions in Mainz in den kommenden zehn Jahren mit jährlich jeweils knapp 770.000 Euro zu unterstützen. Ebenfalls mit den Stimmen der CDU erhöhte der Ausschuss die Ausgaben für die Unterstützung der kommunalpolitischen Schulung von Gemeindebediensteten. Außerdem verdoppelte er den Ansatz des Landespräventionsrats, um zusätzliche Projekte der Kriminalprävention unterstützen zu können. Darüber hinaus wurden Schwerpunkte bei einer Vielzahl von Ansätzen gebildet, die das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz unterstützen.

Die wesentliche Änderung im Einzelplan 04 – Ministerium der Finanzen – war der Leistungsauftrag für die Steuerverwaltung. Er enthält Zielvorgaben für die Leistungen und die Qualität der Steuerverwaltung sowie Maßnahmen, um diese zu erreichen. Er beschreibt Indikatoren, mit deren Hilfe gemessen werden kann, inwieweit die Ziele erreicht wurden. Natürlich wird es darum gehen, diese Indikatoren mit der Zeit weiter zu verfeinern und zu differenzieren.

Der Ausschuss stellte im Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen neue Stellen zur Entlastung der Bewährungshelferinnen und -helfer zur Verfügung. Die Oppositionsfraktionen hatten hierzu vergleichbare Änderungsanträge vorgelegt.

Im Einzelplan 06 – Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit – wurde ein Titel zur Förderung der Betreuung für demente Pflegebedürftige neu aufgenommen. Er ist jährlich mit 240.000 Euro dotiert.

Im Einzelplan 08 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau – wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Ortsumgehung Bernkastel-Kues/Wehlen bereits in diesem Jahr begonnen werden kann. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurden im Übrigen Mittel zur Förderung begabter Jugendlicher in der beruflichen Aus- und Fortbildung mit 100.000 Euro pro Jahr bereitgestellt sowie die Mittel zur Förderung von zukunftsorientierten Schlüsseltechnologien um 150.000 Euro jährlich aufgestockt. Damit sollen auch Maßnahmen im Bereich der Medienwirtschaft gefördert werden.

Im Landwirtschaftsbereich schuf der Ausschuss die Möglichkeit, im Jahr 2002 Investitionen zur Prävention von Tierseuchen in Höhe von insgesamt 50.000 Euro zu fördern. Diese Mittel sind allerdings Teil eines Gesamtpaketes zur Bekämpfung der Schweinepest, für das auch Ansätze im Einzelplan 14 bereitstehen.

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP verstärkte der Ausschuss die Titel für Zuschüsse an Frauenhäuser und Frauennotrufe im Einzelplan 09

– Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend –. Die beiden Oppositionsfraktionen hatten ebenfalls beantragt, diese Mittel zu erhöhen.

Außerdem stellte der Ausschuss jährlich 100.000 Euro zusätzlich für die Qualitätsförderung im Kindertagesstättenbereich zur Verfügung und erhöhte die Mittel zur Förderung der Jugendarbeit, einschließlich der Jugendsozialarbeit.

Im Schulbereich wurde ein Leistungsauftrag für Fortbildung der Lehrer in den modernen Kommunikationstechniken formuliert, was mich sehr freut. Außerdem wurden Zuschüsse für die Förderung hochbegabter Kinder in Höhe von jährlich 100.000 Euro beschlossen.

Der Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen und Wohnungsbauförderung – erbrachte den größten Teil der Einsparung zur Gegenfinanzierung der vom Ausschuss beschlossenen zusätzlichen Ausgaben. Beim Härteausgleich im sozialen Wohnungsbau können jährlich zwischen knapp 4 und 3,7 Millionen Euro eingespart werden.

Auch der Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten – trägt insbesondere im Jahr 2003 mit Einsparungen von fast 1,9 Millionen Euro zur Gegenfinanzierung der vom Ausschuss beschlossenen Mehrausgaben bei. Reduziert wurden insbesondere die Ansätze für Darlehen zur Förderung von Abwasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen. Erhöht wurden die Titel für die Umsetzung der Agenda 21, Rio Plus 10, für die Förderung von ehrenamtlichen Tierschutz-Initiativen sowie naturnaher Lebensräume um jeweils jährlich 50.000 Euro.

Für den Bereich Landesforsten, der künftig wie ein Landesbetrieb geführt wird, wurde ein Leistungsauftrag neu eingefügt. Damit verband der Ausschuss die größere wirtschaftliche Eigenverantwortung mit zusätzlichen inhaltlichen Vorgaben für die Arbeit der Forstverwaltung.

Der Einzelplan 15 – Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – hat mit zusätzlichen Ausgabenermächtigungen von über 2,2 Millionen Euro im Jahr 2002 und fast 3,7 Millionen Euro im Jahr 2003 weitaus am meisten von den Umschichtungen aufgrund der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses profitiert. Einig waren sich alle Fraktionen darin, die Mittel zur Kinderbetreuung an den Hochschulen anzuheben. Mit den Stimmen des größten Teils der Vertreter der CDU-Fraktion beschloss der Ausschuss eine Erhöhung dieses Ansatzes um jährlich 30.000 Euro.

Die Zustimmung der CDU fand auch ein neuer Titel für Zuschüsse, mit denen der Isis-Tempel in der Mainzer Innenstadt im Rahmen einer touristischen Anlage erhalten werden soll.

Im Übrigen setzte der Ausschuss einen finanziell bedeutenden Schwerpunkt in der so genannten Exzellenzförderung der Hochschulen. Für den Bereich der Weiterbildung beschloss der Ausschuss einen weiteren Leistungsauftrag und stellte neue Mittel von jährlich 100.000 Euro zur Förderung der Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten zur Verfügung.

Angehoben wurden außerdem die Ansätze zur Filmförderung, wobei der Ausschuss einen Teil der Mittel sperrte und die Aufhebung der Sperrungen von der Zustimmung des Landtags nach einer Konzeptarbeit abhängig machte. 1 Million Euro zusätzlich sah der Ausschuss ferner zur Förderung der Musikschulen vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies war eine Übersicht über die wesentlichen Änderungen im Bereich der Einzelpläne.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 14/505 – und der Einzelpläne, die ich eben dargestellt habe, unter Berücksichtigung der sich aus der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung – Drucksache 14/800 – ergebenden Änderungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich bedanke mich bei der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache.

Ich rufe dazu auf:

**Einzelplan 02
– Ministerpräsident und Staatskanzlei,
Landesvertretung –**

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Christoph Böhr.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Ende dieser Haushaltsberatungen steht Ernüchterung. Außerdem steht am Ende der Beratungen der letzten Wochen Besorgnis hinsichtlich der weiteren finanzpolitischen und haushaltspolitischen Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Dies hat seinen Grund in einer Reihe von Tatsachen, die zu leugnen sich bis heute einige sehr bemühen, von denen ich aber glaube, dass sie sich, wenn man den Tatsachen ins Auge blickt, nicht länger leugnen lassen. Sie lassen sich in einer Einsicht zusammenfassen, die in der Tat für diejenigen, die im Land Rheinland-Pfalz die Verantwortung für die Haushaltspolitik der letzten zehn Jahre getragen haben, eine außerordentlich bittere Einsicht ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, finanzpolitisch sind wir in Rheinland-Pfalz am Ende. Wir stehen unmittelbar vor einer Haushaltsnotlage. Diese zeichnet sich heute schon ab. Das, was sich am Horizont drohend abzeichnet, müsste eigentlich in diesem Doppelhaushalt seinen Niederschlag gefunden haben.

(Beifall der CDU)

Ich habe eben gesagt, wir sind in Rheinland-Pfalz finanzpolitisch am Ende. Genauer müsste man natürlich sagen, die Landesregierung in Rheinland-Pfalz ist finanzpolitisch am Ende.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ergebnis der verunglückten Haushaltswirtschaft der Landesregierung trifft uns alle, diejenigen, die in diesem Hause in unterschiedlichen Rollen Verantwortung tragen, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Da es uns alle trifft, war das für uns Grund und Anlass, in dieser schwierigen Situation als größte Oppositionsfraktion der Regierung die Hand zur Zusammenarbeit zu reichen. Die Situation ist im Übrigen nicht nur im Land Rheinland-Pfalz schwierig. Das gebe ich gern zu. Das ist im Bund und in anderen Ländern auch der Fall.

Wir meinen, es tut Not, jetzt sofort umzusteuern in der Finanzpolitik des Landes. Spätestens jetzt ist ein solches Umsteuern notwendig. Wenn die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen die Kraft dazu haben, diesen Prozess des Umsteuerns zu beginnen, dann wird die Union ihre Mitwirkung an dieser Operation nicht versagen.

(Beifall der CDU)

Wir sind der Meinung, es ist auch Teil unserer Verantwortung. Nun ist bis heute nicht zu erkennen, dass die Landesregierung diese Kraft besitzt.

Wir werden aller Voraussicht nach am Freitag einen Doppelhaushalt verabschieden, der so tut, als ob es diese Tatsachen und Einsichten der letzten Wochen und Monate nicht gäbe. Es wird geradezu bis heute von vielen beharrlich geleugnet, dass es überhaupt ein Problem in der Finanzpolitik gibt.

(Beifall der CDU)

Gleichzeitig hat die Suche nach den Schuldigen begonnen. Wahrscheinlich gibt es doch ein Problem, sonst würde man nicht jetzt schon beginnen, nach den Schuldigen zu suchen. Der Herr Finanzminister schickt seinen Staatssekretär ins Gefecht. Das habe ich vor ein paar Tagen in der „Rheinpfalz“ gelesen. Er erledigt brav seine Auftragsarbeit. Herr Finanzstaatssekretär, ich schätze Ihre finanzpolitische Kompetenz viel zu hoch ein, als dass ich davon ausgehe, dass das, was Sie gesagt haben, auch Ihrer wirklichen Überzeugung entspricht. Deswegen will ich das nicht weiter kommentieren.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die drohende Haushaltsnotlage ist keine Dramatisierung der Opposition, sondern das ist der nüchterne Blick ins Zahlenwerk des Haushalts. Darauf werde ich gleich zu sprechen kommen.

Die drohende Haushaltsnotlage kann am Ende nicht die Angelegenheit des Finanzstaatssekretärs sein. Dies uns hier beschäftigende Thema muss nun wirklich Chefsache dieser Landesregierung sein oder es zumindest werden.

(Beifall der CDU)

Die Finanzpolitik des Landes hat sich seit vielen Jahren längst zu einer tickenden Zeitbombe entwickelt. Das ist ein kontinuierlicher Prozess. Das ist nicht vom Himmel

gefallen, übrigens auch nicht durch den 11. September des vergangenen Jahres, so dramatisch dieses Ereignis bis heute nachwirkt.

Ich verstehe wirklich nicht, wie man dieses laute Ticken einfach überhören kann, wie man so tun kann, als wenn es das nicht gäbe. Im Rahmen der öffentlichen Berichterstattung ist es in den letzten Wochen gelegentlich geschehen, dass die Landesregierung befragt worden ist. Wenn die Landesregierung gefragt wurde, dann ist in Rheinland-Pfalz alles in Ordnung, dann war Rheinland-Pfalz sozusagen die heile Welt in stürmischer See. Es gibt keine Anlässe zur Besorgnis. Das ist die Gesundheitsbetriebe, die wir seit Jahren erleben.

Spätestens jetzt, wo im Land politisch geführt werden müsste, lässt man den lieben Gott einen guten Mann sein. Man bestreitet einfach, dass es ein Problem gibt. Das ist die unglaubliche Fahrlässigkeit der Landesregierung, die ich hier anprangere, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Es wird einfach bestritten, dass es ein Problem gibt. Ich komme nicht umhin, dieser Frage nachzugehen, weil es bis heute bestritten wird. Ist Rheinland-Pfalz wirklich die Insel der Glückseligen? Ist es wirklich so, dass Rheinland-Pfalz das einzige Fleckchen Erde ist, auf dem es all diese Probleme nicht gibt, die anderen um uns herum so viel Kopfzerbrechen machen? Man muss nur täglich die Zeitung lesen. Ist das wirklich so?

Wie ist unsere finanzpolitische, unsere haushaltspolitische Lage wirklich? Ich will die Antwort auf diese Frage in drei Bemerkungen zusammenfassen. Anknüpfend an das, was ich am Anfang gesagt habe, sage ich Folgendes: Die Haushaltsnotlage steht unmittelbar bevor. Ich will hier keinen Zahlensalat anrühren. Man muss sich einmal den Gesamtschuldenstand und dessen Entwicklung in der Reihe der letzten Jahre ansehen.

Wir hatten im Jahre 2001, jüngst verlossen, einen Gesamtschuldenstand von 20,516 Milliarden Euro. Wenn der Haushalt so verabschiedet wird, wie er im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen wurde, werden wir einen Gesamtschuldenstand im Jahr 2003 von 22,386 Milliarden Euro haben. Das bedeutet, dass in einem Jahr, im Jahr 2003, der Schuldenstand in Rheinland-Pfalz pro Einwohner 5.557 Euro beträgt. Die Zahl sagt wenig, wenn man sie nicht mit Zahlen der Vorjahre vergleicht.

Aus diesem Grund möchte ich eine Vorjahreszahl nennen, nämlich die des Jahres 2000. Dazwischen liegt eine Zeitspanne von nur drei Jahren. Das ist keine gewaltige Zeitspanne, die sich auftut. Im Jahre 2000 waren es noch, besser gesagt, nur 4.555 Euro pro Einwohner. Das ist ein Zuwachs in dieser Zeitspanne von nur drei Jahren von sage und schreibe 1.000 Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich verstehe wirklich nicht, wie man angesichts eines solchen Zuwachses so tun kann, als wenn die Welt in Rheinland-Pfalz in Ordnung wäre. Ich kann es wirklich nicht verstehen.

(Beifall der CDU)

Die Verschuldung steigt sprunghaft an. Das Dramatische bei dieser Entwicklung ist, dass die Differenz der Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz und dem Durchschnitt der Westländer in den letzten Jahren ausnahmslos in jedem einzelnen Haushaltsjahr immer größer geworden ist. Ich bin der „Rheinpfalz“ dankbar, dass sie uns das in einer graphischen Darstellung vor Augen geführt hat, wie das aussieht. Es ist erst ein paar Tage her, dass dieser Artikel erschienen ist. Die Kluft bzw. die Differenz wird von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr immer größer. Die Differenz zwischen der Pro-Kopf-Verschuldung in unserem Land und der Pro-Kopf-Verschuldung im Durchschnitt der westlichen Länder wird immer größer.

Wenn man sich das einmal ansieht, wird einem un schwer klar, wie sich unser Land Rheinland-Pfalz völlig abgekoppelt hat, auch von der Haushaltswirtschaft der westlichen Länder. Wenn der Finanzstaatssekretär am Ende des Artikels mit dem wörtlichen Zitat zitiert wird „Wir werden immer besser“, dann werden wir allerdings nur in die falsche Richtung immer besser. Das ist das Problem.

(Beifall der CDU)

1. Die Haushaltsnotlage steht unmittelbar bevor, nicht weil es der Opposition in den Kram passt, sondern weil die Zahlen eine ganz unmissverständliche Sprache sprechen.

2. Der Marsch in die Neuverschuldung hält an. Er hält nicht nur mit unverminderter Geschwindigkeit an, sondern er hält mit erhöhter Geschwindigkeit an. Mit diesem Doppelhaushalt erhöht sich die Geschwindigkeit unseres Marsches in die Neuverschuldung. Das muss mir irgendwann einmal einer erklären, was das mit politischer Verantwortung zu tun hat oder was das mit Seriosität in der Haushaltswirtschaft zu tun hat. Die Landesregierung sagt: Wir bremsen ab. – Wir hören es bei jeder Haushaltsberatung, dass die Landesregierung den Marsch in die Neuverschuldung abbremst. Tatsächlich steht sie mit beiden Füßen auf dem Gaspedal.

Ich weiß nicht, wo das am Ende hinführen soll. Wir haben das in einer graphischen Gestaltung umgesetzt. Wenn man sich die Nettoneuverschuldung je Einwohner des Landes Rheinland-Pfalz im Vergleich der Flächenländer West einmal ansieht, dann wird der einsame Gipfel der Neuverschuldung in Rheinland-Pfalz erreicht. Man muss es mit den Flächenländern West vergleichen; denn alles andere wäre Äpfel mit Birnen vergleichen: Man muss die Flächenländer West zur Grundlagenüberlegung machen.

Wenn ich mir das im Blick auf das Jahr 2002 ansehe, also das Jahr, von dem schon fast ein Viertel verlossen ist, dann wird das noch sehr viel dramatischer, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es gibt kein anderes Westland, kein anderes Land in der alten Bundesrepublik Deutschland, das ungebremst in die Neuverschuldung hineinmaschiert ist und ungebremster weiter in die Neuverschuldung hineinmaschiert als Rheinland-Pfalz. Das ist die bittere Wahrheit am Ende dieser Haushaltsberatungen der letzten Wochen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbst wenn ich – was die Landesregierung vorzugsweise tut; ich verstehe auch warum – nur den Kernhaushalt nehme – wir haben alles, was einigermaßen kritisch ist, nur auf der Grundlage des Kernhaushalts berechnet –, ändert das nichts an meiner Feststellung. Selbst dann liegt Rheinland-Pfalz auf dem einsamen Gipfelpunkt bei der Neuverschuldung unter allen westlichen Ländern, nicht nur den Flächenländern, sondern unter allen westlichen Ländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zur dritten Bemerkung, die sich meines Erachtens aus der ersten und zweiten geradezu zwingend ergibt. Spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, bei dem Ihnen und uns allen die Schulden über den Kopf wachsen. Ich empfinde diese Entwicklung als außerordentlich bedrohlich, zumal ein Ende dieser Entwicklung nicht abzusehen ist. Ich sage es noch sehr viel zurückgenommener, es ist nicht nur kein Ende dieser Entwicklung abzusehen, es ist noch nicht einmal eine Trendumkehr abzusehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist noch nicht einmal der Wille abzusehen, eine Trendumkehr in die Wege zu leiten. So muss man es leider formulieren. Noch nicht einmal der Wille ist vorhanden.

(Beifall der CDU)

Ich kann nur staunen, dieser Doppelhaushalt beinhaltet nicht die Spur einer Antwort auf die Frage, wie es mit der Neuverschuldung weitergehen soll. Es gibt kein Abbremsen. Es gibt keine Umsteuerung. Es gibt nichts dergleichen, frei nach dem Motto „Nichts sehen, Nichts hören, Nichts sagen, Schuld sind sowieso die anderen“. Nur, so fährt der Karren gegen die Wand, und nicht in ein paar Jahren, sondern schon im Vollzug dieses Doppelhaushalts fährt der Karren gegen die Wand, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.

Jetzt kommt eines hinzu: Das sind Fragen der Finanzpolitik, der Haushaltswirtschaft, der Neuverschuldung, der Nettoneuverschuldung, die ich bisher angesprochen habe. Aber diese Frage oder diese Analyse der Finanzlage unseres Landes kann nicht nur isoliert betrachtet werden. Sie steht in einem Zusammenhang mit vielen anderen Indikatoren, die dann in der Zusammenschau ein Bild über die Frage ergeben, wo unser Land steht und wie es mit unserem Land weitergeht. Wenn ich jetzt ein paar wenige andere Indikatoren, die in diesem Zusammenhang in diese Zusammenschau hinein gehören, mit dazu nehme, dann wird das Bild nicht weniger bedrohlich, sondern es wird noch weit bedrohlicher. Ich nenne beispielsweise die Finanzkraft des Landes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzkraft des Landes hat heute, an dem Tag, an dem wir diskutieren, einen historischen Tiefstand erreicht. Noch nie war die Finanzkraft in Rheinland-Pfalz so schwach, wie das heute der Fall ist. Wir haben die geringsten Steuereinnahmen aller deutschen Länder. Ich rede nicht von den Flächenländern. Ich rede nicht von den Westländern. Wir haben die geringsten Steuereinnahmen aller deutschen Länder und streiten uns mit Sachsen-Anhalt um den letzten Platz. Das ist die bittere Wahrheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke an die Wirtschaftskraft dieses Landes. Die Wirtschaftskraft dieses Landes schwindet seit Jahren. So, wie die Finanzkraft sinkt, schwindet die Wirtschaftskraft. Wir liegen beim Bruttoinlandsprodukt an der letzten Stelle unter allen Westländern, 13 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Jetzt kommt ein dritter Indikator dazu. Finanzlage, Finanzkraft, Wirtschaftslage, Nettoneuverschuldung, aus all dem, was ich gesagt habe, ergibt sich dann ein vierter Indikator, von dem ich glaube, dass er eigentlich auch dazu angetan ist, bei den Haushaltspolitikern der Koalition und der Landesregierung alle roten Lampen angehen zu lassen. Rheinland-Pfalz ist inzwischen das Land mit dem höchsten Bedarf an Hilfeleistungen pro Kopf unter allen Westländern außer dem Saarland und Bremen.

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Dreiergruppe am Ende des Rankings: Rheinland-Pfalz, Saarland, Bremen. – Kein anderes Westland braucht mehr Bundesergänzungszuweisungen und mehr Finanzausgleichsmittel als dieses Land Rheinland-Pfalz. Das ist bei Gott keine Erfolgsgeschichte, die sich da auftut.

(Beifall der CDU)

Eine sinkende Wirtschaftskraft, eine ungebremst steigende Verschuldung, eine schwindende Finanzkraft. Ich breche das jetzt hier ab, weil ich gar nicht ausmalen will, wohin das alles führt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das aber mehr in den Stillstand denn in eine Vorwärtsentwicklung führt, liegt auf der Hand. Ich weiß nicht, wer sich in der Landesregierung einmal die Mühe gemacht hat – ich will das heute nur andeuten; wir haben hier schon bei verschiedenen Gelegenheiten darüber gesprochen –, sich diese Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem vergangenen Jahr 2001 über die Bundesländer im Standortwettbewerb vor Augen zu führen – das ist eine sehr differenzierte Studie, das ist nicht das Machwerk von finsternen Oppositionspolitikern, die sozusagen überall nur das Negative herauskramen, sondern da sind auch durchaus in einer notwendigen Differenzierung positive Aspekte drin –, im Ergebnis bewegen wir uns politisch in die falsche Richtung, nämlich nicht nach oben, sondern nach unten. Dann kann man doch in einem Haushalt nicht so tun, als wenn es das alles nicht gäbe, sondern ein Haushalt muss doch die Antwort auf diese Probleme und diese Fragen sein.

(Beifall der CDU)

Wir erreichen mit diesem Doppelhaushalt die höchste Nettoneuverschuldung, die es in Rheinland-Pfalz je gab. Jetzt kann man das bewerten, wie man will. Die Regierung bewertet das anders als wir. Das ist sozusagen Bestandteil dessen, was in diesen Tagen hier abläuft. Nur eines wird man nicht sagen können, dass dieses Faktum, das wir mit diesem Doppelhaushalt die höchste Nettoneuverschuldung erreichen, die es je in Rheinland-Pfalz gab, in die politische Landschaft hineinpasst. Alle Welt redet vom Sparen. Nur in Rheinland-Pfalz ist Sparen bis heute ein Fremdwort. Das kann nicht gut gehen,

und das wird nicht gut gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen muss das nicht so sein. Ich weiß, dass jede Regierung, die mit Problemen zu tun hat, geneigt ist, darauf hinzuweisen, dass das alles widrige Umstände sind, Ereignisse, die von außen kommen: 11. September, Weltwirtschaft, Erblast habe ich jetzt gehört von 1991, die sozusagen heute diese Landesregierung noch in die Knie zwingt. – Das muss damals doch eine starke Regierung gewesen sein, die ein Erbe hinterlassen hat, das die Landesregierung zehn Jahre später noch in die Knie zwingt. Das ist Neigung jeder Regierung. Das will ich auch gar nicht kritisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich will nur eines sagen, es muss nicht sein. Die Möglichkeit des Umsteuerns ist gegeben. Sie war in den letzten drei Monaten gegeben. Sie ist in den nächsten drei Tagen gegeben. Wir haben es in der Hand, oder besser gesagt, die Koalitionsfraktionen, die Landesregierung, haben es in der Hand, um einen Preis: Der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme liegt in der Kraft zur Sparanstrengung. Ohne diesen Preis ist eine Gesundung nicht zu haben. Das ist wohl wahr.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber wenn es diese Kraftanstrengung gäbe – blindes Schicksal ist das alles nicht –, dann wäre es durchaus in wenigen Jahren an der Zeit, zunächst eine solche Trendumkehr und dann eine langfristige Gesundung in Angriff zu nehmen. Das ist bis heute ausgeblieben. Es überrascht mich ein wenig. Das muss ich sagen. Ich hätte das doch am Beginn der Haushaltsberatungen nicht vermutet, dass man sich so gegen alle Argumente, gegen alle Einsichten, gegen alle Tatsachen abschottet. Es ist bis heute ausgeblieben. Es ist weder in den letzten Jahren, noch in den letzten Monaten erfolgt. Es geht so weiter, wie wir es in den letzten zehn Jahren erlebt haben. Wir haben das erlebt. In den letzten zehn Jahren haben wir erlebt, dass alles, was diese Regierung anfängt, erst recht das, was sie neu beginnt – aber das geht noch ein Stück weiter –, im Grunde alles, was diese Regierung anfängt, über Kredite finanziert wird, ausnahmslos alles. Dafür gibt es eine Reihe sehr schlagender Beispiele. Ich will nur eines nennen: LSV. – Das ist sozusagen zusammengefasst das, was sich diese Landesregierung unter Lösung eines Problems vorstellt: 180 Millionen Euro im Jahr Nettokreditaufnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Paradoxe dabei ist – ich will jetzt nicht sagen, der Witz dabei ist –, dass mit diesen 180 Millionen Euro Nettokreditaufnahme im Jahr – hochgerechnet auf zehn Jahre ergibt das dann die so genannte Mobilitätsmilliarde – gerade einmal die Versäumnisse der letzten sechs Jahre kompensiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss sich das einmal vorstellen. Da werden sechs Jahre lang Versäumnisse auflaufen lassen, und dann findet man zu dieser etwas komplizierten Konstruktion LSV. Ich sage

noch einmal, weil das gleich kommen wird, wir sind nicht im Grundsatz gegen diese Konstruktion LSV, nur wir sind dagegen, dass wieder eine neue Staatsbank eröffnet wird, die nichts anderes zum Ziel hat, als dieser Landesregierung billiges Geld zu geben. Dagegen sind wir in der Tat. Das hat mit Straßen nämlich gar nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

Das hat mit Straßen gar nichts zu tun; wie überhaupt mit Finanzpolitik. All diese Haken, die geschlagen werden, haben mit den Sachfragen überhaupt nichts zu tun. Mit Straßen hat das nichts zu tun. Die LBB hat im Grund mit Gebäuden und Liegenschaften überhaupt nichts zu tun; meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht immer nur darum, sich finanzpolitisch Luft zu verschaffen und billiges Geld zu besorgen. Das ist der Kern aller Bemühungen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Der Finanzminister ist auf diesen Punkt besonders stolz. Ich weiß nicht so recht, wieso. Aber vielleicht meint er, dass andere das nicht so ganz begreifen. Das Bemerkenswerteste bei diesem Spiel ist, dass selbst die angeblichen Sparbeiträge dieser Regierung nichts anderes sind als Kredite, die man ein Jahr zur Seite gelegt hat.

Herr Finanzminister, das ist diese berühmte Geschichte mit der Punktlandung, die wir Jahr für Jahr vollziehen. Irgendwie müssen wir eine Unterabteilung der NASA werden, wenn wir Weltmeister in der Punktlandung sind. Ergebnis Haushalt 2001: Punktlandung in drei Schritten. Ich finde es originell, wie das gemacht wurde.

Erster Schritt: Man hat vorsorglich Schulden nach dem Motto „Man weiß nie was kommt. Was wir haben, das haben wir.“ aufgenommen.

Zweiter Schritt: Man hat diese Schulden geparkt, ein Jahr zur Seite gelegt und dann behauptet, wir haben mit diesen geparkten Schulden eine Rücklage gebildet.

Dritter Schritt: Als man das Geld gebraucht hat, hat man es selbstverständlich ausgegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kreative Buchführung. Das will ich gern zugestehen. Mit Sparen hat das wirklich nichts zu tun.

(Beifall der CDU)

So erleben wir das seit zehn Jahren. Wir reden oft über die Frage, ob wir ein Einnahmenproblem oder ein Ausgabenproblem haben. Übrigens hat der ehemalige Finanzstaatssekretär unseres Landes, Dr. Thilo Sarrazin, jetzt, wo er einen neuen Hut trägt – das verändert manchmal das Denken; das Tragen eines neuen Huts ist manchmal sozusagen beflügelnd für die Innovationskraft des Denkens –, sehr bemerkenswerte Ausführungen dazu gemacht, was diese sehr schwierige Frage nach dem Einnahmenproblem und dem Ausgabenproblem anbelangt; natürlich mit Blick auf das Land Berlin. Das will ich gar nicht beschreiben. Aber die haben darüber hinaus eine gewisse allgemeine und generelle Bedeutung.

Zehn Jahre haben wir in Rheinland-Pfalz erlebt, dass nicht ein einziges Mal auf der Ausgabenseite eingegriffen wurde. Die Ausgabenseite war immer tabu. Es wurde immer alles, was man bekommen konnte, auf Heller und Pfennig ausgegeben. Das Geld wurde „zusammengekratzt“, und dann wurde es „verpulvert“. So war es Jahr für Jahr. Wenn es nicht gereicht hat, hat man sozusagen über Kredite nachgeholfen und über Kreditaufnahmen den Betrag aufgestockt, den man brauchte, um mit seinen Ausgaben zurechtzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geschah zehn Jahre lang mit dem Ergebnis, dass in diesen zehn Jahren jährlich rund eine Milliarde Euro neue Schulden gemacht wurden. In zehn Jahren sind das 10 Milliarden Euro neue Schulden.

Nun kennen wir auch die Ausreden. Die gehen von Konversion, Flughäfen usw. – Das sind alles Probleme, die auf der ganzen Welt nur Rheinland-Pfalz berühren? Kein anderes Land ist von Wiedervereinigung, Konversion und solchen Fragen berührt? Nur wir sind hiervon berührt? Nur wir haben in den letzten Jahren mit diesen Problemen zu kämpfen gehabt?

Es gibt eine Ausrede, die ist recht originell, jedenfalls kann ich mich nicht erinnern, dass wir schon einmal länger darüber debattiert haben. Deswegen will ich diese heute erwähnen. Alle anderen waren schon häufiger Gegenstand der Erörterung im Plenum.

Eine Ausrede ist ganz originell. Diese ist übrigens auch halb wahr. Es ist nicht so, dass das, was ich jetzt vortrage und worauf ich zu sprechen komme, sozusagen eine reine Finte wäre. Das ist die Investitionsquote.

Die Investitionsquote ist in Rheinland-Pfalz in der Tat erstaunlich hoch; übrigens auch im Vergleich der Bundesländer. Das ist gar keine Frage. Ich sehe einmal davon ab, wie diese Investitionsquote berechnet wird. Darüber kann man lang streiten. Ich erinnere mich ganz dunkel, dass wir das schon einmal vor vielen Jahren getan haben.

So, wie sie Ihre Multimediaausgaben berechnen, dass jeder Kugelschreiber, der irgendwo angeschafft wird, am Schluss ein Beitrag zur Umsetzung des Multimediaprogramms der Landesregierung ist, so ist es auch ein bisschen bei der Investitionsquote. So ist es leider.

Es gibt überhaupt nichts, was nicht niet- und nagelfest ist und am Ende nicht in die Investitionsquote des Landes Rheinland-Pfalz einfließt. Aber sei es drum. Sie ist erstaunlich hoch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur das ist die eine Seite der Medaille. Das ist wahr. Das ist unbestritten.

Die andere Seite der Medaille geht sehr schön aus einem Monitum des Rechnungshofs hervor, der nämlich darauf hingewiesen hat, dass diese doch verhältnismäßig hohe und gute Investitionsquote mit einem hohen Preis erkaufte wurde. Sie wurde erkaufte und wird bis heute mit einer überdurchschnittlich hohen Kreditfinanzierungsquote erkaufte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Punkt. Das ist wirklich der zentrale Punkt der Auseinandersetzung. Es ist nicht alles falsch, was die Regierung macht. Es ist auch nicht alles richtig, was die Opposition sagt. Nur in diesem einen Punkt müssten wir den Streit weiter führen. Dieser eine Punkt lautet: Alles das, was Sie machen – ob es unsere Zustimmung findet oder nicht, ob wir es für richtig finden oder nicht, ist völlig „wurscht“ –, ist im Kern auf Pump finanziert, und das seit zehn Jahren.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht nicht gut. Das kann nicht gut gehen.

Im Übrigen empfehle ich dringend, wenn wir über die Investitionsquote reden, dass wir irgendwann einmal so eine Art Erfolgskontrolle auch in diesem Bereich beginnen. Ich habe eben knapp etwas zur Frage der Finanzkraft und der Wirtschaftskraft gesagt.

Wir haben seit Jahren eine hohe Investitionsquote. Das ist wahr. Das stimmt. Wenn die Landesregierung das behauptet, sagt sie nichts Falsches. Nur: Obwohl wir seit Jahren eine verhältnismäßig hohe Investitionsquote haben, sinken wir in der Wirtschaftskraft Jahr für Jahr ab. Wie auf einer schiefen Ebene rutschen wir nach unten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da kann angesichts dieser hohen Investitionsquote etwas nicht stimmen in Bezug auf das magere und dürftige Ergebnis, was die Entwicklung der Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz angeht. Damit sind wir bei dem Kern des Problems.

Ich denke, dass der Kern des Problems in diesem Land und auch dieser Landesregierung ist, dass sie dann doch immer wieder den Versuch unternimmt, mit aller Kraft nicht nach Sparmöglichkeiten zu suchen, sondern alle Kraftanstrengungen darauf konzentriert, eine Politik zu gestalten, die niemandem etwas zumutet und – wir erleben das im politischen Alltag sehr häufig – allen alles in Aussicht stellt.

Herr Ministerpräsident, ich glaube übrigens auch, dass das ein gutes Stück des Geheimnisses Ihres bisherigen Erfolges ist, dass Sie niemandem etwas zumuten und allen alles in Aussicht stellen.

(Beifall bei der CDU)

Das hält natürlich viel Ärger vom Hals – das ist keine Frage –: Keine schlechten Nachrichten, kein Antasten von Besitzständen, keine Infragestellung von Erbhöfen, außer – ich habe mir lange überlegt, ob ich diese Bemerkung machen soll – da, wo es wirklich nur eine kleine Hand voll Leute trifft. – Ich nenne ein Beispiel. Ich hoffe, dass ich jetzt keinem damit schade, wenn ich das Beispiel nenne. Es hat mich aber einfach geärgert, weil es so beispielhaft für das ist, was diese Landesregierung macht. Da, wo es niemand merkt und wo es wirklich nur eine Hand voll Leute trifft, wird wie mit der Axt im Wald zugeschlagen. Das Musikgymnasium in Montabaur. Da

ist zwar nur ein Betrag von 150.000 Euro herauszuholen, aber da wird gnadenlos zugeschlagen.

(Frisch, CDU: So ist es!)

Da weiß man genau, da gibt es keine Demonstrationen. Das gibt es noch nicht einmal einen Artikel in der „Rhein-Zeitung“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da, wo man es unbeobachtet machen kann, da tut man es. Da, wo es auffallen könnte, wo es möglicherweise zu Protesten führen könnte, schleicht man wie die Katze mit Samtpfoten um den heißen Brei des Sparens herum. Das ist das Erfolgsgeheimnis dieser Landesregierung: Alles allen in Aussicht stellen und keinem irgendwie einen Besitzstand antasten wollen.

(Beifall der CDU)

Mit der Politik landet man natürlich da, wo diese Landesregierung jetzt gelandet ist und voraussichtlich in zwei Jahren endgültig landen wird. Man lässt die Dinge treiben und bedient Gott und die Welt mit geliehenem Geld. Das ist die haushaltspolitische Maxime der SPDgeführten Landesregierung von Rheinland-Pfalz.

Ich sagte eben schon, so schafft man sich Ärger vom Hals. Aber politische Führung sieht anders aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun ging das lang gut, wie wir alle wissen. Auch mit Blick auf die Wahlergebnisse ging das sehr lang gut. Es war wirklich eine Erfolgsstory, wie sich in Sympathiekurven und Wahlergebnissen zeigte. Aber – jetzt kommt ein großes „aber“ – die Welt hat sich verändert.

Sie hat sich mit der Einführung des Euro verändert; denn mit der Einführung des Euro hat ein neues finanzpolitisches Zeitalter begonnen.

Ich weiß nicht, ob wir uns alle schon ausreichend Klarheit darüber verschafft haben, dass die Einführung des Euro auch die Finanzpolitik der Länder auf eine gänzlich andere Grundlage gestellt hat. Seitdem wir den Euro haben, ist in der Finanzpolitik alles mit allem verbunden: Europa mit den Nationalstaaten, die Länder mit den Gemeinden, und alle öffentlichen Kassen zusammengekommen fließen in die Berechnung der Kriterien ein. Jetzt kann sich niemand mehr in der Ecke verdrücken und sagen: „Ich mache da nicht mit!“ Alles ist mit allem untereinander verbunden.

Meine Damen und Herren, seitdem das so ist, ist der Beitrag der Kommunen, der Städte und der Gemeinden genauso wie der Beitrag der Länder und der Staaten ein Beitrag, der entweder in seiner Gänze die Stabilität der Währung sichert oder in seiner Gänze die Stabilität der Währung untergräbt.

Da das so ist, ist es keine Infamie, wenn die Schuldner jetzt und in der Zukunft von der Europäischen Union öffentlich an den Pranger gestellt werden. Das ist keine politische Verschwörung in Brüssel gegen einen liebrenden deutschen Bundeskanzler, sondern das ist die zwingende Folge dieser neuen finanzpolitischen

Grundlage, auf der wir genauso stehen, wie alle anderen innerhalb der Europäischen Union auch auf dieser neuen Grundlage stehen.

Seitdem geht es gar nicht mehr anders, als dass die bedenkenlosen Schuldner an den Pranger gestellt werden. Jetzt sind wir mitten in der Diskussion über den blauen Brief. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Ob es so klug war, den blauen Brief mit aller Gewalt aus der Welt zu bringen und sich dafür das einzuhandeln, was sich Herr Eichel eingehandelt hat, lasse ich einmal dahingestellt. Das Ergebnis ist, dass der Herr Bundesfinanzminister einen Ausgleich bis zum Jahr 2004 versprochen hat. So weit so gut, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das gehört in der Tat zu den von uns nicht beeinflussbaren Umständen und Bedingungen. Für das Jahr 2004 steht der Herr Bundesfinanzminister im Wort, einen Ausgleich oder – ich meine, die korrekte Zitiertweise ist – annähernd einen Ausgleich vorzulegen.

Jetzt ist die Frage, ob das irgendwelche Folgen für uns hat. In der Zeitung lese ich, dass der Herr Finanzminister unseres Landes auf die Frage, welche Folgen das gegebenenfalls für Rheinland-Pfalz hat, sagt: Ich warte erst einmal ab.

(Heiterkeit bei der CDU)

Man muss aber nicht abwarten, um zu wissen, dass dieser Zug im Gefolge der Zusagen des Herrn Bundesfinanzministers unabdingbar auf die Länder zurollt. Das ist doch völlig klar, aber nicht, weil der Herr Bundesfinanzminister besonders böse ist und seinen Parteifreunden in den Ländern die heiße Kartoffel weiterreicht, sondern weil alles mit allem verbunden ist und weil er gar nicht anders kann, als die Entwicklung der Verschuldung in den deutschen Bundesländern mit in seine Betrachtungen einzubeziehen.

Also rollt der Zug auf die Bundesländer zu. Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, in dieser Situation hat die CDU Ihnen ein Angebot gemacht, nämlich das Angebot, gemeinsam darüber nachzudenken, ob es im Wissen, dass der Zug auf uns zurollt und das Abwarten keine Lösung des Problems ist, sondern bestenfalls andere dazu einlädt, über unseren Kopf hinweg zu bestimmen, was jetzt getan werden muss, nicht sinnvoll wäre, einen Stabilitätspakt für Rheinland-Pfalz zu schließen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Null plus null gibt null!)

Ich will das nicht mit einem falschen Pathos vortragen, aber dass das für eine Opposition eher ein ungewöhnliches Angebot ist, muss meines Erachtens nicht weiter kommentiert werden. Dennoch haben wir dieses Angebot gemacht, und wir halten das Angebot aufrecht, ein paar Sparmaßnahmen gemeinsam zu überlegen und gemeinsam zu tragen.

Ich weiß nicht, weshalb dieses Angebot auf eine so schroffe Ablehnung gestoßen ist, Herr Ministerpräsident. In den nächsten vier Jahren wird sich die politische Landschaft in Rheinland-Pfalz nicht verändern. Sie sitzen fest im Sattel, fester denn je. Sie haben überhaupt

keinen Grund, mit Blick auf Wahltermine irgendwelche falschen Rücksichten zu nehmen. Deswegen fordere ich Sie in aller Form auf: Haben Sie endlich den Mut, das Notwendige zu tun. Wenn wir es für sinnvoll halten, werden wir Sie darin unterstützen. Wir werden uns einem solchen Stabilitätspakt nicht verweigern; denn er ist notwendig und überfällig.

(Beifall der CDU)

Der erste Punkt mit Blick auf die Frage, was denn zu tun ist, ist, dass wir uns eingestehen – ich weiß, dass es uns allen schwerfällt, auch einer Opposition fällt das nicht einfach –, dass in diesem Landeshaushalt Sparpotenziale vorhanden sind. Es gibt sie, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist nicht so, dass mit Blick auf die Frage, ob es Sparpotenziale gibt, gesagt werden kann, dass der Haushalt auf Kante genäht sei. Er ist im Hinblick auf die Nettoneuverschuldung auf Kante genäht. Das ist wahr. Aber im Hinblick auf die Frage, ob es Sparpotenziale gibt, ist dieser Haushalt bei Gott nicht auf Kante genäht.

Ich nenne drei Stichworte, die die Frau Berichterstatterin vorhin bereits vorgetragen hat. Es gibt Sparpotenziale beim Personal. Über die Steigerung der Personalkosten in Rheinland-Pfalz –übrigens auch im Vergleich zu anderen Bundesländern – gibt es außerordentlich interessante Hinweise, Bemerkungen und Feststellungen im jüngsten Bericht des Rechnungshofs. Das will ich an dieser Stelle aber nicht vertiefen. Dass die Welt zusammenbricht und in Rheinland-Pfalz die Lichter ausgehen, wenn wir unseren Personalbestand auf den Bestand im Jahr 1991 zurückführen, das glaubt doch keiner.

Also gibt es doch gewisse Einsparpotenziale beim Personal des Landes. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Steigerung von 266 Stellen, die Sie seit dem Jahr 1991 zusätzlich eingerichtet haben, in der Staatskanzlei und in den Ministerien zurückzuführen. Herr Ministerpräsident, fangen Sie damit an; denn Sie lassen sich mit diesem Doppelhaushalt zusätzlich 18 Stellen für die Staatskanzlei genehmigen. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran!

(Beifall der CDU)

Ich wäre auch froh, wenn ich als Oppositionsführer ein Callcenter für die Bürgerbetreuung und für die Bearbeitung von Petitionen hätte. Ich weiß, dass das im Zeitalter der Kundenorientierung der Politik eine schicke Sache ist, aber wir können uns das auch nicht leisten. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran und sagen: Die Einsparung dieser 18 Stellen ist der erste Beitrag, den ich leiste bzw. den wir leisten zur Zurückführung der Nettoneuverschuldung und zu einer Verschlankung der Personalwirtschaft in Rheinland-Pfalz.

Ich bin sicher, wenn Sie mit diesem Beispiel vorgehen, werden Ihnen Ihre Ministerkolleginnen und Ministerkollegen folgen und die weiteren 50 Stellen in den Ministerien ebenfalls unbesetzt lassen. Das wäre schon einmal ein Signal, meine Damen und Herren.

Ich weiß auch, dass das zum großen Teil Beamte sind, die nicht von heute auf morgen entlassen werden kön-

nen, aber es ist nicht die Welt, die zustande kommt, wenn wir uns darauf verständigen, Schritt für Schritt diese 266 Stellen zurückzuführen. Mit welchem Einsparbetrag kommt schon die Welt zustande. Sparen ist immer das Einsammeln von Groschenbeträgen in der Sammelbüchse. Die Sammelbüchse wäre schon zu einem Drittel gefüllt, wenn Sie die Kraft hätten, das zu tun.

Ich nenne ein zweites Beispiel, die Subventionen an die Wirtschaft. Ich erwarte täglich die Haushaltsbriefe der SPD-Fraktion. Vielleicht sind sie schon verschickt.

(Mertes, SPD: So ist es! Per E-Mail!)

– Das ist sehr gut. Dafür benötigen Sie auch kein Callcenter. Das haben Sie auch mit Ihrem Personalbestand geschafft.

Die böse Opposition, die angeblich immer die Interessen der Wirtschaft im Blick hat, habe vorgeschlagen, die Subventionen für die Wirtschaft zu kürzen. Meine Damen und Herren, wir haben das vorgeschlagen. Wir haben das aber nicht vorgeschlagen, weil wir von allen guten Geistern verlassen wären –jedenfalls bei dem Punkt sind wir das nicht –, sondern weil wir in der Sache davon überzeugt sind, dass es richtig und an der Zeit ist, das zu tun.

Dabei denken wir an die direkten Unternehmenssubventionen. Wenn man sich ein bisschen mit dem Thema beschäftigt, stellt man fest, dass in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren einiges in den Haushalt eingestellt worden ist. Die Mitnahmeeffekte werden immer größer. Das sagen Ihnen übrigens auch die Vertreter der Wirtschaft. Ferner wird die Förderkulisse immer unübersichtlicher. Fragen Sie einmal den Handwerksmeister um die Ecke, ob es ein Programm in Rheinland-Pfalz für ein Problem gibt, das er zurzeit in seinem Betrieb hat. Die Vermutung, dass es ein Programm gibt, ist übrigens sehr groß, weil es für das allermeiste inzwischen ein Programm gibt.

Die Erfolgskontrolle ist inzwischen unmöglich geworden. Ich habe schon verschiedentlich einen Beitrag aus der im Vorfeld des Landtagswahlkampfes von der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes herausgegebenen Broschüre „Markenartikel Rheinland-Pfalz“ zitiert, da er für mich wirklich bemerkenswert und erhellend war.

Lesen Sie einmal auf der Seite 7 nach, was die Wirtschaft selbst unter dem Stichwort „Wirtschaftsförderung wettbewerbsneutral gestalten“ sagt. Dort steht: „Es ist allerdings an der Zeit, auch in Rheinland-Pfalz die Förderlandschaft wieder stärker wettbewerbsneutral zu gestalten und damit klare ordnungspolitische Ziele zu realisieren. Die einzelbetriebliche Projektförderung sollte durchforstet und auf wenige Schwerpunkte konzentriert werden. Die Administration zu vieler Förderprogramme wird durch immer mehr Berater immer teurer.“

Meine Damen und Herren, das ist so! Deshalb wäre es an der Zeit, die Förderkulisse zu durchleuchten, sie zu vereinheitlichen und sich auf Schwerpunkte zu konzentrieren und das, was möglicherweise an Wildwuchs bei

den direkten Unternehmenssubventionen entstanden ist, auf ein paar wenige Akzente zurückzuführen.

Ich möchte zu einem dritten Punkt kommen, wenn von Einsparpotenzialen in unserem Haushalt die Rede ist. Das sind Einsparpotenziale, über die wir in unserer Verantwortung verfügen können. Ich nenne die Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt.

Als wir das vor zwei Monaten in der Fraktion beschlossen haben, war ich fest davon überzeugt, dass die Sozialdemokraten einen Sturm der Entrüstung in Rheinland-Pfalz entfachen werden. Ich ging fest davon aus und hätte meinen Kopf dafür verwettet.

Das Beispiel zeigt, wie gut man beraten ist, seinen Kopf nicht zu verwetten; denn die Welt hat sich natürlich in diesem Punkt – wie soll man sagen? – in den vergangenen sechs Wochen dramatisch verändert.

Wir haben im Land Rheinland-Pfalz jährlich 410 Millionen Euro, die über die Arbeitsämter für den zweiten Arbeitsmarkt verfügbar sind. Das ist ein stolzer Betrag. Damit kann man einiges tun. Diesen 410 Millionen Euro jährlich führt die Landesregierung aus eigenen Mitteln und aus Fremdmitteln weitere 50 Millionen Euro zu.

Wir haben vorgeschlagen – das übrigens auch, weil wir eine sachliche Überprüfung in diesem Punkt für dringend notwendig halten, so wie die Direktsubventionen an rheinland-pfälzische Unternehmen einer sachlichen Überprüfung bedürfen –, aus den Mitteln, die das Land zusätzlich zu den 410 Millionen Euro, die über die Arbeitsverwaltung für Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellt werden, zuführt, einen unserer Meinung nach bescheidenen Betrag von rund 3,0 % bzw. 3,3 % einer Einsparung zuzuführen; dies übrigens auch deshalb, weil sich die Frage der Treffsicherheit und der Erfolgskontrolle immer mehr stellt. Das war unser Kenntnisstand vor zwei Monaten. Wie gesagt, das ist in der sicheren Erwartung geschehen, dass die Sozialdemokraten ein Kriegsgeheul im Land Rheinland-Pfalz beginnen würden.

Das ist nicht geschehen, weil wir neuerdings einen neuen und wohl starken Verbündeten in dieser Diskussion haben.

(Beifall der CDU –
Unruhe bei der SPD)

– Herr Minister, ich weiß, dass in der Politik Lob von der falschen Seite nicht förderlich ist. Deshalb gehe ich mit diesem Lob sehr spärlich um. Ich will aber sagen, dass es Grund für ein solches Lob gibt.

Wenn Herr Minister Gerster in seiner neuen Funktion den Kurs beibehält, den er jetzt angedeutet hat, wird er am Ende erfolgreich sein und eine Reihe von Missständen, die wir seit Jahr und Tag beklagen, in Deutschland abstellen können. Damit will ich es auch bewenden lassen, weil alles andere ihm seine Aufgabe nicht leichter macht. Wenn ich ihn hier lobe, weiß ich genau, was anschließend passiert. Obwohl, so wichtig bin ich auch wieder nicht, als dass das dann große Kreise ziehen würde.

(Unruhe bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mich hat ein Satz im „Spiegel“-Interview in der Ausgabe 10/2002 besonders angesprochen, weil das eine Erfahrung ist, die übrigens viele von uns in diesem Landtag seit Jahren machen, und weil das ein Satz ist, der zudem an einem Tabu rührt. Herr Minister Gerster ist der Erste, der dieses Tabu nicht weiter so einfach leben lässt. Das ist der folgende Satz, den ich wörtlich zitiere: „Es kann nicht Aufgabe der Arbeitsämter sein, Unternehmen der Weiterbildungsbilanz die Existenz zu garantieren.“ Das ist ein wirkliches Problem.

(Dr. Weiland, CDU: Sehr richtig!)

Deshalb ist unser Vorschlag, 3 % der 50 Millionen Euro Landesmittel für den zweiten Arbeitsmarkt einer Einsparung zuzuführen, alles andere als ein verantwortungsloser Vorschlag.

Ich gehe nicht so weit wie Herr Gerster in dem Interview des „Handelsblatts“, in dem er gesagt hat: „Ganz klar, in Westdeutschland machen ABM keinen Sinn mehr.“ Unter den gegebenen Umständen machen sie tatsächlich keinen Sinn mehr; denn die Übernahmequote ist so, wie wir sie alle als Kommunalpolitiker kennen. Das ist eine Brücke, die zwei, drei Jahre trägt. Dann ist in der Regel das Ende der Veranstaltung erreicht. Wir sind alle sehr kreativ im Finden von Argumenten, weshalb das Ende erreicht ist und bestenfalls eine neue Maßnahme begonnen werden muss.

Herr Minister Gerster, ich will Ihnen Glück wünschen für den Weg, den Sie gehen, und für die Aufgabe, die Sie auf sich genommen haben.

Ich komme zurück zu unserem Landeshaushalt: Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorschlag der Unionsfraktion im rheinland-pfälzischen Landtag lautet: Wir wollen die von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen vorgesehene Neuverschuldung jedes Jahr um 10 % senken. Diese 10 % sind kein gewaltiger Kraftakt. Ich sage offen, ich weiß auch nicht, ob wir dazu in der Lage gewesen wären. Diese 10 % sind relativ leicht zu erreichen, wenn man so ehrlich ist, sich selbst zu sagen, dass es Einsparpotenziale in diesem Doppelhaushalt gibt.

(Beifall der CDU)

Das ist allerdings die Einsicht, die am Anfang stehen muss.

Wenn wir uns bei dieser Marge von 10 % im Schnitt der beiden Haushaltsjahre einpendeln würden, lägen wir bei rund 112 Millionen Euro jährlich, um die wir die Nettokreditaufnahme zurückführen könnten.

Die Vorschläge, die wir gemacht haben – sie sind einschlägig in der Öffentlichkeit kommentiert worden –, zeigen, dass es geht, wenn man will.

Deshalb ist die entscheidende Frage dieser drei Tage, ob die Landesregierung es will, nämlich eine Trendumkehr einzuleiten und einen Kurs einzuschlagen, der dazu

führt, dass der ungebremsste Marsch in die Neuerschulung endlich einmal abgebremst wird.

(Beifall der CDU)

Das ist die zentrale Aufgabe der Finanzpolitik, die sich in dieser Situation stellt.

Sparen ist kein Selbstzweck. Sparen ist nicht etwas, was man deshalb macht, weil es einem viel Freude bringt, sondern Sparen hat ein Ziel. Das Ziel kann nur sein, dass wir uns Handlungsspielräume freikämpfen, damit wir überhaupt in die Lage versetzt werden, neue Probleme, die auf uns zukommen und die wir zu einem großen Teil schon kennen, angehen und lösen zu können.

Sparen ist kein Selbstzweck, sondern Sparen ist das unverzichtbare Mittel, Freiräume zuerst einmal wieder zu eröffnen, die wir finanzpolitisch benötigen, um nicht alle Probleme, die jetzt neu auf uns zukommen, sozusagen ungelöst zur Seite schieben zu müssen.

Ich sage, wenn Politik nicht jetzt damit beginnt, sich diese Freiräume freizukämpfen, gibt sie sich selbst auf; denn dann werden die Haushalte des Landes Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren nichts anderes sein als die Folgeverwaltung der Kreditmisswirtschaft der 90er- und beginnenden 2000er-Jahre.

Deshalb lautet unsere Bitte, in diesen Tagen vielleicht doch noch zu der Einsicht zu finden. Wenn Politik sich selbst nicht aufgeben will, wenn Politik Handlungsfähigkeit zurückgewinnen will, muss die Reißleine jetzt gezogen werden. Man kann das auch zugespitzt in einem Satz zusammenfassen: Wenn Politik handlungsfähig bleiben will, kommt sie am Sparen nicht vorbei. Das ist der Sinn des Sparens und das Ziel von Sparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen sparen, um zum einen mehr für Familien und Kinder tun zu können. Ich bin der Meinung, dass es da auch Nachholbedarf in unserem Land gibt. Ich nenne als Beispiel nur den Ausbau der Tagespflege als einen der Schwerpunkte, den wir – nicht kreditfinanziert – in unseren Anträgen vorgeschlagen haben.

Es muss mehr getan werden, um das Ganztagsangebot der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Das gilt übrigens auch für den ländlichen Raum.

Es müssen auch erste Schlussfolgerungen mit Blick auf die erschreckenden Erkenntnisse der PISA-Studie gezogen werden. Wir müssen irgendwie darauf reagieren; denn das Thema wird uns in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen.

Wenn wir reagieren und nicht wieder etwas kreditfinanziert tun wollen – das geht nicht mehr lange, wie die Zahlen beweisen –, müssen wir uns erst die Freiräume erkämpfen, die wir brauchen, um zu einer solchen Reaktion fähig zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen sparen, um zweitens etwas mehr für die Bildung und die Ausbildung tun zu können. Ich lese, dass sich Rhein-

land-Pfalz, was die Ausgaben für die Bildung und die Ausbildung angeht, immer an der Spitze der Meisterschaft befindet.

Mir ist ein Artikel aus einer Neuveröffentlichung, und zwar einem Nationalatlas Bildung und Kultur in Deutschland, herausgegeben vom Leipziger Institut für Länderkunde, in die Hände gefallen. Das ist ein bisschen schwer zu erkennen. Deutschland teilt sich sozusagen in drei Teile auf, was die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Schule und Hochschule angeht. Der am kritischsten zu bewertende Teil ist ein Graben, der sich in Deutschland von Norden nach Süden durchzieht. Die Überschrift in diesem Bildungsatlas heißt „Das tiefe Tal der Bildungslosen“.

Ich weiß nicht, wer sich von uns noch an das Tal der Ahnungslosen erinnert. Das hatten wir bis 1989 in einem entlegeneren Teil Deutschlands. Gemeint sind hier die Bundesländer, in denen für die Förderung von Bildung, Ausbildung, Schule, Hochschule, Wissenschaft und Kultur unterdurchschnittlich ausgegeben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Nationalatlas Bildung und Kultur ist eine Bemerkung enthalten, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Hierin wird beschrieben, dass es innerhalb dieses tiefen Tals der Bildungslosen eine Talsohle gibt. Was glauben Sie, wo diese Talsohle liegt?

(Zuruf von der SPD: In Trier!)

– Herr Kollege, nicht in Trier, nicht im Saarland oder in Hessen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sohle dieses Tals der Bildungslosen liegt mit 1,3 % der Ausgaben für Bildung, Schule, Hochschule, Wissenschaft und Kultur in Rheinland-Pfalz. Wenn es in der Landespolitik einen Nachholbedarf gibt, dann in diesem Bereich der Förderung von Hochschule und Ausbildung; denn das ist für die jungen Leute in unserer Gesellschaft die Zukunft und das Morgen.

(Beifall der CDU)

Deswegen ist dies ein zweiter Schwerpunkt in unseren Anträgen, wie zum Beispiel der Lehrermangel an den berufsbildenden Schulen und der Ausbau der Schulsozialarbeit, um den Erziehungsauftrag der Schule zu stärken. Wir können doch nicht immer mehr Schüler von immer weniger Lehrern unterrichten lassen und immer lauter beklagen, dass die Schule ihrem Erziehungsauftrag nicht mehr nachkommt. Das ist doch die perfekte Heuchelei, an die wir uns in unserer Gesellschaft gewöhnt haben.

(Beifall der CDU)

Wer den Erziehungsauftrag der Schule stärken und mit Blick auf diesen etwas tun will, kann nicht immer nur nach Dritten rufen, sondern muss sich selbst einmal auf den Weg machen, die Weichen in eine andere Richtung zu stellen.

Genauso ist es bei der Integration von Ausländerkindern.

(Zuruf von der SPD)

– Herr Kollege, dass Sie noch einen Zwischenruf landen müssen, ist klar. Sie sparen die Unterschrift in der Anwesenheitsliste, wenn Sie mit dem Zwischenruf vermerkt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Förderunterricht in Deutsch. Wer Integration von Ausländern wirklich will – ich gehe davon aus, dass alle, die hier sitzen, diese Integration wollen –, muss in diesem Punkt einer Kurskorrektur die Hand reichen. Wir müssen weg vom muttersprachlichen Unterricht und hin zu einer sehr viel stärkeren Förderung des Deutschunterrichts, weil sonst eine Integration nicht möglich ist.

(Beifall der CDU)

Wir müssen erstens eine Umschichtung in Gang und zweitens einen solchen Schwerpunkt setzen. Integration gelingt nicht, wenn Zehn-, Zwölf- oder Vierzehnjährige in einer deutschen Regelschule im Unterricht sitzen und diesem Unterricht in weiten Teilen nicht folgen können, weil ihnen die notwendigen Voraussetzungen, nämlich die Sprachkenntnisse in Deutsch, fehlen. Die Deutschkenntnisse sind das A und O und der Schlüssel zu einer gelungenen Integration ausländischer Kinder. Deswegen ist diese Debatte wichtig und muss ohne Tabus geführt werden.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen sparen, um drittens die Wissenschaft und die Weiterbildung besser fördern zu können. Der Wissenschaft ist dies von einer überlebenswichtigen Bedeutung.

Wir wollen sparen, um viertens die Lage bei der Inneren Sicherheit zu verbessern. Ich nenne nur einen Punkt. Ich bin mir sicher, dass der Polizeiminister diesen Punkt genauso sieht. Er kann es nicht zugeben, aber er sieht ihn genauso.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bei der Polizei in Rheinland-Pfalz schlimme Personalengpässe. Das ist nicht das übliche Jammern von Berufsfunktionären. Wer mit den Kolleginnen und Kollegen spricht, weiß, dass der Berg der Überstunden immer größer wird, welche Alltagsbelastungen auf viele zirkommen und wie sich das in der Polizeiinspektion oder in einer anderen Dienststelle abspielt. Das wird in den nächsten Jahren nicht besser. Das ist ein Thema, das uns weiter beschäftigen muss. Ich finde, wir können nicht bis zur nächsten Katastrophe warten, sonst schreit wieder die ganze Republik, dass wir mehr Polizei und mehr Sicherheit brauchen. Wenn Zeit zum Handeln ist, dann jetzt nach der Katastrophe, damit wir dann, wenn es eine nächste Katastrophe geben sollte, was der liebe Gott hoffentlich verhindert, gewappnet und besser ausgerüstet sind, als wir es in den letzten Wochen und Monaten waren. Deswegen müssen wir jetzt diesen Schritt tun.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Einsicht ist bei all dem unverzichtbar. Ich habe vier Schwerpunkte genannt, von denen ich glaube, dass es sich lohnt, Sparanstrengungen auf sich zu nehmen, um in diesen Schwerpunkten nachlegen und mehr tun zu können, als es dieser Doppelhaushalt vorsieht und als in der Vergangenheit getan wurde, allerdings um den Preis der Einsicht, dass dies über Kredite, wie das bisher in den letzten zehn Jahren geschehen ist, nicht alles finanziert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle Bemühungen zur Vernebelung unserer tatsächlichen Lage wirken auf mich inzwischen nur noch peinlich, wie dieses künstliche Schönrechnen und dieses Biegen von Zahlen. Wie weiches Wachs werden die Zahlen geformt und gebogen, bis alles nach außen einigermaßen schön aussieht. Das ist alles eine pure Kosmetik, die uns nicht weiterführt.

Ich nenne als Beispiel die Ausgabensteigerung. Das ist im Lauf des Tages wahrscheinlich ein Lieblingsargument derjenigen, die diesen Doppelhaushalt verteidigen müssen. Die Landesregierung rühmt sich, wie sie sagt, einer angeblich hohen Ausgabendisziplin, die sie durch eine Ausgabensteigerung von 0,9 % belegt. Diese Zahl hat einen ganz winzigen Schönheitsfehler. Sie bezieht sich nur auf den Kernhaushalt.

(Billen, CDU: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich die drei Nebenhaushalte hinzunehme, den LBB, den LSV und die Unikliniken, kommen über diese drei Nebenhaushalte auf diese 0,9 % in absoluten Zahlen 290 Millionen Euro dazu. Dann haben wir eine Steigerung der Ausgaben in einer Größenordnung von sage und schreibe plus 3,5 %.

(Zuruf des Staatsministers Mittler)

– Herr Minister, es ist klar, dass das für Sie Quatsch ist; denn diese Zahl lässt Ihre Argumentation wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Sie sagen: 0,9 %, wir liegen Lichtjahre unter den Vorgaben des Finanzplanungsrats.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Humbug. Wir liegen deutlich über den Vorgaben des Finanzplanungsrats. Man muss nur ehrlich rechnen.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie sagen, alles ist Quatsch, frage ich mich: Was soll diese Selbsttäuschung? – Ich gehe davon aus, dass Sie selbst an das glauben, was Sie vortragen. Sie schaffen immer neue Institutionen – das erleben wir im Grund genommen seit Jahren in regelmäßigen Abständen –, die für Sie nur die Funktion einer Bank erfüllen und der Beschaffung von Krediten dienen.

Ich nenne den LBB, den LSV und alle möglichen Outsourcings- und Ausgliederungsmodelle. In der Sache sage ich noch einmal: Sie sind in der Regel durchaus zustimmungsfähig, nur in der Funktion, für die Sie sie missbrauchen, sind sie nun wirklich nicht zustimmungs-

fähig; denn der LSV und der LBB sind nicht dazu da, Ihnen billiges Geld zu verschaffen. Das ist nicht deren Aufgabe und Auftrag.

(Beifall der CDU)

Sie schaffen diese Institutionen neu, beuten sie aus oder missbrauchen sie als eine Bank zur Kreditbeschaffung. Das ist inzwischen auch die Rolle, die Sie den Städten und Gemeinden zugeordnet haben. Sie verschaffen sich über die Kommunen billiges Geld, indem Sie entweder den Finanzausgleich verändern oder – das ist ein ganz beliebtes Mittel geworden – die Fristen der Vorfinanzierung von Projekten mit finanzieller Beteiligung des Landes immer länger werden, drei Jahre, vier Jahre, fünf Jahre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man wird als Finanzpolitiker bei so viel billigem Geld, das Sie beschaffen, fast verführt, diesem Verfahren zustimmen zu wollen.

Das ist nichts anderes als eine Bank, die sie sich eröffnen. Die Städte und Gemeinden geraten in eine Notlage. Das ist wohl unbestritten. Die Landesregierung bestimmt, was noch geht. Die Landesregierung sagt: Dieses Projekt wird gemacht, dabei beteiligen wir uns finanziell, zwar erst in drei, vier, fünf, sechs, sieben Jahren, aber immerhin, fangt schon einmal an. – Der Spatenstich ist immer das Erste, was mit großem Brimborium veranstaltet wird. Es wird aber schon einmal gegraben. Die Kommune finanziert vor. Die Landräte, die Oberbürgermeister, die Bürgermeister dürfen dann anschließend die unangenehmen Wahrheiten verkünden. Die Minister reisen in die Provinz, machen den ersten Spatenstich, und die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte dürfen dann anschließend in den Haushaltsberatungen in ihren Räten verkünden, was alles nicht mehr geht.

Meine Damen und Herren, das ist eine wenig faire Rollenverteilung. Als Landesregierung, muss ich sagen, spricht einiges dafür, nur sie ist im Kern natürlich zutiefst ungerecht. Die einen spielen den Weihnachtsmann, und die anderen fuchteln mit der Rute herum. Die, die mit der Rute herumfuchteln müssen, sind die Kommunalpolitiker. Sie haben es nicht verdient, als diejenigen abgestempelt zu werden, die am Ende mit der Rute herumfuchteln und die unangenehmen Wahrheiten verkünden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sagte zu Beginn: Die Lage ist Besorgnis erregend. Deswegen müssen Sie, müssen wir in der Finanzpolitik ehrlicher werden, ehrlicher übrigens auch zu sich selbst. Ich habe vorhin das Beispiel der Ausgabensteigerungsquote genannt. Das bezieht sich übrigens auch auf die Finanzplanung der nächsten Jahre. Es gibt ein *annus mirabilis* – ein Wunderjahr – in dieser Finanzplanung des Landes Rheinland-Pfalz 2004. 2004 ist das Jahr, in dem wir sozusagen aus dem tiefsten Keller der Nettoneuverschuldung wie eine junge Katze aus dem Stand heraus einen Sprung nach oben veranstalten, der wahrscheinlich olympiareif sein wird, weil wir 2004 zu dem Siegersprung zum ausgeglichenen Haushalt 2006 ansetzen.

Das ist so wie nach der katholischen Lehre: Karneval vor der Fastenzeit. – Noch einmal kräftig sündigen, und ab Aschermittwoch wird dann gefastet.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

– Jawohl, Herr Itzek, wir beide zum Beispiel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 2004 600 Millionen Euro Mehreinnahmen, sagt die Finanzplanung. Sie sagt leider nicht, was uns zu dieser Prognose veranlasst. Ich kann Ihnen sagen, was uns zu dieser Prognose veranlasst, nämlich das Rechenwerk. Wenn 2004 nicht 600 Millionen Euro Mehreinnahmen vorhanden sind, geht die ganze Rechnung perdu. Die 600 Millionen berechnen sich nicht etwa nach Prognosen über den Verlauf der Konjunktur, den Verlauf der Wirtschaftskraft, den Verlauf der Finanzkraft, die Prognosen berechnen sich ausschließlich – mit dem Rechenschieber nachgerechnet – von dem Endpunkt aus, von 2006 aus. Von dem Endpunkt aus gerechnet ergibt sich für 2004 ein Mehrbedarf von 600 Millionen Euro. Dieser Mehrbedarf in Höhe von 600 Millionen Euro wird flugs umdeklariert als Mehreinnahme von 600 Millionen Euro. So einfach geht das.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kann es gelingen, 2006 einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen. Ich weiß nicht, wer noch daran glaubt. Wir glauben nicht mehr daran. Ob die Landesregierung noch daran glaubt, entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht werden wir heute dazu etwas hören. Die Frage ist nur: Was ist denn, wenn der ganz außergewöhnliche Fall eintreten sollte, dass diese 600 Millionen Euro Mehreinnahmen nicht fließen, was natürlich keiner befürchtet? Aber wenn doch, was ist denn dann, wenn diese 600 Millionen Euro Mehreinnahmen im Jahr 2004 nicht fließen? Meine Damen und Herren, dann ist zappenduster.

Wenn im Jahr 2004 statt der 600 Millionen Euro Mehreinnahmen nur 250 Millionen Euro oder 300 Millionen Euro kommen, dann brauchen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, im Jahr 2004 eine Nettokreditaufnahme in der Höhe des Jahres 2003. Mehr ist zu dem Thema „Haushalt Rheinland-Pfalz“ nicht zu sagen. Dieser Satz sagt alles. Dann ist nämlich die Luft heraus und das Spiel zu Ende. Das zeigt, dass dieser Haushalt nicht auf tönernen Füßen steht, er ist auf einer Art Luftkissen gebettet. Mit einer simplen Stecknadel könnten sie diesen Haushalt herunterplumpsen lassen, wenn die Luft aus dem Luftkissen herausgeht, ganz zu schweigen von den Haushaltsrisiken im Vollzug der nächsten beiden Haushaltsjahre. Von denen habe ich überhaupt noch nicht gesprochen. Das wird uns höchstwahrscheinlich im Lauf des Tages auch noch einmal beschäftigen.

Ich habe jetzt nur von den Risiken im Rahmen der Finanzplanung der nächsten Jahre gesprochen. Was ist denn, wenn die Einnahmen nicht so steigen, wie sie das veranschlagt haben? Was ist denn, wenn die Gebühre Haushalte sich nicht so gestalten? Hier hören wir eigentlich immer nur, dass die Steuereinnahmen nach der jüngsten Prognose hinter dem zurückgeblieben sind, was zunächst Gegenstand und Botschaft der Prognose war.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist eine Ansammlung von Haushaltsrisiken. Deshalb ist meine dringende Bitte, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie die Zügel in die Hand, und lassen Sie nicht alles so weiter treiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde gern einmal in den Abstimmungsgesprächen der Ressortminister mit dem Finanzminister Mäuschen spielen, weil mich einmal interessieren würde, mit welcher Härte Begehrlichkeiten aus den Ressorts abgewehrt werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass mit Härte Begehrlichkeiten abgewehrt werden. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass alles, was irgendeiner für sich reklamiert, ohne Widerspruch oder mit sanftem Widerspruch anschließend in die Haushaltsplanung einfließt.

Meine herzliche Bitte: Nehmen Sie die Zügel in die Hand. Sie tragen die Verantwortung für dieses Land. Es wird jetzt von Ihnen politische Führung verlangt. Das geht nicht ohne Kontroversen und Konflikte – das ist wohl wahr. Davon kann der eine oder andere ein Lied singen. Minister Gerster gehört dazu. Da er das gesagt hat, was ich eben hier vorgetragen habe, ging das auch nicht ohne Konflikte und Kontroversen. Ich glaube, es ist um der Sache willen notwendig. Wir alle wissen, dass Sie diese Kontroversen und Konflikte um alles in der Welt meiden. Das ist durchaus bekannt. Ich glaube, wir haben die Situation erreicht, bei der es nicht mehr anders geht. Jedenfalls ist es Auftrag der Regierung, jetzt zu handeln. Meine Bitte ist: Tun Sie es endlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind zu jedem Gespräch bereit, gemeinsam mit der Landesregierung einen Stabilitätspakt zu diskutieren und dann auch mitzutragen – eine Vereinbarung, die unser Land vor einem finanzpolitischen Absturz rettet. Dieser Absturz steht wirklich bevor. Diese Verantwortung, unser Land vor diesem Absturz zu retten, ist nach unserer Überzeugung eine gemeinsame Verantwortung von Regierung, von Koalitionsfraktionen und von der Opposition. Wir sind zu dieser Verantwortung bereit. Schlagen Sie die ausgestreckte Hand nicht aus.

Ich bedanke mich.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße recht herzlich Gäste im Landtag, und zwar eine Seniorengruppe aus Kandel sowie die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen aus Riesweiler. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Joachim Mertes, das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Möglicherweise wird meine erste Bemerkung zumindest bei den einen mildes Entsetzen und bei den anderen Freude hervorrufen. Ich wollte Herrn Kollegen Böhr für seine fulminante Rede herzlich danken.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Jetzt muss natürlich Herr Kollege Böhr umso nachdenklicher sein, wenn keiner in seiner Fraktion dieses Kompliment annimmt. Aber wollen wir das heute nicht überstrapazieren.

(Zurufe von der CDU)

– Ich sehe es Ihnen an. Herr Kollege Böhr hat eine interessante finanzpolitische Rede gehalten, die allerdings ausgelassen hat, wo wir sparen können – das ist wahr. Aber die Rede war interessant – keine Frage.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf und Heiterkeit bei der CDU)

– Da wir viel Zeit haben, werde ich Ihnen die Gelegenheit geben, sich richtig auszuleben.

Ihre finanzpolitische Rede, die mit diesem wunderbar vergifteten Blumensträußchen vergiftet war, wir wollen einen gemeinsamen Pakt zum Schuldenabbau machen, ist deshalb wirklich bemerkenswert, weil Sie gestern sozusagen gezeigt haben, wie Sie es wirklich meinen, indem sie einen Pakt von Entschließungsanträgen für 70 Millionen Euro auf den Tisch gelegt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mich nicht des Wissens oder einer Prognose darüber rühmen. Ich habe gesagt, genauso wird es kommen. Es wird eine finanzpolitische Rede geben, bei der deutlich gemacht wird, wo wir Probleme haben – wer will das leugnen? –, bei der aber keinem Lehrer, keinem Polizisten oder keinem Beamten gesagt wird: Wir wollen Personal abbauen, und dich haben wir gemeint. – Nein, diese Aufgabe wird verschwiegen. So kann man keine Politik machen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist interessant, im Wandel der Zeiten mitzubekommen, wozu die Debatten um den Einzelplan der Staatskanzlei eigentlich genutzt werden. Früher war dies eine Generaldebatte über die Absichten der jeweiligen Fraktionen und Regierungen, wie sie Politik in Rheinland-Pfalz gestalten wollen.

Wir haben durchaus sachkundig und bemerkenswert gehört, welche finanziellen Probleme drohen. Wir werden im Einzelnen noch darauf zurückkommen. Aber wir haben nichts darüber gehört, wie man Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren gestalten will. Welches Bild haben wir eigentlich in den nächsten fünf bis zehn Jahren von Rheinland-Pfalz? – Meine Damen und Herren, das ist die landespolitische Frage, die wir mit dem Haushalt abdecken.

Finanzpolitik ist die zweite Säule, nicht die erste Säule. Wir sind vor einem Jahr in die Verantwortung gewählt worden, weil wir zu gestalten haben, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen haben und ihre Probleme lösen wollen. Genau deshalb!

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU)

Daher möchte ich Ihnen zunächst einmal die Prioritäten nennen. Wir werden die Menschen dabei unterstützen, dass sie ihre Lebenschancen wahrnehmen können und dabei die Hindernisse beiseite räumen, die ihnen im Weg stehen. Dies erreichen wir beispielsweise durch bedarfsorientierte und regional ausgewogene Ganztags-schulangebote. Meine Damen und Herren, dies ist eine der wichtigsten bildungspolitischen Maßnahmen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Das ist Gestaltung, und dafür stehen wir.

(Beifall der SPD und der FDP)

Selbstverständlich werden wir auch über das Geld dafür sprechen. Aber was ich zu vermissen habe, ist, dass in Ihrer Rede keine Landespolitik mehr gemacht wird, sondern die Verlängerung der Oppositionspolitik aus Berlin. Das ist eigentlich vertane Zeit, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU: Ha, ha!)

Prioritäten sind Landespolitik und Gestaltung. Wir werden die Infrastruktur des Landes ausbauen und die Ressourcen effizienter nutzen. Wir werden den gesellschaftlichen Zusammenhalt erhalten und stärken. Das ist sehr wichtig, dazu hat es aber von Ihnen kein Wort gegeben. Wir werden dies tun, indem wir die Menschen unterstützen, die in sehr vielfältiger Weise ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und eine aktive Zivilgesellschaft bilden. Meine Damen und Herren, im letzten Jahr ist zu viel über das Ehrenamt gesprochen worden, als dass heute nichts im Haushalt stehen könnte, um dieses Ehrenamt in unserer Gesellschaft zu unterstützen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich kann man den Haushaltsplan nur von der finanzpolitischen Seite her sehen. Aber in Wirklichkeit sind die Finanzen nur ein Mittel, um die Zukunft zu gestalten. Sie werden natürlich bei der CDU zum Mittel zum Zweck, das ist keine Frage. Sie reden zu viel von den Finanzen und zu wenig von der politischen Zukunft unseres Landes Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren. Genau das ist der Punkt.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben uns mit der Verschiebung der Verabschiedung des Haushalts einen Stabilitätspakt angeboten. Das ist nichts Neues, allenfalls für Sie. Das gibt es seit 1997. Wir wissen, dass wir für die Einhaltung eines bestimmten Haushaltsdefizits und für die Staatsverschuldung verantwortlich sind.

Ich frage mich: In welchem politischen Land haben Sie gelebt, und in welchem habe ich gelebt? – Das ist seit 1997 Bestandteil. Meine Damen und Herren, klar ist, dass es ein harter Kampf werden wird, dies zu erreichen.

2004 war ein Zeichen, als wir eine besonders gute Konjunkturlage hatten. Die konjunkturelle Lage hat sich aber verändert. Wer in der Haushaltsdebatte so tut, als könnten nicht neue Reaktionen auf neue Entscheidungen und Entwicklungen folgen, der muss sich fragen lassen, ob es ihm wirklich so ernst damit ist, wie es Herr Böhr soeben betont hat.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Kommen wir zu der Ernsthaftigkeit dieses Stabilitätspaktes, des Angebots einzusparen. Ich habe im Haushalts- und Finanzausschuss die Kollegen gefragt: Heißt das nun, dass alles, was Sie bislang überall im Land an Verbesserungen gefordert haben, obsolet ist? – Es fällt in Rheinland-Pfalz kein Ziegel vom Dach, ohne dass Sie ein Notprogramm ausrufen.

(Heiterkeit bei SPD und FDP –
Beifall der SPD und der FDP)

Darauf wurde mir keine Antwort gegeben.

(Bracht, CDU: Falsch!)

– Das ist nicht falsch. Das können Sie im Protokoll nachlesen.

(Bracht, CDU: Sie wollten
nicht zuhören!)

Alein schon bei der Frage an den Kollegen Böhr nach seiner Äußerung in der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes, in der er von einem Haushaltsdiktat spricht, das unsere armen Bediensteten so drückt, und dass es Verbesserungen geben müsse, wurde schon deutlich, dass Sie einerseits immer neue finanzielle Anstrengungen des Landes fordern und andererseits eine Haushaltsrede halten, in der Sie sagen, ohne Sparen geht dieser Staat zugrunde. Dies ist auf die Dauer nicht durchzuhalten, um kein anderes Wort zu benutzen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dem Ministerpräsidenten können Sie irgendwie nicht so richtig an den Karren fahren. Also wird ein Bild eines Mannes gemalt, der nicht bereit ist, Streit einzugehen. Ich möchte dies nun einmal in einem außerordentlich gefährlichen Licht für diese Debatte beleuchten. Wir streiten nicht zu Unrecht mit den Kommunen über den Grad der Kommunalisierung in Rheinland-Pfalz und fragen, ob das Land und die Kommunen nicht ab und zu neu justieren müssen, wie die Finanzen sind. Herr Böhr sagt, dies sei kein Streit. Ist das kein Streit?

Wir führen einen Streit, weil Sie heute den Kommunen zusichern, dass sie das Geld wieder zurück bekommen sollen, das wir nun bei der neuen Verteilung gemeinsam brauchen.

Meine Damen und Herren, wir haben das Blindengeld in der letzten Wahlperiode verändern müssen. Wir haben an zig Stellschrauben gedreht. Wir waren sogar bereit – dies ist für eine Partei, die viele Mitglieder hat, die in der Gewerkschaft sind, nicht einfach –, auch die Arbeitszeit der Beamten nicht gerade zu verbessern. Wo waren denn Ihre Beiträge, uns zu unterstützen? Sie haben uns in den Hintern getreten. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es gibt das wunderbare Prinzip der Sparsamkeit im Allgemeinen und der Freigiebigkeit im Besonderen. Im Allgemeinen bieten Sie dies an, und so auch heute. Es soll allgemein gespart werden.

Bereits 24 Stunden, nachdem Sie uns Ihren Stabilitätspakt angeboten hatten, war Ihre Pressemitteilung im Fax, in der Sie gefordert haben, dass das Ergebnis des Urteils des OVG zur Beförderung von Kindern in die Kindergärten selbstverständlich das Land übernehmen müsse, obwohl es eine kommunale Aufgabe ist. Das ist eben die Sparsamkeit im Allgemeinen und die Freigiebigkeit im Besonderen.

(Zuruf von der SPD: Sparen! –
Beifall der SPD und der FDP)

Sie sind durchaus fähig, mit einer großen Kiste Sand durchs Land zu laufen. Sie haben für bestimmte Anträge keine Deckblätter gemacht.

Vielleicht sollte man das dem Publikum erklären. Bei einem Deckblatt müssen Sie sowohl die Ausgaben, die Sie mehr benötigen, als auch die Einnahmen dafür darstellen. Wenn Sie aber wenig Geld haben, müssen Sie es an anderer Stelle abziehen. Also machen Sie kein Deckblatt, legen einfach einen allgemeinen Antrag vor und schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie können nun ebenso wie wir Briefe und E-Mails an die Kommunen schicken, Sie hätten sich bis zum letzten Blutstropfen dafür eingesetzt, dass der kommunale Finanzausgleich in Ordnung gebracht wird,

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

brauchen dafür aber keine einzige Mark zu bewilligen. Genau das ist der Punkt.

(Dr. Schiffmann, SPD: Drückeberger! –
Beifall der SPD und der FDP)

Schauen wir uns einmal den Stabilitätspakt im Licht Ihrer Entschließungsanträge an. Sie haben eben ein paar mal Gnade vor Recht ergehen lassen. Ich möchte dies dann auch nur summarisch machen. Wir haben ausgerechnet, 70,6 Millionen Euro werden dadurch neu ausgegeben. Das ist sozusagen die Realität des Stabilitätspakts, den uns die CDU anbietet. Das ist die Hand, die nimmt und nicht gibt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich komme dann zu unserer „Agrar-Stamokap“.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Nicht in der SPD. Ich darf aber darüber so witzeln. Bei uns gab es einen Streit. Sie können sich vorstellen, ich habe nicht oft dazu gehört. Ich nehme zum Beispiel das Thema „Schweinepest“, nicht wahr, Dieter Schmitt? Jetzt ist die Landesregierung gefordert, unseren Bauern zu helfen. Dieter Schmitt und Christine Schneider fordern: Schweine haltenden Betrieben muss geholfen werden.

(Schmitt, CDU: Das habt ihr übrigens selbst mit beschlossen!)

Das steht immer in der Bauernzeitung. Ironischerweise lese ich die Zeitung; denn mein Nachbar ist Bauer. Ich habe sie auch selbst abonniert, so ist es nicht. Ich lese immer genau nach, was dort an das Publikum und die Lobbyisten verteilt wird.

(Schmitt, CDU: Im Ausschuss mit euren Leuten beschlossen!)

– Herr Schmitt, die Hilfe, die Sie meinen, ist eine ganz andere. Sie meinen: Nehmen Sie Geld in die Hand, und gleichen Sie die Einkommensverluste der Schweine züchtenden Betriebe aus!

(Schmitt, CDU: Nein, überhaupt nicht!
Das verstehen Sie immer noch nicht!)

– Aber selbstverständlich. Wenn es keinen Leo Blum gäbe, dann wäre diese Debatte bei weitem nicht so rational geführt worden, wie sie am Ende geführt worden ist. Mit Ihrer Hilfe wäre das nicht so gewesen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Schmitt, CDU: Das kapiert ihr immer noch nicht!)

Damit wir uns in der Sache ein Stück näher kommen, möchte ich noch eine Anmerkung machen.

(Schmitt, CDU: Ihr müsst den Antrag lesen!)

Die Entscheidung der Europäischen Gemeinschaft von heute war wichtig und notwendig. Es kann nun wieder verkauft werden. Die Personen, die im Bitburger Land davon betroffen sind, sind wirklich schlimm dran. Es ist ihnen zweimal oder dreimal so gegangen. Das Problem ist, dass diejenigen, die nicht durch das Handelsverbot betroffen sind, keine Einnahmen mehr haben. Es geht ihnen nicht anders als uns. Insofern waren die Vorschläge, die im Agrarausschuss gemacht worden sind, eigentlich die zieltreffenderen, als immer mit mehr Geld durch die Gegend zu laufen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Schmitt, CDU: Das war doch unser Antrag, der ist nur abgelehnt worden!)

Opposition ist die Kunst, so geschickt gegen etwas zu sein, dass man später auch dafür sein kann. Herr Schmitt, dafür stehen Sie. Dieses Zitat ist von Herrn Talleyrand. Er hat viele dieser Beschreibungen gemacht. Sie tun jetzt gerade so, als hätten Sie sich in diesem Bereich nie so geäußert, wie ich es beschrieben habe.

Ich bringe Ihnen die Bauernzeitung einmal mit. Hoffentlich hat sie meine Frau noch nicht in die Papierkiste geworfen.

(Schmitt, CDU: Lesen Sie die Zeitung!)

Ich komme jetzt zum Straßenbau. Ich gönne Herrn Kollegen Böhr jetzt einmal die kurze Auszeit. Ich weiß, nachher hat man Lust zu etwas anderem. Beim Thema „Straßenbau“ ist es köstlich zu sehen, wie wir hier durch das Gelände gepeitscht worden sind. Es gibt kein Straßenloch in Rheinland-Pfalz, das Herr Kollege Bracht nicht persönlich kennt und mit Vornamen ansprechen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Jedes Schlagloch war eine kleine Anfrage wert. Wir hätten allein mit dem Papier die Hälfte der Schlaglöcher in Rheinland-Pfalz schließen können. Das können Sie mir glauben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zuzugeben ist, dass wir dort weniger Geld ausgegeben haben. Wir haben Prioritäten gesetzt. Wir haben uns auch mit dem Bundesstraßenbau befasst. Zur gleichen Zeit singen Sie dann das dauernde Lied der Sparsamkeit, um vor Ort zu sagen: Es ist die Landesregierung, die diese Ortsumgehungen noch nicht baut. Wir würden sie bauen. – Dieses Thema ist auch so oft hier schon besprochen worden, aber es wird in einer Unendlichkeit wiederholt, dass ich Sie wirklich einmal auffordern muss, Ihre Äußerungen vor Ort in den Lokalzeitungen mit dem zusammenzubringen, was Sie hier sagen!

(Beifall der SPD und der FDP)

Dies gilt genauso für die angebliche Politik der Landesregierung mit dem vorzeitigen Baubeginn. Dort haben wir den richtigen Begriff. Herr Kollege Böhr sagt immer, was ihm auch jeder glaubt: Die sagen, du musst das bauen. – Dann sagt die Kommune: Gut, wir müssen das bauen, dann bekommen wir das Geld später. – Es ist genau umgekehrt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn ich nicht so mild gestimmt wäre, würde ich sagen, dass es eine Lüge ist.

Ich möchte eine Anmerkung dazu machen. Herr Kollege Bracht, ich möchte einmal wissen, ob Sie das Ihrem Vorsitzenden so erklärt haben. Die Regionale Schule Rheinböllen hat als Schulträger die Verbandsgemeinde Rheinböllen. Diese wollte ausbauen.

(Jullien, CDU: Ist das jetzt das Niveau?)

Daraufhin haben wir uns alle beim Bildungsminister dafür eingesetzt, den vorzeitigen Ausbau mit einer artweisen Finanzierung zu ermöglichen. Als dies geklappt hat, haben alle gesagt: Hurra, da wird etwas

Richtiges gemacht! Die Schule wird renoviert, die Fachräume werden neu gestaltet. Dort können wir jetzt wirklich eine neue Regionale Schule bauen. – Die entsprechende Einweihung war noch nicht zu Ende, als die CDU vor Ort schon zu sagen begann, sie wolle das Geld jetzt aber sofort, obwohl sie in ihrem entsprechenden Gemeinderat wusste, wie übrigens alle anderen Schulträger und alle anderen Baumaßnahmenträger auch, das Geld kommt Jahr um Jahr irgendwann auf sie zu. Ich finde es nicht in Ordnung. Wenn Sie dies so polemisch vortragen, dann müsste man bei allen Baumaßnahmen empfehlen, dass es sie nicht mehr gibt.

(Staatsminister Zuber: Nichts mehr!)

Wir können hier nicht die Polemik akzeptieren und auf der anderen Seite die Minister immer anhauen und sie darum bitten, gefälligst den vorzeitigen Baubeginn zu organisieren. Das geht nicht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Finanzpolitische Debatten haben durchaus ihren Reiz. Eben sah ich Fritz Preuss auf der Zuschauertribüne. Er wollte einmal schauen, ob es besser wird. Er ist aber schon wieder weg.

(Jullien, CDU: Konsolidierungspause!)

– Sehen Sie, Herr Jullien, ich freue mich, dass Sie ein gutes Langzeitgedächtnis haben, allerdings meistens nur bei den Sünden der anderen, nie bei den eigenen. Das ist das Thema.

Es wird nun dauernd die Frage thematisiert, ob wir ein Ausgaben- oder ein Einnahmenproblem haben. Eine so kluge Zeitung wie die „FAZ“ wird richtig zitiert. Sie hat am 21. Februar 2002 zur Situation in Hessen geschrieben: „Verfassungswidrige Haushaltsbilanz 2001“. So hieß die Überschrift. Diesen Satz haben wir hier nicht gehört. Dann müsste man ihn noch einmal langsamer sprechen. Wir haben in Hessen eine verfassungswidrige Haushaltssituation.

(Lelle, CDU: Bleiben Sie doch bei uns! – Jullien, CDU: Das hatten wir aber schon einmal!)

– Das ist interessant. Darüber mussten wir hier aber nicht diskutieren.

Viel interessanter ist aber Folgendes: Herr Weimar – für alle, die ihn nicht kennen, möchte ich sagen, es ist der hessische Finanzminister –

(Itzek, SPD: CDU)

sagt laut „FAZ“ Folgendes: „Nach Darstellung Weimars liegt der Grund für die Misere einzig und allein in den Einbrüchen auf der Einnahmenseite, die nicht zu kompensieren seien.“ Im Übrigen feiert er es als Heldentat, dass er das mit den Kommunen nicht sofort teilt. Das ist bei uns so üblich, was wir auch für richtig halten.

Meine Damen und Herren, es ist tatsächlich so, wir sind in der Bewegung unserer Ausgaben nicht so schnell in

der Lage, etwas zu verändern, wie sich Einnahmen verändern. Wer das leugnet, der soll das den 87.000 Beschäftigten des Landes, den Polizisten, den Lehrern und den Beamten sagen. Das wäre die Manövermasse. Genauso ist es. Zu dieser Wahrheit ringen Sie sich auch nicht durch.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich weiß doch selbst, dass nicht alles falsch ist. Auch dieser Haushalt hat Geld. Wir wollen auch Schwerpunkte umsetzen. Es ist aber bei weitem nicht richtig, wenn Sie sagen, wir hätten keine Anstrengungen zum Sparen unternommen. Alle zwei Jahre haben wir das Drama, dass wir als diejenigen vorgeführt werden, die an der falschen Stelle sparen, die zu wenig Personal einstellen, die zu wenig Schulstunden anbieten, die zu wenig Innere Sicherheit organisieren. Herr Jullien, eben haben Sie bewiesen, dass Sie ein relativ gutes Langzeitgedächtnis haben. Ich frage Sie: Haben Sie das alles in Ihrer Fraktion schon vergessen?

(Jullien, CDU: Ich habe gar nichts vergessen!)

Ich denke, Sie müssen einmal darüber nachdenken, wo Ihre Linie ist, die Sie eigentlich haben wollen, oder ob es immer nur von Haushalt zu Haushalt reicht.

(Beifall bei SPD und FDP –
Jullien, CDU: Wir haben eine Linie!)

Wir haben mit dem Haushalt politische Fragen zu verbinden. Wir sind auch für Gestaltung gewählt worden und nehmen das auch wahr. Sie haben den folgenden Punkt erwähnt, ich erwähne ihn aber deutlicher. Er hätte in eine Generaldebatte gehört. Darüber hätte man in der Debatte um die Politik des Ministerpräsidenten und der Landesregierung reden müssen. Ich meine die Frage: Was will die CDU machen, um unser Bildungssystem vor dem Hintergrund der PISA-Studie zukunftsfähig zu machen?

Was will die CDU in Bezug auf die Landespolitik tun? Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der demographischen Entwicklung? Was machen wir mit der Tatsache, dass 2030 die Zahl der 20-jährigen 17 % und 2050 nur 15 % beträgt? Da muss ich schon sehr alt werden. Der Anteil der 60-jährigen wird bereits 2030 von jetzt 24 % auf 37,4 % gestiegen sein. Das geht auf 40 % zu. Wir werden im Teil der Zivilgesellschaft darauf zu sprechen kommen. Wer jetzt nicht den Blick auf fünf und zehn Jahre in der Landespolitik lenkt, der macht sich eigentlich an diesem Land schuldig.

(Beifall bei SPD und FDP –
Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Machen Sie das Lenken!)

– Machen Sie sich keine Sorgen, das wird kommen.

(Schmitt, CDU: Das sollte eine
Drohung sein! –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Herr Lelle, wir haben 85 Minuten. Ich habe ein dickes Papier, keine Sorge. War das sozusagen eine Provokation?

Ich will Ihnen damit sagen, das vollkommene Fehlen und das erwartete Fehlen von landespolitischen Zielsetzungen ist das Manko der Rede der CDU. Ich denke, es wird deutlich, ob Sie mit Ihrem Gestaltungswillen vorhaben, wieder eine andere Bank zu besetzen als diejenige, die Sie nun schon im elften Jahr besetzen. Es ist nicht so zu verstehen, dass ich mir das wünschen würde, aber deutlich wird auf jeden Fall, dass Sie sich nicht so dafür einsetzen, wie es sein müsste.

(Schmitt, CDU: Es hat sich
so angehört!)

Schauen wir uns an, was PISA bewirkt hat? Es gab lange Zeit eine Debatte, da war Bildung und Schule etwas, was nicht im Vordergrund gestanden hat. Es steht jetzt plötzlich im Mittelpunkt, weil wir uns so sicher gefühlt haben. Aber es ist für Rheinland-Pfalz nicht der ausschlaggebende Punkt gewesen. Wir haben bereits mit der Einrichtung der Regionalen Schule unsere Antwort auf demographische Veränderungen gerade in der Fläche, auf Konzentrationen und auf die Möglichkeit gegeben, innerhalb eines Systems eine Ausbildung zu bekommen.

Ich muss heute sagen, mir ist fast die Banane aus der Hand gefallen. Die „Rheinzeitung“ schreibt in einem Kommentar, der Minister hätte gar nicht Unrecht mit der veränderten Lehrerbildung. Das wäre der richtige Schritt. Aber der zweite Schritt, der würde fehlen; denn es wäre klar, dass die PISA-Studie sehr deutlich darauf abhebt, integrative Systeme – jetzt wird der Ministerin warm – in der Schule durchaus ihre Vorteile haben. Mit dem „durchaus“ beschreibe ich eine gewisse Zurückhaltung. Ich beschreibe auch, dass es sie gibt. Die Frage ist, ob wir uns im Land ideologiefrei darüber unterhalten können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das fragen Sie einmal Ihren
Koalitionspartner!)

– Das brauchen wir nicht. Als wir noch keinen Koalitionspartner hatten, hatten wir schon die Absicht zu sagen, integrierte Systeme soll es an der Stelle geben, an der es die Eltern wollen und sonst nirgends. Da lacht Herr Wiechmann. Das ist ihm zu viel Demokratie. Da verstehe ich es.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir können nicht immer von einer Bürgergesellschaft reden. Wenn wir diejenigen fragen, deren Kinder wir beschulen wollen, wie sie die Systeme haben wollen und sie darüber lachen, dann ergibt das ein Demokratieprinzip, bei dem Sie noch viel lernen müssen. Sie sind noch jung. Ich bin sicher, sie werden es, damit sie sich jetzt nicht mehr aufregen müssen.

(Zurufe der Abg. Frau Thomas
und Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Frage ist in der „Rheinzeitung“ aufgeworfen worden. Wir wollen sie nicht aufwerfen, weil wir glauben, dass damit die wirklichen Bildungsinhalte und -fragen total ideologisch überlagert würden. Kein Schulkrieg um integrative Systeme.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Wir wollen alles, was dazu führt, Schule im Inneren besser zu machen. „Im Inneren“ heißt auch die Frage nach der Qualität in der Schule. Diese Frage ist obligatorisch zu stellen und nicht nur jenen, die es so wollen. Wir müssen das Produkt „Schule“, die Profession „Lehrer“ so ernst nehmen, wie wir es vielleicht in den letzten Jahren vorher nicht immer getan haben.

Ich sage noch einmal einen Satz, den ich schon oft gesagt habe. Insofern ist es keine Überraschung. Wir gehen mit Lehrerinnen und Lehrern nicht fair um, wenn wir nur eine Debatte danach führen, wer wie lang in der Schule arbeitet. Ich wünsche uns allen nicht eine schwierige Aufgabe wie die einer Lehrerin oder eines Lehrers in der achten oder neunten Klasse in der heutigen Zeit. In PISA stand auch eine Menge darüber, welche Tugenden vielleicht fehlen, die wir in der Gesellschaft nicht mehr ausreichend fördern, damit man in der Schule besser arbeiten kann.

Meine Damen und Herren, was uns eigentlich ins Herz hineinschneiden müsste, ist die Benachteiligung von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen und aus Zuwandererfamilien. Ich kann Herrn Kollegen Böhr verstehen, wenn er sagt, das Wichtigste ist eigentlich bei Zuwandererfamilien, dass das Deutsch von Anfang an gelernt wird. Wir müssen sogar ohne Vorurteile darüber reden, ob der muttersprachliche Unterricht zweckmäßig parallel sein kann. Die Frage der deutschen Sprache ist die Frage der künftigen Entwicklung dieses jungen Menschen. Das ist gar keine Frage.

Meine Damen und Herren, wer ansonsten die Botschaften der CDU in der Zuwandererfrage liest, der kann sich wirklich nur fragen: Ist das nur für Mainz gesagt oder gilt das für die gesamte CDU? Das ist die Frage, die dahinter steht, wenn Sie solche Dinge ansprechen.

(Beifall der SPD)

Das ist auch nicht besonders logisch. Ich sage es ganz zurückhaltend. Wir reden über Zuzugsalter. Wir, die wir angeblich die Familie mögen und stärken wollen, sagen jemandem, der zu uns kommt, es darf nur der 6-jährige sein, weil dann die sprachliche Integration noch möglich ist. Es darf nicht das 12-jährige oder 16-jährige Kind eines Einwanderers sein. Ich denke, man muss in Ruhe darüber nachdenken, was das bedeutet. In welchen anderen europäischen Nachbarstaaten wird so verfahren? Ist das mit dem großen Anspruch, den wir sonst immer haben, ein christliches Abendland zu sein, einigermaßen in Einklang zu bringen?

(Beifall bei der SPD)

Vor PISA haben wir die Ganztagschule den Bürgern angeboten. Sie haben sich vor einem Jahr für eine sol-

che Politiklösung entschieden. Wir werden bis zu 60 Millionen Euro ausgeben müssen, um die neuen 300 Ganztagschulen zu organisieren. 81 sind es in diesem Jahr.

„Hanna Granata“, so nannte man sie liebevoll und ehrfurchtsvoll, hat dazu im „Pfälzischen Merkur“ Folgendes gesagt. Man muss nicht nur die Bauernzeitung lesen, sondern auch den „Pfälzischen Merkur“. Es war Renate Laurin. Sie ist eine streitbare, aber beeindruckende Dame. Sie hat gesagt: „Ich habe mein Leben lang für die Ganztagschule gestritten und bin in meiner Partei, der CDU, leider auf wenig Verständnis gestoßen.“ Jetzt kommt Berlin. „Ich habe in Berlin versucht, Ganztagschulen einzuführen und hatte einen hinreißenden Erfolg. Ganze drei. Es ist Quatsch, wenn gesagt wird, durch Ganztagschulen würden Familien geschwächt. Sie haben im Gegenteil mehr Zeit füreinander, wenn sie zusammen sind. Hier gibt es viel ideologischen Widerstand. Das falsche Denken muss jetzt weg.“ Jetzt ist die Chance dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben gesagt, die Bildungschancen ist das eine. Wir werden dazu auch 1.000 Lehreräquivalente schaffen müssen. Es ist nicht so, wir könnten einfach im Personal herumfuhrwerken. Es war schon bei der letzten Debatte bemerkenswert, dass gesagt wird, es solle Personal abgebaut werden. Heute sind auch die 262 zu nennen, die außerhalb der Lehrer innerhalb von elf Jahren mehr sind. Wir stellen mehr Personal ein. Wissen Sie, wir müssen es auch. Es bleibt uns keine andere Wahl, wenn wir die Frage von Qualität in der Schule ernst nehmen. Pauschale Wünsche nach Abbau von Personal des Landes sind unrealistisch, unredlich oder beides.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollten über die Infrastruktur reden. Bemerkenswerterweise ist im Raumordnungsbericht beschrieben, dass die Region Bitburg als ein ganz besonderes Beispiel der Entwicklung im ländlichen Raum vom Sorgenkind zum wirtschaftlich aufstrebenden Raum werden wird. Die Gründe dafür sind diejenigen, die wir hier vorgehalten bekommen.

In der Wirtschaftspolitik wird uns gesagt, es sind unsere Nachbarn. In Bitburg ist es so, dass das dynamische Wachstum von Luxemburg und die positive Entwicklung ortsansässiger Betriebe eine große Rolle spielen. Was mich jetzt einmal innehalten lässt, ist, auf der einen Seite machen wir, die Politik – wenn Sie da ausgelassen werden wollen, nehme ich Sie heraus –, so, als ob wir in der Lage wären, die Wirtschaft von hü nach hott zu lenken, und wir brauchten nur auf diesen oder jenen Knopf zu drücken, dann wäre das zu machen. Das ist eine Vorstellung, die schon vor 30 Jahren irrig gewesen ist. Ich gebe zu, vor 30 Jahren habe ich ihr angefangen. Es sind die positiven Entwicklungen ortsansässiger Betriebe. Es sind die Rahmenbedingungen, die ein Land durch Straßen, durch Infrastruktur, durch Ausbildung leisten kann.

Herr Wirtschaftsminister, es ist auch die Initialzündung bei denen, die in den ersten zwei Jahren sicherlich erst

einmal das Laufen lernen müssen, aber es ist am Ende immer die innovative Kraft von Betriebseigentümern und Mitarbeitern. Das ist die Wirtschaft. Die Lenkbarkeit von Wirtschaft über den Staat ist eine Illusion, der wir nicht mehr anhängen sollten.

(Beifall der SPD, der FDP und des Abg. Dr. Göltner, CDU)

Meine Damen und Herren, das heißt nicht, dass wir nicht die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass jemand starten kann. Im Übrigen wird das am Flugplatz Hahn deutlich. Frau Thomas, da möchte ich Sie einmal bitten, etwas gemäßiger und gegebenenfalls sachkundiger aufzutreten. Hier wird dauernd die Ryanair als eine Airline beschrieben, die subventioniert wird. Das ist entweder falsch, oder Sie lügen. Sie wissen es besser. Gehen Sie in den Finanzhilfebericht und suchen Sie mir die Stelle, wo es steht. Ich bin bereit, alles abzuschwören. Ich weiß, ich sehe es an Ihrem Lächeln. Ich sehe es doch. Wissen Sie, Sie werden sagen, ja aber die Bedingungen, dass die bei Ihnen auf dem Flugplatz Hahn landen können, sind so günstig wie in Frankfurt nicht. Das will ich Ihnen auch gern erklären. Da will ich Ihnen sagen, was es heißt, Unternehmen zu sein, was es heißt, Landesregierung zu sein, was es heißt, Gewerkschaften zu sein, und was es heißt, Regierung zu sein.

Meine Damen und Herren, es gibt drei Sorten Tarifverträge für Angestellte auf Flughäfen. Es gibt die vom Flughafen Frankfurt. Es gibt die in Deutschland, und es gibt die auf dem Flugplatz Hahn. Dort verzichten die Mitarbeiter in der Startphase des Flughafens auf viele Vergünstigungen, die sie in Frankfurt haben können. Wissen Sie was? Das gibt es in schlecht entwickelten Gebieten des Öfteren. Dies nenne ich Verantwortung und Teilhabe, und sonst gar nichts; erster Punkt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben also einen kostengünstigeren Flughafen. Wir wissen vor Ort, warum wir ihn haben wollen, dass nämlich die zu uns kommen, die selber Starter und Pioniere sind wie Ryanair. Es gibt keine Subvention für Ryanair. Es gibt ein ganz normales Abkommen der Flughafen AG mit einer Airline, die versucht, gemeinsam die Interessen eines neu startenden Projekts, nämlich Ryanair, aber auch eines neu startenden Projekts wie Hahn zu verbinden. Deshalb finde ich es diffamierend, zu sagen, die kriegen Staatsknete, damit sie billig fliegen können. Dies ist schlicht unwahr, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Wenn wir über Infrastrukturen reden, dann reden wir natürlich auch über die Fachhochschulen, die wir in der letzten Periode schon weit ins Land hineingebracht haben. Es haben uns alle ein bisschen merkwürdig angeschaut. Heute sind es die Wachstumskerne. Was Bernhard Vogel als Idee für Kaiserslautern und Trier gehabt hat – heute zwei prosperierende Universitäten mit wichtigen Wachstumschancen in der Region –, das sind die Fachhochschulen von Jürgen Zöllner in den

nächsten Jahren. Genauso wird es werden, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Die Idee ist meines Erachtens wirklich durchschlagend. Wir müssen in einem Raum durch staatliche Investitionen dafür sorgen, dass wir Bildung anbieten. Wenn es läuft und wir den Start geschafft haben, werden sich darum herum verbindende Industrien und Nutzer ansiedeln. Dann entsteht eine neue Struktur. Ich denke, deshalb ist die Schaffung der neuen Fachhochschulen einer der Punkte. Bitburg, Zweibrücken und Hahn beweisen das.

Es geht auch um die Frage, ob wir bei dem pfälzischen Regionalentwicklungspark die Holtzendorffkaserne anzustoßen haben. Wenn Sie da heute von der Autobahn abfahren, dann sehen Sie, was man gemeinsam machen kann. Dies ist die Wirtschaftspolitik. Aber es braucht noch einen, der bereit ist, auch sein eigenes Geld einzusetzen und zu sagen, da sind Schwierigkeiten, die ich überstehen muss. Da haben wir nicht die Möglichkeiten.

Da gehen wir jetzt einmal auf das Argument des Kollegen Böhr mit dem ABM-Markt ein. Ein bisschen stolz ist der Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises, Bertram Fleck, Mitglied der CDU, schon, dass er von der SGK, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, einen Preis für besonders innovative Arbeitsmarktpolitik bekommen hat. Herr Fleck, herzlichen Glückwunsch, wenn Sie zuschauen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, warum er den bekommen hat? Er hat gemeinsam mit dem Arbeitsamt, den Sozialämtern, der Kreisverwaltung, den Verbandsgemeinden, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer einen runden Tisch gemacht und gesagt: Wer braucht wen und wo, und wie können wir jemand, der eine bestimmte Fähigkeit hat, so anlernen, dass du ihn morgen, übermorgen oder in drei Wochen oder in zwei Monaten nehmen kannst? – Wer das kaputt machen will, der nimmt den Leuten Entwicklungs- und Lebenschancen.

(Dr. Göltner, CDU: Das ist doch nicht ABM! – Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– So fängt es an. Es fängt mit ABM erst einmal an und mit der Ausbildung. Sehen Sie sich doch einmal Ihre Papiere an. Dann sagen Sie deutlicher, was Sie meinen. Es stimmt, was ich Ihnen sage. Sie schneiden pauschal ein, und wir können dann nachher am konkreten Fall durchhachsen, wie wir da zurechtkommen. Genau das werden wir nicht tun.

(Beifall der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Glauben Sie, wir wüssten nicht, dass es dort natürlich auch Durchhänger gibt? Glauben Sie, wir wüssten nicht,

dass es auch dort Leute gibt, die man von Maßnahme zu Maßnahme schieben muss, und es manchmal an Konsequenz fehlt? Ich bitte Sie aber nur um eins, sich auch einmal vorzustellen, Sie wären der Entscheider, der bei einem solchen Verlierer sagen muss: Nun machen wir nicht weiter, weil wir nicht mehr an dich glauben.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Auch das gehört mit dazu. Das ist alles so leicht gesagt. Aber wenn jemand einmal in eine solche schiefe Ebene geraten ist, ihm dann nicht zu helfen – allerdings muss er sich auch helfen lassen –, kann und wird nicht unser Weg sein.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir geben viel Geld aus für die Forschung, und wir werden viel Geld für die Forschung ausgeben. Wir haben übrigens bislang viele Erfolge. Ich habe den Satz auch gehört, den der Vorstandsvorsitzende von Boehringer gesagt hat. Er hat aber in Ingelheim sein Forschungszentrum ausgebaut. Das ist entscheidend. Wenn Sie sich die Forschung anschauen, die in Kaiserslautern läuft, und wenn Sie sich die Forschung anschauen, die in Birkenfeld läuft, dann wird deutlich, wir können dann, wenn wir unsere Universitäten auf der einen Seite vernünftig ausstatten, ihnen auf der anderen Seite aber auch die Instrumente an die Hand geben, Drittmittel einzuwerben, dann können wir von einem Forschungsstandort ausgehen, der nicht nur wettbewerbsfähig ist, sondern der auch andere anziehen wird, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vergessen wir eins nicht, es musste 1996 werden, bis die ersten zwei Fraunhofer-Einrichtungen nach Rheinland-Pfalz kamen. Dies war 1996. Ich sage es nur. Wenn wir heute beklagen, dass in Bayern und in Baden-Württemberg – interessanterweise auch in Sachsen; die haben sich auch eine Menge unter den Nagel reißen können – bestimmte Dinge sind, dann war es bei uns diese Landesregierung, die es geschafft und damit die Lücken im Forschungsnetz geschlossen hat.

Die Arbeitsplätze und die Arbeitsmarktwirkungen habe ich schon des Öfteren beschrieben. Besuchen Sie einmal eine dieser modernen neuen Firmen. Dort werden Sie vieles von dem nicht mehr finden, was wir vielleicht in den Köpfen aus unserer Zeit in Firmen haben. Aber genau das sind diese kleinen innovativen Kerne, die Rheinland-Pfalz in der Zukunft ausmachen. Wir wollten einen Blick auf fünf bis zehn Jahre. Da liegt die Zukunft, und nicht in anderen veralteten Technologien.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich komme zur Suburbanisierung und Verkehrsverbindungen. Über Straßen ist geredet worden. Über den Landesbetrieb muss doch noch etwas gesagt werden. Ich nehme erstens einmal zur Kenntnis – ich hoffe, ich habe das auch bislang bewiesen –, wenn jemand sagt, wir haben da prinzipiell keine Probleme, nur im Einzelfall wegen der Hausbank – ein schöner Begriff –, dann wol-

len wir das erst einmal akzeptieren. Richtig ist der Weg, meine Damen und Herren. Vieles, was wir in der öffentlichen Verwaltung auf unsere Weise 50 Jahre gemacht haben, können wir so nicht weitermachen.

Zweitens: Dann müssen wir uns neue Instrumente und neue Wege suchen. Das haben wir beim LBB gemacht.

Herr Böhr, wenn ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit darauf lenken darf, frage ich Sie, was Sie mit dem Satz meinen, die LBB hat doch gar nichts mit Grundstücken und Gebäuden zu tun. Mit was denn dann? Mit Ameisenhöhlen, Hundehütten, Radwegen? – Ich sage nur, da wird so etwas in die Welt gesetzt. Natürlich hat die LBB nur mit Häusern, Grundstücken und deren Instandsetzung und Instandhaltung sowie deren Neubau zu tun. Wir können alle glücklich sein, dass wir es gemacht haben.

Wenn die Hessen – sie mögen es mir verzeihen, dass ich dieses Vorurteil habe – uns etwas abschauen, dann heißt dies etwas. Meine Damen und Herren, wenn ein Hesse auf die Idee kommt, uns etwas abzuschauen, dann ist ihm wirklich nichts eingefallen. Genau das schauen sie uns ab, also ein Erfolgsmodell dieser Landesregierung. So wird es mit dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr auch.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe gesagt, wir werden Fehler begehen. Es gibt keine Mappe, die Sie ziehen können und bei der Sie sagen können, genauso haben es die anderen gemacht, dann drehen wir noch an dieser und an jener Schraube und wissen dann, es geht. Es wird Schwierigkeiten geben. Aber begleiten Sie uns doch nicht mit Ihrer Häme, sondern, wenn es geht, mit Ihrer Information, wie wir für dieses Land eine neue Struktur schaffen können.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich erinnere mich übrigens an die Irrtümer, die auch Legion waren, die die Opposition vorgetragen hat, als es darum ging, einen eigenen Pensionsfonds für neu einzutretende Mitarbeiter des Landes zu schaffen. Es gab hier vorn eine wunderbare Vorstellung des Kollegen Böhr, was das für ein Verschiebebahnhof ist. Heute sagen alle die, die in die Zukunft schauen und die Pensionslasten der Zukunft berechnen, „Ihr wart gut“ und raten, dies für die neu Einstellenden zu machen. Die Pensionslasten sind ab 2020, 2030 so massiv, dass das Beschäftigen von Personal eine Nebenbeschäftigung geworden ist. Auch das gehört zu den Irrtümern, die Sie vertreten haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben auch mit viel Freude erlebt, wie Sie dies im Haushalts- und Finanzausschuss als einen Finanzierungstrick beschrieben haben, wo wir das Geld entsprechend platzieren. Dabei ist es nicht mehr als vernünftig, dies so zu machen. Aber warum nicht? – Ich habe immerhin acht Jahre Erfahrung in Opposition. Da waren wir auch nicht immer sachlich.

Herr Dr. Gölter erinnert sich an das eine oder andere.

(Dr. Gölter, CDU: Sehr gut!)

Insofern sind wir selbstkritisch genug.

(Dr. Gölter, CDU: Ich glaube, darüber schreibe ich einmal ein Buch!)

– Herr Kollege Dr. Gölter, das geht noch, wenn Sie ein Buch über alle schreiben. Was glauben Sie, was wir für einen „Bammel“ gehabt haben, als der ehemalige Bundestagsabgeordnete C. C. Schweitzer ein Buch über die SPD geschrieben hat. Das macht Freude. Sie müssten eins über die CDU schreiben. Glauben Sie mir, das würde uns Freude machen.

(Dr. Gölter, CDU: Das ist mein Problem, dass es noch nicht fertig ist!)

Kommen wir zu unserem Thema „Zivilgesellschaft“ zurück.

Meine Damen und Herren, in dieser Debatte ist über Arbeitslosigkeit wenig gesagt worden. Ich weise nur darauf hin, wir sind diejenigen, die, was die Arbeitslosigkeit anbelangt, immer auf dem dritten oder vierten Platz der Bundesrepublik stehen. Wir sind es nicht nur aus eigener Kraft. Wir sind es auch, weil uns traditionell Regionen umgeben, die uns Arbeit anbieten.

Aber um die Wahrheit ganz zu sagen: Ich war jetzt in Magdeburg gewesen. Die Kollegen aus Ostdeutschland, Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg haben geklagt.

Meine Damen und Herren, ich musste ihnen erklären, bei uns gibt es auch Gebiete, wo es unter 100 Einwohner je Quadratkilometer gibt und die Leute nicht von Ort zu Ort schauen können. Dort haben wir auch keine großen Betriebe, weil es nicht möglich ist, in so dünn besiedelten Gebieten für betriebswirtschaftliche Größen zu sorgen. Dies ist eines unserer Probleme, auch der Höhegebiete. Wenn wir es jetzt zum Beispiel schaffen, im Hunsrück und in Bitburg gemeinsam mit den Kommunen und dem Zweckverband einen Schwerpunkt zu schaffen und wir es am Ende auch in Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken bei all den ungelösten Fragen zweier Flughäfen in 35 Kilometer Entfernung schaffen, dann ist das auch ein Erfolg unserer Arbeitsmarktpolitik, die diejenigen unterstützt, die als Pioniere in diesem Gebiet arbeiten.

Meine Damen und Herren, damit verbinden sich auch so Punkte wie „Arbeit muss sich wieder lohnen“, der Kindergeldzuschlag für den Ausstieg aus der Sozialhilfe oder das „Mainzer Modell“. Man mag sagen, es sind zu wenig. Wenn es 30.000 Menschen wären, die wieder zurück in die Arbeitsgesellschaft finden, muss man für jeden froh sei. Ich denke, das ist Christenpflicht.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Ich sagte zu Beginn, dass wir auch etwas zur Zivilgesellschaft sagen müssen. Wir können nicht das Jahr 2001

als das Jahr der ehrenamtlichen Betätigung feiern und sagen dazu wenig und engagieren uns auch nicht. Es heißt, eine Gesellschaft, die den Menschen keinen Grund mehr gibt, sich umeinander zu kümmern, kann ihre Legitimation nicht lang aufrechterhalten. Ich denke, das ist ein schwieriger und wichtiger Satz. Wenn wir uns nicht um unsere Nachbarn kümmern, können wir die Legitimation unserer Gesellschaft nicht auf Dauer sichern.

Meine Damen und Herren, daraus kommt für uns die Existenz einer lebendigen Zivilgesellschaft und eines gemeinwohlorientierten Bürgerengagements. Dies ist nicht der Ersatz für staatliches Handeln.

Meine Damen und Herren, aber es muss in vielen Fällen staatliches Handeln ersetzen, weil wir bei weitem nicht so zielgenau, nicht so effektiv und vielleicht auch nicht so menschlich handeln können wie unsere Nachbarn.

(Beifall der SPD und der FDP)

Glauben Sie mir, wenn wir ein Netz hätten, das zum Beispiel in meinem Dorf mit 1.000 Seelen dafür sorgt, dass ältere Menschen Medikamente von der Apotheke oder Nahrungsmittel bekämen und wir würden das staatlich einrichten, dann würden wir am Ende mehr Geld dafür ausgeben, das zu organisieren, als für die Medikamente und die Nahrungsmittel. Wenn aber Nachbarn sich in einer Initiative zusammenschließen und sagen, wir bringen dir das mit, dann ist das genau die Richtung, die wir anpeilen und unterstützen müssen. Genau dies wollen wir tun.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben alle den schlanken Staat herbeigeredet, die einen sogar herbeigeseht. Als der schlanke Staat dann mit seinen Einnahmen da war – hier hat Herr Kollege Böhr Recht –, haben sich die Ausgaben in dem Maß nicht verändert, wie wir den schlanken Staat herbeigeredet haben. Wir stehen noch vor der wichtigen Entscheidung, wo wir diesen schlanken Staat mit weniger Einnahmen neu positionieren. Was die Ausgaben angeht, stehen wir noch vor Fragen, ob es dann richtig ist anzubieten, den Kindergarten ohne Beitrag zu organisieren, wie dies in einigen Entschließungsanträgen zu lesen ist.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, Sie machen ein Zeichen, wann ich Ihnen antworten darf.

Jetzt, okay.

Herr Bracht, wenn Sie mir nachweisen, dass Ihre Entschließungsanträge keine 70 Millionen Euro, sondern 20 % weniger ausmachen, als ich hier prognostiziere, dann können wir einmal darüber reden.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Aber Sie wissen ganz genau, Sie haben mit Ihren Entschließungsanträgen am Ende nichts anderes gemacht, als das, was Sie immer gemacht haben. Sie bieten ein

leeres Versprechen an und schicken einen Kasten voll mit Wünschen. Das funktioniert nicht gemeinsam.

(Beifall der SPD und des
Abg. Kuhn, FDP)

Ich finde es immer toll, diese Sparsamkeit zu propagieren und im Einzelfall einen Antrag auf den anderen zu legen und damit zu sagen: Da muss die Landesregierung Geld ausgeben.

Sie können jetzt einwenden, da stehen doch gar keine Summen drin. Das ist wahr. Aber wissen Sie, wir haben tüchtige Mitarbeiter, die große Rechenmaschinen haben. Da wird genau ausgerechnet. Wir werden Ihnen auf Heller und Pfennig nachweisen, wie viel Geld Sie eigentlich mehr ausgeben wollen, obwohl Sie versprechen, weniger ausgeben zu wollen. Das ist gar keine Frage.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Diese Zivilgesellschaft, von der ich sprach, die Nachbarin und der Nachbar, müssen wir zum Teil anstoßen. Wir müssen sie unterstützen.

Ich will es Ihnen an einem Beispiel erklären, das mir unter die Haut gegangen ist, und zwar die Frage eines Frauennotrufs in Simmern. Es ist klar. Es kommt alles in der Heimat vor. Wir könnten dort 15.000 Euro sparen, streichen.

Damit nehmen wir 50 Frauen und einigen wenigen Männern die Chance aus der Hand, Hilfe anzubieten, wenn Hilfe benötigt wird, und zwar Tag und Nacht, 24 Stunden sieben Tage pro Woche. 50 Menschen ermöglichen wir es auf diese Weise, Hilfe zu geben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das verstehe ich unter dem Anstoßen von Initiativen. Das gilt auch für die Möglichkeiten, die wir im Bereich der Entwicklungshilfe neu eingeführt haben. Das sind die Möglichkeiten, die wir im Kulturbereich eröffnet haben oder wenn wir zum Beispiel für Lehrgänge – ich bin gespannt, wann der Erste das kritisiert – der Feuerwehr ein paar Euro zur Verfügung stellen. Man könnte sagen: Das müssen sie selbst machen. Sollen es doch die Verbandsgemeinden bezahlen; denn sie benötigen sie.

Meine Damen und Herren, alles können sie nicht allein machen. Es geht um die Jugend, die in dieser Frage immer als Letztes drankommt. Deshalb ist es richtig, für die Ausbildung von ehrenamtlichen Feuerwehrleuten Möglichkeiten in diesem Haushalt einzurichten; denn Zivilgesellschaft heißt auch: Hilfe bei Gefahr, Hilfe in sozialer Not usw.

Deshalb ist das der richtige Weg. Wir werden es verlängern über die Gesundheitsförderung, die freie Wohlfahrtspflege, die Hospizeinrichtungen, die Jugendarbeit im ländlichen Raum und die Beteiligung von Kindern bei kommunalen Entscheidungsprozessen. Das alles sind bescheidene Summen, aber sie tragen dazu bei, dass unsere Gesellschaft im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich tragfähig bleibt.

Meine Damen und Herren, wir sind als Staat zu sehr Dienstleister geworden, zu sehr ein Staat geworden, bei dem man anklopft, und es wird aufgetan. Es wird ein schwieriger Weg werden, zurückzufinden zum schlanken Staat mit den schlanken Ausgaben. Aber wir sind auf diesem Weg.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

– Herr Keller, bisher konnte es niemand belegen. Sie konnten alle nur klagen, dass Sie weniger ausgeben wollen. In Wirklichkeit haben Sie genau das getan, was Sie immer tun. Sie sind deshalb nicht derjenige, der uns in dieser Hinsicht beraten kann.

(Keller, CDU: Sie halten jedes Jahr die gleiche Rede! Können Sie nicht einmal auf Herrn Böhr richtig eingehen?)

– Herr Keller, wenn das wirklich so ist, kann ich Ihnen nur sagen: Bei Ihnen ist das nicht anders.

(Keller, CDU: Ich habe noch nicht geredet! –
Beifall bei der CDU)

– Wenn Sie an der Reihe sind, werden Sie zur Bildungspolitik Folgendes sagen: An dieser Schule fallen Stunden aus, dort gibt es keinen Schulbau, und alles geht den Bach runter, bis ich, Sepp Keller, komme und das in Ordnung bringe. – Das dauert aber noch vier Jahre.

(Unruhe bei der CDU)

Ich habe meine Freude daran, dass Sie nie ohne ein bisschen Apokalypse auskommen. Jetzt haben Sie die Apokalypse im Sinn. Das ist eine feststellbare Änderung der vergangenen 30 Jahre. Ich kenne zwar nicht jeden persönlich von Ihnen, aber früher war es die Diffamierung, heute ist es die Apokalypse.

Lassen Sie mich zum Haushaltsplan zurückkommen. Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan führt dazu, dass wir unsere Kerngebiete – Bildungspolitik, Zugang zur Wirtschaft, Infrastruktur, Eisenbahn – geregelt bekommen, und zwar unter schwierigen Umständen.

Gleichzeitig bauen wir die staatliche Verwaltung um, jedoch mit einem gewissen Risiko, weil es neu ist. Wir fördern die Zivilgesellschaft und all die vielen Ehrenamtlichen, die Unterstützung benötigen, um mit der Problemlösung zu beginnen.

Für eine anständige Gesellschaft werden nur drei Dinge benötigt: Eine gute und aktive Regierung, die wir haben.

(Beifall der SPD und der FDP –
Jullien, CDU: In Ihrer Fantasie!)

Selbst wenn Sie anderer Meinung sind: Vor einem Jahr waren alle anderen anderer Meinung. Insofern haben wir eine gute und aktive Regierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Darüber hinaus benötigen wir eine anständige Marktwirtschaft. Dafür soll der Herr Wirtschaftsminister im Verein mit allen sorgen. Ferner unterstützen wir eine starke Zivilgesellschaft.

(Zurufe der CDU)

Mit dieser Regierung wird es in den nächsten Jahren mit Rheinland-Pfalz erfolgreich vorangehen. Auf jeden Fall sehen die Wähler das so.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Als Gäste im Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Augustiner-Realschule Hillesheim. Besonders freue ich mich, den ehemaligen Kollegen Fritz Preuss unter uns begrüßen zu können. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas das Wort.

(Billen, CDU: Jetzt kommt endlich einmal eine anständige Rede!)

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Mertes! 12 Wochen liegen zwischen der Einbringung des Haushaltsentwurfs durch die Landesregierung und der heutigen Debatte. 12 Wochen lang lag trotz Weihnachten, Silvester und Fastnacht der Schatten der Tristesse der Landesregierung und der SPD/FDP-Koalition über diesem Land. Ihre Reden, die Sie heute und vor 12 Wochen gehalten haben, können nicht darüber hinwegtäuschen. Es mag sein – sogar mir kam es so vor –, dass das die heitersten Momente in diesem Parlament in den vergangenen 12 Wochen waren. Sie wissen, dass ich eigentlich gegen Funktionszulagen innerhalb der Fraktion bin. Jedoch bin ich davon überzeugt, dass Sie die Spaßzulage verdienen. Das muss Sie einiges gekostet haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Dieser Schatten der Tristesse hat nicht vor 12 Wochen begonnen, sondern zieht sich durch das ganze Jahr der dritten Amtsperiode von Rotgelb in Rheinland-Pfalz, durch diese dritte Periode, von der Herr Mertes vorhin behauptet hat, sie habe gut angefangen, gehe gut weiter und werde auch gut zu Ende gehen. Sie haben ein gutes Polster. Passen Sie aber auf, dass Sie es nicht so schnell durchgesessen haben.

Von der einstigen Hingabe Rudolf Scharpings an die FDP ist nicht mehr viel übrig geblieben. Ich habe den Eindruck, Kurt Beck leidet an der FDP, die FDP glänzt in Agonie, und Rheinland-Pfalz leidet an der Passivität von Rotgelb.

(Zurufe von der FDP)

Der von Herrn Mertes viel beschworene notwendige Schub für Innovation und Modernisierung bleibt aus. Meine Damen und Herren, ich sehe eher die Gefahr, dass Rheinland-Pfalz im Bundestagswahlkampf in die schlechte Gesellschaft von Stoiber, Koch und Schill gerät.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe bei SPD, CDU und FDP –
Dr. Schmitz, FDP: Immer noch
besser als Rezzo Schlauch!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das ausführen. Herr Beck, auch bei den Haushaltsberatungen wird Ihnen das Thema „Zuwanderung“ nicht erspart bleiben, auch wenn Sie versuchen, über alles andere, aber nicht über Zuwanderung zu reden. Diejenigen, die die doppelte Staatsbürgerschaft und das NPD-Verbot torpediert haben, schämen sich jetzt nicht, wieder im trüben rechten Rand unter dem Deckmäntelchen der Vermittlung zu fischen.

(Kuhn, FDP: Was?)

– Herr Kuhn, schauen Sie doch einmal über den Rhein. In Hessen knickt die FDP, knicken also Ihre Kollegen, gegenüber dem CDU-Rechtsaußen, Koch, ein. In Hamburg paktieren Ihre Kollegen mit Schill. In Rheinland-Pfalz versucht Rainer Brüderle wieder einmal, die SPD-geführte Landesregierung in eine Konfrontation gegen Rotgrün in Berlin zu bringen. Das sind wir zwar gewohnt, aber viel schlimmer ist es, dass er versucht, den Ministerpräsidenten gegen das Zuwanderungsgesetz, das demnächst im Bundesrat verabschiedet werden soll, in Stellung zu bringen.

(Kuhn, FDP: Was?)

– Ja.

Herr Kuhn, tun Sie doch nicht so überrascht. Ich bin sicherlich nicht die Einzige, die die Stellungnahmen von Herrn Brüderle, Herrn Mertin und anderen auch in den rheinland-pfälzischen Zeitungen gelesen hat. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Nach einer zweijährigen Diskussion darf das Thema „Zuwanderung“ im Vorfeld der Bundestagswahl nicht für parteitaktische Spiele verwendet werden. Sie müssen sich fragen lassen – auch Sie, Herr Mertin –, weshalb Sie ein Gesetz, das Sie argumentativ immer unterstützt haben, jetzt blockieren wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

– Herr Dr. Schmitz, das muss gesagt werden: Wer nach monatelangen Verhandlungen und nach einer zweijährigen Debatte über das Thema „Zuwanderung“ einen Konsensgesetzentwurf, der breit aus der Gesellschaft unterstützt wird, in einem Vermittlungsverfahren wieder aufschnüren will – das ist die erklärte Absicht der FDP in Rheinland-Pfalz –, verhindert tatsächlich die Zustimmung zum notwendigen Zuwanderungsgesetz jetzt und auf lange Zeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen genau, dass dieses Gesetz, das vom Bundestag verabschiedet wurde, ein Konsensgesetz ist. Es

haben Gespräche mit der rotgrünen Bundesregierung und Vertretern der FDP stattgefunden. Es sind Anliegen der FDP in diesen Gesetzentwurf mit eingearbeitet worden und von der rotgrünen Mehrheit in Berlin verabschiedet worden. Wenn Sie jetzt über die Landesebenen kommen und das aufschneiden wollen, stehen Sie Seite an Seite mit Koch, Stoiber und Schill, die dieses Gesetz verhindern wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Nichts anderes ist das Ergebnis Ihres politischen Agierens.

Ich lese hin und wieder auch alte Presseerklärungen. Herr Brüderle hat im Jahr 2000 gesagt: Zuwanderungssteuerung nicht zerreden und aufschieben, sondern handeln. – Meine Damen und Herren, das bedeutet Zustimmung zum Gesetz im Bundesrat am 22. März. Das ist die Aufforderung an die Landesregierung, anstatt sich vom kleinen Koalitionspartner auf die andere, auf die rechte Linie ziehen zu lassen.

Herr Beck, ich erwarte in dieser Debatte auch eine Aussage von Ihnen. Bisher haben Sie nur geschwiegen, oder ich habe von Ihnen gehört, dass Sie sich Sorgen um den Fußball im Fernsehen oder um die CDU im Fernsehrat machen, oder ich sehe, dass Ihre Fraktion Mittel umschichtet, nämlich Gelder für die Flüchtlinge in den Kommunen zugunsten des Bruchwegstadions. Ist das sozialdemokratisch geführte Politik in Rheinland-Pfalz? Ist das Haushaltspolitik à la SPD-Beck?

(Hartloff, SPD: Die Behauptung trifft so doch gar nicht zu!)

Ich frage mich wirklich – das würde ich jetzt auch gerne Herrn Mertes fragen, da er so ein flammendes Plädoyer für Ihre Regierungspolitik gehalten hat –, glauben Sie wirklich, dass die Menschen das gewollt haben, als sie Sie – Sie persönlich, Herr Beck – mit einem Traumergebnis wieder gewählt haben? Ich glaube das nicht.

Ich komme jetzt zu einem anderen Projekt, zu dem Herr Mertes gesprochen hat, nämlich zur Ganztagschule. Das ist die Ganztagschule, mit der Sie über die ganze Legislaturperiode hinweg glänzen wollen. Darum ist es doch auch vergleichsweise still geworden.

(Frau Kipp, SPD: Wieso das?)

Aus dem „flächendeckend“ wurde ein „bedarfsgerecht“ und aus dem „bedarfsgerecht“ wurde Stückwerk.

(Hartloff, SPD: Das ist Quatsch! –
Frau Pepper, SPD: Das ist absoluter Unsinn!)

In den Brennpunkten im Land werden sich einige Schulen freuen, aber schauen Sie sich an, wie es nach den fünf Jahren im Land aussehen wird, Frau Pepper. In den weitesten Teilen wird dieses Land ganztagschulenfrei bleiben. Das ist nicht das, was Sie vor der Wahl angekündigt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlt Ihnen zur Umsetzung das Geld, und es fehlt Ihnen auch der Koalitionspartner, der nämlich dafür sorgt, dass die Füllhörner des Landes nicht über den Schulen ausgeschüttet werden, sondern die Mittel in die Etats für Straßenbau und für gute Freunde des Wirtschaftsministers fließen.

(Frau Pepper, SPD: Ihnen fehlt die Vision,
dass man etwas umsetzen kann! –
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Herr Creutzmann, Herr Mertes hat das schon angedeutet. Wenn Politik versucht, Wirtschaft zu steuern, kann das nicht gut gehen, auch nicht, wenn das die FDP versucht.

Sie nehmen bei Ihrer Ausgestaltung und bei Ihrem Haushalt in Kauf, dass die Kommunen kaputtgespart werden und deren Verschuldung explodiert. Sie nehmen den Anstieg der eigenen Verschuldung in Kauf, und zwar so weit, dass Sie an den verfassungsrechtlichen Grenzen schrammen werden.

Damit bin ich bei den vollmundigen Ankündigungen des Finanzministers, wie treffsicher und wie inhaltsschwanger der vorliegende Doppelhaushalt sei. Das hat er vor zwölf Wochen gesagt. Sie rudern aber seit zwölf Wochen zurück, indem Sie nämlich feststellen, dass der Haushalt umso unsicherer werde, je weiter die Einnahmenprognose zurückliege. Deshalb werde sich wahrscheinlich 2003 einiges verändern.

Während der Haushaltsberatungen im Ausschuss haben Sie einen schon beinahe geflügelten Satz von sich gegeben. Er sagte nämlich: Der Rest regelt das Leben. – Wenn das die Haltung eines Finanzministers ist, würde ich die Verantwortung lieber in andere Hände legen.

Die Regierungsfractionen setzen auch eher auf das Prinzip Hoffnung, nämlich hoffentlich kommt es nicht so schlimm. Sie haben auch jeden Gestaltungsanspruch als Haushaltsgesetzgeber aufgegeben.

Es geht Ihnen in der SPD und der FDP nicht mehr um das, was dringend geboten wäre, nämlich um eine wirkliche Neuorientierung in der Bildungspolitik, und zwar eine Neuorientierung über das halbgare Ganztagsangebot und die Eliteförderung auf der anderen Seite hinaus.

Meine Damen und Herren, was wir eigentlich brauchen, ist ein gemeinsames Bündnis für die Bildung 2010. Bis dahin muss einiges geändert werden und nicht nur in Teilen eine Ganztagschule eingeführt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Pepper, SPD: Deshalb fangen
wir zum Beispiel mit der
Lehrerbildung an!)

Dazu gehört ein Qualitätssprung bei der Weiterentwicklung von Kindergärten, von Krippen und Horten hin zu Kinderhäusern. Dazu gehört auch eine andere Behandlung der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz.

Es geht Ihnen in Ihren Fraktionen, in Ihren Leitideen für diesen Haushalt auch nicht darum, Profit für Rheinland-Pfalz aus dem notwendigen ökologischen Strukturwandel zu schlagen und Land und Leute endlich an den ökologischen Energiemix aus Windenergie, Solarenergie, Biogasnutzung und Energienutzung und -einsparung anzuschließen. Es geht Ihnen nicht um den dringend notwendigen Umbau in Landwirtschaft und Weinbau hin zu mehr Umweltverträglichkeit, hin zu gesunden Produkten und auch nicht um den Verbraucherschutz.

Es geht Ihnen schon gar nicht um eine nachhaltige Finanzpolitik, die eben nicht nur in den Erwartungen der Koalition und der heutigen Generation verantwortlich Politik macht, sondern die denen, die nach uns kommen, nicht diese riesigen Schuldenberge hinterlässt.

Meine Damen und Herren, nein, darum geht es Ihnen alles nicht. Es geht Ihnen darum, die Risse in ihrer brüchig gewordenen Koalition zu überdecken und diese Koalition über die Runden zu bringen.

(Frau Pepper, SPD: Das ist langsam schon langweilig! – Hartloff, SPD: Oh je!)

Meine Damen und Herren, auch wenn es so aussieht, als ob die ausgetragenen Personalquerelen im Justizbereich jetzt zunächst geklärt sind, lässt sich aber feststellen – das müssen Sie auch selbst in Ihrer eigenen Fraktion feststellen, meine Damen und Herren –, dass sich trotz der Koalitionskuschelrunde die verkündete Erotik in der Regierungspolitik nicht einstellt. Das war das Plädoyer von Herrn Brüderle nach dieser Koalitionswunde.

(Hartloff, SPD: Es knistert durchaus! Keine Angst!)

Der ersehnte dritte Frühling mit Prickeln bei den ersten Sonnenstrahlen bleibt aus. Darüber konnte auch Herr Mertes heute nicht hinwegtäuschen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es geht auch anders; es geht auch anders in Rheinland-Pfalz. Diese Tristesse haben Sie selbst gewählt. Es geht anders, und es geht auch mit weniger Schulden oder ohne immer mehr Schulden, so wie Sie diesen Weg beschreiten. Es geht, wenn wir Reformmillionen für Ökologie, Bildung, Verbraucherschutz und Integration mit dem Anspruch verbinden, dass wir sparsam wirtschaften und trotzdem Rheinland-Pfalz für eine Zukunft in Form bringen.

Ich will Ihnen das anhand einiger Beispiele deutlich machen, die sich in unseren Änderungsanträgen niederschlagen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Ich glaube nicht, dass Ihnen überhaupt etwas deutlich geworden ist. Die Ernsthaftigkeit, mit der Sie die Haus-

haltsberatungen begleitet haben, hat wirklich ernsthaft zu wünschen übrig gelassen, Herr Pörksen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Kramer, CDU)

Auch bei Herrn Mertes hatte ich den Eindruck, dass er sich heute in dieser Rede zum ersten Mal mit dem einen oder anderen Vorschlag der Oppositionsfraktionen beschäftigt hat. In den Haushaltsberatungen, vor allem in den abschließenden Haushaltsberatungen, als es auch um die Diskussion einzelner Änderungsvorschläge ging, die in vielen Bereichen konstruktiv gemeint waren, denn sie waren nicht nur entlarvend, sondern sie waren in weiten Bereichen konstruktiv gemeint, wurde das von Ihrer Seite mit einer Arroganz und Ignoranz in dieser Debatte hinweggewischt, die ihresgleichen erst noch suchen muss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Warum lassen Sie sich nicht auf einen Wettbewerb der Ideen und für die Zukunft dieses Landes ein? Warum beschäftigen Sie sich nicht einmal mit dem Thema, Alternativen zu einer Straßenbaumilliarde – die keine ist – für Rheinland-Pfalz umzusetzen?

Ich möchte die GRÜNEN-Mobilitätsoffensive nennen. Im Kern geht es in dieser Offensive um ein 15.000-Kilometer-Programm für mehr Bahn- und Busverbindungen. Das wäre eine Mobilitätsoffensive für all diejenigen, die nicht über ein eigenes Automobil verfügen, und die auch langfristige Verpflichtungen des Landes in Anspruch nimmt und umsetzt.

Bei dieser Art der Mobilität und der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs geht es darum, Verkehrsimmissionen und weitere Klimabelastungen zu unterbinden. Wir wissen, dass der Hauptverschmutzer nicht mehr das einzelne Gewerbe ist, sondern das, was wir an Verkehr auf den Straßen entwickeln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, wir haben vorgeschlagen, aus dem Topf des Landesbetriebs für Straßen und Verkehr 50 Millionen Euro herauszunehmen und damit zusätzlich 5.000 Kilometer Schienenverbindungen und 10.000 Kilometer Busverbindungen bei den vorhandenen Verkehrsunternehmen zu bestellen.

Das bringt für viele bessere Verbindungen, reaktiviert Schienenstrecken und sichert Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum. Das würde endlich einmal dazu führen, dass Ihr Rheinland-Pfalz-Takt, mit dem Sie sich seit Jahren zufrieden geben, sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße aufpoliert wird. Dieser Takt muss Tempo erhalten. Dafür setzen wir unser Mobilitätsprogramm gegen Ihr weiteres Straßenbauansinnen durch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Schwarz, vor allen Dingen Sie müssten es wissen, dass zu einem guten und

attraktiven ÖPNV Bahnhofserneuerungen zählen sowie moderne Busse und Schienenfahrzeuge gehören. ÖPNV – das geben Sie gern in den Raum zurück – sei ein Rückschritt zu antiken Bahnen, und zwar ein bisschen nostalgisch angehaucht. Das ist er nicht. Moderner öffentlicher Personennahverkehr ist modernes Hightech für viele.

(Schwarz, SPD: Jawohl, das ist unser Prinzip!)

Es ist für alle umweltverträglich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollten Sie sich bei Ihrer Verkehrspolitik hinter die Ohren schreiben.

Meine Damen und Herren, ähnlich ist es im Bereich der Energiepolitik. Hier bietet sich durch erneuerbare Energien, durch Öko-Energien, eine riesiges Innovationspotenzial für dieses Land an. Sie lassen diesen Bereich links liegen, vielleicht mit Ausnahme einiger SPDler, die sich jetzt auch hinter den Ausbau der Windenergie im Land stellen.

Sie werden schon wieder von der FDP ausgebremst, die bar jeden Wissens sagt: Windenergieanlagenbauer sollten jetzt Rücklagen bilden, damit sie die Anlagen auch abreißen können.

(Creutzmann, FDP: Sie haben keine Ahnung! –
Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

– Stellen Sie sich vor, das machen diese Windanlagenbetreiber schon. Sie brauchen überhaupt keine FDP, die das von ihnen fordert. Sie sollten sich eher einmal etwas kundig machen, bevor Sie mit einer solchen Forderung ankommen.

(Creutzmann, FDP: Ach wo!)

Sie haben befristet Baugenehmigungen gefordert. Was heißt das denn jetzt schon wieder?

(Creutzmann, FDP: Das verstehen Sie nicht!)

Wenn es um bestimmte Industrieanlagen und andere Dinge geht, hätte ich gern einmal in Ihrem Forderungskatalog, dass Sie von Befristungen reden. Tatsächlich sind Sie sich nicht einig, was Sie machen sollen, ob Sie als FDP in diesem Land diesem Hardcore-Anti-Windenergiekurs Ihrer Kollegen in NRW folgen sollen oder sich vielleicht doch lieber in modernistischem Gewand zeigen und diesen Bereich der erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz verankern wollen.

Wir sind dafür, dass wir die Programme, die auf Bundesebene angesetzt werden, und die Impulse, die von Rotgrün auf Bundesebene kommen, mit ergänzenden Programmen verstärken und dieses Potenzial für Rheinland-Pfalz nutzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit verbunden wollen wir auch eine Offensive bei den Energiesparmaßnahmen. Wir wollen dafür ein Anreizprogramm. Das sichert Arbeitsplätze im Bau- und Handwerksbereich an vielen Stellen deutlich besser als die Programme, die im Wirtschaftsministerium aufgelegt werden. Wir wissen, dass die LBB dort für öffentliche Gebäude einen kleinen Start macht. Ich sage Ihnen: Wenn es um Energiesparen und Innovationen in diesem Bereich geht, reicht dies nicht. Es fehlt der überzeugende Durchbruch, dass wir es auch im Privatbereich und in öffentlichen Institutionen machen, die nicht im Landeseigentum sind. Dazu dient unter anderem auch das von uns vorgeschlagene Investitionsprogramm, das die ISB für Kommunen auflegen soll. 75 Millionen Euro, die für besonders zinsgünstige Kredite für Sachinvestitionen, insbesondere für den Schulbau, aber auch für die Sanierung von Kindertagesstätten vorgesehen sind, sichern die Investitionstätigkeit in den Kommunen. Das wäre ein sinnvolles Engagement der ISB und in vielen Bereichen die wirksamere Förderung als die x-te Neuauflage eines ISB-eigenen so genannten Innovationsprogramms.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre auch ein Ausgleich für die Investitionen oder die mangelnde Investitionstätigkeit der Kommunen, die Sie verursachen, weil Sie die Leistungen, die die Kommunen aus dem Landeshaushalt erhalten, pro Jahr um 70 Millionen Euro zusammengestrichen haben.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen weitere Bereiche im Umweltbereich aufzählen. Wir wollen nicht, dass der Natur- und Landschaftsschutz die Spardose im Haushalt des Umweltministeriums ist. Wir wollen nach vorn gehen, wenn es um Bodenschutzmaßnahmen und die Beseitigung von Altlasten geht. Das sind Aufgabenbereiche, die – wie hat es Herr Mertes vorhin so schön gesagt – man schnell einmal streichen kann, weil man sie in der Umsetzung der einzelnen Maßnahme nicht erkennt. Erst eineinhalb Jahre später in der Haushaltsrechnung sieht man, dass das Geld in diesen wichtigen und verantwortungsvollen Bereichen nicht ausgegeben wurde, sondern in andere Töpfe geflossen ist.

Das wollen wir nicht. Hier sehen wir das Land in der Verpflichtung. Wir wollen nicht hundert Jahre warten, bis wir Schritte weitergekommen sind. Wir wollen in den nächsten zwei Jahren nach vorn gehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, wir haben im vergangenen Jahr schon manche Verbraucherschutzpolitischen Debatten geführt. Ich muss feststellen, diese waren bei Ihnen leider ohne jeden durchschlagenden Erfolg. Sie haben auch diesen Haushalt nicht genutzt, um Verbraucher- und Verbraucherinnenschutz inhaltlich und organisatorisch auszuweiten, indem Sie zum Beispiel auf die Gefahren von E-Smog, die gesundheitliche Vorsorge, den Bereich der Geldanlagen, die Altersabsicherung, den E-Commerce, den Energie- und Wassermarkt sowie neue Medien hingewiesen haben. Das alles zählt zum Verbraucherschutz. Es geht nicht nur um die Ernährung, auch wenn das im letzten Jahr im Vordergrund gestanden hat.

Wir wollten und haben auch vorgeschlagen, diesem Wirrwarr, der in der Landesregierung besteht, mit einer eindeutigen Prioritätensetzung für den besten Anwalt von Verbraucherinteressen, nämlich für die Verbraucherzentrale, gegenzusteuern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen schlagen wir vor, diese unabhängige Verbraucherzentrale mit deutlich mehr Mitteln auszustatten und ihr insbesondere Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie gemeinsam mit den Akteuren, den Erzeugern und Erzeugerinnen, den Produzierenden und den zuständigen Ministerien eine Kampagne zugunsten von mehr Lebensmittelqualität und angemessenen Erzeugerpreisen ausgestalten soll. Wir wollen gezielt diese Kampagne und die Verantwortung auch in die Hand der Verbraucherzentrale legen.

Dass dafür dann die Mittel für die Verbraucherschutzbeauftragte gestrichen werden, werden Sie verstehen. Sehen Sie es auch als notwendig an. Das ist für uns ein Klebestreifen über einen großen wunden Fleck dieser Landesregierung, dass Sie es nämlich zwischen den Ministerien, zwischen den Koalitionären nicht hinbekommen, eine tatsächliche Bündelung der Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz umzusetzen und einzuführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vizepräsident Dr. Schmidt
übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, Herr Mertes wollte über die Zukunft des Landes reden. Er hat auch einiges über die Frage, wie wir denn Bildung in diesem Land in den nächsten Jahren gestalten, gesagt. Er hat es auch auf den PISA-Schock bezogen. Er hat aber auch gesagt, wir in Rheinland-Pfalz haben eigentlich schon viel früher angefangen, das alles zu verbessern. Ich warne davor, die PISA-Ergebnisse, wenn sie auf die einzelnen Bundesländer heruntergebrochen werden, zu einem engeren Vergleich heranzuziehen. Ich bin überzeugt, es taugt nicht, zwischen denen, die auf dem zehnten, auf dem elften, auf dem zwölften Platz sind, um kleine Punktunterschiede zu ringen. Ich kann Ihnen aber nur eins sagen: Wir müssen uns in dieser Frage tatsächlich in diesem Land und über die Landesgrenze hinaus für ein Bündnis für Bildung engagieren. Wir brauchen keinen Rückfall in alte Strukturdiskussionen zusammenzutun.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Herr Mertes braucht schon einen kleinen Zwischenruf von Herrn Nils Wiechmann, um die Schwierigkeiten, die zwischen den Koalitionspartnern bestehen, schön zu überspielen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Wir brauchen auch kein „Weiter so“ wie in den letzten zehn oder in den letzten 50 Jahren. Wir brauchen tatsächlich neue Bedingungen für die innere Reform von Schule, für die innere Reform von Bildung. Das geht

ohne eine deutliche Schwerpunktsetzung innerhalb des Haushalts nicht.

Meine Damen und Herren, innere Schulreform: Schauen wir uns einmal an, was die Spitzenreiter bei PISA geleistet haben und wodurch sie es geleistet haben. Schauen wir doch nach Skandinavien.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Schauen wir uns an, dass genau diese Länder in der Lage waren, zu diesen besseren Ergebnissen zu kommen, weil in ihren Staaten – ich zitiere noch einmal aus einer Dokumentation in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – die Lernergebnisse im Mittelpunkt stehen und nicht die Lernprozesse und schon gar nicht die Frage, wie die einzelnen Schulen gegliedert sind, wie sie organisiert sind oder dass sie sich in jahrelangen Schulstrukturdebatten erschöpfen.

Finnland, der Spitzenreiter in weiten Teilen der PISA-Ergebnisse, überlässt die Ausgestaltung der Lehrpläne im Detail den Schulen und legt zentral nur die Bildungsziele fest. Sie haben dort eine andere Struktur und eine andere Verantwortlichkeit in den Schulen. Herr Kuhn, dann kommen wir vielleicht schon auf die Differenzen, die bestehen; denn die Schulen in Finnland haben nicht die Möglichkeit, zu sagen: „Dieser Schüler oder diese Schülerin passt eigentlich nicht so gut in unser Konzept, und wir geben ihn aufgrund schlechter Leistungen einfach eine Stufe nach unten oder in eine andere Schule“, sondern dort besteht die Verpflichtung, dass Schulen für die Leistungsdefizite ihrer Schüler selbst aufkommen müssen, sie selbst ausgleichen müssen und schwächere Schüler nicht immer an die nächstniedrigere Schulform abschieben können. Dieses Problem besteht nach wie vor bei uns. Es besteht in Ihrem Bestreben und mit Ihrer Schwerpunktsetzung – die FDP hat sich das auf die Fahne geschrieben –, noch frühere Auswahl von Hochbegabten zu betreiben, das Schulsystem noch weiter aufzugliedern. Natürlich leisten Sie mit dieser Entwicklung diesem Vorgehen Vorschub. Das ist genau die falsche Konsequenz nach PISA.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen das noch einmal kurz in Zahlen sagen, wie das bei der FDP und ihrer Konzentration auf die Hochbegabten ist. Sie wissen, dass wir die Auffassung teilen, dass unterschiedliche Begabungen, niedrigere Begabungen, aber auch Hochbegabungen, früh erkannt werden müssen und früh individuell gefördert werden müssen. Wir sagen nur, sie müssen integriert gefördert werden, und wir müssen an einem frühen Zeitpunkt beginnen, diese Begabung zu erkennen, nämlich bei dem einzelnen Lehrer, bei der Lehrerin. An der Diagnosefähigkeit vieler Lehrerinnen und Lehrer fehlt es häufig.

Aber wenn wir davon ausgehen, dass Rheinland-Pfalz rund eine halbe Million Schülerinnen und Schüler hat, nach Angaben vieler Forschungsergebnisse man von 2 % Hochbegabten ausgehen kann, dann reden wir vielleicht von rund 10.000 hoch begabten Schülerinnen und Schülern. Nur mit Ihrem Ansatz, Herr Kuhn, kümmern Sie sich vielleicht mit den nächsten Klassen, die

Sie in Kaiserslautern oder Trier einrichten, vielleicht um 100, vielleicht um 200 dieser Schülerinnen und Schüler; das sind 0,05 %. Das reicht nicht aus, wenn wir über Begabtenförderung, über individuelle Begabtenförderung reden wollen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Ansätze, die Ausstattung aber auch die Kompetenz und die Fähigkeiten in den einzelnen Schulen liegen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Ihr Konzept gerade das Gegenteil in Gang setzen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was es heißt, in diesem Bereich auch einen Schwerpunkt im Haushalt zu setzen. Wir schlagen vor, dass wir die Mittel, die Sie vorgesehen haben, im Haushalt um 60 Millionen Euro verstärken. Die nehmen wir nicht an der Schuldenbank oder bei der nächsten Bank auf. Das finanzieren wir gegen. Wir streichen dafür natürlich andere Mittel, weil wir aber auch andere Prioritäten setzen und sagen: Die Zukunft dieses Landes liegt nicht auf der Straße, sondern sie liegt in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür wollen wir Investition betreiben. Dafür wollen wir 20 Millionen Euro für eine bessere Unterrichtsversorgung in allen Schularten machen. Das ist nämlich eine Voraussetzung für eine innere Schulreform, dass wir tatsächlich den Unterrichtsausfall reduzieren, dass wir Möglichkeiten, Zeit und Fähigkeiten verbessern. Wir schlagen Ihnen vor, die Autonomie, die Eigenständigkeit, die Gestaltungsmöglichkeit in den einzelnen Schulen mit einem Fortbildungsbudget zu befördern, den Schulen tatsächlich mehr Verantwortung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand geben.

Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die berufsbildenden Schulen. Das hat Herr Böhr auch angesprochen, allerdings ohne jede Konsequenz für den Haushalt. Wir sind der Meinung, dass wir bei den berufsbildenden Schulen genau aus dem Grund, weil sie in den vergangenen Jahren den meisten Unterrichtsausfall hatten, weil wir im länderweiten Vergleich die schlechtesten Zuweisungen an Unterrichtsstunden, an Lehrer-Schüler-Verhältnis haben, noch einmal besondere Anstrengungen vornehmen müssen.

Wir haben im Schulbereich sowie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen einen zentralen Punkt, den wir besser ausstatten wollen, den wir auch mit Mitteln deutlich verstärken wollen; das ist alles, was in die Integration von Migranten, von ausländischen Kindern fließen muss. Wir wollen den Deutschunterricht für Einwandererkinder an Schulen deutlich verbessern. Mit den 200.000 Euro, die die Landesregierung dafür vorgesehen hat, werden Sie nicht sehr weit kommen. Wir müssen vor allen Dingen in diesem Bereich noch eine Stufe früher anfangen, im Kindertagesstättenbereich. Deswegen haben wir ein entsprechendes Programm für die Sprachförderung aufgelegt. Dies ist mit 5 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren ausgestattet. Damit ist in den Kindertagesstätten dann aber tatsächlich auch einiges zu leisten und einiges machbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hochschulen, Fachhochschulen und Universitäten können Entwicklungskernpunkte für das Land und einzelne Regionen sein. Wir können sehen, dass dort in den vergangenen Jahren über den Aufbau der verschiedenen Fachhochschulen im Land Gutes in Gang gesetzt wurde.

Herr Mertes hat heute, als er auf die Initiativen dieser Landesregierung zu sprechen kam, zu Recht mehrfach auf die Vergangenheit zurückgegriffen. Er hat gesagt, das haben wir in Bewegung gesetzt. Das macht deutlich, dass in den vergangenen Jahren, auch in dieser Konstellation, das eine oder andere in Bewegung gesetzt wurde. Nur jetzt läuft es aus, und es folgt nichts nach.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wie, das läuft aus?)

Es gibt keine Innovation in diesem Bereich. Ich will Ihnen das anhand der Universitäten und Fachhochschulen deutlich machen. Sie deckeln dort die Ausgaben. Sie machen einen Schnitt und lassen das, was Sie an Input geben – entsprechend dem Bedarf der Hochschulen –, nicht mehr mitwachsen.

Sie streichen wichtige Maßnahmen. Ich will Ihnen ein Beispiel anführen. Das, was es an Tutorienprogrammen mit Landesmitteln gefördert gab, stellte tatsächlich eine ganz konkrete Hilfestellung zur Verbesserung der Lehre an den Universitäten dar. Die Mittel hierfür entfallen nun.

Sie bereiten sich in diesem Haushalt auf die zukünftigen Aufgaben in Fachhochschulen und Universitäten nicht vor. Wir brauchen gut ausgebildete junge Menschen, wir brauchen mehr junge Menschen, auch mit akademischen Abschlüssen, und wir wollen sie.

Es werden in den nächsten Jahren mehr junge Menschen in die Universitäten und Fachhochschulen hineinströmen. Hierbei handelt es sich um die jungen Menschen, die in den vergangenen Jahren so unschön als „der Schülerberg“ beschrieben wurden. Sie verlassen die Schulen, suchen Ausbildungs- und Studienplätze.

Wir wissen, dass die Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren – bis 2008 – ansteigen wird; dazu gibt es Prognosen von der Kultusministerkonferenz. Danach werden diese Zahlen noch über viele Jahre auf einem hohen Niveau verharren.

Die besten Steuerungsmodelle helfen jedoch nicht, wenn man die Universitäten nicht mit den Mitteln ausstattet, die sie für Lehre und Forschung mit diesen und für diese jungen Menschen organisieren und zur Verfügung stellen müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich die Situation in den Universitäten an. Wenn Sie zu Beginn oder im Verlauf des letzten Semesters in Koblenz oder Landau waren, konnten Sie feststellen, dass ein Miniboom von Lehramtsstudierenden zu einem Zusammenbruch des Lehrsystems geführt hat. Es gab nicht genug Personal und nicht genug Räume. Die Studenten saßen auf den Betonstufen.

Wenn Sie diesen Kurs beibehalten, wird sich diese Situation auch in anderen Universitäten einstellen – nicht in jedem Fach, aber in den Fächern, die gefragt sind, und in all den Fächern, für die wir ganz konkret für die Entwicklung in diesem Land die jungen Menschen in den Universitäten haben und halten wollen.

Man kann ein Exzellenz-Förderprogramm für die Hochschulen auslegen. Wir haben aber gesagt, wir wollen ein konkretes Programm für die Internationalisierung der Hochschulen. Wir wollen ein Mehr an Stipendienmitteln, nicht nur in Stiftungen, sondern auch aus Landesmitteln finanziert haben.

Wir wollen einen besseren Austausch für die Lehrenden an den Universitäten und Fachhochschulen. Wir wollen uns dieser Aufgabe „Internationalisierung“ stellen, nicht nur im Bereich der Hochbegabten, sondern auch mit einem Fokus auf die Studierenden, die aus Ländern kommen, die es sich nicht ohne weiteres leisten können, ihre jungen Menschen hierher zu bringen und in rheinland-pfälzischen Universitäten studieren zu lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit den neuen Ministerinnen Frau Ahnen und demnächst Frau Dreyer erwarten wir in Rheinland-Pfalz einen Neustart in die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Das tradierte, konservative Bild mit den drei großen „K“ – ich meine, diese Landesregierung hat extrem konservative Teile –, welches ein längst überkommenes heiles Bild der Familie vermittelt, muss endlich ausgedient haben. Dafür haben nicht nur die einzelnen Familien, sondern auch der Staat und das Land eine Verantwortung,

(Hartloff, SPD: Für das heile Bild oder für was?)

wenn wir uns das auf unsere Leistungspalette für die nächsten Jahre schreiben müssen.

Mütter und Väter müssen sich endlich darauf verlassen können, dass ihre Kinder qualifiziert und zuverlässig betreut werden, wenn sie berufstätig sind und qualifizierte Berufstätigkeiten ausfüllen.

Das Angebot an Kindertagesstätten muss auch mittelfristig beitragsfrei werden.

(Schweitzer, SPD: Ach nee, auch das noch! Fällt Ihnen sonst noch etwas ein?)

Ich sage das gezielt und mit Nachdruck: Es ist Aufgabe der Kommunen, des Bundes und der Länder, über diese Frage nachzudenken, wenn wir über eine Gemeindefinanzreform und über andere Fragen nachdenken, Herr Schweitzer.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir mit unserer Bildungspolitik und unserem Bildungssystem erst im sechsten Lebensjahr beginnen, ist

jeder Ansatz verfehlt. Bildung beginnt bereits in den Kindertagesstätten, und wer für einen kostenfreien Schulbesuch ist, der muss auch entsprechende Anstrengungen unternehmen.

Diese Kosten muss keiner allein tragen – ich sage auch nicht, dass das Ihre Westerwälder Kommune allein schultern muss –,

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

sondern es handelt sich um eine Aufgabe für die Gesamtheit der öffentlichen Hand, in diesem Bereich Modelle zu entwickeln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum ist diese Frage auch jetzt zu diskutieren, darum werden Sie auch über einen entsprechenden Antrag, einen Entschließungsantrag, abstimmen müssen, ob Sie sich für dieses Ziel mit engagieren, nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch mit dem Einbringen und dem Engagement der Landesregierung.

(Schweitzer, SPD: Uns ist Qualität wichtiger! –

Schwarz, SPD: Qualität und Zuverlässigkeit ist wichtiger, das haben Sie eben selbst gesagt!)

Meine Damen und Herren, Qualität ist das eine. Die andere Frage ist, wofür und mit welchen Mitteln Qualität erreichbar ist, auch für den Einzelnen.

(Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Wenn Sie nicht sehr viel früher anfangen, den Qualitätsbegriff umzusetzen und Zugang in diesem Bereich zu ermöglichen,

(Hartloff, SPD: Seit wann sind denn bei Kindertagesstätten die Zugänge gesperrt? Das ist doch Humbug, das ist doch wohl ein Witz!)

dann können Sie sich Ihre Bildungspolitik, Ihre Familienpolitik und weite Ziele in der Bildungspolitik sonst wohin stecken. Es wird so nicht gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich das Angebot einmal an, wenn Sie sagen, es geht um Qualität. Es mangelt immer noch an Kinderbetreuung an allen Ecken und Enden.

(Zuruf von der SPD: Wo steht das denn?)

Sie haben einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, aber Familienpolitik und Bildungspolitik fängt vorher an und hört mit

dem sechsten Lebensjahr nicht auf, wenn die Kinder in der Schule sind.

(Schweitzer, SPD: Heißt das, dass Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen? –
Hartloff, SPD: Man kann auch einmal etwas verbessern!)

Schauen Sie sich an, wie gering die Anzahl von Krippenplätzen ist. Schauen Sie sich an, wie gering die Anzahl von Horten ist. Ich weiß, Sie kommen jetzt mit der Ganztagschule. Diese wird das nicht aufgreifen können. Schauen Sie sich an, wenn Sie über Qualität sprechen, ob Sie tatsächlich mit diesen getrennten Angeboten ein entsprechend qualifiziertes Angebot bekommen oder ob es nicht sehr viel sinnvoller ist, sich tatsächlich für unsere Vorschläge von flexiblen und pädagogisch kompetenten Kinderhäusern einzusetzen und das vorn auf Ihre politische Agenda zu setzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Ganztagschule wird das allein nicht richten. Es wird in diesem Gesamtauftrag Stückwerk bleiben, und es wird auch Stückwerk bleiben, wenn Sie das, was Sie in den vergangenen Monaten, immer wenn wir über Gleichstellungspolitik oder Gender Mainstreaming gesprochen haben, voll Inbrunst in das Mikrofon gerufen oder gehaucht haben, nicht umsetzen.

Ich habe mit Spannung diesen Haushaltsentwurf der Landesregierung, aber auch Ihre Änderungsanträge und Entschließungsanträge danach untersucht, ob irgendetwas von diesen Versprechen übrig geblieben ist.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Sie müssen ganz still sein; denn die CDU hat von den wenigen Mitteln, die im Haushalt des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend zur Verfügung standen, noch 10.000 Euro mit der Begründung gestrichen, das sei zu viel des Guten. Sie sind vielleicht auch auf die Mängel gestoßen, aber Sie haben die Mängel noch vergrößert, Frau Kohnle-Gros.

Mit 30.000 Euro im Haushalt des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend und die eine oder andere wenig überzeugende Erklärung der Ressortchefs bei den Haushaltsberatungen, also auch zum Thema „Gender Mainstreaming“, im Umsetzen von Gleichstellungspolitik, von präventiver Frauenpolitik, bleibt dieser laut verkündete Aufbruch in den Startblöcken von SPD und FDP hängen.

Ich sage Ihnen, eine unserer Leitideen für diesen Haushaltsentwurf war, dass dieser Haushalt ein Gender-Haushalt werden muss. Wir wollen irgendwann einmal nicht nur die Hälfte des Himmels, sondern wir wollen die Hälfte des Geldes im Haushalt. Wenn wir jetzt nicht damit anfangen, dies zu untermauern, wann wollen wir es ansonsten tun?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen zahlreiche Initiativen vorgelegt. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, wie der Gedanke des Gen-

der Mainstreaming in die Personalentwicklung verankert werden kann, wie Frauen in der Landesverwaltung konkret und vorbildhaft ihre Karriere planen können – viele Unternehmen machen das bereits –, wie Frauennetzwerke aufgebaut und Mentoringprogramme durchgeführt werden können. Ich spreche jetzt nicht vom Mentoring für Politiker und Politikerinnen, sondern ich meine das Mentoring von Frauen in der Landesverwaltung, damit sie einmal dorthin kommen, wo die Töpfe stehen und kräftig hineingreifen können. Das sind Vorschläge, wie Sie bei Ihrer Personalentwicklung vorankommen können.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, wie man Gender Mainstreaming in der Wirtschaftsförderung verankern kann. Das ist doch ein schwarzes Loch in diesem gelben Ministerium. Wenn man den Minister bei den Haushaltsberatungen danach fragt, geht er kurz hinaus und hofft, dass die einzige Frau, die in seiner Begleitriege sitzt, diese Frage beantworten kann. So sieht es doch mit Gender Mainstreaming im Wirtschafts- und Verkehrsministerium aus.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Politik wird dort aus Männersicht gemacht, egal, ob sie hinter der Windschutzscheibe oder auf dem Chefsessel sitzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen vorgeschlagen, wie ein solches Instrument eingesetzt werden kann, um in der Gesundheitspolitik tatsächlich einmal einen frauenspezifischen Blick aufzumachen. Ich bin gespannt, wie Sie sich bei den Entschließungsanträgen verhalten werden. Unsere Änderungsanträge in diesem Bereich haben Sie abgelehnt und deutlich gemacht – das sage ich insbesondere in Richtung der SPD-Fraktion –, dass Sie mit dem bisschen Politik zum Thema „Gleichstellung“ zufrieden sind, die die Landesregierung in den vergangenen Jahren gemacht hat und die sich offensichtlich auch so weiterziehen wird, wenn Sie nicht Einhalt gebieten und nicht mit uns an einem Strang ziehen.

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn meiner Ausführungen die Frage des Zuwanderungsgesetzes angesprochen und möchte bei den Schwerpunkten unseres Haushaltsvorschlags über die notwendige Integrationsoffensive im Land sprechen. Diese Notwendigkeit besteht schon seit vielen Jahren. Wir wollen dieses Mal Nägel mit Köpfen machen. Wir wollen uns nicht mit 50.000 Euro für Weiterbildungsprogramme und 10.000 Euro für ein Sonderprogramm zufrieden geben.

Wir begreifen Integration von Zuwanderern als eine der zentralen Aufgaben des Landes aller Beteiligten im nächsten Jahr. Daher muss der Doppelhaushalt in dieser Frage ein Aufbruchsignal geben und darf keine Abbruchstelle sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen fehlt nicht nur der politische Mut zur Bewältigung dieser Aufgabe, sondern in dieser gesamten Konstellati-

on auch der politische Wille. Dies gilt auch für Sie, Herr Beck.

Warum verweigern Sie sich unseren Vorschlägen, für Sprachvermittlung, für soziale Integration und für Ausbildungsplätze mehr Mittel einzusetzen als vorgesehen? – Wir haben eine Investition von 3 Millionen Euro vorgeschlagen, die die Landesregierung zur Verfügung stellen muss und die aus anderen Mitteln angereichert werden muss.

Warum verharren Sie bei Integrationsmaßnahmen in Kindertagesstätten oder auch in den Schulen bei Ihren Alibi-Ansätzen, anstatt richtig zuzufassen? – Integration ist eine Querschnittsaufgabe, und wir werden sie nicht bewältigen, wenn wir sie nicht in die alltäglichen und dafür verantwortlichen Institutionen mit einbinden und dort ausstatten können.

Gerade weil es eine Querschnittsaufgabe ist, muss das Land auch Lösungen finden, beispielsweise bei der Beschäftigungssituation von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst voranzukommen. Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist sowohl im Justiz- und Polizeibereich als auch im schulischen Bereich minimal und entspricht nicht dem Bevölkerungsdurchschnitt. Wenn wir Integration betreiben, müssen wir dies mit Zugewanderten in der Landesverwaltung, in den Schulen und bei der Polizei durchsetzen, die Expertinnen in diesem Bereich sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Integration eine Querschnittsaufgabe ist, brauchen wir eine Einrichtung, die das koordiniert. Das kann nicht eine kleine Einheit im Innenministerium sein, da es in viele Lebensbereiche hineinspielt, da es um die Kooperation mit NGOs und anderen geht. Daher wollen wir in Rheinland-Pfalz, ähnlich wie dies die Bundesregierung bei der Beschlussfassung über das Zuwanderungsgesetz vollziehen wird, eine Leitstelle für Migration und Integration einrichten. Es reicht nicht aus, bei der Ausstattung oder den Kompetenzen der Landesbeauftragten für Ausländerfragen stehen zu bleiben. Wir benötigen eine deutlich bessere Ausstattung, im Übrigen etwas, das früher einmal in Ihren Koalitionsvereinbarungen zu finden war. Dies ist verschwunden, ebenso wie dieses Thema aus Ihrem politischen alltäglichen Wirken verschwunden ist.

(Hartloff, SPD: Das ist eine Behauptung!)

Wir wollen in diesem Bereich deutliche Verbesserungen erzielen. Wenn wir Ihnen schon nicht den politischen Mut dafür machen können, so machen wir Ihnen wenigstens Beine dafür. Daher haben wir Ihnen die entsprechenden Entschließungsanträge vorgelegt, und wir sind gespannt, wie Sie am Freitag darüber abstimmen werden.

Meine Damen und Herren, ich will über die Finanzpolitik dieser Landesregierung am Schluss meiner Äußerungen sprechen. Herr Böhr hat dies in das Zentrum seiner Ausführungen gestellt. Ich bin der Meinung, dass es nicht nur finanzpolitische Gegenkonzepte bei der Haushaltsdebatte gibt. Aber man wird diese Debatte nicht

führen können, ohne einen Blick auf das Haushaltsgebaren dieser Landesregierung und der Fraktionen zu werfen.

Meine Damen und Herren, wer gern viel Geld gemeinsam ausgibt, der kann noch lange nicht gemeinsam sparsam wirtschaften. Das gilt auch für diese Landesregierung. Sie bekommen in dieser Regierung nicht die Kurve zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Im Gegenteil, Sie geraten mit diesem Doppelhaushalt ins Schleudern und verspielen mit diesem Schleuderkurs die Chancen für die Zukunft des Landes und der Menschen, die darin leben.

Herr Mittler oder Herr Dr. Deubel, das kommt davon, wenn Sie ständig so tun, als stünden Sie auf der Bremse und geben in Wirklichkeit Vollgas. Dann kommen Sie auch im Auto ins Schleudern, und genau das vollziehen Sie auch in diesem Doppelhaushalt.

Herr Dr. Deubel, Sie haben am vergangenen Freitag in der „Rheinpfalz“ den Lesern noch einmal vorstellen können, wie man die tatsächliche Haushaltssituation und auch die Verantwortlichkeiten vernebelt. Ich sage Ihnen, als ich es gelesen habe, erging es mir ähnlich wie Herrn Böhr. Ich habe gedacht, das glaubt er doch selbst nicht, was dort steht. Aber er wird wieder als Finanz- und Zahlenjongleur nach vorn geschickt.

Aber eines begreife ich wirklich nicht: Wer wie Sie nach zwölf Jahren des Regierens immer noch die Verantwortung auf die Vorgängerregierung abwälzt,

(Ministerpräsident Beck: In ein paar Monaten sind es elf, aber Sie sind dicht dran!)

wer die eigene rasante Verschuldungsgeschwindigkeit nur auf den übernommenen Schuldenberg schiebt, wer den Eindruck erweckt, man könne Investitionen ruhig immer weiter auf Pump finanzieren, der hat vielleicht Übung im Jonglieren mit Zahlen und Statistiken wie Sie, Herr Dr. Deubel. Aber er sollte nicht Verantwortung tragen über ein jährliches Finanzvolumen von rund 11,5 Milliarden Euro. Er sollte es nicht dabei belassen, Kredite als Klotz am Bein darzustellen. Dies ist zwar einerseits richtig, aber es zählt andererseits nicht nur für die, die die CDU zu verantworten hat, sondern auch für die der SPD- und FDP-Regierung.

Sie haben deutlich gemacht, dass sich der Schuldenstand seit Ihrer Regierungsübernahme in den letzten zehn Jahren auf fast 20 Millionen Euro verdoppelt hat.

Ich ziehe in dem Punkt meine Haushaltsbilanz. Für die eine Hälfte ist die CDU verantwortlich, für die andere die SPD, für fast 100 % die FDP. Sie haben die Schuldenverantwortung.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das ist aber Geschichtsklitterung!)

Das ist die Haushaltsbilanz, die ich ziehe.

(Schweitzer, SPD: Gibt es jemanden, den Sie nicht beschimpfen?)

Wenn Sie sagen, Sie würden immer besser, dann stimme ich dem zu und ergänze: Im Schuldenmachen. Sie werden vor allem darin besser, die Schuld an die anderen zu verteilen.

Meine Damen und Herren, in Ihrer Haushaltsbilanz, Herr Dr. Deubel, fehlt mir zum Beispiel jedes Wort dazu, was die Landesregierung in den vergangenen Jahren an Millionenbeträgen selbst in den Sand gesetzt hat oder was sie in ihrer unverantwortlichen Spendiermentalität oder Ausgabenlust zulasten der kommenden Generation aus dem – so hätte ich beinahe gesagt – Fenster geworfen hat, investiert hat, so heißt es in ihren Kreisen.

(Pörksen, SPD: Das hatten wir schon!)

Ich würde aber sagen, tatsächlich haben Sie es in weiten Teilen in den Sand gesetzt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele dazu nennen. Wir reden jetzt nicht über das, was nunmehr in den nächsten zwei Jahren ansteht, es sei denn, Sie führen das genauso weiter. Wir reden vielmehr über das, was sie an Schulden aufgehäuft haben und wo die Ursachen dafür liegen.

Es gab kein Wort über die mehr als 70 Millionen DM, die für den medienpolitischen Urknall in Ludwigshafen verpulvert wurden. Aus und vorbei, kein Wort mehr dazu!

(Dr. Schiffmann, SPD: Das hat allerdings weniger diese Landesregierung zu verantworten!)

Mit diesem Betrag könnten sie aber zum Beispiel im laufenden Jahr den Kommunen die Mittel auszahlen, die ihnen zustehen, um nur einmal eine Größenrelation herzustellen.

Ich habe kein Wort zu den 160 Millionen DM gefunden, die das IMM in Mainz in den vergangenen zehn Jahren bekommen hat. Herr Mertes hat über die Forschungskristallisationen gesprochen. Ich sehe nicht, dass aus diesem Kristall irgendetwas weiter gewachsen ist und tatsächlich wächst und gedeiht. Ich sehe vielmehr, dass dieses Institut in Mainz das teuerste arbeitsmarktpolitische Programm in diesem Land war. In den vergangenen zehn Jahren haben Sie 160 Millionen DM dort hineingesteckt und sind dabei, den Scherbenhaufen immer noch zusammenzukehren.

Wenn die CDU übrigens bei der Arbeitsmarktpolitik sparen möchte, dann sollte sie vielleicht bei dem IMM anfangen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nichts über die zig Millionen gelesen, die früher Herr Brüderle, jetzt Herr Bauckhage in der Tradition der Klientelpflege und unter dem falschen Etikett der Wirtschaftsförderung unter die Leute gebracht haben. Wir kennen das schon, Herr Bauckhage. Ihre Kollegen im Bund fordern täglich einen Subventionsabbau. Sie in eigener Finanzverantwortung hängen an jedem Subven-

tionseuro, wenn er auch noch so unwirksam und veraltet ist. Sie kleben daran.

Es gab kein Wort zu den Millionenbeträgen, die Sie ohne Zuständigkeit in den Ausbau von Bundesstraßen gesetzt haben. Es gab kein Wort zu den Millionen, die durch Fehlentscheidungen in den großen Konversionsprojekten in den Sand gesetzt wurden oder auch in private Taschen geflossen sind. Es ist schon bedeutsam, wenn Herr Mertes dann, wenn er die großen Konversionsprojekte aufzählt, kein Wort über Zweibrücken, dieses vielgelobte Vier-Säulen-Modell und andere Dinge gesprochen hat.

(Hartloff, SPD: Er hat Zweibrücken mehrfach erwähnt!)

Ich habe auch keine Zahl gehört, die in den Haushaltsstellen der Landesverwaltung steckt, weil Sie zu spät oder mit den falschen Konzepten an die Verwaltungsreform herangegangen sind. Herr Kuhn, da ist vielleicht ein Wort an Ihre Adresse erforderlich. Sie haben das Investitionsprogramm für die Kommunen, das wir vorgeschlagen haben, abgelehnt und haben gesagt, wir bräuchten keine Investitionen, wir bräuchten Aufgabenkritik. Das kommt aus beredtem Mund, Herr Kuhn.

Als Sie mit Ihrem Vorschlag der Reform der Mittelinstanz kamen, haben wir uns den Mund fusselig geredet und mit Vorschlägen versehen, wie man Aufgabenkritik an der Landesverwaltung über die verschiedenen Ebenen macht. Sie haben alles über den Tisch gewischt und Schilder gewechselt, um Ihr liebes Prestigeobjekt über die Bühne zu bekommen.

(Creutzmann, FDP: Nicht übertreiben!)

Es ist wirkungslos und ein Groschengrab und Groschenschlucker. Das sind natürlich Maßnahmen, die über die Zeit hinweg die Mittel schlucken.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das war jetzt sehr profund!)

Wenn man über Personalabbau auch in der Landesverwaltung spricht, dann müsste man schleunigst an eine Reform dieser Reform herangehen. Ich glaube, Sie haben dort vieles nicht nur an Kompetenzen und Doppelzuständigkeiten und Nichtzuständigkeiten vergraben, sondern auch an Zahlen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Werden Sie einmal konkret!)

Meine Damen und Herren, Herr Mertes ist nicht dem Versuch erlegen, mit der CDU um die Wette mit Zahlen zu jonglieren und Statistiken zu präsentieren. Ich finde, angezeigt wäre eine ehrliche und sparsame Haushaltswirtschaft. Das könnten auch die verstehen und würdigen, die den einfachen Grundsatz beherzigen: Wenn ich weiß, dass ich weniger Geld bekomme, dann muss ich mich auch in den Aufgaben darauf beschränken, und dann habe ich bei den Ausgaben nicht mehr ein Einnahmenproblem, sondern ein Finanzierungsproblem, wenn ich meine Ausgaben nicht unter Kontrolle bekomme.

Sie wurden in Ihrer Regierungszeit selten durch rapide Steuereintrübe überrascht. Sie haben aber konstant und Jahr für Jahr weiter Schulden angehäuft. Nach eigenen Angaben werden Sie im Jahr 2005 bei 23 Milliarden Euro Verschuldung gelandet sein.

(Ministerpräsident Beck: Was für ein Käse! Wir haben doch die Deutsche Einheit zu verkraften gehabt!)

So wirtschaften Sie trotz gegenteiliger Beschwörungen das Land herunter. Herr Beck, keiner negiert die Aufgaben, schon gar nicht bei den Aufgaben der Deutschen Einheit.

(Ministerpräsident Beck: Eine Differenz von über 2 Milliarden pro Jahr! Darüber reden Sie nicht!)

Wir wissen auch, dass sich das auf die Konjunktur und vieles niederschlägt. Aber heute stehen sie doch vor anderen Aufgaben und vor anderen Herausforderungen. Das, was Sie in der Vergangenheit praktiziert haben, führen Sie fort.

(Ministerpräsident Beck: Sie reden an der Wirklichkeit vorbei! So ein dummes Zeug!)

Die Ausgabensteigerung von 0,9 % ist immer noch zu viel, um die verfassungsmäßige Grenze der Nettoneuverschuldung einzuhalten, wenn Sie Ihre Haushaltsgrundsätze und Ihre tatsächlichen Ausgaben auch in Ihrem Haushaltsplan verabschieden und veranschlagen würden. Ich möchte Ihnen an zwei Beispielen deutlich machen, dass Sie die Veranschlagung unvollständig machen.

Nach Auskunft aus den Haushaltsberatungen veranschlagen Sie Einnahmen aus der stillen Einlage der milliardenschweren Wohnungsbaukreditdarlehen. Die Bedingungen dafür sind aber überhaupt nicht geklärt. Wir haben dies mehrfach zum Thema gemacht. Wir haben das ganze Vorhaben wohlwollend begleitet, weil wir gesagt haben, wir haben durchaus Sympathie für Vorschläge, die dahin gehen, Darlehen und Forderungen, die das Land hat, so einzusetzen, dass man daraus verbesserte Einnahmen erzielen könnte. Aber offensichtlich tut sich hier nichts, und die Landesregierung kommt mit diesem Vorschlag nicht weiter. Sie haben in diesem Bereich Einnahmen veranschlagt, die vermutlich nicht erzielt werden könnten.

Bei den Personalausgaben haben sie Verpflichtungen, die zusätzlich entstehen, nicht veranschlagt. Ich nenne das Stichwort VBL. Sie haben die Zinsausgaben, die aufgrund der gestiegenen Verschuldung im Jahr 2001 und aus der steigenden Verschuldung im Jahr 2002 entstehen, nicht veranschlagt. Ich könnte viele dieser Punkte nennen. Ich möchte nur darauf hinweisen, ein einziger dieser Punkte würde, wenn er sich so einstellen würde, wie wir das prognostizieren, ihren Haushalt in seiner Verfassungsmäßigkeit platzen lassen. Wir sind der festen Überzeugung, dass das Parlament über die grundlegenden Einnahmen und Ausgaben hier und heute und morgen und übermorgen nicht nur diskutieren, sondern auch entscheiden muss. Das sind keine

Aufgaben, die die Landesregierung im Haushaltsvollzug je nach Gusto hin- und herschieben und gestalten kann.

Genau wie ich wissen Sie, im Haushaltsvollzug haben Sie genauso wenig mitzuwirken wie die Opposition.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Korrekturen kamen von der SPD- und FDP-Fraktion in diesen finanzpolitischen Fragen keine. Sie haben vielmehr noch weitere Ausgabentöpfe aufgemacht oder hilflos abgearbeitet, was die Ministerien eingebracht haben.

(Dr. Schiffmann, SPD: Na, na, na!)

Die Liste der Versprechungen wurde fortgesetzt, noch ein Sporttempel in Mainz, noch ein Sporttempel in Trier. Vom Betzenberg und vom Isis-Tempel möchte ich gar nicht sprechen.

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, dafür müssen die Zuschüsse für Flüchtlinge in den Kommunen dran glauben.

(Hartloff, SPD: Das wird auch durch Wiederholung nicht richtig, weil das freie Mittel sind --)

Sie machen einen weiteren Anlauf in Sachen Medienstandort Rheinland-Pfalz und wissen heute nicht, wohin Sie wollen. Sie haben ein Programm zur Filmförderung vorgelegt, das mit nichts gefüllt ist.

(Zuruf von der SPD: Doch, mit Filmen!)

Für die Landwirtschaftskammer fallen auch noch einmal zusätzliche Mittel an. Da half die Mahnung des Rechnungshofs zu weiteren Einsparungen nichts. Die Lobby setzt sich immer weiter fort.

Am Ende will ich noch ein Beispiel für Ihre unseriöse Haushalts- und Planungspolitik darstellen. Es gibt neuerdings eine Einigkeit zwischen SPD und FDP beim Bemühen um den Hunsrück-Skytrain. Das ist die rheinland-pfälzische Variante des Transrapids.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, CDU)

Ich sehe das schon planerisch durchgearbeitet, finanziell ohne weitere Belastungen für den Landeshaushalt, nämlich durch Bund und Dritte finanziert.

Ich sehe auch schon, wie die Kollegen Bauckhage und Mertes oder Bauckhage und Creutzmann das Hunsrück-Sky-Sponsoring-Projekt starten und dafür Mittel einsammeln.

Ich kann Ihnen nur sagen, wer noch nicht einmal 1,2 Millionen Sponsorenmittel für das Arp-Museum zusammen bekommt, der sollte nicht daran verzweifeln, wenn Sie die 1,2 Milliarden, die Sie für eine Umsetzung des Transrapids sammeln müssen, auch nicht bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner SPD verfolgen Sie ein solches Vorhaben völlig unbeeindruckt von fachlichen Gutachten. Ich kann mir gut vorstellen, wie der Geschäftskunde aus New York nach Frankfurt fliegt, in Frankfurt in den Transrapid steigt, die Schönheiten des Landes bis zum Hahn aus dem Transrapid mustert, nach einer halben Stunde Fahrt weiter umsteigt, um von da aus weiter nach Dublin zu fliegen, weil er gerade in Irland Geschäfte machen will. Das kann ich mir prima vorstellen. Mit diesen Kunden und Fahrgästen werden Sie Ihren Hunsrück-Skytrain völlig voll bekommen.

Ich frage mich, warum nehmen Sie sich nicht ein Beispiel am Münchner Stadtrat. Sie wissen, Hightech in der Hunsrückbahn eingesetzt, wäre Mobilität für viele und Hightech im Transrapid eingesetzt, wäre Technikvorführung für wenige. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Für ein solches Projekt werden Sie auch keine Zustimmung in Rheinland-Pfalz bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz wäre auch bei allen Haushaltszweigen mehr möglich. Es wäre mehr als das möglich, was uns die Landesregierung zur Abstimmung vorlegt. Es wäre vor allen Dingen mehr möglich, wenn die Mittel gezielt, kontrolliert und mit klaren Schwerpunkten eingesetzt würden, zum Beispiel für eine bessere Bildung und für Investitionen für unsere Jugend – dort liegt die Zukunft des Landes –, für ein ökologisches Verkehrsprogramm und Mobilität für alle, für Innovationen im ökologischen Strukturwandel, für die Integration von Zuwanderern als konstruktiven Beitrag zum Gesamtprozess in unserem Land, für Familien und für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

(Dr. Schiffmann, SPD: Alles Sprechblasen!)

– Herr Schiffmann, wenn das alles Sprechblasen sind, dann weiß ich nicht, warum wir 130 Änderungsanträge gestellt haben.

(Pörksen, SPD: Das wissen wir auch nicht!)

Wir haben Ihnen das in einzelne Maßnahmen heruntergebrochen. Sie haben die Möglichkeit, jeden einzelnen dieser Änderungsanträge nicht nur zu beschauen, sondern mit uns zu diskutieren.

(Zuruf der Abg. Pörksen und Dr. Schiffmann, SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen, auch das haben Sie in den Haushaltsberatungen nicht getan.

(Dr. Schiffmann, SPD: Mit lauter Luftbuchungen finanziert!)

Sie waren auch einer der großen Schweiger, die die Hand nur gehoben haben, wenn es um das Nein ging. Sie haben die Auseinandersetzung gemieden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kramer, CDU: Jetzt kommt es raus! – Zurufe der Abg. Hartloff und Pörksen, SPD)

Das schlechte Gewissen der Regierungsfractionen in diesem Haushalt ist leicht zu begreifen.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Sie schämen sich für den Doppelhaushalt und für Ihre Änderungsanträge so, dass Sie es seit Ihrem Regierungsantritt zum ersten Mal verpasst oder sich gescheut haben, Ihre Änderungsanträge in der Öffentlichkeit vorzustellen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Das war das erste Mal.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Entweder konnten Sie nicht, wollten Sie nicht, oder Sie schämten sich. Suchen Sie es sich aus, kreuzen Sie es an und schicken Sie es mir zurück. Ich nutze das dann für meine Meinungsbildung.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

In Ihrem Haushalt fehlt nicht nur die Innovation, sondern er ist auch schon Tinnel, wenn er am Freitag abgestimmt wird. Sie wissen ebensogut wie ich, die Haushaltszusagen werden Sie nicht einhalten können. Entsprechende Maßnahmen werden bei der Haushaltsbewirtschaftung durchgeführt.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das entspricht nicht dem Haushaltsrecht!)

Die Landesregierung wird diesen Beschluss am Freitag in die Schublade legen und dann nach eigenen Vorstellungen wirtschaften.

Sie wissen auch, dass ein Nachtragshaushalt wahrscheinlich unumgänglich sein wird. Deswegen haben wir dafür votiert, nur einen Haushalt für ein Jahr zu beschließen. Bei klareren Bedingungen hätten wir dann den zweiten machen können. Wir sind der Meinung, eine so schlechte Haushaltspolitik haben Sie noch nie abgeliefert. Einen solch schlechten Haushalt hat das Land nicht verdient. Aus diesem Grund haben wir unsere Vorschläge unterbreitet. Wir werden am Freitag sehen, ob Sie zu maßgeblichen und wichtigen Korrekturen in der Lage sind.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Bevor wir mit den Beratungen fortfahren, begrüße ich noch eine Gästegruppe im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar die Arbeitsgruppe des Innovations- und Qualifizierungszentrums Worms. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Werner Kuhn.

Abg. Kuhn, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute in dieser Debatte sollen die finanzpolitischen Konzepte und Gegenkonzepte deutlich werden. Liebe Frau Thomas, wenn Sie in den Raum gestellt haben, da müsse sich jemand schämen, dann werden wir zum Schluss abrechnen. Wir sehen dann, wer sich in diesem Hause für die eigenen finanzpolitischen Konzepte schämen muss.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lieber Herr Kollege Böhr, einiges hat mich gewundert und einiges ein bisschen geärgert in Ihrem Beitrag. Am Beginn Ihrer Rede haben Sie es so aufgebaut, als würden wir, die Regierungsfractionen, die Situation nicht erkennen, als würden wir versuchen, die finanzpolitische Situation, in der sich dieses Land befindet, zu verheimlichen und zu vertuschen. Darauf haben Sie Ihre Argumentation aufgebaut und uns nahe gelegt, endlich einmal Farbe zu bekennen. Ich glaube, die Rede von Herrn Kollegen Herrn Mertens hat gezeigt, dass dies mit Sicherheit nicht die Politik unserer Koalition ist. Vor einigen Monaten hatten wir die erste Debatte.

Wir legen offen dar, wie die Situation ist. Es wird nichts verheimlicht. Die Situation ist sehr kritisch. Das betonen wir selbst immer wieder. Wir müssen nach den Gründen fragen. Wir müssen unsere finanzpolitischen Konzepte hier und heute miteinander vergleichen. Dafür will ich mir etwas mehr Zeit nehmen. Bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht das relativ schnell. Das ist in wenigen Sätzen getan. Beim Vorschlag der CDU-Fraktion über einen Stabilitätspakt mit der Regierung muss man etwas genauer hinsehen und feststellen, wie tragfähig Ihr Konzept ist. Davon wird abhängen, ob wir uns dieses großzügige Angebot zu Eigen machen.

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei, Vernunft und Perspektive sind die Leitmotive, die dem Konzept des Doppelhaushalts 2002/2003 zugrunde liegen.

Dieser Haushalt ist in der Tat vernünftig, weil er sich konsequent an den Steuerschätzungen vom November 2001 orientiert. Er muss die im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt erheblichen Mindereinnahmen konsequent berücksichtigen. Dies gilt – im Übrigen auch heute schon dargestellt – auch für den Bund und auch für die anderen Bundesländer. Für die zu erwartenden Mindereinnahmen infolge der Steuerreform wurde gemäß der Finanzplanung in ausreichendem Maß Vorsorge geleistet.

Die Verschärfung der Einnahmensituation resultiert für das Land in erster Linie aus den Steuermindereinnahmen infolge der deutlichen konjunkturellen Schwäche in Deutschland. Da die Einnahmen von den Bundesländern fast oder überhaupt nicht zu beeinflussen sind, müssen wir – das ist so – dies leider so hinnehmen. Das ist die Problematik bei der Aufstellung von Länderhaushalten.

Auf der Ausgabenseite reduziert sich unser Spielraum auf die gestaltbaren Ausgaben, deren Anteil, wie bekannt, begrenzt ist.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Böhr, Ausgabensteigerungen – jetzt nenne ich noch einmal die Zahlen – von 1,5 % im Jahr 2002 und 1,9 % im Jahr 2003 entsprechen den Empfehlungen des Finanzplanungsrats. Herr Kollege Böhr – ich weiß nicht, ob Herr Kollege Bracht das ausgerechnet hat –, das gilt für den ganzen Konzern. Das gilt für den gesamten Haushalt. Ich wette mit Ihnen um eine Kiste guten Weins. Wenn Sie das annehmen – ich weiß nicht, wer den bezahlt, Herr Bracht, der vielleicht gerechnet hat, oder Herr Böhr, der es heute gesagt hat –, wette ich mit Ihnen um eine Kiste guten Weins, dass diese Zahlen, die ich genannt habe, richtig sind und die ihrigen, die sich im doppelten Bereich bewegen – 3,5 % habe ich gehört –, falsch sind.

(Jullien, CDU: Auch richtig sind!)

Nehmen Sie die Wette an, und dann werden wir leider nicht heute, aber später feststellen, wer Recht hat. Da geht es auch um die Frage, wie solide dieses Angebot für einen so genannten Stabilitätspakt ist.

Meine Damen und Herren, wir werden auch weiterhin belegen können, dass Ihre Berechnungsgrundlagen falsch sind. Wir werden belegen, dass das, was Sie machen wollen, zum Teil nicht geht und absurd ist.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Lieber Herr Kollege Bracht, dies muss heute auf den Tisch. Dann stellen wir uns die Frage: Können wir uns mit diesem Partner, der diese finanzpolitische Kompetenz ausstrahlt, auf ein solch sympathisches Angebot überhaupt einlassen?

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist sinnvoll und notwendig – darüber besteht auch Konsens in diesem Haus –, den Anstieg der Ausgaben deutlich unter dem mittelfristigen Einnahmenwachstum zu halten, um letztendlich zu einer finanziellen Konsolidierung zu kommen.

(Jullien, CDU: Ja, endlich!)

Jetzt haben wir diesen konjunkturellen Einbruch. Wir sind auf die Einnahmen, so wie sie vorhanden sind, angewiesen. Es bleibt aber dabei, natürlich müssen wir, wenn die Konjunktur wieder anziehen sollte – Herr Kollege Bracht und Herr Kollege Böhr, es gibt so etwas wie Zyklen –, reagieren. Wenn ich dann Ihr statisches Angebot höre oder Ihre Forderung, jedes Jahr 10 % herunter, ist das finanzpolitisch seriös? Stellen Sie sich einmal vor, die Konjunktur springt an. Dann würden wir uns mit 10 % gar nicht begnügen.

(Bracht, CDU: Das ist das Minimum!)

Dann müssen wir noch stärker herunter.

(Jullien, CDU: Noch stärker?)

– Natürlich. Wir müssen uns an den Zyklen der konjunkturellen Entwicklung orientieren. Statisch zu sagen, 10 % jedes Jahr, entspricht auch nicht der wirtschaftli-

chen Entwicklung in Deutschland. Das Ende der Neuverschuldung orientiert sich an einem Mittelwert zwischen Hochkonjunktur und konjunkturellen Schwächephasen. Es ist ein Mittelwert, der sich nicht nur an den Werten hoher Konjunktur orientiert.

Jetzt haben wir aus unserer Sicht unvermeidbar diese Einnahmensituation. Dann stehen wir vor der Frage: Sind wir in der Lage, diesem tiefen Einbruch mit massiven Ausgabenreduzierungen entgegenzuwirken? – Da haben die Oppositionsparteien Vorschläge gemacht, die sie aber netterweise immer mit neuen Ausgaben kompensieren. Das habe ich dann auch nicht verstanden. Kollege Böhr hat zunächst einmal gesagt – auf die Sparvorschläge werde ich noch zurückkommen –, es wird gespart, aber jeden Sparvorschlag will er mit einem neuen Ausgabenvorschlag kompensieren. Wie das zusammenpasst, verstehe ich auch noch nicht so ganz.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Konsolidierung ist kein finanzpolitischer Selbstzweck, sondern aus gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen notwendig. Die öffentliche Hand muss solide wirtschaften, um an den Kredit- und Kapitalmärkten ausreichende finanzielle Ressourcen auch für private Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die Investitionskraft der privaten Wirtschaft ist der Dreh- und Angelpunkt für unser aller Wohlstand.

Darüber hinaus sind wir verpflichtet, unseren Beitrag zum Stabilitätspakt in Deutschland zu leisten, damit die Bundesrepublik als Ganzes ihrer Verpflichtung in der EU nachkommen kann. Das finanzpolitische Ziel einer schnellstmöglichen Reduzierung der Neuverschuldung in ganz Deutschland muss trotz der momentanen konjunkturellen Schwäche oberstes politisches Ziel bleiben. Die CDU-Opposition hat nun – ich habe das schon erwähnt – ein scheinbar freundliches Angebot gemacht, die Koalition bei ihren Sparbemühungen durch einen so genannten Stabilitätspakt in Rheinland-Pfalz zu unterstützen. Daran muss sich die CDU, was ihre Einsparvorschläge anbelangt, ganz konkret messen lassen.

Meine Damen und Herren, das klingt zunächst einmal sehr sympathisch.

(Schmitt, CDU: So sind wir!)

Wenn man aber konkret wird und ins Detail geht, wenn man analysiert, was hier auf den Tisch gelegt wird, dann kommt man sehr schnell zur Einsicht, so geht es nicht.

(Schmitt, CDU: Falsche Einsicht!)

Man kommt sehr schnell zu der Einsicht, von all dem, was hier auf dem Papier steht, bleibt nichts mehr übrig, zum einen, weil diese Vorschläge nicht umsetzbar sind, und zum anderen hat die Koalition aus guten Gründen, die ich auch darlegen werde, nachvollziehbar andere politische Schwerpunkte gesetzt.

Meine Damen und Herren, im Übrigen sollte nur der ein Stabilitätsangebot machen, der selbst auch über eine ausreichende Stabilität im Innern verfügt. Die Koalition

ist so standfest – sie steht auf zwei stabilen Beinen –, dass sie auf eine leicht zerbrechliche Krücke verzichten kann.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Jetzt gehe ich einmal auf die Einzelheiten ein. Herr Kramer, schauen Sie mir doch einmal ins Auge, Sie wissen doch genau, was ich meine. Die Forderung nach einem Personalabbau – jetzt komme ich einmal zu den einzelnen Punkten – auf den Stand von 1991, und zwar „hic et nunc“, ist Augenwischerei. Natürlich haben wir nichts gegen Personaleinsparungen einzuwenden. Genau deshalb schreibt die Koalition durch eine Selbstverpflichtung ihrer Regierung schon eine Effizienzrendite von 1,5 % pro Jahr vor. Der Einzelplan 04 basiert sogar auf einer Effizienzrendite von 2,1 % pro Jahr. Jeder Finanzpolitiker weiß oder sollte wissen – dies sollte eigentlich auch auf die CDU zutreffen –, dass eine solch abrupte Reduzierung – hier im Wert von 8,5 Millionen Euro – nur mit Maßnahmen möglich wäre, die an die Anwendung körperlicher Gewalt grenzen, die also strafrechtlich relevant wären. Das wollen wir nicht. Nur mit solchen Maßnahmen könnten Sie letztlich dieses Ziel so schnell erreichen. Das ist in sich unlogisch und nicht möglich.

Meine Damen und Herren, im Übrigen zeigt eine nähere Analyse, dass die Summe der Zahlfälle im Landeshaushalt seit der Einführung der Personalbudgetierung ab dem Haushaltsjahr 1997 weitestgehend konstant geblieben ist. Vergleicht man darüber hinaus die rheinlandpfälzischen Zahlen mit denen anderer Bundesländer, muss man – das tun Sie nicht – berücksichtigen, dass diese Zuführungen an den Pensionsfonds für Beamte enthalten, die es sonst nirgendwo gibt.

Auch das muss in die Berechnung hinein. Das haben Sie auch nicht getan. Ihre Berechnungen stimmen dann wieder nicht.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus stehen die direkten Finanzhilfen für Unternehmen – heute Thema des Kollegen Böhr – im Mittelpunkt der Oppositionskritik, insbesondere jene, welche Mittel aus dem Europäischen Strukturfonds um mehr als die gleiche Summe ergänzen. Das wird von Ihnen thematisiert. Der Einsatz von Steuergeldern, sagen Sie, würde nicht den gewünschten Erfolg zeigen. Hier wollen Sie 17 Millionen Euro sparen. Meine Damen und Herren, dazu haben wir eine andere Position.

Der so genannte Subventionsabbau, wie dieser ab und zu so formuliert vor uns hergetragen wird, ist in der Tat auch weitgehend eine populistische Forderung. Was die direkten Finanzhilfen an Unternehmen in Rheinland-Pfalz anbetrifft, so favorisiert die FDP die Vergabe an kleine und mittlere Unternehmen. Der Einzelplan 08 sieht dementsprechend auch eine Offensive für den Mittelstand vor. Dies wird von der Union begrüßt, weil sie sehr wohl weiß, dass 80 % aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer außerhalb des öffentli-

chen Dienstes in mittelständischen Unternehmen beschäftigt sind.

Zudem schafft jede Unternehmensneugründung im Durchschnitt vier neue Arbeitsplätze. Neugründungen benötigen jedoch auch aufgrund ihrer normalerweise knappen Kapitaldecke einen gewissen Anschub, um sich am Markt etablieren zu können. Direkte Finanzhilfen an Unternehmen dürfen damit nicht pauschal – so wird es gesagt – als verlorene Zuschüsse für unrentable Branchen oder für unrettbar verlorene Arbeitsplätze eingestuft werden. Das ist falsch. So, wie Sie es erzählen, ist es falsch.

Dass die Politik des Landes nicht so verfehlt sein kann, wie die Union es glauben machen möchte, zeigt sich daran, dass Rheinland-Pfalz mit seiner Exportquote von 40 % an der Spitze aller Bundesländer liegt. Das darf man doch einmal sagen. Die langjährige Förderung von technologisch innovativen Unternehmen zahlt sich also aus.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auf Pump!)

In dieselbe Richtung weist auch die Umsatzentwicklung der heimischen Wirtschaft. In den letzten zwanzig Jahren haben sich die Erlöse um das Doppelte erhöht, und das in einem Land, das historisch gesehen mit einigen Regionen zu den strukturschwachen in der Bundesrepublik gehörte.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau geht davon aus, dass durch die EU-Programme, genannt Ziel-Programme, in den begünstigten Gebieten Westpfalz, Eifel, Hunsrück 5.800 neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere 650 gesichert werden können.

(Beifall der FDP und der SPD)

Die Mittel werden entsprechend der Vorschriften der EU eingesetzt. Einen überproportionalen Landesanteil gibt es hierbei nicht. Bei dem laufenden Ziel-2-Programm ist es allerdings vonseiten der EU – dies muss man wissen – zu Verzögerungen gekommen. Die Mittel für die Programmperiode 2000 – 2006 wurden erst 2001 bewilligt, sodass die vorgesehenen Projekte nun in einem verkürzten Zeitraum realisiert werden müssen. Die Komplementärmittel des Landes entfallen deshalb schwerpunktmäßig auf die nächsten vier Jahre. Insofern nehmen die Mittel, die das Land im Doppelhaushalt 2002/2003 für die Gegenfinanzierung von EU-Programmen einstellt, tatsächlich signifikant zu. Das ist richtig. Das ist in Ordnung. Das haben Sie eben in diesem Zusammenhang nicht erkannt.

Alles in allem kann von einer unterdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung in Rheinland-Pfalz keine Rede sein. Mit einer Rate von 3,1 % erzielte die hiesige Wirtschaft im Jahr 2000 das höchste Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung und lag damit über dem Durchschnitt aller Bundesländer, der bei 3 % liegt.

Meine Damen und Herren, in Sachen Arbeitslosigkeit – das ist der entscheidende Faktor; da geht es um die

Menschen in diesem Land – belegt das Land mit nur 6,5 % im März 2001 eine guten vierten Platz unter allen Bundesländern und schlug den Durchschnitt der westlichen Bundesländer, den Sie so gern heranziehen, der bei 7,2 % lag. Insbesondere möchte ich auf die letzten Arbeitslosenzahlen vom Februar verweisen, wo Rheinland-Pfalz entgegen dem Bundestrend einen leichten Rückgang zu verzeichnen hat.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das sind die Indikatoren, an denen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gemessen werden, weil es um die Menschen in unserem Land geht. Da haben wir uns mit Sicherheit nicht zu verstecken.

Meine Damen und Herren, der Landesbetrieb Straßen und Verkehr sei, das behauptet die CDU – ich muss das nicht so laut sagen, sonst wird es noch falsch verstanden – der größte – Zitat – „Schuldentopf“, den die Landesregierung bisher geschaffen habe und zeige, so sagen Sie, wie bedenkenlos die Koalition mit der Verschuldung des Landes umgehe.

Die Kreditfinanzierung bei Zins und Tilgung, die für die Kosten des ÖPNV/SPNV aus Entgelten, die nach der Lesart der CDU zweckgebunden für Landesstraßen erfolgen, geleistet wird, ist nach Ihrer Einschätzung rechtswidrig. Zu dem Vorwurf der Rechtswidrigkeit ist die CDU schon in ihrer Aschermittwochpressekonferenz – vielleicht war das der richtige Zeitpunkt – auf Distanz gegangen. Herr Kollege Böhr wollte nur noch eine politische Wertung sehen. Das kann man so tun.

Insgesamt scheint durch die Argumentation der Union immer wieder der Vorwurf eines so genannten Schattenhaushalts durch. Das ist entschieden zurückzuweisen. Der Unterschied zwischen Landesbetrieben und anderen Teilen der Landesverwaltung besteht lediglich in der betriebswirtschaftlichen Organisation der Landesbetriebe. Der große Vorteil des LSV muss gerade darin gesehen werden, dass unternehmerische Grundprinzipien in einem Teil der öffentlichen Verwaltung eingeführt werden. Solche Prinzipien sind der herkömmlichen Kameralistik weit überlegen, weil die Einnahmen und Ausgaben nicht nur für ein bestimmtes Haushaltsjahr festgelegt sind, sondern auch langfristige Investitionsrechnungen zulassen, um dem Sachverhalt der infrastrukturellen Entwicklung besser gerecht zu werden.

Durch die Aktivierung systembedingter Produktionsreserven kann darüber hinaus bei gleichem Aufwand mehr Effizienz erreicht werden. Da die Kreditaufnahme des LSV wie jene aller Landesbetriebe zudem in die Gesamtkreditaufnahme des Landes, das nach Gründung der Betriebe in Form eines Konzerns auftritt, mit zur Bestimmung der verfassungsmäßigen Obergrenze der Verschuldung herangezogen wird, kann von einer Verschleierung der Nettokreditaufnahme des Landes überhaupt keine Rede sein.

Das Budgetrecht des Landtags bleibt im Übrigen völlig unberührt.

Meine Damen und Herren, zum nächsten Punkt der CDU: Nachdem das Bevölkerungswachstum zum Stillstand gekommen und die Nachfrage nach Wohnraum dementsprechend gesunken sei, schlägt die CDU eine Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau vor. Das erzählen Sie im Übrigen, wenn Sie Briefe schreiben, auch einmal der Bauwirtschaft und den Beschäftigten der Bauwirtschaft.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Schreiben Sie denen einmal einen Brief.

Sinnvoller sei es nach Ihrer Ansicht, Modernisierung und sonstige werterhaltende bzw. -steigernde Baumaßnahmen im Bereich des selbst genutzten Wohnungseigentums steuerlich absetzbar zu machen. Herr Kollege Creutzmann hat das ganze Spiel schon einmal enttarnt.

Hier wollen Sie 25 Millionen Euro sparen. Mit Ihrer Forderung nach einer Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau rennt die Union offene Türen ein. Das wollen wir alle, auch wenn Sie hier in der Tat weit über das Ziel hinausschießen. Die Kürzung von 25 Millionen Euro ist aus der Luft gegriffen. Sie hätten sagen können, 30, 15, 50 oder wie auch immer. Fundiert ist eine Rückführung um rund 4 Millionen Euro, so, wie sie die Koalition auch vornimmt; denn durch die Wohngeldnovelle 2001 wurde das Wohngeld angehoben, weshalb beim so genannten Härteausgleich ein starker Rückgang zu verzeichnen ist, der nach den Ergebnissen des Jahresabschlusses 2001 höher ausfällt als ursprünglich erwartet. In den nächsten Jahren werden zudem viele Bindungen mit Kostenmiete auslaufen, sodass der Härteausgleich weiter rückläufig sein wird.

So werden in der Zukunft Einsparpotenziale im Haushalt sozialverträglich genutzt. Das ist seriös. Sie aber greifen irgendeine Zahl aus der Luft, weil Sie sie vielleicht gerade benötigen, um zu einer Gesamtsumme zu kommen. Das ist kein seriöser Beitrag.

Der Alternativantrag der Union, Investitionen in selbst genutzte Wohnimmobilien steuerlich abzugsfähig zu machen, scheitert an steuerrechtlichen Gegebenheiten. Steuersystematisch können Ausgaben nur von steuerpflichtigen Einnahmen abgesetzt werden. Bei selbst genutztem Wohnungseigentum gibt es keine solchen steuerpflichtigen Einnahmen, es sei denn, man erhebt eine Steuer auf den Mietwert der selbst genutzten Immobilie.

Herr Bracht, ein solches Verfahren würde eine erhebliche zusätzliche Steuerpflicht für alle Häuslebauer begründen und deren Lage voraussichtlich verschlechtern. Deshalb lehnen wir Ihren Vorschlag, eine neue Wohneigentümersteuer einzuführen, entschieden ab, meine Damen und Herren von der CDU.

Die FDP wendet sich in dem Hochsteuerland Bundesrepublik gegen neue Steuern. Mein letzter Hinweis gilt Ihrem Beitrag – jetzt wird es noch einmal lustig: Keine Beteiligung des Landes an Privatbanken mit Einsatz des Landesvermögens. – Das war besonders heiter, weil Sie es nicht durchschaut haben. Sie lehnen es grundsätzlich ab, dass das Land stille Beteiligungen an Privatbanken

eingeht, nachdem es sich von seiner Beteiligung an der öffentlich-rechtlichen Landesbank Rheinland-Pfalz getrennt hat. Dabei werden zwei Dinge miteinander verknüpft, die nun wirklich nichts miteinander zu tun haben.

Die Veräußerung an die Landesbank stand seinerzeit im Zusammenhang mit der Gründung der Investitions- und Strukturbank. Dadurch wurde eine verbesserte Förderung gerade im Bereich der Unternehmensgründung und -ansiedlung ermöglicht. Das Land hat mit dem Verkauf der Landesbankanteile nicht einfach – wie Sie behaupten – Kasse gemacht. Vielmehr ist sie in der rheinland-pfälzischen Bankenlandschaft, aber mit anderem Auftrag, präsent geblieben.

Die nun geplante Einbringung des Wohnungsbauvermögens des Landes in ein Kreditinstitut oder mehrere Kreditinstitute – ob öffentlicher oder privater Provenienz ist noch nicht entschieden – dient der Hebung von Vermögenswerten, die auf andere Art und Weise kaum nutzbar gemacht werden können. Das Wohnungsbauvermögen besteht nicht etwa aus Immobilien, sondern aus Forderungen gegen Bauherren, die einen Anspruch auf zinsverbilligte öffentliche Kredite geltend gemacht haben.

Solche Forderungen könnten an Banken abgetreten werden. Für die Banken wären sie mit einer entsprechenden Bürgschaft des Landes mit Eigenkapital unterfüttert. Nachdem Basel II eine Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung auf 12,5 % jedes Kreditbeitrags vorschreibt, gibt es bei den Banken ein großes Interesse an der Verstärkung ihrer Eigenkapitalbasis.

Genau hierin besteht die Chance des Landes, aber das wird nicht verstanden. Es stellt den Banken Eigenkapital zur Verfügung und bezieht hierfür Entgelt in Form eines Zinses, dessen Höhe durch die aufgrund rechtlicher Vorgaben EU-weite Ausschreibung im Wettbewerb ermittelt wird. Die Alternative zu dem von der Landesregierung angedachten Vorgehen bestünde einzig – das sollten Sie sich überlegen – im ersatzlosen Verzicht auf diese Einnahmemöglichkeit.

Meine Damen und Herren, weshalb habe ich so ausführlich auf die Vorschläge der CDU-Fraktion Bezug genommen? Ich mache an dieser Stelle deutlich, dass dieser so genannte Verzicht auf Ausgaben von der Sache her nach unserer Einschätzung in keinem Punkt gerechtfertigt ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Es darf in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck erweckt werden, als handele es sich bei den Vorschlägen der CDU-Fraktion um einen seriösen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei SPD und FDP –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Lieber Herr Kollege, ich habe versucht, bis ins Detail zu belegen, dass Ihre Vorschläge nicht solide und nicht nachvollziehbar sind. Das dürfen wir an dieser Stelle doch einmal sagen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Dann brauche ich doch nicht mehr darauf einzugehen, was Sie noch draufsatteln wollen.

(Billen, CDU: Gehen Sie doch einmal auf die Sachargumente ein!)

– Herr Kollegen Billen, was haben Sie denn die ganze Zeit gemacht? Ich weiß, dass es anstrengend ist, wenn es um Finanzpolitik geht. Das ist klar.

(Zurufe von der CDU)

Dann erwähnen Sie Ihre schönen und guten Taten, die dem gegenüberstehen. Das haben Sie mit den GRÜNEN gemeinsam, die interessante Finanzierungsvorschläge unterbreitet haben, auf die ich vielleicht nicht so lang wie auf Ihre, aber dennoch eingehen muss.

Meine Damen und Herren, das ist doch mit Sicherheit nicht glaubwürdig. Alle weiteren Erhöhungen dieser Ansätze, die Sie in Ihren Anträgen dargelegt haben, sind leider Gottes wegen ihrer nicht nachvollziehbaren Einsparmöglichkeiten dann wohl auch aus Ihrer Sicht überflüssig. Darüber brauchen wir nicht mehr zu reden.

Meine Damen und Herren, es soll mir einmal jemand sagen, wie man einen Betrag im dreistelligen Millionenbereich seriös in diesem Haushalt einsparen soll. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Böhr hat heute Morgen die Konversionslasten sehr kleingeredet. Das hat mich ein bisschen berührt. Er tat so, als wäre Rheinland-Pfalz das einzige Land in Deutschland, das sich mit so etwas herumschlagen muss. Jedem ist in den vergangenen zehn Jahren in Rheinland-Pfalz klar geworden, in welcher Dimension gerade Rheinland-Pfalz sich mit dieser Konversionsproblematik auseinandersetzen muss.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die eminenten Kaufkraftausfälle und die Arbeitsplatzverluste. Das waren negative psychologische Auswirkungen. Man spürte Pessimismus und konnte das in der Region, in der ich lebe, fast greifen. Das sollte nicht als Bagatelle hingestellt werden. Das ist eine sehr ernste Situation.

Meine Damen und Herren, die Ausgaben im Zusammenhang mit Konversionsmaßnahmen sind in ihrem Erfolg unumstritten. Auch von Ihrer Seite habe ich dazu bisher keine fundamentale Kritik gehört, was in diesem Haus schon etwas heißt.

Eine Ursache für die Haushaltsbelastungen ist eine überdurchschnittlich hohe Investitionsquote im Verhältnis zu den anderen Bundesländern. Diese Investitionsquote ist ebenfalls kein Selbstzweck. Wir alle wissen, dass wir dadurch die Zukunftsfähigkeit des Landes gewährleisten. Das ist eine Kraftanstrengung, die in dieser schwierigen Zeit besonders hervorzuheben ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das ist die zweithöchste Investitionsquote unter den westlichen Flächenländern.

Zur Finanzpolitik der Koalition gibt es nach der Analyse aller Vorschläge – ich beziehe die GRÜNEN schon einmal ein – keine Alternative.

Jetzt konkret zu den GRÜNEN: Frau Thomas hat bereits mit einem etwas schlechten Gewissen – deshalb ist sie vielleicht rausgegangen – befürchtet, dass ich darauf eingehe. In einer Pressemeldung – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. März haben sie ein Sofortprogramm – man höre und staune – für Umwelt, regionale Wirtschaft und weiteres gefordert. Das ist eine besonders lustige Forderung. Zum einen beklagen die GRÜNEN, dass der Beitrag des Landes zum Stabilitätspakt nicht ausreichend sei. Sie beklagen das Haushaltsvolumen, das in seinem Umfang erhebliche Zukunftsinvestitionen beinhaltet. Darüber hinaus beklagen Sie – übrigens zu Unrecht – Betriebs Haushalte neben dem Kernhaushalt.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann fordert man mit einem Schlag ein neues Kreditsofortprogramm in Höhe von 75 Millionen Euro. Das ist nun wirklich heiter.

Das sind diejenigen, die von Schattenhaushalten sprechen, und das sind diejenigen, die die Neuverschuldung beklagen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Jetzt auf einmal sind diese hehren haushaltspolitischen Ziele nichts mehr wert. Es wird so getan, als würde sich nicht die Gesamtverschuldung von den Kommunen und dem Land insgesamt um diesen Betrag erhöhen. An Widersprüchlichkeit ist im Hinblick auf andere Äußerungen der GRÜNEN diese Forderung nicht zu überbieten, das abgesehen davon, dass man seit Jahrzehnten weiß, dass solche Strohfeuer zur Konjunktursteuerung völlig nutzlos sind.

Meine Damen und Herren, so leicht fällt es den GRÜNEN, ihre Kritik an der Neuverschuldung im Land über Bord zu werfen, um – wie es bei Gutmenschen der Fall ist – den Mitbürgern zu suggerieren, sie seien die politische Kraft, die sich um die Finanzsituation der Kommunen sorgt, die sich hilfreich engagiert, wenn es um Kindertagesstätten, wenn es um Schulbau, wenn es um Energieeinsparung und um Umweltschutzinvestitionen und all diese schönen Dinge geht. An Prinzipienlosigkeit ist diese Aussage nicht mehr zu überbieten.

Meine Damen und Herren, daran aber hat man sich in der Zeit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN im Bund ausreichend gewöhnen können.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da klatscht nicht mal mehr die FDP!)

Meine Damen und Herren, es ist an dieser Stelle schon mehrfach dargelegt und bewiesen worden – dazu stehen wir –, dass Rheinland-Pfalz zu den kommunalfreundlichsten Bundesländern gehört. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, die Kommunen an den zusätzlichen Belastungen teilhaben zu lassen. Das ist äußerst schmerzhaft, aber nicht abzuwenden.

Es ist nun einmal so, dass die verfassungsmäßige Obergrenze der Neuverschuldung des Landes nicht überschritten werden kann. Da befinden wir uns an der Grenze.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Das müssen wir sehen, und das sagen wir ganz offen.

Die Grunderwerbsteuer wird deshalb auch im Jahr 2002 wie in allen anderen Bundesländern vollständig im Landeshaushalt veranschlagt. Dafür wird der Verbundsatz für die Beteiligung der Kommunen an den Landessteuern von 20,25 % auf 21 % erhöht. Die Zuweisungen reduzieren sich folglich – das wird auch offen dargelegt – um 56,8 Millionen Euro.

Bemerkenswert aber ist, dass die Zuweisungen des Landes an die Kommunen absolut gesehen sogar leicht ansteigen. Das ist nicht überall so.

Die Korrektur bei der Zuweisung für die Gesundheitsämter ist sinnvoll. Sie liegt immer noch um ca. 10 % höher als die wirklichen Kosten.

Für die Einschränkungen, die ich erwähnte, kommt das Land den Kommunen sehr weit entgegen. Die FDP begrüßt es, dass es zu einer Flexibilisierung der Standards in den Kommunen kommen wird. Von den Kommunen wurde dies immer wieder gewünscht.

Zum Zweiten kann die Bugwellenproblematik angegangen werden. Eine Nachfinanzierung von Investitionen durch Kredite wird zugelassen.

Darüber hinaus werden die Kommunen im Doppelhaushalt nicht an den Steuermindereinnahmen des Landes aus der letzten Steuerschätzung vom November beteiligt, sondern erst bei der Abrechnung in den Jahren 2005 und 2006. In diesem Fall trägt das Land auch die Zinslast für die Kommunen. Das bedeutet eine vorübergehende, aber immerhin eine Entlastung in Höhe von 31 bzw. 32 Millionen Euro. Auch dies zum Thema „Klarheit und Wahrheit des Haushalts“.

Darüber hinaus kommt die Aufstockung der Schulbaumittel den Kommunen entgegen. Heute Morgen wurde das thematisiert. Sie verkennen aber oder haben nicht zur Kenntnis genommen, dass die Schulbaumittel aufgestockt werden, weil wir dieses Problem erkannt haben. Wir kommen damit den Schulträgern entgegen, die die Schulbaumittel in einem beträchtlichen Maß vorfinanziert haben.

(Beifall der FDP)

Dies ist in der Regel im Übrigen auch auf eigenen Wunsch geschehen. Das Land hat die Kommunen

schließlich nicht gedrängt, Maßnahmen vorzuziehen. Die Kommunen sind von sich aus auf das Land zugegangen und haben gesagt: Wir würden gern jetzt schon mit den Investitionen beginnen, weil die Situation nicht besonders günstig ist. Dürfen wir das überhaupt? – Da wird Ursache und Wirkung nicht richtig gesehen. Das Land ist den Kommunen entgegengekommen und hat eine Vorfinanzierung gestattet. Natürlich haben wir da eine Dimension erreicht – dem trägt der Haushalt auch Rechnung –, die auch nicht erfreulich ist. Aus diesem Grund sind die Schulbaumittel entsprechend angehoben worden.

Meine Damen und Herren, ich habe eben die Konversionspolitik angesprochen. Auf dieses Thema will ich noch einmal kurz zurückkommen.

Es ist schon mehrfach dargestellt worden, welche Dimension die Konversionsaufgabe für Rheinland-Pfalz dargestellt hat. Wir wissen auch, dass wir dabei keine Hilfe des Bundes erhalten haben. Dennoch ist es in einem beachtenswerten Ausmaß gelungen, die Chancen, die mit einer tief greifenden Strukturveränderung verbunden sind, im Interesse der Weiterentwicklung unseres Landes zu nutzen.

Die Konversionspolitik des Landes ist eine Erfolgsstory, die bundesweit Beachtung findet.

Ich verweise auf zwei Beispiele: Herr Kollege Mertes hat heute Morgen auch ein Beispiel genannt. Er fährt auch nach Kaiserslautern und findet an der Autobahnabfahrt den PRE-Park und die Holtzendorffkaserne. Die Westpfalz ist nun für moderne Technologien ein Standort, der weltweit von Bedeutung ist, und das in der vor zehn Jahren von Konversion gebeutelten Westpfalz.

Da breitet sich Optimismus aus. Die Arbeitslosenzahlen sinken deutlich. Es werden hochwertige Arbeitsplätze geschaffen.

Diese Politik wird fortgesetzt. Das kann man auch in anderen Bereichen deutlich erkennen. Die Fortsetzung der Konversionspolitik, die mit 210 Millionen Euro vorgesehen ist, wird mit Sicherheit in derselben Richtung erfolgreich sein.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Der Flugplatz Hahn ist auch ein Beispiel dafür. Ich halte es für ein bisschen eigenartig, wenn ich aus dem Mund der GRÜNEN höre, dass sie sich über die Perspektive einer Verkehrsanbindung mokieren, während sie selbst das Projekt Hahn immer mit Kassandrarußen begleitet haben und sie nie an eine solche Entwicklung geglaubt haben, sondern sie immer konterkariert haben. Gerade aus solchem Mund höre ich es nicht gern, wenn immer wieder Skepsis im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung in Rheinland-Pfalz geäußert wird.

Das Passagieraufkommen wird so steigen, dass es dringend notwendig sein wird – der Verkehrsminister hat diese Aufgabe in Angriff genommen –, die Verkehrsanbindung für die gesamte Region auszubauen, die nicht

nur für die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsstruktur dieser Region von großer Bedeutung ist.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Skepsis von Frau Thomas war zu erwarten, aber wenn die CDU von Stabilität spricht, hätte ich auch gern stabile Aussagen im Hinblick auf den Transrapid.

(Beifall der FDP)

Ich bitte, dass sich die Spitzenpolitiker der CDU einigen. Ich bin Herrn Böhr dankbar, dass er diese Option positiv im Land vertritt, aber er sollte sich nicht von Kollegen konterkarieren lassen. Da sollte man sich besser ab-sprechen und zu einer einheitlichen Position kommen.

Meine Damen und Herren, der Rheinland-Pfalz-Takt und die Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in Rheinland-Pfalz hat absolute Priorität. Liebe Frau Thomas, wenn Sie mit der Verlagerung der Mittel kommen, bitte ich Sie, dass Sie darauf hinwirken –vielleicht können Sie das, aber vielleicht können Sie das auch nicht–, dass von der Seite des Bundes der notwendige Beitrag zum Ausbau unserer Bahninfrastruktur geleistet wird. Da haben wir einige Probleme.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die haben Sie selbst mit verursacht, wenn Sie die Mittel falsch verwenden!)

Wenn Sie schon auf den Ausbau der Bahninfrastruktur so großen Wert legen, würden wir uns sehr freuen, wenn wir die Unterstützung des Bundes in dem Maß erhalten würden, wie wir sie einkalkuliert haben.

Wenn wir Ihre Einsparungen, was den Straßenbau anbelangt, befolgen würden, wäre das eine echte Katastrophe für Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Für die FDP oder für wen?)

Die Mobilitätsmilliarde ist für Rheinland-Pfalz kein Luxus, sondern sie wird Rheinland-Pfalz nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch nach vorn bringen. Die Dimension dieses Programms ist Ihnen schon mehrfach deutlich dargestellt worden. Sie können sich darauf verlassen, dass der LSV ein Erfolgsmodell wird, wie es auch bei dem LBB der Fall war.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, die Opposition versteht sich – das ist schade – immer als Modernisierungspessimist. Das gilt auch für die Einrichtung dieses modernen neuen Landesbetriebs. Wenn man Ihrer Skepsis folgen würde, wäre es um Rheinland-Pfalz schlecht bestellt.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Sie sind doch diejenigen, die um Jahre aufschieben und noch einmal analysieren wollen. Das geht nicht. Wir

werden uns in absehbarer Zeit noch einmal wiedersehen. Dann werden wir wieder diese Frage stellen. Wir werden genau wie bei dem LBB die Antwort auf den Tisch legen, dass dieser ein Erfolg war.

(Beifall der FDP)

Wir werden den Weg einer andauernden Modernisierung der Landesverwaltung weitergehen. Als Beispiel will ich an dieser Stelle den Eigenbetrieb Forsten erwähnen, der auch ein Stück weiterer Modernisierung unserer Verwaltungsstruktur darstellt. Diese wird Schritt um Schritt fortgesetzt. Wir können es uns nicht leisten, mit der Modernisierung unserer Strukturen zu warten, wie Sie das zum Teil wünschen und begleiten.

(Bracht, CDU: Das ist Unsinn!)

– Sie können es im Protokoll nachlesen, dass Sie den LSV verzögern wollen.

Für die Entwicklung der Struktur unserer ländlichen Räume ist der Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft von großer Bedeutung. Die Ziele der Landwirtschaftspolitik der FDP sind schon oft deutlich gemacht worden. Die Landwirtschaftspolitik zielt auf die Erhaltung der Familienbetriebe in Rheinland-Pfalz und eine gesunde Struktur, die aus sozialen, wirtschaftlichen und auch aus ökologischen Gründen erhalten bleiben muss.

Unsere schöne Kulturlandschaft ist nicht zuletzt die Grundlage für die Weiterentwicklung des Tourismus für Rheinland-Pfalz. Dieser gewinnt – das sollte man noch deutlicher machen – als Wirtschaftsfaktor ständig an Bedeutung. Wir haben unsere Möglichkeiten in Rheinland-Pfalz bei weitem noch nicht ganz ausgeschöpft. Wir sind dabei, diesen Weg zu gehen. Es lohnt sich, in diese Infrastruktur zu investieren, weil gerade in der Zukunft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Förderung der ländlichen Räume aus unterschiedlichen Gründen mit verschiedenen Maßnahmen ist ein ganzheitlicher Entwicklungsansatz, der letztendlich dazu dient, die gesamte Infrastruktur unseres Landes zu optimieren.

Meine Damen und Herren, der zweite perspektivische Ansatz, der im Haushalt erkennbar ist, trägt den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen unserer Bürger Rechnung. Es ist eine Grundaufgabe unseres Staates, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Ohne öffentliche Sicherheit gibt es auch keine Freiheit. Nach den Ereignissen, die ein halbes Jahr zurückliegen, hat die Landesregierung entschlossen reagiert. Ich sage dies, weil dies von dem Kollegen Böhr angemahnt wurde.

Es ist schon mehrfach deutlich gemacht worden, dass es ein Sicherheitspaket der Landesregierung von insgesamt 50 Millionen Euro für die Stärkung der Inneren Sicherheit gibt. Die Mittel werden gezielt unter anderem in die personelle und technische Stärkung von Polizei und Verfassungsschutz fließen. Ich verstehe die Einwände des Kollegen Böhr, was unsere Sicherheitspolitik anbelangt, überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, die dritte Perspektive betrifft die Stärkung des Bildungsstandorts Rheinland-Pfalz. In keinem anderen Bereich wachsen die Investitionen in die Zukunft in einem auch nur annähernd vergleichbaren Ausmaß. Mit diesem Haushalt wird deutlich, dass die Bildung in Rheinland-Pfalz absolute Priorität hat.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist kein Fehler, dass man schon vor der PISA-Studie – Experten haben nichts anderes erwartet – in Rheinland-Pfalz die richtige Weichenstellung vorgenommen hat. Auch die Konsequenzen, die Frau Bildungsministerin Ahnen aus der PISA-Studie vorgestellt hat, werden von der FDP voll unterstützt.

In Rheinland-Pfalz werden wir schnell – darauf kommt es an – die richtigen schulpolitischen Entscheidungen treffen. Ich war sehr froh, als ich heute auch vonseiten der GRÜNEN gehört habe, dass es sich überhaupt nicht lohnt und es absolut sinnlos und der Sache abträglich wäre, wenn wir eine neue Diskussion um Schularten beginnen würden. Hier liegt nicht unser Problem. Unser Problem liegt in der Qualität. Das können Sie in jeder Schulart angemessen realisieren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir müssen auch der Grundschule, dem Kindergarten und der Kindertagesstätte in besonderem Maß unsere Aufmerksamkeit widmen. Es ist unumgänglich, das Anforderungsniveau anzuheben und für alle erkennbar zu verdeutlichen. Sie sprachen auch von Ergebnisorientiertheit. Das ist das Schlüsselwort. Dazu gehört eine rückhaltlose Offenheit, was die Ergebnisse anbelangt. Wir dürfen uns nicht in die Tasche lügen. Nur so können wir zu einer weiteren Stärkung der elementaren Bildung beitragen.

Es muss jedem klar sein, welche Anforderungen wir an Lehrende und Lernende richten. Wir müssen auch feststellen können, in welchem Ausmaß man diesen Anforderungen gerecht wird. Dazu dienen folgerichtig in einem weiteren Schritt die im Koalitionsvertrag beschlossene Vergleichsarbeit am Ende der 4. Grundschulklasse und auch das von der Bildungsministerin auf den Weg gebrachte System der Parallelarbeiten. Auch das ist ein Beitrag zum Thema Transparenz.

Noch ein paar Worte zur Begabtenförderung. In unserer Schulpolitik brauchen wir drei Dinge. Wir brauchen selbstständige Schulen, die eigenverantwortlich handeln. Zum anderen benötigen wir – das ist auch nicht neu; diesen Weg müssen wir gehen – eine Individualisierung des Lernens, um die Bildungsreserven in erster Linie im Interesse der jungen Menschen zielgenau ausschöpfen zu können. Auch das zeigt die PISA-Studie ganz deutlich.

(Beifall der FDP)

Wenn wir dies wollen, brauchen wir natürlich auch ein System, das Leistungen feststellt, sonst wird das zur Beliebigkeit. Wenn Sie nur zum Selbstzweck selbststän-

dige Schulen haben, haben Sie noch lange nicht die Ergebnisse.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das Lernen individualisieren, können Sie miserable Ergebnisse haben. Zu diesen beiden Anforderungen gehört auch die Qualitätskontrolle und ein Qualitätssicherungssystem. Alle diese Dinge machen in Zukunft ein modernes Schulsystem aus. In Rheinland-Pfalz sind wir dabei, den richtigen Weg zu gehen.

Frau Thomas, ich weiß gar nicht, ob unsere Meinungen hinsichtlich der Hochbegabtenförderung so weit auseinander liegen. Hochbegabte lernen anders. Man kann das gut begründen. Das geschieht auch in einer rotgrünen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Man kann auch gut begründen, weshalb man Einrichtungen besonderer Art für Hochbegabte schafft. Das wird von den Bildungsexperten in Deutschland überhaupt nicht bestritten, sondern sogar gefordert. Das schließt nicht aus, dass man in unserem Schulsystem ein besonderes Augenmerk auf besondere Begabungen richtet. Dieses hat man bisher viel zu wenig getan.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Es soll niemand gezwungen werden, in eine Hochbegabtschule zu gehen. Natürlich benötigen wir diagnostische Lehrer. Außerdem brauchen wir schon die Ansätze im Kindergarten. Wir liegen nicht weit auseinander. Wir brauchen eine individuelle angemessene Förderung aller jungen Menschen in unserem Land. Dabei wird die Hochbegabtenförderung eine besondere, angemessene Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, ich will meinen Beitrag, den ich gern noch zum Bereich der Hochschule dargelegt hätte, reduzieren. Es ist schon deutlich geworden, dass wir eine gesunde Hochschullandschaft haben. Ich werde die Gelegenheit haben, in einem gesonderten Beitrag zum Haushalt darauf noch einmal Bezug zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir verabschieden in diesen Tagen einen Haushaltsplan der Vernunft. Er orientiert sich an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und wird angemessen der Einnahmenproblematik gerecht. Die hohe Investitionsquote sichert die Zukunftsfähigkeit des Landes und schafft Arbeitsplätze.

Wir leisten einen angemessenen Beitrag zur Sicherheit in Rheinland-Pfalz und investieren deutlich erkennbar in die Bildung, also in die Zukunft von Rheinland-Pfalz.

Wir verabschieden also einen Haushalt der Perspektive, der sich an klaren politischen Zielen orientiert; das sind Bildung, Mobilität und Sicherheit. Somit werden wir unserer politischen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes gerecht.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Schmidt:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir zunächst ein Anliegen, Ihnen allen für den bisherigen Verlauf der Haushaltsberatungen zu danken. Ich denke, dass wir uns in einer in der Tat nicht einfachen Zeit gemeinsam darum bemühen, die Weichen des Landes Rheinland-Pfalz so zu stellen, dass nicht nur die heute lebende Generation, sondern auch zukünftige Generationen darauf aufbauen können.

Ich will in diesem Zusammenhang auch ein besonderes Dankeschön den Koalitionsfraktionen dafür sagen, dass sie die Linie, die die Landesregierung im Haushaltsentwurf vorgegeben hat, mit eigenen Akzenten ergänzt und an der einen oder anderen Stelle verändert oder verstärkt haben, dass sie aber die Gesamtlinie mit unterstützen und mittragen, wie dies für die Politik in der Regierungserklärung vor einem Dreivierteljahr vorgegeben worden ist.

Ich möchte auch den Oppositionsfraktionen für viele Anregungen und Anstöße danken. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch unterstreichen, dass selbst, wenn manche Anträge letztendlich keine Mehrheiten in diesem Parlament erlangen, so doch Anstöße davon ausgehen. Sie sollten durchaus wissen, dass wir uns mit den Inhalten auch dieser Anträge auseinander setzen, freilich in der Grundüberzeugung, dass wir das, was wir den Bürgerinnen und Bürgern vor nunmehr einem knappen Jahr bei den Wahlen präsentiert haben, nicht einsammeln und nun zum Gegenteil machen können, aber mit dem Willen, dass das, was an Impulsen, was an kritischer Betrachtung vorhanden ist, auch in unseren Blickwinkel mit einbezogen wird.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, dass die Landesregierung durch die Regierungserklärung im Mai des vergangenen Jahres eine Linie vorgegeben hat, die sich auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung berufen kann. Diese Linie ein Stück weiter umzusetzen vor dem Hintergrund der aktuellen, nicht zuletzt finanzpolitischen, aber auch weltpolitischen, sicherheitspolitischen Entwicklung, das ist Aufgabe dieses Doppelhaushalts für die Jahre 2002/2003.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, noch einmal ganz klar und eindeutig zu sagen, dass die Landesregierung auch im elften und zwölften Jahr nach der Deutschen Einheit diese Aufgabe, diese Einheit auch in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wirklichkeit unseres Landes zu vollenden, zu diesem Ziel steht und sich aus diesem Grund aktiv eingebracht hat, nicht nur im vergangenen Sommer einen neuen Länderfinanzausgleich auf den Weg zu bringen, sondern zusätzlich auch den Solidarpakt Ost mit zu beraten und mit zu unterstützen, der weit bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts reichen wird und reichen muss.

Ich habe vorhin, als die Debatte dahin ging, zu sagen, wann es große Veränderungen außer jetzt in jüngster Zeit hinsichtlich der Steuereinnahmen gegeben hat, doch darauf hingewiesen, dass die größte finanzpolitische Veränderung, die wir freilich nicht beklagen und deren Ursache wir nicht missen möchten, mit der Deutschen Einheit für uns als Aufgabe gestellt war und auch gestellt bleibt über den genannten Zeitraum bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts. Wenn man dies sagt, dann darf man festhalten, da dies für die Einnahmenseite unseres Haushalts weit über 1 Milliarde Euro bedeutet, die ansonsten nach früheren Gepflogenheiten in die Kassen dieses Landes und seiner Kommunen geflossen wäre, dass diese Summe nicht mehr zur Verfügung steht.

Ich will noch einmal betonen, ich würde diese Summe nie und nimmer um die wirklich große und wichtige Errungenschaft der Deutschen Einheit hingeben, aber es muss gesagt werden dürfen, weil dies der Zeitraum ist, der exakt auch den Verantwortungszeitraum dieser Landesregierung, aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten gebildet, umfasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang will ich auch darauf hinweisen – auch um der deutschen Volkswirtschaft, der deutschen Wirtschaft, den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Land, dies zugute zu schreiben –, wir erbringen nach wie vor einen Transfer von West nach Ost in einer Größenordnung von weit über 80 Milliarden Euro pro Jahr.

Dies ist auch eine Herausforderung, die kein anderes europäisches Volk zu erbringen hat. Auch dazu stehen wir ausdrücklich. Aber dies muss, wenn Würdigungen und Wertungen hinsichtlich der Finanzkraft, hinsichtlich der Wirtschaftskraft, hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten, hinsichtlich des Ratings der Bundesrepublik Deutschland im Reigen anderer europäischer Nationen vorgenommen werden, schlicht und einfach immer auch mit als Maßstab auf den Tisch, sonst sieht man einen Teil der Wirklichkeit nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang auch deutlich machen, dass wir derzeit mit Entwicklungen, auch was die Wirtschaftssituation angeht, was die Arbeitsmarktsituation angeht, was die Kosten der Arbeit angeht, zu kämpfen haben, die etwas mit der Finanzierung der Deutschen Einheit zu tun haben, und zwar nicht dem Prinzip nach, wo es keinen Streit und keine unterschiedliche Auffassung gibt, sondern in der Art und Weise, wie die Finanzen aufgebracht werden nach: Ohne dass, wovor wir gewarnt haben – ich möchte mich da auch einreihen – ein Löwenanteil dieser Solidarleistung aus den Sozialkassen finanziert wird, hätten wir die Problematik der zu hohen Lohnzusatzkosten nicht. Wir waren einmal bei 34 %, meine Damen und Herren. Am Ende sind wir bei 42 % in diesem Zeitraum.

(Beifall bei SPD und FDP)

Auch das muss man sehen und in die weiteren Überlegungen und Perspektiven mit einbeziehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte auch um Zustimmung zu einer Haltung der Landesregierung, die sich auf eine aktuelle Auseinandersetzung bezieht, und zwar um die Frage, ob Finanzausgleiche über den eben genannten Länderfinanzausgleich und den Solidarparkt hinaus, nicht statthaft sein sollen. Ich beziehe mich dabei auf eine Klage der Länder Baden-Württemberg und Bayern hinsichtlich des Finanzausgleichs der gesetzlichen Krankenkassen. Wir haben uns als Landesregierung dazu entschieden, eine solche Klage nicht mitzutragen.

Ich wäre dankbar, wenn wir uns darauf gemeinsam verständigen könnten. Wenn die Klage erfolgreich wäre, wäre es auch in Rheinland-Pfalz theoretisch möglich, die Krankenkassenbeiträge an die AOK für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für die Unternehmen in einer Größenordnung von einem guten halben bis einem dreiviertel Prozentpunkt zu reduzieren. Ich denke dennoch, wenn wir den neuen Ländern eine Chance geben wollen, selbst getragen an der Entwicklung der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland teilzuhaben, sollten wir bei dieser Solidarleistung ebenfalls in den vertretbaren Grenzen bleiben. Ich wäre für ein gemeinsames Bekenntnis sehr dankbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Vorgaben, die in der Regierungserklärung ihren Ausdruck gefunden haben und nun durch weitere Schritte vor dem Hintergrund der aktuellen Lage umgesetzt werden sollen, möchte ich ein Wort zu der veränderten Lage in dieser Welt sowohl bezüglich der äußeren Sicherheit und unseres Beitrags zur Friedenssicherung als auch bezüglich der Inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung, die eine weltweite Aufgabe ist, sagen.

Es ist darüber gesprochen worden, dass wir hinsichtlich der Konversionsaufgaben in der Vergangenheit vieles zu leisten hatten. Derzeit steht uns eine weitere Konversionsherausforderung ins Land, da notwendigerweise aufgrund der veränderten europäischen und weltweiten Sicherheitslage die Bundeswehr in ihrer Struktur umgebaut werden musste. Ich hätte mir gewünscht, dass dieser Umbau früher eingeleitet worden wäre; er hätte dann an mancher Stelle nicht so abrupt erfolgen müssen, wie dies nun der Fall ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte mich dabei ausdrücklich dazu bekennen und auch weiterhin dafür eintreten dürfen – hoffentlich getragen von einer breiten Mehrheit dieses Hauses –, dass ich die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland so einschätze, dass wir die Verpflichtung haben, uns im europäischen Völkerreigen und im Reigen der internationalen Völker, getragen durch UNO-Mandate und fest verankert im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis, an der Herstellung von menschenwürdigen Zuständen in den Ländern zu beteiligen, in denen sich diese Völker derzeit engagieren. Afghanistan ist dabei sicherlich das herausforderndste und schwierigste aktuelle Beispiel, aber wir wollen auch Bosnien und den gesamten Bereich des ehemaligen Jugoslawien, Mazedonien und andere Bereiche nicht aus dem Auge verlieren.

Wenn dies so ist, bedarf es entsprechender Reaktionen und einer entsprechenden Investition und Weiterentwicklung der Bundeswehr sowie vieler rheinland-pfälzischer Bundeswehrstandorte. Ich hielte es aber für einen Fehlschluss, davon auszugehen, dass es auch in erreichbaren Zeiträumen nicht mehr zu Bedrohungssituationen kommen könnte, was einen Verzicht auf die territoriale Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland generell erlaubte. Da ich diese Einschätzung habe, bin ich froh darüber, dass an der Wehrpflicht und an einer bestimmten Stärke der Präsenz der Bundeswehr festgehalten wird.

Über Dimensionen und Größenordnungen kann man natürlich miteinander reden, aber generell würde ich gern an dieser Überzeugung festhalten, was wiederum sehr viel mit der Stationierung einzelner Truppen und Einheiten sowie mit der Erledigung einzelner Aufgabenbereiche in der Bundeswehr innerhalb unseres Landes Rheinland-Pfalz zu tun hat.

Dies vorausgeschickt hoffe ich, dass wir auch mit dem Engagement des Landes Rheinland-Pfalz – das Konversionskabinetts befasst sich regelmäßig mit diesen Fragen – dazu beitragen können, dass für die Zivilbeschäftigten, für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr, soweit sie nicht versetzt werden und in neuen Funktionen auf Zeit Verwendung finden, und dort, wo Bundeswehrstandorte aufgegeben werden, neue Perspektiven geschaffen werden können. Auch diese Aufgabe gilt es zu erledigen, und auch darauf stellen wir uns mit diesem Doppelhaushalt ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte aber auch unterstreichen, dass wir alle in furchtbarer Weise durch die Terrorakte des 11. September mehr als aufmerksam geworden sind, aber auch schon vorher von der Terrorbedrohung auf dieser Welt wissen. Auch hierauf hatten wir uns nicht nur verbal oder hinsichtlich einer erhöhten Aufmerksamkeit der Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz einzustellen, sondern haben uns auch finanziell und materiell darauf einzustellen. Es ist natürlich eine Kraftanstrengung, dass Mittel in einer Größenordnung von rund 51 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt für diese Herausforderung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Böhr, Sie haben von der polizeilichen Stärke und Präsenz gesprochen. Ich habe es zumindest so verstanden, dass Sie, abgeleitet von Aussagen von Verbänden, eine Schwächung konstatieren. Ich möchte noch einmal festhalten dürfen, dass wir im Jahr 1991 bei der rheinland-pfälzischen Polizei einen Personalstand von 8.481 Menschen übernommen haben, die diese Aufgabe wahrgenommen haben. Zum Ende des Jahres 2001 waren es 9.014 Polizisten.

(Zurufe von der CDU –
Beifall der SPD und der FDP)

– Nein, auch wenn die Auswirkungen von PISA in dieses Haus ausstrahlen sollten, so sind es doch 533 Menschen mehr, die diese Aufgabe wahrnehmen. Wir werden darüber hinaus über Angestelltenprogramme und eine entsprechende Sachausstattung nachdenken, die die Polizei in eine verbesserte Lage versetzen, um die

innere Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Im Übrigen darf man an dieser Stelle sicher einvernehmlich für dieses Haus sagen, wie sich unsere Polizei, die Justiz und die Sicherheitskräfte insgesamt, den Verfassungsschutz ausdrücklich einbezogen, in dieser Herausforderungsfrage positioniert haben, verdient unseren gemeinsamen Respekt. Das darf man bei dieser Gelegenheit sicherlich so sagen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Herr Kollege Zuber, ich möchte deutlich machen, dass die Sicherheitskräfte stolz darauf sein können, welche Aufklärungsquote in diesem Land Rheinland-Pfalz erzielt wurde. Soweit man dies objektiv feststellen kann – wobei der Einzelfall natürlich immer den Gesamteindruck für den Betroffenen vollkommen in den Schatten stellt –, kann in diesem Land niemand sagen, er müsse unsicher leben. Es wird alles Mögliche getan, und dafür ist allen zu danken, die ihren Beitrag dazu leisten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sich mit der Veränderung der Weltlage hinsichtlich des wirtschaftlichen Geschehens und der volkswirtschaftlichen Entwicklungen tief greifende Veränderungen ergeben haben, gründet sich zum einen auf die Deutsche Einheit – ich habe darauf Bezug genommen –, es gründet sich zum anderen aber auch auf die Internationalisierung des wirtschaftlichen Geschehens, die schon vor der Deutschen Einheit vorhanden war und die mit einem Mal einen neuen Schub und neue Entfaltungsmöglichkeiten bekommen hat.

Dies wird vom Prinzip her gar nicht kritisiert, stellt jedoch in seinen Auswirkungen auf der Verantwortlichkeit für unser eigenes Land, die Deutsche Einheit und die innere Entwicklung eine enorme Herausforderung für die Unternehmen dar. Dies ist natürlich auch eine Herausforderung, die sich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Unternehmen stellt; denn es ist schon bitter, wenn man sagt, in diesem Teilunternehmen arbeiten wir unter unseren Bedingungen betriebswirtschaftlich optimal, und dennoch kommen Situationen vor, in denen Unternehmen verlagert werden, weil man in Deutschland, Frankreich oder Italien zu Bedingungen wie im Osten Europas nicht arbeiten kann, weil man davon seine Familie nicht ernähren könnte.

Insoweit sind wir natürlich in dieser Verwerfung und in dieser Schere. Für uns kommt es darauf an – so wird die Wirtschafts-, die Sozial- und die Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz auch angelegt bleiben –, auf die Stärken dieses Landes zu setzen. Daher unterstreiche ich das, was mein Kollege Bauckhage immer wieder deutlich macht: Unsere zentrale Stärke ist der Mittelstand, unsere zentrale Stärke ist das Handwerk in seiner breiten Dienstleistungsstruktur und mit herausragenden innovativen Entwicklungen, die immer wieder neu hinzukommen.

Das ist alles andere als eine Absage an die Industrie. Wir wollen in diesem Land Rheinland-Pfalz auch in Zukunft Industriestandorte haben. Ich plädiere an alle, die darauf Einfluss haben, was letztendlich jede Bürgerin und jeder Bürger ist, dies auch zu ermöglichen. Ansonsten würden wir zigtausende von Arbeitsplätzen und ein ungeheures Maß an Wertschöpfung verlieren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, dass man für solche Positionen auch Unterstützung bekommt, wenn es konkret wird. Montag früh war ich in Berlin und habe mit dem Bundeskanzler über die Chemie-Richtlinie gesprochen. Ich bin froh darüber, dass er sich innerhalb der Bundesregierung durchgesetzt hat und wir feststellen können, dass diese verantwortlich ist. Ich sage dies in absolutem Einvernehmen und in Grundübereinstimmung mit Herrn Voscherau von der BASF, der mich abends angerufen hat, und sicher auch im Namen der anderen Chemieunternehmen unseres Landes, insbesondere auch der pharmazeutischen Industrie, die betroffen gewesen wäre, gesagt hat, wir haben in Deutschland jetzt eine Position, die freundlich, positiv und verantwortlich ist, was die Entwicklung der chemischen Industrie und der Forschung und Produktion in diesem Zusammenhang in unserem Land Rheinland-Pfalz angeht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, zu dieser Zusammenführung der Position haben wir unseren Beitrag geleistet. Auf dieser Grundlage werden Frau Kollegin Conrad und Herr Kollege Bauckhage unsererseits direkt und unmittelbar in Brüssel vorstellig werden und dort unsere Interessen vertreten. Dies geht Hand in Hand und Seite an Seite mit der Bundesregierung, im Übrigen auch nicht nur mit der chemischen Industrie, sondern vor allen Dingen auch mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auch zusammen mit der IG BCE. Es gibt eine nahtlose Position. Wir haben uns bemüht, diese herzustellen, was erfolgreich war.

Ich möchte damit sagen, dass wir neben der breit gefächerten mittelständischen Wirtschaft, in Besonderheit auch des Handwerks und den Industriestandorten auch die Dienstleistungsstruktur in unserem Land weiterentwickeln wollen. Da bedarf es der Impulse und der Anstöße.

In diesem Zusammenhang möchte ich unterstreichen dürfen, was Herr Kollege Mertes deutlich gemacht hat, dass nämlich gerade auch von den Fachhochschulen ausgehend viele Impulse in diese Wirtschaftssektoren hineingehen. Betrachten Sie sich einmal Zweibrücken und überlegen, was dort nicht zuletzt durch die Fachhochschule, die erfolgreich aufgebaut worden ist, im Bereich der IT-Technologien an Entwicklungen eingeleitet worden ist. Dies geschah in einer Phase der letzten zwei Jahre, in der es nicht gerade einfach war, in diesem Wirtschaftssektor auch seriös erfolgreich zu sein, da einige, die mehr geredet als geleistet haben, die Seriosität dieser Unternehmenssektoren durchaus bedrängt haben.

Meine Damen und Herren, wir werden uns für diesen Dienstleistungssektor einsetzen. In diesem Zusammenhang werden wir versuchen, möglichst viele neue selbstständige Existenzen zu unterstützen und zu fördern. Ich kann nur alle, die Verantwortung in diesem Zusammenhang haben, bitten, einen eigenständigen, der europäischen und der deutschen Situation entsprechenden Weg zu gehen. Wenn man die Diskussionen um Basel II und um die Frage der Ratings und damit auch der Bedingungen, Kredite zu bekommen, ansieht, dann ist es angemessen zu sagen, dass ein eigener Weg gefunden werden muss. Nichts gegen die amerikanische Volkswirtschaft in Amerika, wir haben aber eine andere Situation und müssen eigene Maßstäbe des Forderns und der Qualität sowie des Erfolgsmaßstabs unserer Unternehmen finden und definieren und daran die Kreditwürdigkeit orientieren und nicht einfach Maßstäbe, die woanders richtig sein mögen, auf unsere Situation mit der Folge übertragen, dass es für Mittelständler immer schwieriger wird, Kredite zu bekommen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir wollen diesen Weg neben vielen anderen Wegen gehen, also neben mittelbarer und unmittelbarer Unterstützung, um diese Sektoren in ihrer Entwicklung mit zu fördern, um neue Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze damit entstehen zu lassen, die durch die Produktivitätsfortschritte und durch die Internationalisierung und damit Verlagerung in andere, insbesondere industrielle Fertigungsbereiche in der Zukunft weniger zur Verfügung stehen werden und derzeit schon weniger zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, es ist immer so gewesen, dass wir als Landesregierung von Rheinland-Pfalz deutlich gemacht haben – dies gilt für frühere Landesregierungen in gleicher Weise wie für die jetzige –, dieses Land braucht und möchte auch die Menschen, die im Bereich der Landwirtschaft tätig sind, in Besonderheit diejenigen, die im Bereich der Weinwirtschaft tätig sind, unterstützen. Dabei hat es keinen Sinn, dass wir in geregelten Märkten versuchen, sozusagen von uns aus das Rad neu zu erfinden. Wir können ergänzen, unterstützen und Eigeninitiative fördern, auch zusätzliche Standbeine unterstützen, die man sich neben der zentralen Landwirtschaft schafft.

In diesem Zusammenhang sehe ich den Streit darüber, ob wir jetzt eine Agrarwende brauchen oder nicht als einen mehr akademischen Streit an. Es wird immer so sein, dass der Löwenanteil der Landwirtschaft unter guter fachlicher Praxis in der klassischen Form fortgeführt wird. Diejenigen, die ökologisch wirtschaften, haben genauso unseren Respekt und unsere Unterstützung verdient. So werden wir das handhaben und uns nicht in einem Grundsatzstreit verlieren und nichts mehr machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Manchmal ist es so, dass Menschen unverschuldet in Bedrängnis geraten. Gerade heute ist ein zweiter Schweinepestfall in der Eifel gemeldet worden. Wir reden dann von einer ganz konkreten Bedrängnis von Menschen. Wir wollen auch dort im Rahmen unserer

Möglichkeiten helfen. Ich bin auch aus Kreisen der CDU-Landtagsfraktion aufgefordert worden, man solle an die Grenzen dessen gehen, was die EU erlaube. Gemeint war, darüber hinauszugehen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Es war nicht von Ihnen, Herr Schmitt. Sie machen doch nicht alles. Es gibt auch noch ein paar andere Abgeordnete bei Ihnen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist Realität. Es ist publikumswirksam im Beisein von betroffenen Landwirten gemacht worden. Wenn ich Betroffener wäre, würde ich wahrscheinlich auch sagen, dass es so gemacht werden soll. Was schert mich EU-Recht? Ich sage aber deutlich, wir werden solche Wege nicht gehen. Lösungen, die Scheinlösungen sind und die man nachher wieder einsammeln muss, sind keine Lösungen. Sie werden die Leute enttäuschen und letztendlich auch zu Abwendung von jeglichem Vertrauen gegenüber politischer Verantwortung führen. Das hat keinen Sinn.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lassen Sie uns deshalb versuchen, dort zu helfen, wo wir helfen können. Ich möchte ein Beispiel herausgreifen, das auch an anderer Stelle immer wieder genannt wird. Wir hatten es beim BSE und bei den Rinderzüchtern. Es gibt in der Betroffenheit durchaus Querverbindungen zwischen den Rinderzüchtern und den Schweinezüchtern bzw. denjenigen, die Mastbetriebe haben. Es kommt darauf an, dass wir schauen, wo wir an solchen Stellen gezielt helfen können.

Wir können sicher helfen, was eingeleitet ist und geschehen wird, indem wir die Tierseuchenkasse entsprechend unterstützen. Es ist nicht so, als müssten wir dazu erst aufgefordert werden. Die Hälfte der Kosten zur Tötung und zur Beseitigung der Tiere wird vom Land getragen. Bisher ist der Defizitenausgleich geregelt worden.

Jetzt ist auch eine konkrete Forderung bei einem solchen Gespräch von einem hohen Funktionsträger der Landwirtschaft an mich herangetragen worden. Es hieß, es gehe noch 1 Million oben drauf. Entschuldigung, das ist kein Weg, den man gehen kann. Wir werden das vielmehr, im Vertrauen auf die Einsichtsfähigkeit aller, die an einem solchen gemeinsamen Aufgabenfeld beteiligt sind, seriös machen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist bereit und hat dafür auch die notwendigen Ressourcen innerhalb der Haushaltsansätze geschaffen, bei dem folgenden Punkt Mittel zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich ausdrücklich in besonderer Weise bei Herrn Präsident Blum. Voraussetzung ist, dass es gelingt, dass die Landwirtschaft mit den Versicherungsverbänden vernünftige Vertragskonditionen aushandelt. Es macht keinen Sinn, dass wir Versicherungsprämien zugunsten der Versicherungen unterstützen. Dies wollen wir sicher alle gemeinsam nicht. Wenn es aber gelingt, eine vernünftige Basis zu

finden, dann sind wir bereit, in einer Größenordnung von bis zu 50 % solche Versicherungen zur Entlastung der Landwirte, die Schweine züchten, mit zu unterstützen. Meine Damen und Herren, ich denke, das ist ein Wort, das in der Tat hilfreich sein kann.

Ich sage es jetzt, ohnehin wollten wir nicht darüber reden, bis es abgeschlossen ist. Ich höre an allen Ecken und Enden, dass öffentlich darüber geredet wird. Für die Landesregierung will ich diesbezüglich eine Positionsbestimmung abgeben, damit das Parlament anständig in eine solche Absicht eingebunden ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, in einer solchen Weise zu helfen, ist unser Ansatz, genauso wie es für den Weinbau unser Ansatz war. Ich bin Herrn Kollegen Bauckhage dankbar, dass er es umgesetzt hat, und wir sagen, es macht keinen Sinn, dass wir Versprittungsanreize geben und damit die hervorragende Qualität, die ganz viele Weinbaubetriebe mit ihrer Arbeit erreicht haben, von hinten her konterkarieren, weil darüber geredet wird, Rheinland-Pfalz rede nur über Versprittungsprämien. Das haben wir deutlich gemacht.

In einem Flugblatt von einem Landkreis an der Mosel habe ich etwas gelesen. Es wurde verteilt und von Unionsrepräsentanten unterschrieben. Ich soll gesagt haben, ich wäre dafür, dass unrentable Weinbauflächen abgebrochen werden und nicht mehr bestehen sollten. Dies ist dann auf den Steillagenweinbau umgesetzt worden. Das ist eine solche Verballhornung dessen, was ich in Trier bei einer Weinbautagung der Friedrich-Ebert-Stiftung wirklich gesagt habe, dass ich sie herzlich bitte, dass wir uns nicht so bewusst missverstehen.

Es ging exakt um solche Flächenanreize, die wir nicht weitergeben können und wollen. Das ist die Politik dieser Landesregierung. Wir haben immer gesagt, wir werden das Unsere tun, um Nachteilsausgleiche gerade für die Steillagen und Steilstlagen zu geben. Vielleicht ist es jetzt richtig gestellt. Ich habe manchmal den Eindruck, dass man manches gar nicht wahrnehmen will, weil es doch so schön ist, wenn man einem etwas anhängen kann, auch wenn man nach so vielen Jahren eigentlich überzeugt sein könnte, dass er auf der Seite der Winzer und nicht auf einer anderen steht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war es zum wirtschaftlichen Tableau. Wir sollten uns gegenseitig nichts vormachen. Weder im Zeitablauf des Doppelhaushalts noch in den kommenden Jahren werden wir Wirtschaftswachstumsraten haben, die das Problem der Arbeitslosigkeit in ihrer Gänze beseitigen. Wir brauchen Wirtschaftswachstumsraten. Das ist eine Grundlage, damit wir erfolgreich an dieses Problem herangehen können. Wir werden diese Herausforderung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik flankieren müssen. Man muss darüber reden und diskutieren, wie diese aussehen. Darauf beziehen sich auch die Vorschläge, die Herr Kollege Gerster gemacht hat und macht.

Ansätze wie das „Mainzer Modell“ haben nie den Anspruch erhoben, das sei die Lösung des Problems. Es ist ein Ansatz, ein Baustein, dem Problem Herr zu werden. Ich hätte mir gewünscht, dass das nicht alles in Grund und Boden geredet und geschrieben würde, wie dies teilweise bei uns in Deutschland zeitlich Usus geworden ist. Ich denke, wir tun gut daran, Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

Herr Kollege Böhr, ich will ausdrücklich sagen, dass bei einem Volumen von 50 Millionen Euro in diesem Doppelhaushalt eine 3%ige Kürzung nicht den Zusammenbruch aller Arbeitsmarktpolitik mit sich bringt. Das will ich nicht tun. Man muss in jedem Einzelfall hinschauen dürfen. Ich würde gern darauf hinweisen dürfen, dass Sie zu Recht als Opposition sagen würden: Wo wart ihr denn, habt ihr geschlafen und den Zug versäumt, wenn morgen eine europäische Programmatik aufgelegt würde, wenn morgen Ansätze seitens der Bundesregierung oder des Bundsparlaments kämen und wir nicht die Möglichkeit der Komplementärfinanzierung hätten? – Ich rate dazu, dass wir diese Anstrengungen weiterhin aufrechterhalten.

Viele von Ihnen und ich waren vergangene Woche bei der Einweihung des neuen Qualifikationszentrums für behinderte Menschen in Bitburg. Ich finde, es hat sich gelohnt, dass wir uns gemeinsam mit der Europäischen Union, mit anderen europäischen Regionen und Ländern, gemeinsam mit der Bundesregierung mit sage und schreibe 29,6 Millionen DM beteiligt haben. Es ist fertig gestellt worden, Herr Kollege Dr. Auernheimer. Das ist eine große Anstrengung. Wir haben dort eine Chance, Menschen, die sonst aufgrund ihrer körperlichen, seelischen oder geistigen Beeinträchtigung keine Möglichkeit mehr haben, aus diesem Teufelskreis der ewigen Sozialkassenabhängigkeit herauszukommen, zu helfen. An solch einer Stelle lohnt sich das Engagement. Dabei wollen wir in Zukunft auch bleiben.

Wir nehmen sehr gern auf, dass wir jede einzelne Maßnahme, auch wenn sie erfolgreich war, nach einiger Zeit evaluieren und schauen, ob sie noch passt und erfolgreich ist. Das ist nicht der Punkt. Insgesamt brauchen wir begleitend zu einer vernünftigen wirtschaftlichen Entwicklung eine gezielte Arbeitsmarktpolitik, weil wir ansonsten mit der Geißel der Arbeitslosigkeit nicht zurechtkommen und den betroffenen Menschen nicht ausreichend Hilfe und Unterstützung zukommen lassen würden.

Das sage ich aus meiner Sicht zum Thema „Arbeitsmarkt“. Ich darf an dieser Stelle eines betonen: Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass dieses Land Rheinland-Pfalz Arbeitsmarktzahlen aufweist, die sich an der dritten bzw. vierten Stelle je nach Jahreszeit und sektoraler Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hinter Bayern und Baden-Württemberg bewegen. Das hat Herr Kollege Mertes zu Recht gesagt. Das hätte vor wenigen Jahren niemand zu prognostizieren gewagt, dass dies so ist. Wir dürfen es so sagen. Es ist kein Vorwurf gegen frühere Regierungen, sondern schlicht und einfach Ausweis dafür, dass sich dieses Land positiv entwickelt hat.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, dass es Ihnen nicht gefällt, ist Ausweis dafür, dass Sie vielleicht noch einmal über die Entwicklung nachdenken sollten.

An dieser Stelle will ich noch einmal sagen dürfen, dass noch vor fünf Jahren in oder um Pirmasens, in oder um Kaiserslautern, in oder um Bad Kreuznach kein Mensch geglaubt hätte, dass diese Arbeitsamtsbezirke heute im Februar des Jahres 2002 deutlich besser dastehen als eine ganze Latte von bayerischen Arbeitsamtsbezirken, bei denen angeblich alles so gut und in Ordnung ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Mittrücker, vielleicht beziehen Sie es auch einmal in Ihre Rede mit ein. Die Wahrheit ist, Hof verzeichnet 11,8 % Arbeitslosigkeit, Passau 10,5 %, Bayreuth 10,2 %, Pirmasens 9,6 % und Kaiserslautern 9,4 %. Das ist die Wahrheit.

(Schreiner, CDU: Wie groß ist die Abwanderung?)

– Ach, die Abwanderung aus Bad Kreuznach oder Pirmasens. Lieber Herr Kollege Schreiner, der Schreiner kann nicht bei seinen Leisten bleiben, das ist der Schuster. Das ist wirklich nicht die Abwanderung. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Das möchte ich Ihnen sagen.

(Zuruf von der CDU)

Lieber Gott, bis zur nächsten Wahl sind es noch weit über vier Jahre. Insoweit sollten wir die Chance nutzen und das unterstreichen, was wir und die Menschen gemeinsam erreicht haben, um den Menschen Mut zu machen, es lohnt sich, auf dem Weg weiterzugehen. Es sollte nicht alles schlechtgeredet werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich komme zu dem Stichwort „Konversion“. Herr Böhr hat völlig Recht, es hat auch an anderen Stellen Herausforderungen gegeben. Wir sind uns sicher einig, dass in der Zahl der Soldaten, die abgezogen worden sind, allenfalls Brandenburg bezogen auf die sowjetischen Streitkräfte eine ähnliche Situation zu verzeichnen hat. Diese haben für die dortige Volkswirtschaft überhaupt keine Rolle gespielt. Sie haben zerstörte Liegenschaften hinterlassen. Sie haben aber für die Volkswirtschaft überhaupt keine Rolle gespielt. Die mehr als 70.000 amerikanischen und französischen Streitkräfte und ihre Familien sind Teil unseres gemeinschaftlichen Lebens und unserer Volkswirtschaft gewesen. Die rund 27.000 Zivilbeschäftigten haben ihre Arbeitsplätze gehabt und ihr Leben gestaltet. Zu nennen sind auch noch die 6.000 Menschen, die unmittelbar in Rüstungsbetrieben gearbeitet haben. Auch diese haben ihre Arbeit verloren. Für diese gilt das Gleiche. Das war volkswirtschaftlich ein Aderlass, wie er sonst vergleichbar in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorgekommen ist, zu dem die anderen Strukturveränderungen hinzukommen, die die anderen auch hatten.

Er ist größer als das, was sich im Bereich des Bergbaus abgespielt hat. Insoweit darf ich noch einmal festhalten,

außer in einigen kleineren Punkten – beispielsweise in Bitburg – ist uns vom Bund weder früher noch heute dazu Hilfe gegeben worden. Wir haben dies aus eigener Kraft geschafft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben dafür – ich habe jetzt den laufenden Haushalt auch in DM Pi mal Daumen umgerechnet, damit das vergleichbar ist, weil ich nicht alle Zahlen in der Addition jetzt auf Euro umrechnen wollte – über 2,6 Milliarden DM in den letzten Jahren – den jetzigen Haushalt, über den wir gerade beraten – zusätzlich aufgewendet. Wenn das nicht eine Herausforderung ist, dann weiß ich es nicht, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Verehrter Herr Bracht, jemand wie Sie, der einen Wahlkreis hat, in dem diese Herausforderung besonders erfolgreich bestanden worden ist, müsste hierher kommen und Beifall klatschen und nicht alles kaputtreden. Das ist die schlichte Wahrheit.

(Starker Beifall der SPD und Beifall der FDP – Zuruf des Abg. Bracht, CDU – Jullien, CDU: Hochwürden!)

– Ja gut, ich mach Ihnen gern Platz, wenn Sie Beifall klatschen wollen.

(Jullien, CDU: Hoch lebe der Kurfürst!)

– Nein, nein. Lieber Herr Jullien, es geht nicht um ein Hoch für irgendjemanden, es geht darum, dass ein erfolgreicher Weg nicht kaputtgeredet werden darf. Sonst wird man auch der Rolle einer Opposition nicht gerecht. Das ist der Punkt.

(Starker Beifall der SPD und Beifall der FDP – Zuruf von der CDU)

Ich will Ihnen eine kleine Geschichte erzählen.

(Schmitt, CDU: Nicht wieder!)

Ich hatte einmal einen Nachbarn, der einen Hund gehabt hat. Der zweite Teil des Hofes, wo er eingesperrt war, war immer abgesperrt. Bei jedem, der außen bei uns am Haus vorbeigelaufen ist, hat er immer gebellt. Eines Tages, als die Leute auf dem Feld waren, ist wirklich eingebrochen worden. Der Hund hat wieder gebellt. Keiner von uns hat es wahrgenommen, weil er immer gebellt hat. Sie sollten sich das einmal sehr sorgfältig überlegen.

(Beifall der SPD und der FDP – Jullien, CDU: Das war der Hund, der abends die Hühner gezählt hat!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte gesagt, dass wir uns vorgenommen haben, uns auf die Zukunft, auf diese Internationalität vorzubereiten. Das gilt in vielerlei Hinsicht. Es gilt natürlich in besonderer

Weise für den Bereich der Infrastruktur, die so sein muss, dass wir unsere geostrategische Lage, was die wirtschaftliche Situation angeht – früher ist sie uns immer nur militärisch zum Verhängnis geworden; jetzt müssen wir sie zum wirtschaftlichen Vorteil entwickeln, und dazu bedarf es eben Straßenanbindungen, ob die GRÜNEN das richtig finden oder nicht –, wenn wir nicht mit unseren Nachbarn zusammenkommen können, werden wir keinen gemeinsamen Wirtschaftsraum hier im Südwesten der Bundesrepublik, hier im Herzen Europas, hinbekommen. Das ist schlicht und einfach so.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wissen Sie, ich erlebe, wie Sie sich und die Ihren vor Ort positionieren. Dass Sie hier manchmal vornehmer reden, ist eine andere Sache, aber vor Ort erleben wir Kampf gegen alles, was sich nur rührt.

(Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie bitte?)

Wenn eine Straßenwalze irgendwo im Museum angeschaut wird, ist das schon des Teufels.

(Beifall des Abg. Creutzmann, FDP)

Da erlebt man schon vieles. Ich bin weiß Gott kein Straßenbaufetischist, aber wir waren von unseren europäischen Nachbarn und von anderen Nachbarn abgeschnitten, und wir waren auf Nord-Süd-Transversalen eingerichtet, und wir müssen jetzt auch auf Ost-West-Transversalen eingerichtet werden – da beißt keine Maus einen Faden ab –, oder wir bekommen auf Dauer keine vernünftige Entwicklung hin. Das muss mit Augenmaß und Ziel geschehen, aber es muss passieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dass man in diesem Zusammenhang meint, jetzt ausgerechnet Hans-Artur Bauckhage ständig nur Straßen vorhalten zu können, reden Sie doch einmal mit den Leuten, die an Eisenbahnverkehren interessiert sind, ob es irgendwo in der Bundesrepublik Deutschland, auch dort, wo rotgrün regiert wird, auch nur ansatzweise solche Investitionen in den schienengebundenen Nahverkehr und in den Güterverkehr gegeben hat.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir diese Sonderanstrengung auch miteinander umsetzen. Sie gehört zu der Zukunftsfähigkeit dazu. Dass wir uns dazu eines Instruments, nämlich des LSV, bedienen, ist eine der guten Erfahrungen, die wir aus anderen Bereichen – LBB – abgeleitet haben. Ich bin ganz sicher, dass wie beim LBB in wenigen Jahren auch andere Länder diese Form aufnehmen werden und vielleicht in der einen oder anderen Modifikation dann nachvollziehen werden.

Natürlich ist es so, dass wir uns in besonderer Weise auf die Zukunft vorbereiten müssen, indem wir in Bildung,

Forschung und Hochschulen investieren. Ich will gar nicht verkennen, dass wir im Bereich der Hochschulen viel höhere Finanzbeträge sehr gut gebrauchen könnten, wenn wir sie denn hätten.

Meine Damen und Herren, ich finde, es hat etwas mit der besonderen Erfahrung des früheren Universitätspräsidenten Professor Dr. Zöllner zu tun, dass es ihm gelungen ist, die Hochschulen in diesem Land Rheinland-Pfalz durch eine Vielzahl von Fachhochschulen und durch Forschungseinrichtungen zu ergänzen, und es ihm gelungen ist, trotz enger Kassen und trotz eng gestrickter Budgets an den Hochschulen die Hochschulen in eine Situation zu versetzen, dass sie durch Autonomie, Anreize und Entscheidungsfähigkeit im personellen Bereich – zukünftig auch was die Liegenschaften angeht und vieles andere mehr – sagen: Wir können damit etwas anfangen, wir können damit arbeiten.

Ich habe gerade in der letzten Woche mit dem neuen Präsidenten der Mainzer Universität ein Gespräch geführt. Natürlich sehen diese Leute die Realität und würden gern auch mehr finanzielle Ausstattung haben. Wer nicht? Wir würden sie auch gern geben, wenn wir es könnten, aber es wird dort vorangegangen. Es wird dort gesagt: Wir kommen damit zurecht, und wir betrachten dieses Vertrauen, das uns entgegengebracht wird, auch als etwas, mit dem wir gestalterisch tätig sein können. Ich finde, auch das dürfen wir festhalten.

Wenn dann dazu der Bereich der Schulen, der Bereich der Kindertagesstätten in der vielfach hier besprochenen und deshalb von mir nicht notwendigerweise zu wiederholenden Form kommt, dann sind dies Anstrengungen, die in diese Zukunft hineinführen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Vizepräsidentin Frau Hammer
übernimmt den Vorsitz)

Herr Kollege Böhr, ich habe Ihre Zahlen, was diese Bildungsgefälle-Geschichte angeht, nicht nachvollziehen können. Ich sage das nicht als Vorwurf. Das ist auch schwierig möglich, wenn man das nicht vor sich hat. Aber dass wir das Tal der Ahnungslosen oder Tränenreichen, oder wie immer das auch heißen sollte, seien, würde ich mir gern anschauen. Nur, die Zahlen, die man nachprüfen kann, sprechen eine andere Sprache. Wir hatten im Jahr 1990 eine Aufwendung für Schulausgaben – da habe ich Kultur nicht hereingerechnet; ich kann mir vorstellen, wenn man in Berlin die Schulen abschaffen würde, hätten die immer noch höhere Ausgaben als wir wegen des hohen Kulturhaushalts, da muss man also ein bisschen vorsichtig sein, was man da postuliert, also nur Schule, und darum ging es in der Sache bei dem Angesprochenen –, von 14,23 % des Gesamtetats. Es werden im Jahr 2003, wenn Sie den Haushalt hier so verabschieden, 16,62 % sein.

Jetzt will ich Ihnen noch eine Zahl dazu nennen, damit Sie nicht später wieder sagen, der hat falsche Zahlen genommen, weil da ein Wechsel stattgefunden hat. 1996 haben wir die Beihilfekosten und die Versorgungskosten herausgenommen und sie im Einzelplan 20 allgemein etatisiert. Deshalb vergleiche ich noch einmal die letzten Jahre, die man nur so vergleichen kann. Es waren 1996

– diese Kosten herausgerechnet, also dann unmittelbare Schulkosten – 18,64 % am Gesamtetat. Es werden – so gerechnet – 22,09 % am Gesamtetat sein. Wo Sie da einen Steinbruch erkennen können, ist mir nicht klar. Ich sehe eine Tendenz, von der man sagen kann, sie müsste immer noch stärker sein – gut, das mag man als Meinung vertreten –, aber dass wir in diesen Fragen nach unten oder rückwärts marschieren, das bitte ich doch zur Kenntnis zu nehmen, ist schlicht und einfach unzutreffend, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Um mit den Kollegen Mertes und Kuhn zu sprechen, wir geben auch vor dem Hintergrund einer wirklich veränderten weltweiten Lage, einer veränderten europäischen, einer veränderten deutschen Lage und einer veränderten Finanzlage den Willen zur Gestaltung nicht auf. Deshalb bleibt es bei diesen zentralen Vorhaben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Im Übrigen, wenn Sie mir ein kleines Wort am Rand – das ist weiß Gott nicht bedeutend bei den Größenordnungen, um die es hier geht – gestatten, weil es so schön ist, die Staatskanzlei habe – wie viel Stellen zusätzlich? – 18 Stellen, glaube ich, zusätzlich geschaffen. Ich habe mir das jetzt auch einmal angesehen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich will doch noch einmal sagen dürfen, dass wir eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben in der Staatskanzlei konzentrieren, darunter auch das, was vorhin Callcenter genannt worden ist, also ein Bürgerbüro.

Ich finde, das ist das Einlösen eines Wahlversprechens, das ich gegeben habe. Wir haben gesagt, wir werden unsere Politik, nah bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sein, noch intensiver gestalten. Wenn das am Ende mit diesen Dimensionen einhergeht, auch was die Stärkung der Verbraucherschutz Aufgabe und die Konzentration im Bereich des Multimediaauftritts anbelangt, sich in diesen Größenordnungen abspielt, dann sollten Sie es für vertretbar erachten.

Meine Damen und Herren, ich will darauf verzichten, damit nicht der Eindruck entsteht, ich wolle Wahlkampf machen.

(Zurufe von der CDU)

– Manche können nur in diesen Kategorien denken. Das ist dann ein Problem.

Ich will darauf verzichten, Ihnen die Zahlen zu nennen, wie die bayerische Staatskanzlei ausgestattet ist.

(Jullien, CDU: Wir sind in Rheinland-Pfalz!)

Sie kommen darauf, dass dort 185,5 Stellen mehr zur Verfügung stehen, als dies hier der Fall ist. Ich will Ihnen dies nur sagen. Wenn man beim Kaffeeklatsch allzu

dreist dreinklatscht, dann kriegt man selbst Spritzer ab. Das habe ich im Leben auch schon gelernt. Es ist so.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU)

Das aber nur am Rand.

(Zurufe von der CDU)

Ich gebe zu, es macht sich gut. Wenn ich an Ihrer Stelle sitzen würde, würde ich es vielleicht auch anprangern. Trotzdem muss man es ansprechen dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind bei dem Rahmen, um den es geht, nämlich: Wie bekommen wir das mit der finanzpolitischen Gesamtverantwortung zusammen, wie bekommen wir das auf diesen Nenner? – Es ist gesagt worden, das, was Herr Kollege Dr. Deubel und Herr Kollege Mittler gesagt haben, sei Schönfärberei. Aber auch da rate ich, bevor Sie das behaupten, sich die Zahlenreihen anzuschauen. Ich kann nur sagen, wenn Sie sich die Kreditfinanzierungsquote anschauen, also den Teil, der jeweils als Anteil an einem Haushalt in dem entsprechenden Jahr durch neue Kredite finanziert worden ist, dann haben Sie in den Jahren 1980 bis 1991 – der letzte Haushalt, der von Ihnen verantwortet ist – im Durchschnitt eine Kreditfinanzierungsquote von 9,3 %. Wenn Sie die Jahre 1992 bis 2003 nehmen, also den Vergleichszeitraum, für den wir Verantwortung tragen, dann kommen Sie auf eine Kreditfinanzierungsquote von 7,8 %.

Meine Damen und Herren, da kann man sagen, das ist immer noch zu hoch. Darüber mag man streiten. Dann muss man konkrete Vorschläge machen. Aber diese Globalvorwürfe, als würden wir mehr Geld ausgeben, das wir nicht haben, als dies früher der Fall gewesen ist, sind schlicht und einfach falsch, nicht richtig. Die These von Herrn Dr. Deubel ist richtig, nämlich dass wir einen Löwenanteil der Schulden der früheren Situation zu verdanken haben.

(Beifall der SPD und des
Abg. Kuhn, FDP)

Im Übrigen, wenn Sie die letzten drei Jahre betrachten, kommen wir auf einen Durchschnitt von 7,2 % Kreditfinanzierungsquote.

Ich will nicht ständig mit Zahlen „herumfuhrwerken“. Aber wenn hier behauptet wird, das Gegenteil wäre der Fall, Entschuldigung, dann muss ich mich mit Fakten und Zahlen, die jede Frau und jeder Mann nachlesen kann, zur Wehr setzen dürfen.

Herr Dr. Böhr, das, was Sie gesagt haben, ist in der Sache, von den Fakten her nicht zu halten.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

– Lesen Sie es nach.

(Jullien, CDU: Rechnungshof!)

– Der Rechnungshof hat keine falschen Zahlen genannt. Aber hier sind falsche Entwicklungen aufgezeigt worden, ohne Zahlen zu nennen. Ich widerlege es Ihnen jetzt mit klaren Zahlen, klaren Fakten, klaren Daten.

(Jullien, CDU: Lesen Sie den Bericht des Rechnungshofs!)

– Sie müssen mir nicht sagen, was ich lesen soll. Natürlich lese ich den Rechnungshofbericht. Ich muss damit umgehen.

(Jullien, CDU: Er könnte auch Ihnen behilflich sein!)

– Sie polemisieren damit, und ich muss damit umgehen. Das ist gar keine Frage.

Meine Damen und Herren, auch das darf man sagen: Wenn Sie die Investitionen der letzten Jahre betrachten, dann ist es in der Tat so, und daran gibt es nichts abzustreichen, dass wir in einer Größenordnung von 43 % diese Investitionen aus erbrachten Mitteln, also nicht aus Krediten, finanziert haben. Wenn wir in vielen Unternehmen eine solche Situation hätten, wären diese froh, wenn sie dies aus eigenen Mitteln in diesen Dimensionen darstellen könnten. Ich bin damit nicht zufrieden, und ich lehne mich deshalb auch nicht zurück. Aber es kann auch nicht so getan werden, wie es hier gemacht worden ist, nämlich zu sagen, alles, was wir investiert haben, und die Höhe unserer Investitionsquote sei – so ist dies dargestellt worden – ausschließlich kreditfinanziert.

Meine Damen und Herren, was Sie hier gesagt haben, ist schlicht und einfach falsch gewesen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will es bei diesen Zahlen noch nicht bewenden lassen, weil ich noch ein paar andere Legenden richtig stellen will.

Es ist immer der Vorteil, wenn man noch einmal reden kann, wenn man die Chance hat, drei Minuten länger zu reden.

Es ist behauptet worden, das Land Rheinland-Pfalz stehe, was seine Steuerkraft anbelange, an letzter Stelle in der Bundesrepublik Deutschland, allenfalls noch vor Sachsen-Anhalt. Dies ist gründlichst falsch.

(Böhr, CDU: Nein!)

– Herr Dr. Böhr, ja, gut. Dann verändern Sie die Zahlen des Finanzplanungsrats. Lieber Herr Dr. Böhr, die habe ich gerade zur Hand.

Ich nenne Ihnen die Zahlen: Wenn Sie den Durchschnitt gleich 100 setzen – so wird hier gerechnet –, dann sind wir bei 94,9 %, Nordrhein-Westfalen bei 107,4 %, Bayern bei 124,5 %, Baden-Württemberg bei 124,2 %, Niedersachsen bei 89,4 %, hinter uns, Hessen bei 143,3 %, Sachsen bei 34,3 %, Sachsen-Anhalt bei 30,0 %, Schleswig-Holstein bei 100,4 %, Thüringen bei 30,7 %, Brandenburg bei 39,4 %, Mecklenburg-Vorpommern bei

30,1 %, Saarland bei 83 %, Berlin bei 83 %, Hamburg bei 173,8 % und Bremen bei 103,6 %.

Meine Damen und Herren, wir liegen absolut im Mittelfeld. Was Sie hier behaupten, wir wären dort Schlusslicht – – – Wir sind unterdurchschnittlich. Wir waren immer unterdurchschnittlich. Aber wir haben aufgeholt.

Meine Damen und Herren, diese 94,9 % sind zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Das ist die Realität. Das ist die Wahrheit. Vielleicht können wir es korrigieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Also das zu diesen Legenden, die hier ständig gestrickt werden.

(Böhr, CDU: Das ist keine Legende! – Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns dann, wenn wir uns darüber einig sind, dass wir in der Tat bei den Einnahmen aufgrund der Steuerreform und aufgrund der genannten wirtschaftlichen und weltweiten Entwicklungen ein Problem haben, einen Blick auf die Ausgabenentwicklung werfen, weil wir hier zumindest zu einem Teil, soweit dies nicht bundesgesetzlich festgelegt ist, unmittelbar beeinflussen können. Auch dort möchte ich die Ausgabensteigerung der letzten Jahre im Vergleich zu anderen Ländern, auch solchen, die traditionell sehr viel besser dastehen als wir, nennen dürfen.

Wir hatten in Rheinland-Pfalz eine Ausgabensteigerung 2000 auf 2001 von 2,0 %. Das ist exakt der Wert des Finanzplanungsrats. Im gleichen Jahr haben Baden-Württemberg 4,3 %, Bayern 2,4 % und Nordrhein-Westfalen 2,7 % verzeichnet. Wenn Sie 1999 auf 2000 nehmen, dann haben Rheinland-Pfalz 1,3 %, Baden-Württemberg 5,7 % – ich füge in Klammern hinzu: da ist ein Sondereffekt hineingekommen wegen des Rückkaufs von Anteilen; das muss man herausrechnen, um seriös zu bleiben –, Bayern 2,3 % und Nordrhein-Westfalen 1,5 % verzeichnet.

Wir legen Ihnen jetzt einen Haushalt mit einer Steigerung von 0,7 % für dieses Jahr und 1,9 % für das nächste Jahr vor, wobei die 1,9 % etwas mit dem niedrigen Basiseffekt und mit der zu erwartenden Lohn- und Tarifrunde zu tun haben, die uns ins Haus steht.

Ich glaube auch wie Sie, dass wir noch Reserven in diesem Haushalt haben, die wir herausfinden müssen. Das ist gar keine Frage.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Danach suchen wir ständig.

Meine Damen und Herren, aber die globale Betrachtung, diese 0,7 % noch weiter nach unten zu drücken, müssen Sie schon mit mehr Daten und Fakten belegen, als Sie dies bisher getan haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang will ich auf den einen oder anderen Vorschlag zurückkommen. Ich bin zwar auch Parla-

mentarier, aber ich will mich Bewertungen enthalten. Nach 23 Jahren Landtagszugehörigkeit hat es mich aber dennoch überrascht, dass die Union Haushaltsberatungen mitgemacht hat, die – wenn ich es richtig weiß – am vorletzten Donnerstag im Haushalts- und Finanzausschuss abgeschlossen worden sind. Kaum war es Montag, hat die Union das Angebot eines Stabilitätspakts gemacht.

(Zurufe der CDU: Vorher!)

Sie haben am Montag, nachdem am Donnerstag die Haushaltsberatungen abgeschlossen worden sind, das Angebot öffentlich gemacht und der Regierung vorgeschlagen.

(Mertes, SPD: Genauso war es! –
Zurufe der CDU: Nein!)

– So war es. Schauen Sie doch einmal nach.

(Unruhe im Hause)

Formalisten stören mich nicht, weil man sagen kann: Wenn wir wollen, können wir noch einmal von vorn anfangen. Das ist überhaupt keine Frage.

Diese Haushaltsberatungen waren nach meiner Erinnerung die längsten, die wir jemals hatten. Ob man drei Tage nach Abschluss der Haushaltsberatungen solche Vorschläge machen muss, lasse ich einmal dahingestellt. So lange haben wir noch nie beraten. Es können einem aber noch sehr spät gute Ideen kommen. Das ist keine Frage.

Ich glaube allerdings eher, dass Sie, als die Diskussion über den Stabilitätspakt bundesweit aufgekommen ist, gedacht haben: Das ist eine Chance. Auf den Zug springen wir auf. – Das ist meines Erachtens ein größerer Motor gewesen als wirkliche Vorschläge.

Ich habe mir einmal zusammenstellen lassen, was Sie entgegen der Ausgabenschwerpunkte, die Sie genannt haben und die ich respektiere – – – Das kann man so sehen. Es ist Ihr gutes Recht, eigene Ausgabenschwerpunkte zu formulieren. Dort nicht einbezogen sind allein in diesem Jahr – von Januar bis Anfang März – Forderungen, die sich, wenn man ganz vorsichtig rechnet, auf 87,8 Millionen Euro bzw., wenn man ein bisschen reichlicher rechnet, auf 106,9 Millionen Euro belaufen. Das haben Sie in diesem Jahr gefordert, in Ihrem Stabilitätspakt aber mit keinem Wort erwähnt.

Kann man das zusammenbringen? Geht das wirklich auf eine Reihe? Ist das ernst zu nehmen? Muss das für uns ein Ansatz sein, die Haushaltsberatungen neu zu beginnen, wenn man solch große Brocken, die man selbst fordert, daneben stehen lässt und einfach nicht darüber redet?

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann würde ich Ihren Mitarbeitern, die gerechnet haben, raten, zu schauen, ob nicht manche Vorschläge, die ich gern als gutwillig einstufen will, sehr abenteuerlich sind. Sie haben beispielsweise vorgeschlagen, die Personal-

kosten bei den Ministerien zu reduzieren. Diese Vorschläge bedeuten, dass wir, wenn wir das Ziel im Jahr 2002 noch erreichen wollten, rückwirkend zum 1. Januar 2002 250 Leute entlassen müssten.

(Böhr, CDU: Für wie blöd halten
Sie uns eigentlich?)

– Ich halte Sie gar nicht für blöd. Das ist ein einfaches Rechenexempel. Genau das haben Sie vorgeschlagen.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

Ich habe sie gelesen und rechnen lassen. Genau das ist Ihr Vorschlag.

(Böhr, CDU: Nein, Sie haben
sie nie gelesen!)

– Entschuldigung, wenn ich Sie dabei ertappe, können Sie nicht behaupten, wir hätten es nicht gelesen. Das ist exakt so. Genau das haben Sie vorgeschlagen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Böhr, CDU: Das ist so billig!)

– Herr Kollege Böhr, ich versuche nur, mit Realitäten zu argumentieren.

(Böhr, CDU: Das ist billig,
nicht die Realität!)

Darüber hinaus behaupten Sie als Grundlage der Analyse, weshalb abgebaut werden soll, dass sich das Personal in den vergangenen Jahren vermehrt habe. Das stimmt auch nicht. Obwohl wir unter dem Strich fast 3.000 Lehrer zusätzlich eingestellt haben, liegen wir unter dem Strich unter dem Stand – – –

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

– Herr Jullien, regen Sie sich doch nicht auf. Sie können nachher alles sagen, was Ihnen einfällt. Sie haben aber schon aufgeschrieben, was Sie sagen wollen. Deshalb wird es schwierig werden.

(Beifall bei SPD und FDP –
Böhr, CDU: Er trifft aber den Punkt!)

Sie haben vorgeschlagen, dass im Bereich der Ministerien diese Einsparungen vorgenommen werden sollen, die diesen 250 Stellen entsprechen. Ihnen müsste, wenn im Jahr 2002 das Ziel erreicht werden sollte, rückwirkend zum 1. Januar schon gekündigt sein. Das ist die Wahrheit. Darüber können Sie nicht hinwegreden. Das ist so, oder Ihre Rechnung geht nicht auf.

(Jullien, CDU: Da waren keine Lehrer
und Polizisten dabei gewesen!)

Wenn man sich als Opposition auf konkrete Vorschläge einlässt, muss man gewähren, dass andere nachrechnen und feststellen, ob es stimmt oder nicht stimmt.

Insoweit kann ich das, was Sie vorgeschlagen haben, nicht als konkretes Angebot nutzen, weil es den Fakten

nicht standhält. Ich sage Ihnen aber gern zu, dass wir uns mit den Anregungen, die in Ihren Vorschlägen stecken, natürlich befassen werden.

Ich bin beispielsweise froh darüber, dass der Vorwurf, der noch in der ersten Beratung eine Rolle gespielt hat, wir hätten eine zu große Globale Minderausgabe eingestellt, deshalb nicht mehr aufrechterhalten werden kann, weil Sie einen Teil Ihrer Vorschläge mit einer eigenen oben drauf gesetzten noch höheren Globalen Minderausgabe gedeckt haben. Ich bin froh, dass wir uns darin einig sind und das offensichtlich ein Instrument ist, das auch Sie jetzt akzeptieren.

Insgesamt gibt es sicher Anregungen, die Sie gegeben haben. Damit werden wir uns im Haushaltsvollzug und in der Zukunft ehrlich auseinander setzen.

Verehrte Frau Fraktionsvorsitzende Thomas, ich hätte mir gewünscht, dass Sie uns in dem, was Sie gesagt haben, Aufklärung hätten zuteil werden lassen, wie Ihre im Internet nachzulesende Forderung, dass Kindergärten beitragsfrei werden, umgesetzt werden kann. Sie haben entsprechend argumentiert und einen Entschließungsantrag dazu vorgelegt. Sie wissen, welche Finanzvolumina Sie damit ansprechen. Es geht in Rheinland-Pfalz um exakt 95,8 Millionen Euro. Ich wäre dankbar, wenn man nicht nur einfach einen Entschließungsantrag dazu vorlegt und darüber beschließt. Das sind präterpropter nach früherer Rechnung über 200 Millionen DM. Die Landesregierung soll dann zusehen, wie sie die 200 Millionen DM zusammenbekommt. Dann kritisieren Sie uns noch, wir seien unseriös.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie wissen genauso gut wie ich, dass man die Frage der Qualitätsstandards sehen muss, wenn man sich über die prinzipielle Frage der Elternbeiträge unterhält. Für uns waren die Qualitätsstandards immer von entscheidender Bedeutung. Wenn aufgrund der Ergebnisse der PISA-Studie gefordert wird, den pädagogischen Anteil zu stärken, kann nicht der Standardanteil zurückgeschraubt werden. Diese Forderung unterstelle ich Ihnen zwar nicht, aber von anderer Seite kommt diese Forderung hinzu.

Meine Damen und Herren, diese 95,8 Millionen Euro – dazu haben Sie, wenn ich es richtig im Kopf habe, in Ihrem Entschließungsantrag auch nichts gesagt – gingen zulasten der Kommunen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Dann hätten Sie beantragen müssen, dass Landesmittel im Finanzausgleich für diese Aufgabe bereitgestellt werden. In der Form, wie Sie es gefordert haben, handelt es sich rein um kommunale Sachmittel.

(Beifall bei SPD und FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das ist keine Lüge. Davor verwehre ich mich. Das ist keine Lüge, sondern das ist die Wahrheit. Wenn Sie

Kürzungen vornehmen wollen und nicht sagen, dass Sie originäre Landesmittel dafür einsetzen wollen, und nicht entsprechende Vorschläge unterbreiten, dann handelt es sich um kommunale Mittel. Das ist doch keine Lüge. Das entspricht der Gesetzeslage.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen genauso, dass damit ein großes Problem verbunden ist. Wir haben damals gegen unser Votum erlebt, dass noch von der früheren Bundesregierung wohlmeinend ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem dritten Geburtstag eingeführt wurde. Das bedeutet, dass wir, wenn wir keine Kindergartenbeiträge mehr erheben würden, damit rechnen müssten, dass in massiver Form Kinder nach dem Motto angemeldet würden: Es kostet nichts. – Die Kommunen müssten die Plätze dann zur Verfügung halten. Es werden Geisterplätze in nicht mehr bemessbarer Dimension.

Insoweit reden wir nicht über 200 Millionen DM oder 95,8 Millionen Euro, sondern über einen Betrag, der über diese Forderung weit hinausgeht. So viel zur Seriosität der Forderungen, die Sie stellen. So einfach können wir es uns nicht machen. Deshalb müssen Sie uns schon einräumen, dass wir dagegen argumentieren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen dieser Haushaltsberatungen wird natürlich auch die kommunale Frage zu Recht wieder eine Rolle spielen. Es ist gar keine Frage, dass wir innerhalb dieses Haushalts eine erhebliche Anstrengung zu unternehmen haben werden, wir uns auf Landesebene – ich hoffe, die Enquete-Kommission, die sich mit den Fragen der kommunalen Aufgaben und Beziehungen zueinander befassen wird, wird bald ihre Arbeit aufnehmen können – mit unseren Hausaufgaben in diesem Zusammenhang auseinander setzen müssen.

Es ist für mich auch keine Frage, dass wir in der kommenden Legislaturperiode des Bundestags über eine kommunale Finanzreform reden müssen. Dabei fällt zwar kein Geld vom Himmel, aber wir werden über die Verteilung miteinander reden müssen. Wir werden auch über eine Verstetigung der Einkünfte der Kommunen reden müssen, weil wir erleben, dass die Gewerbesteuer eine immer weniger berechenbare Einkommensquelle für die Kommunen ist. Das muss natürlich passieren.

Dennoch glaube ich, dass wir bei aller Anstrengung und bei aller Belastung für die kommunalen Haushalte, die ich überhaupt nicht bestreite und die aufgrund des Ausbalancierens und der Notwendigkeit, Ihnen einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen, entstanden sind, in diesem Land Rheinland-Pfalz darauf verweisen dürfen, dass wir zum einen hinsichtlich des Kommunalisierungsgrads, also der Zahl der Aufgaben, die vom Land an die Kommunen überwiesen worden sind, deutlich unter den meisten anderen Ländern und wir zum anderen dennoch an drittgünstigster Stelle in Bezug auf die Zuweisungen des Landes an die Kommunen pro Kopf

der Einwohner liegen. Wir liegen bei 6.901,35 DM, während der Bundesdurchschnitt bei 6.757,78 DM liegt.

Ich bin der Meinung, dass wir uns bei aller Notwendigkeit, über Reformen zu reden, die Diskussion miteinander führen, um den Kommunen auf diese Art und Weise verantwortlich zu helfen und uns in einem verantwortlichen Maß gemeinsam an der Herausforderung, einen verfassungsgemäßen Haushalt vor dem Hintergrund der obwaltenden Umstände vorzulegen, orientiert haben.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte zu diesen Orientierungen aus der Sicht der Landesregierung einige Anmerkungen machen. Hinsichtlich vieler anderer Sachpunkte beziehe ich mich auf das, was Herr Kollege Mertens und Herr Kollege Kuhn gesagt haben. Dies will ich ausdrücklich nicht wiederholen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt aber dabei, dass dieses Land Rheinland-Pfalz, das in seiner jetzt 55-jährigen Geschichte viele Anstrengungen unternehmen musste, um auf den Stand zu kommen, auf dem es sich jetzt befindet, Menschen in seinen Reihen weiß, die diese Anstrengungen erbracht haben und auch heute bereit sind, Anstrengungen zu erbringen.

Es bleibt dabei, dass wir in unserer gemeinsamen Verantwortung bei aller Unterschiedlichkeit der Verantwortlichkeiten von Regierung und Opposition eines nicht tun sollten, nämlich die Zeichen der Hoffnung, die Zeichen, auf die man aufbauen kann, falsch zu bewerten oder kaputtzureden, weil wir dann nämlich ein Stück Ansporn wegnehmen würden. Wir brauchen Ansporn, wir brauchen Unterstützung, wir brauchen die kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen und künftigen Situation, aber wir brauchen auch die Anerkennung dessen, was die Menschen und was wir gemeinsam in diesem Land Rheinland-Pfalz bisher geleistet haben.

Es wird meiner Meinung nach nicht einfacher in der Zukunft, aber es steht auch nirgendwo, dass es einfacher sein soll. Gemessen an der Generation, die vor 55 Jahren angefangen hat, dieses Land aufzubauen, haben wir es bei allen Schwierigkeiten ungleich leichter. Deshalb haben wir überhaupt kein Recht zu resignieren, sondern wir haben unsere Aufgabe zu erfüllen.

Dieser Haushalt soll ein Beitrag dazu sein.

(Anhaltend starker Beifall
der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Senioren der Gewerkschaft ver.di aus dem Kreis Worms. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ferner begrüße ich Mitglieder der Senioren-Union aus Diez. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich versuche in der Kurzintervention Ihre Frage zu beantworten. Sie haben Fragen, die ich gestellt habe, offen gelassen. Sie haben zu Beginn gesagt, Sie nehmen Anregungen auf, diskutieren Anträge und inhaltliche Vorschläge, aber Sie haben sie dann mit einem Rundumschlag vom Tisch gewischt, wodurch Sie sich selbst Lügen strafte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU)

Wenn Sie die Behauptung aufstellen, das seien Kosten, die wir den Kommunen aufbürden würden, bitte ich Sie oder Ihre Mitarbeiter in der Staatskanzlei, sich mit diesen Vorschlägen zu beschäftigen, die wir in einem Entschließungsantrag vorgelegt haben. Wir schlagen das aus gutem Grund vor, weil ich der Meinung bin, dass die Kindertagesbetreuung im Paket mit dem Bildungssystem, bei dem Reformen in Deutschland notwendig sind, eine Aufgabe der gesamten staatlichen Organisation ist.

In unserem Entschließungsantrag steht weder, dass das Land diese Kosten allein übernehmen soll, noch, dass wir dies den Kommunen aufbürden sollen, sondern wir unterbreiten den Vorschlag, dass man sich mit der kommunalen Ebene, mit der Bundesebene und der Landesebene gemeinsam mit diesem Ziel beschäftigt. Genau das steht in diesem Entschließungsantrag.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie heute Vormittag zugehört haben und Herr Mertens darauf hinweist, man müsste sich mit der demographischen Entwicklung beschäftigen, bitte ich Sie, sich einmal in anderen europäischen Ländern umzusehen. Sehen Sie zum Nachbarland Frankreich. Vergleichen Sie die dortige Geburtenquote mit der Geburtenquote hier, und vergleichen Sie die Bedingungen, die das Nachbarland Frankreich für die Familien bietet, mit den Bedingungen, die wir in Deutschland bieten.

Dann werden Sie sehen, dass die umfassenden Betreuungsangebote in Frankreich für Männer und Frauen, die Familie und Erwerbsarbeit verbinden wollen, entscheidend sind. Die Verknüpfung dieser Angebote ist einer der maßgeblichen Faktoren, und sowohl die demographische Entwicklung als auch das, was wir als Gleichstellungsauftrag immer vor uns hertragen und dem wir noch immer hinterherlaufen, wird in Frankreich besser angepackt. In diesem Zusammenhang fordern wir Sie auf, unsere Idee der beitragsfreien Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln und an Lösungen zu arbeiten.

Ich vermute, dass Sie unseren Entschließungsantrag so angreifen, weil wir Ihnen mit diesem Vorschlag und dieser Initiative zuvorgekommen sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen genau – Sie haben schließlich gute Verbindungen nach Berlin –, dass auch in Berlin überlegt wird, wie man das von der Bundeseite her behandeln kann. Kritisieren Sie Herrn Schröder, weil er sagt, die Bundesebene müsse überlegen, wie man bei der Förderung des Ganztags schulangebots die Länder und Kommunen mit unterstützen kann?

(Ministerpräsident Beck: Die geben die 90 Millionen Euro!)

Da habe ich noch kein kritisches Wort in Richtung von Herrn Schröder erlebt.

(Glocke der Präsidentin)

Wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Idee aufgreift – sie ist meiner Meinung nach zukunftsweisend –, kommen Sie aber nicht mit falschen Behauptungen und bestreiten die tatsächliche Realisierbarkeit. Sie werden das nicht allein packen, aber wenn wir das als gemeinsames Projekt begreifen, ist das sehr wohl machbar. An diesem Ziel halten wir fest.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zu dem, was Sie ausgeführt haben, ist mir vieles eingefallen und es gäbe auch vieles zu sagen. Ich will allerdings auch im Hinblick auf die Kürze der Zeit versuchen, mich mit wenigen Ausführungen auf das zu beschränken, was es zu sagen gilt, nämlich Sie mit den Zahlen und Fakten zu konfrontieren.

Herr Ministerpräsident, Sie wollen es nicht wahrhaben, Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen, Sie sehen es nicht ein, Sie lehnen es weiter ab, und doch ist es Fakt und Realität, dass Sie das größte und schlimmste Finanzchaos angerichtet haben, das es jemals in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz gegeben hat.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie tragen die Verantwortung für die höchste Verschuldung, die es je in Rheinland-Pfalz gegeben hat, und für eine aus dem Ruder laufende Haushalts- und Finanzpolitik in diesem Land. Das sind die Fakten und die Daten, mit denen Sie sich schmücken können. Wenn ich an Ihre Ausführungen denke, fallen mir zwei Worte ein, die ein früherer Kollege der CDU-Landtagsfraktion – es war Wolfgang Wittkowsky – von dieser Stelle in Ihre Richtung gesagt hat: Hofentlich Arroganz versichert.

Herr Ministerpräsident, das sollten Sie einmal beachten und auch für die Zukunft berücksichtigen.

Wenn wir uns dem zuwenden, was der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Mertes, gesagt hat, der leider – wie üblich – auch diesmal nicht im Plenum anwesend ist, muss man sagen, dass es seine Aufgabe gewesen ist, von der Situation und den drängenden und brennenden Problemen dieses Landes abzulenken. Herr Mertes hat kein Wort zu der Verschuldung des Landes gesagt. Er hat kein Wort gesagt, woher diese Mehreinnahmen kommen sollen, damit wir im Jahr 2004 über 600 Millionen Euro zusätzlich haben, um den berühmten Quantensprung zu bewerkstelligen. Er hat auch kein Wort gesagt, wie im Jahr 2006 dieser Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aussehen soll.

Meine Damen und Herren, Herr Mertes, Ihre Rede – Sie sollten es im Protokoll nachlesen – war inhaltslos und substanzlos gewesen.

(Beifall der CDU)

Am 12. Dezember vergangenen Jahres hat der Finanzminister den Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2002/2003 eingebracht und diesen wie folgt überschrieben: „Verantwortung in schwieriger Zeit – Konjunktur stützen, Zukunft gestalten, sparsam wirtschaften“. Unter diese vollmundigen Erklärungen hat der Finanzminister diesen Haushaltsentwurf gestellt, der keinem einzigen dieser vorgegebenen Ziele gerecht wird.

Herr Finanzminister, mit dieser Ankündigung soll der Bevölkerung einzig und allein suggeriert werden, dass die Landesregierung einen Sparhaushalt mit dem vollmundigen Ziel eingebracht hat, bis zum Jahr 2006 einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen. Ich sage Ihnen: Genau das Gegenteil von dem wird eintreten.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, es wird Ihnen mit diesem Haushaltsentwurf nicht gelingen, die großen finanziellen Probleme des Landes zu lösen. Es tritt genau das ein, was Ihnen die CDU-Fraktion nicht nur beim Einbringen dieses Haushaltsentwurfs, sondern auch in der Vergangenheit vorgehalten und vorgeworfen hat, nämlich die extrem hohe Verschuldung wird ansteigen. Unter Ihrer Regierungsverantwortung ist das Land so hoch verschuldet wie noch nie. Rheinland-Pfalz steht vor dem finanziellen Kollaps. Der Weg in die Schuldenfalle geht ungebremst weiter. Das ist die Wahrheit und die Realität in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie äußern, dass das nicht stimmt oder nicht wahr ist, können Sie doch die Zahlen nicht leugnen, die Ihnen Jahr für Jahr der Rechnungshof in seinem Bericht vorhält. Bis zum Ende des Jahres 2001 belaufen sich die Gesamtschulden in Rheinland-Pfalz auf rund 40 Milliarden DM. Dies ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 10.000 DM.

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

Das ist eine Pro-Kopf-Verschuldung, die nur noch – Herr Ramsauer, hören Sie zu; Sie sind der Spezialist für finanzielle Angelegenheiten in der Stadt Ludwigshafen – vom Saarland und von Schleswig-Holstein übertroffen wird.

Herr Ramsauer, hören Sie wirklich einmal genau zu. Sie können von diesen Zahlen noch etwas lernen.

Unter Berücksichtigung der vorgesehenen Nettoneuverschuldung für die Jahre 2002 und 2003 werden wir zum Ende dieses Doppelhaushalts einen Schuldenstand je Einwohner von über 6.000 Euro – das sind 12.000 DM – haben. Das ist eine Gesamtverschuldung von 44 Milliarden DM.

Herr Ministerpräsident, in diesem Punkt ist die Situation nicht so, wie Sie sie dargestellt haben. Das sind die Zahlen, die Sie natürlich nicht hören wollen. Sie versuchen, sie mit einem Handwisch abzutun. Es sind Zahlen, die realistisch sind und die Sie in keiner Weise widerlegen können. Bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.000 Euro – damals 12.000 DM – hat das Saarland unter dem damaligen Ministerpräsidenten Lafontaine den Haushaltsnotstand ausgerufen. Es hängt seitdem am Tropf des Bundes und nimmt Sonderhilfen des Bundes in Anspruch. Sie sollten sich einmal vor Augen halten, wo der Weg in Rheinland-Pfalz hingeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Jahr 1991 hat diese SPD-geführte Landesregierung bei einem Gesamtschuldenstand von 19 Milliarden DM die Regierung übernommen und diese dramatische Entwicklung durch eine ungehemmte und ungebremste Ausgabenpolitik verursacht.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, dies sind die größten Schulden, die es in diesem Land jemals gegeben hat. Der Ministerpräsident steht vor einem finanziellen Scherbenhaufen, den Sie selbst angerichtet haben. Sie wollen immer noch nicht einsehen, wie dramatisch die Situation in Rheinland-Pfalz ist.

(Beifall der CDU)

Darüber hinaus tut diese Landesregierung alles, um die tatsächliche Schuldensituation des Landes zu verschleiern und zu vernebeln. Um die verfassungsrechtliche Obergrenze der Neuverschuldung nicht zu überschreiten, spricht diese Landesregierung neuerdings nunmehr von einem Kernhaushalt und so genannten Nebenhaushalten.

Bei diesen ganzen Operationen, die Sie jetzt durch die Neuerrichtung von Landesbetrieben, wie zum Beispiel dem so genannten LBB, dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, und dem LSV, dem Landesbetrieb Straßen und Verkehr, vorgenommen haben bzw. vornehmen, handelt es sich nur um haushaltstechnische Verschiebebahnhöfe, mit denen Sie versuchen, die Gesamtverschuldung des Landes aufzuteilen, indem Sie nunmehr in die von Ihnen erfundenen Nebenhaushalte, die nicht mehr und nicht weniger als Schattenhaushalte sind, Schulden verlagern und damit die verfassungsrechtliche Obergrenze der Neuverschuldung nicht überschreiten.

(Billen, CDU: So ist es!)

Herr Finanzminister, insoweit gelingt es Ihnen, eine ganz geringe Differenz, einen Abstand von knapp 30 Millionen Euro, zu halten, um diese Grenze nicht zu

überschreiten. Ich sage Ihnen: Diese Decke ist dünn. Das Ende, das auf Sie zukommt, wird dick sein. Mit diesem Haushalt sind Sie auf dem besten Weg, einen erneuten Verfassungsbruch zu begehen.

Herr Finanzminister Mittler, ich bin mir darüber im Klaren, dass dies ein schwerwiegender Vorwurf ist, mit dem ich Sie konfrontiert habe.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, Sie haben in der Vergangenheit schon einmal Erfahrung mit dem Verfassungsgericht in einer Haushaltsangelegenheit gemacht. Wenn Sie sich nicht mehr daran erinnern, will ich gern nachhelfen, was der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz, das höchste rheinland-pfälzische Gericht, am 26. Mai 1997 in einem von der CDU-Landtagsfraktion angestrebten Verfahren entschieden und geurteilt hat.

Meine Damen und Herren, ich zitiere aus dem Urteil: „Das Verfassungsgericht stellt fest, der Minister der Finanzen hat das Recht des Landtags aus Artikel 116 Abs. 1 der Verfassung für Rheinland-Pfalz verletzt, indem er zulasten des Landeshaushalts 1996 geleisteten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 8.494.800 DM zustimmte, obwohl die Voraussetzungen des Artikels 119 Satz 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz nicht erfüllt waren.“

Es geht weiter: „Die Landesregierung“ – das sind Sie, Herr Ministerpräsident – „hat das Recht der Verfassung aus Artikel 116 verletzt.“ – Ich will es mir ersparen, auf dieses Urteil einzugehen.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz zu verletzen, heißt im Klartext: Das ist verfassungswidrig. – Verfassungswidrig heißt, dass es sich um einen Verfassungsbruch handelt. Das muss man Ihnen in aller Klarheit sagen.

(Beifall der CDU)

Von daher werden wir sehr genau die haushaltsmäßige Entwicklung beobachten und weitere Entscheidungen davon abhängig machen.

Herr Ministerpräsident, ich habe eben schon einmal versucht, Ihnen in einem Zuruf Folgendes mitzuteilen: Erinnern Sie sich einmal daran, was der Landesrechnungshof bei der Vorstellung seines Prüfungsberichts für das Jahr 2001 am 15. Februar dieses Jahres deutlich und unmissverständlich mitgeteilt hat und was von Ihnen, genau wie in den Vorjahren, immer wieder ignoriert wird.

Herr Ministerpräsident Beck, dass Sie die Kritik der CDU-Landtagsfraktion einfach beiseite schieben, vermag Ihrer parteipolitischen und ideologischen Denkweise entsprechen. Das Verhalten, das Sie aber Jahr für Jahr dem Rechnungshof gegenüber zum Ausdruck bringen, kann man nur mit Ignoranz und mit einer unsäglichen Arroganz beschreiben. Ich will das einmal in dieser Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es mir auch ersparen, im Einzelnen auf das einzugehen, was der Rechnungshof in seinem Bericht aufgeführt hat. Ich möchte aber schon einige Punkte an dieser Stelle zitieren. So führt der Rechnungshof aus:

1. Die Haushaltslage des Landes ist weiterhin äußerst angespannt.

(Lelle, CDU: So ist es!)

2. Besonders Besorgnis erregend ist der starke, bislang noch nahezu ungebremste Anstieg der Verschuldung.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, hier einmal ganz besonders die Terminologie zu beachten. Während der Rechnungshof in den vergangenen Jahren immer von einem „Besorgnis erregenden“ Anstieg der Verschuldung gesprochen hat, schreibt er in seinem jüngsten Prüfungsbericht von einem „besonders Besorgnis erregenden ungebremsten Anstieg“ der Verschuldung. So sind die Ausführungen im Bericht des Rechnungshofs. Es erfolgt, wie Sie eben gehört haben, nichts. Es wird so gemacht, als wenn die Welt in Rheinland-Pfalz in Ordnung wäre.

Der Rechnungshof führt weiter aus:

3. Nach der Haushalts- und Finanzplanung bis Ende 2005 wird das Land Rheinland-Pfalz einen Schuldenberg von 23 Milliarden Euro (46 Milliarden DM) angehäuft haben, womit sich die Verschuldung gegenüber dem Jahr 1991 mehr als verdoppelt hat.

Ich sage Ihnen: Das sind die Originalpassagen aus dem Bericht des Rechnungshofs, den scheinbar alle in Rheinland-Pfalz kennen, nur der Ministerpräsident und der Finanzminister nicht.

(Ministerpräsident Beck: Es reicht jetzt wirklich!)

– Herr Ministerpräsident, soll ich Ihnen die Seitenzahlen noch angeben, Seite 29 im Bericht des Rechnungshofs nachzulesen.

Weiter führt der Rechnungshof aus: „Die bisherigen Konsolidierungsanstrengungen der Landesregierung haben nicht zu der notwendigen Verbesserung der Haushaltslage geführt. Es fehlt an notwendigen Reserven und Rücklagen, um auf Risiken und Zukunftsanforderungen angemessen reagieren zu können.“

5. Mit dem für die Jahre 2002 und 2003 für den Landeshaushalt einschließlich der Landesbetriebe geplanten Kreditaufnahmen kommt das Land sehr nah an die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze.

Meine Damen und Herren, das sind doch keine Fakten, die die CDU-Fraktion in ihrer Eigenschaft als Opposition zusammengestellt hat, nein, es sind die nüchternen Zahlen und Fakten, die der Rechnungshof in ungeschminkter und ungeschönter Weise darstellt und damit die finanzielle Situation des Landes Rheinland-Pfalz so wiedergibt, wie sie sich tatsächlich widerspiegelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Daher kann es nur Unverständnis hervorrufen, wenn, wie geschehen, die Regierungskoalition den von der CDU angebotenen Stabilitätspakt im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt hat, der einzig und allein die Abwendung der Haushaltsnotlage in Rheinland-Pfalz zum Ziel hat.

Herr Ministerpräsident, wer derartige Angebote nicht annimmt und die angebotene Hand zur Zusammenarbeit nicht ergreift, darf sich nicht wundern, wenn dieser Landesregierung ein zielloses, planloses und hilfloses Taktieren vorgeworfen wird, mit dem jegliche Grundlage für eine Neuorientierung in der Haushalts- und Finanzpolitik dieses Landes zerschlagen und zunichte gemacht wird.

Diese Regierungskoalition – ich schließe die FDP mit ein – hat endgültig jeden Anspruch aufgegeben, für solide Finanzen in diesem Land zu sorgen. Wenn es einen blauen Brief für unsoliden und unseriösen Finanz- und Haushaltsgebaren für eine Landesregierung gäbe, dann hätte diese Landesregierung, dann hätten Sie, Herr Ministerpräsident, diesen blauen Brief verdient; denn das, was Sie in Rheinland-Pfalz an finanzpolitischem Desaster angerichtet haben, ist einfach nicht mehr zu überbieten. Herr Ministerpräsident Beck, Sie sind mit Ihrer Landesregierung die schlimmsten Schuldenmacher der westlichen Flächenländer in Deutschland. Mit diesem Haushalt legen Sie Ihren finanzpolitischen Offenbarungseid ab.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD und des
Ministerpräsidenten)

– Herr Ministerpräsident, Fakten sind für Sie immer ungläublich.

(Ministerpräsident Beck: Mir darf man alles sagen!)

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, dass es der CDU nicht leicht gefallen ist, Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2002/2003 vorzulegen, die Einsparmaßnahmen für das Jahr 2002 in Höhe von 109 Millionen Euro und im Jahr 2003 von 116 Millionen Euro beinhalten. Meine Damen und Herren, das ist, wohlgeachtet, das größte Sparpaket, das je eine Fraktion in diesem Landtag bisher vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU)

Um vor dem Hintergrund der exorbitant hohen Verschuldung des Landes und der ungehemmten und ungebremsten Schuldenpolitik ein Ende zu bereiten, haben wir diese Änderungsanträge eingebracht, die zu einer Verminderung der Neuverschuldung führen und immerhin die von dieser Landesregierung vorgesehene Nettoverschuldung in den beiden Haushaltsjahren um jeweils 10 % senken.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Kollege Jullien, die vereinbarte Redezeit der CDU-Fraktion von 85 Minuten ist leider abgelaufen.

Abg. Jullien, CDU:

Frau Präsidentin, lassen Sie mich zumindest meine Rede zum Abschluss bringen.

Herr Ministerpräsident, mit den vorgelegten Einsparvorschlägen und mit dem dieser Landesregierung angebotenen Stabilitätspakt zeigt die CDU-Fraktion, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber dem Land sowie seiner Bürgerinnen und Bürger gerecht wird und bereit ist, gemeinsame Anstrengungen mitzutragen, um Rheinland-Pfalz auf den Weg zu bringen, den dieses Land verdient hat, womit diesem Land eine gute Zukunft gebnet wird. Es liegt an Ihnen, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, dieses Angebot anzunehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, als Gäste im Landtag begrüße ich Mitglieder des CDU-Ortsverbands Koblenz-Rübenach sowie Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Bitburg-Prüm. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Ramsauer das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jullien, für die Art und Weise, wie Sie hier wider besseres Wissen Zahlen missbrauchen, gehört Ihnen kein blauer Brief, sondern die rote Karte, wie Sie den Ministerpräsidenten in eine Ecke stellen wollen, in die er überhaupt nicht gehört.

(Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb möchte ich mich zunächst einmal mit der Politik der größten Oppositionspartei der CDU, auseinander setzen, die uns heute wieder einmal krankreden will. Immer wieder versuchen Sie das gleiche Spiel. Immer wieder versuchen Sie, über die tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten hinaus die Lage so darzustellen, als sei die Lage ganz einfach durch einfache Entscheidungen, durch ein Dekorationspaket, durch ein so genanntes Sparpaket, das undifferenziert ist, aus der Welt zu schaffen.

Meine Damen und Herren, Politik wird immer dann interessant, wenn es darum geht, den richtigen Weg zu finden, wenn inhaltliche Positionen aufeinander treffen, wenn es um die Menschen geht. Die Menschen erwarten von einer guten Politik nicht ohne Grund Konturen, Herr Lelle.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Konturen werden aber nur dann deutlich, wenn man ehrlich sagt, welche Ziele man wirklich verfolgt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Legen wir einmal dieses Maß bei der CDU an. Schauen wir uns einmal an, welche Vorstellungen Sie entwickeln. Wo schlagen Sie andere Lösungen vor? In der Steuerpolitik? – Fehlanzeige. Wir hören aus München, dass Herr Stoiber eventuell keinen Ausstieg aus der Atomenergie will. Aber was ist denn mit dem Rest der CDU?

(Zuruf von der CDU)

– Sind Sie doch einmal ruhig, hören Sie doch einmal bis zum Ende zu. Sind Sie doch einmal ganz ruhig. Wer zu allem seinen Senf geben will – Sie wissen doch, was der dann wird.

Meine Damen und Herren, wie sieht es mit der Klimapolitik aus. Natürlich wollen Sie die Ökosteuer nicht, aber abschaffen wollen Sie sie auch nicht, weil mittlerweile nachgerechnet worden ist, dass das nicht geht.

Meine Damen und Herren, man wird müde, solche Aufzählungen fortzusetzen. Wir sollten uns aber lieber mit der Landes-CDU befassen. Das will ich jetzt tun.

Wie sieht es mit Ihren Konturen aus? Christoph Böhr spricht gern von Prioritäten. Heute sprach er von „Trendumkehr“, als seien schwierige wirtschaftliche Indikatoren nicht schon immer typisch für dieses Flächenland gewesen.

Nehmen wir das Programm der CDU-Landtagswahl, das hören Sie sicher ganz gern. Es lohnt sich auch, das noch einmal zu verbreiten.

(Lelle, CDU: Korrekt zitieren!)

Was hatten Sie für Vorstellungen? 1.000 zusätzliche Lehrer wollten Sie einstellen, für 51 Millionen per anno. Die Wiedereinführung der Regierungsbezirke sollte stattfinden, auch nicht kostenneutral.

(Zurufe von der CDU)

Von einer Imagekampagne – das ist etwas für Sie Herr Billen – für den rheinland-pfälzischen Wein – sie war wohlfeil – war nichts mehr zu lesen. Von der Wiedereinführung des Landesfamiliengeldes – Kosten von über 10 Millionen per anno – war nichts mehr zu hören.

Die Abschaffung des Kommunalanteils des Unterhaltsvorschlusses macht zwar Freunde, kostet aber 7,5 Millionen Euro; auch davon ist nichts mehr zu hören. Von einer Erhöhung der Personalkostenzuschüsse für alle Kindergärten, verbunden mit Kosten von 15,5 Millionen Euro, ist auch nichts mehr zu hören. Eine zusätzliche Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe sollte eingeführt werden; das klingt gut, aber auch davon ist nichts mehr zu hören.

Ich könnte dies beliebig weiter fortsetzen, aber es wäre Zeitverschwendung. Dies ist deshalb eine Zeitverschwendung, weil wir natürlich in Ihren Deckblättern, in

den Anträgen zum Haushalt, in denen es wirklich um Geld geht, von diesen schönen Vorschlägen, für die Sie gewählt worden sind, überhaupt nichts finden.

(Billen, CDU: Das ist nicht wahr!)

– Doch! Zeigen Sie doch, wo es steht.

War also das Landtagswahlprogramm das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist? Insofern ist es nicht verkehrt, darauf hinzuweisen. Die CDU war die einzige Partei, die im Landtag vertreten ist, die in ihrem Programm nichts von einer Rückführung der Nettoneuverschuldung auf null stehen hatte.

Insofern glaube ich, dass sie tatsächlich viel zu spät gemerkt haben, was sie angerichtet hätten.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich komme zu dem, was Sie eben gesagt haben. Was glauben Sie, wie der Bericht des Rechnungshofs ausgesehen hätte, wenn man Ihre Wahlprogrammorschläge umgesetzt hätte?

(Beifall der SPD)

Wer soll Ihnen Ihr Bekenntnis zur Konsolidierung abnehmen, meine Damen und Herren? Wohl niemand, der in der Praxis steht.

(Zuruf des Abg. Böhr, CDU)

In der Praxis beweisen Sie jeden Tag, wie weit die CDU davon entfernt ist, dieses theoretisch vorgetragene Sparprogramm umzusetzen. Das war kein Sparpaket, sondern ein Dekorationspaket, von dem man nicht weiß, was konkret wo umgesetzt werden soll.

Sie haben dazu eine interessante Arbeitsteilung aufgestellt. Sie, Herr Böhr, fordern die Haushaltskonsolidierung; da spricht der Philosoph. Anschließend kommen die politischen Praktiker, zum Beispiel Sie, Herr Jullien, zum Beispiel Frau Schneider, zum Beispiel Herr Licht, zum Beispiel Frau Kohnle-Gros, und machen trotz aller Beteuerungen genau das Gegenteil; dazu habe ich ein paar schöne Beispiele.

Ein typisches Beispiel ist natürlich die kommunale Frage. Einsichtig legen Sie im Landtag zunächst keine gedeckten Änderungsanträge zum kommunalen Finanzausgleich vor, weil Sie wissen, dass es überhaupt nicht zu bezahlen wäre. So weit, so gut.

Aber gleichzeitig zieht fast jede Abgeordnete und jeder Abgeordneter von Ihnen durch die Kreistage und Räte in diesem Land und fordert dort, den angeblichen Raubzug des Landes gegenüber den Kommunen zu stoppen.

(Billen, CDU: Mit Zustimmung der SPD!)

– Gar keine Frage. Nur haben wir nicht versprochen, dass wir hier entsprechende Anträge einstellen. Wir

haben um Verständnis geworben, dass dieses kommunalfreundliche Land nicht weiter gehen kann.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf von der CDU)

Ihre kommunalpolitische Vereinigung setzt noch einen drauf, Herr Schnabel. Herr Schnabel sagt, das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Ich sage, er hat Recht. Mit diesem Verhalten ist wirklich das Ende der Fahnenstange erreicht.

Machen Sie Schluss mit dieser Doppelzüngigkeit. Ein solches Verfahren erkennen die Bürgerinnen und Bürger schnell als das, was es ist. Es ist unseriös und scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Genauso verhält es sich mit Ihren Entschließungsanträgen. Die sind ohne finanzielle Aussage. Sie sind in aller Regel ungedeckte Wechsel.

Sie sagen uns, Sie wollten durch Ihre Änderungsanträge sparen. Bei der genauen Prüfung Ihrer Vorschläge stellt sich etwas anderes heraus. Zunächst einmal stellt sich heraus, dass viele Fakten falsch recherchiert sind oder Sie Belastungen für die Zukunft schaffen, von denen Sie jetzt nicht reden.

Man hat den Eindruck, zwischen Ihren Haushältern und den Fachpolitikerinnen und -politikern fände überhaupt keine Kommunikation statt.

(Zurufe von der SPD)

Nehmen wir Ihren Vorschlag zur Personalkosteneinsparung, ein wunderbares Gebiet. Sie schlagen vor, weil es so schön populistisch klingt, die Zahl der Polizeianwärterinnen und -anwärter um weitere 350 Polizistinnen und Polizisten zu steigern.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Doch, Sie schlagen das vor. Sie verschweigen aber, dass Sie dafür Geld brauchen, nicht nur für die Ausbildung, sondern auch hinterher für die Planstellen. Sie verschweigen, dass jährliche Mehrbelastungen von 14 Millionen Euro entstehen.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist unlauter, in den Haushalt lediglich die Ausbildungskosten hineinzuschreiben, aber nicht die nachfolgenden Kosten einzuplanen.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Herr Lelle, ganz ruhig. Ich habe noch ein schönes Beispiel umgekehrter Güte. Der CDU-Abgeordnete Alexander Licht, der an sich ein anständiger Kerl ist und manchmal auch gute Interviews gibt, forderte vor einigen Wochen, am 8. November 2001, eine zügige Sanierung des Betriebsgeländes der ehemaligen Firma Döss.

Das ist eine wichtige Aufgabe, wir kennen alle die Hintergründe. Im Haushaltsverfahren hat die CDU bean-

tragt, jeweils 1,2 Millionen Euro zu kürzen. Dadurch wird die Sanierung natürlich aufgeschoben, dadurch wird sie natürlich verzögert. Auch das ist eine doppelzüngige Politik.

(Beifall bei der SPD)

Schade, dass Herr Schnabel nicht anwesend ist.

(Lewentz, SPD: Der traut sich nicht!)

Kommen wir noch einmal auf die kommunalpolitische Vereinigung zurück. Sie plädierte am 4. März 2002 für einen massiven Kurswechsel der kommunalfeindlichen Politik der Landesregierung. Herr Schnabel hat aber vergessen, dazu zu sagen, dass die CDU in den bisherigen Beratungen keinen einzigen Antrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen gestellt hat.

(Beifall der SPD)

Im Gegenteil, Sie fordert jetzt eine Veränderung des Systems der Abwasserabgabe. Hierdurch würden die Kommunen eher noch belastet und Investitionen im Bereich des Gewässerschutzes möglicherweise reduziert.

Gestern kam als Deus ex Machina die Überraschung. Die CDU legte Entschließungsanträge vor.

Es war aus ihrer Sicht klug, dies gestern zu tun. Wenn sie dies vorher getan hätte, hätten wir schon bei den Haushaltsberatungen, in denen sie ihr Sparangebot noch nicht eingebracht hatte, fragen können, wie diese Entschließungsanträge zu finanzieren seien.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Entschuldigen Sie, das ist doch doppelzüngig, wenn ich keinen finanzwirksamen Antrag stelle, aber nach außen sage, wir haben einen Antrag gestellt, damit es den Kommunen wieder besser geht. Dann müssen Sie auch sagen, mit welchem Geld und vor allen Dingen, zu wessen Lasten, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Diese Überraschung hat uns die Frage nahe gelegt: Ist das jetzt das letzte Wort der CDU? Sind diese Änderungsanträge der CDU für die nächste Zeit das Politikprogramm? – Denn wenn man das nachrechnet – Herr Mertes hat es heute Morgen vorgetragen –, dann kommt man auf eine schöne Summe, und alles, was heute diskutiert worden ist, wird natürlich ad absurdum geführt. Dann werden wir zu gegebener Zeit Ihre großen Sparschwüre noch einmal auf den Prüfstand stellen.

Bleibt es dabei, dass Sie Forderungen aufstellen, sie aber im Haushalt nicht absichern, also nicht bezahlen wollen, dann können wir das öffentlich darstellen. Was Sie selbst nicht darstellen konnten, ist eine konsequente Politik im Sinn der Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf von der CDU)

– Kümmern Sie sich lieber um den Wahlkreis.

(Unruhe bei der CDU)

Nicht ein Bruchteil der Forderung, mit der Sie uns in der Vergangenheit und heute konfrontiert haben, schlägt sich in den Haushaltsansätzen nieder. Das wäre nicht so schlimm, wenn Sie mit dieser Politik der Doppelzüngigkeit aufhören würden, was ganz einfach ist.

Meine Damen und Herren, Sie brauchen nur zu sagen, liebe Wählerinnen und Wähler, das war unser Wahlprogramm. Wir haben es überzogen, es ist zu teuer. Wir verabschieden uns davon, wir müssen jetzt sparen. Wir reichen der Mehrheit die Hand, sparen mit ihr und stampfen unser Wahlprogramm ein.

Aber nein, Sie wollen beides. Sie wollen die Obersparerer sein, und Sie wollen diejenigen sein, die die Wohltaten verteilen. Das geht nicht, und es ist auch keine Politik mit Konturen; eine Amöbe hat mehr Konturen als Ihre Politik, meine Damen und Herren. Aber Politik braucht Konturen.

(Beifall der SPD)

Herr Böhr sagte heute Morgen, mit dem Euro sei jetzt alles anders, es sei jetzt alles miteinander verbunden, als wäre es neu, dass die öffentlichen Haushalte schon immer wie kommunizierende Röhren miteinander verbunden waren und dass, wenn in irgendeinem Bereich, sei es im Bund, im Land oder in der Kommune, Haushaltsdefizite entstanden sind, diese nicht auch mit den anderen zu tun hatten. Die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler wissen natürlich, wie das ist.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schmidt?

Abg. Ramsauer, SPD:

Aber gern.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Vielen Dank. Herr Kollege, sind Sie sich darüber im Klaren, dass Kollege Böhr über die Einhaltung der Konvergenzkriterien gesprochen hat, die es natürlich noch nicht seit 100 Jahren gibt?

(Heiterkeit bei der CDU -
Lelle, CDU: Das weiß er nicht! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Abg. Ramsauer, SPD:

Aber, hochverehrte Frau Schmidt! Selbstverständlich bin ich mir darüber im Klaren. Aber vielleicht haben Sie

Ihrem Fraktionsvorsitzenden nicht richtig zugehört. Er hat gesagt, es sei nun alles anders, und dies treffe auch für die Finanzbeziehungen der unterschiedlichen Ebenen zu.

Ich sage Ihnen aber, das war früher schon so. Ich erlaube mir nun – ich hätte es beinahe vergessen; Gott sei Dank haben Sie mir noch einmal die Chance dazu gegeben –, darauf hinzuweisen, dass unser Finanzproblem darin besteht, dass in den letzten zwei Jahrzehnten – ich möchte Ihnen jetzt ersparen zu sagen, wer zu dieser Zeit regiert hat – die exorbitanten Haushaltsdefizite im Bund entstanden sind, die sich wie kommunizierende Röhren auf die Länder und damit auch auf die Kommunen ausgewirkt haben.

(Beifall der SPD –
Zurufe der Abg. Jullien, Billen und
weiterer Abgeordneter der CDU)

Meine Damen und Herren, dennoch wissen die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, wofür die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch im Bund stehen. Ich möchte Sie an zwei wichtige Säulen erinnern.

Ich möchte Sie an die Familienpolitik erinnern, die wir trotz und mit der Steuerreform auf den Weg gebracht haben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir die Familien gefördert haben, 56 Milliarden Euro in die Familienkassen gebracht haben und dadurch weniger Steuereinnahmen haben

(Jullien, CDU: Freibetrag für
Alleinerziehende weg!)

und dennoch die zweite Säule, nämlich die Konsolidierungspolitik, auch weiterhin erfolgreich betreiben. Dafür steht der Name Hans Eichel nicht von ungefähr, und dies trotz der katastrophalen Situation, die er vor vier Jahren im Bund angetroffen hat.

Herr Böhr sprach heute Morgen vom Haushaltsnotstand. Den Haushaltsnotstand haben wir vor vier Jahren in Bonn bzw. Berlin angetroffen, meine Damen und Herren.

(Jullien, CDU: 44 Milliarden Gesamt-
verschuldung! Das ist doch die
Realität! 44 Milliarden!)

– Herr Jullien, aber die Probleme, die es natürlich auf der Einnahmenseite auch für das Land Rheinland-Pfalz gibt, verschweigen wir nicht. Wir sagen doch nicht, wir hätten keine Probleme. Aber wir lassen uns nicht krank reden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich haben auch wir keinen Dukatenesel. Natürlich haben auch wir keine Hellseherfähigkeiten. Deshalb beobachten wir sehr genau die Einnahmen. Der Wunsch eines jeden Haushaltspolitikers oder einer Haushaltspolitikerin sind kontinuierliche und leicht prognostizierbare Einnahmen. Aber das gibt es eben nicht.

Wir erliegen einem solchen Wunschdenken nicht. Unsere Steuereinnahmen sind abhängig von der Wirtschafts-

entwicklung, und deshalb ist eine Vorhersage für die Einnahmentwicklung in der heutigen Zeit schwieriger denn je.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Wer kennt schon die künftige konjunkturelle Situation? Wer kennt schon die Auswirkungen der Veränderung des Steuerrechts? Sie vielleicht, Herr Jullien?

(Jullien, CDU: Der rheinland-pfälzische
Finanzminister! 600 Millionen Euro
in 2004!)

Sie tun immer so, als wüssten Sie alles, dabei reden Sie jedes Mal das Gleiche daher. Herr Jullien, was uns bleibt und was auch Ihnen bleiben sollte, ist, gewissenhaft zu rechnen und gewissenhaft zu schätzen. Nichts anderes verlangt im Übrigen die Landeshaushaltsordnung.

Dieser Doppelhaushalt ist sorgfältig aufgestellt, und wir hoffen, die künftige Entwicklung richtig eingeschätzt zu haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Aber wir werden uns natürlich im Haushaltsvollzug auch darauf verständigen, dies zu kontrollieren und gegebenenfalls auch auf Veränderungen zu reagieren. Ich hoffe, dass Sie ebenfalls mit dabei sind.

In dieser unsicheren ökonomischen Gesamtlage stehen alle Schätzer vor Problemen, und es gibt weiterhin viele Fragezeichen hinter allen Prognosen. Wie entwickelt sich der Ölpreis? Wann verbessert sich die Konsumstimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher? Ist die Talsohle der Konjunktur in den USA erreicht?

(Jullien, CDU: Warten wir auf den
22. September! Dann ist alles
erledigt! –

Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

– Verehrte Frau Schmidt, das sind Fragen, die sich wie immer und so auch jetzt auf unseren Haushalt auswirken.

(Frau Schmidt, CDU: Er hat es immer
noch nicht verstanden!)

– Wichtig ist, dass Sie es verstanden haben.

Wir stellen unseren Haushalt später als die anderen Länder auf. Dies ist ein großer Vorteil. Deswegen sind wir mit vielen Zahlen auf einer sichereren Seite als andere Bundesländer. Aber das hat natürlich auch eine Folge.

Wir haben die Ergebnisse der Steuerschätzung im November im Gegensatz zu vielen anderen Haushalten, die in der Bundesrepublik beschlossen worden sind, bereits berücksichtigt. Da diese Steuerschätzung schlecht war, müssen unsere Daten folgerichtig im Vergleich eine höhere Nettoneuverschuldung aufweisen als anderswo. Was die CDU also gern als Skandal verkaufen möchte, hat eine einfache und auch ehrliche Erklärung.

Natürlich ist auch unsere Steuerkraft nicht vergleichbar mit der manch anderer Bundesländer wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen oder Hessen.

(Zuruf der Abg. Jullien
und Lelle, CDU)

Sie wissen auch, dass Rheinland-Pfalz keine Metropolen wie Köln oder Frankfurt besitzt. Sie scheinen dies aber immer auszublenden. Umso wichtiger ist es, sich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes näher anzusehen. In diesem Bereich haben wir viele positive Botschaften zu vernehmen, über die Sie natürlich gern hinweggehen.

Eurostat weist den Bereich Rheinhessen-Pfalz als einen der Hightech-Spitzenreiter im Bereich der Hochtechnologiebranchen des verarbeitenden Gewerbes aus. Nach Stuttgart und Karlsruhe liegen wir bei der Beschäftigtenzahl in der Spitzengruppe innerhalb der EU. Zwei von bundesweit 18 ländlichen Räumen mit besonderer Entwicklungsdynamik liegen in Rheinland-Pfalz. Sie sehen also, auch wenn man versucht, es ständig schlechztreden: Dieses Land hat ökonomische Stärken und, vor allen Dingen, es nutzt sie auch.

Damit korrespondiert auch unsere Auffassung zur Investitionsquote, die Sie gern so polemisierend ansprechen. Was wir in der aktuellen Situation nicht gebrauchen können, sind hektische Manöver an dieser Front.

Wir wollen das Volumen der Investitionen möglichst halten. Alles andere würde zu einer Verunsicherung der Investoren insbesondere im Bausektor führen. Unsere Investitionsquote einschließlich der Landesbetriebe von 12 und 11,5 % in den nächsten beiden Jahren kann sich sehen lassen. Wir liegen damit in der Spitzengruppe der Bundesländer. Dies möchte ich noch einmal betonen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, aber zur Ausgabenentwicklung gehört zunächst auch ein Blick auf die Personalausgaben. Die CDU hat angeblich Personal gefunden, das überflüssig ist. Sie sagt uns nur nicht, wo es ist und wie und wann sie es abbauen will. Sie rechnet nur so, als wäre es morgen schon weg.

(Lelle, CDU: Da haben Sie schlecht
zugehört! Das hat er gesagt!)

Wir setzen auf längerfristige Prozesse. Wir setzen seit Jahren auf Strukturreformen beim LBB und die Neugestaltung der allgemeinen Landesverwaltung, der Katasterverwaltung, der Polizei und dem Landesbetrieb Straße und Verkehr. Gleichzeitig haben wir das Personalbudget in den Einzelplänen im Aufstellungsverfahren reduziert. Ausnahmen gelten nur für unsere politischen Schwerpunkte im Bereich der Bildung, der Lehrerinnen und Lehrer und im Bereich der Polizei.

Auf der Grundlage dieser Politik bleibt die Personalausgabenquote ohne Wachstumsrate mit 40,7 % im Jahr 2002 und 41,2 % im Jahr 2003 stabil. Meine Damen und Herren, nur so lässt sich langfristig eine sinnvolle Personalpolitik in schwieriger Haushaltslage betreiben.

Aber trotz dieser schwierigen Haushaltslage haben wir uns dazu verstanden,

(Dr. Altherr, CDU: Verständigt!)

in diesem Haushalt Umschichtungen vorzunehmen. Wir haben uns darauf verständigt, Veränderungen gegenüber dem Regierungsentwurf vorzunehmen, um soziale Dienste und Menschen, die sich ehrenamtlich Aufgaben der sozialen Sicherung annehmen, zu unterstützen. Wir haben gegenfinanzierte Anträge vorgelegt und nicht nur Entschließungsanträge eingebracht, die man im Haushalt nicht wiederfindet, wie wir dies gestern erleben mussten.

Verehrte Frau Thomas, nicht verschämt, sondern wirklich überzeugt unterstützen wir selbst organisierte Einrichtungen, die Aufgaben der sozialen Sicherung und Versorgung übernehmen. Nicht verschämt, sondern überzeugt nenne ich Ihnen nun die wichtigsten Punkte, die wir in diesem Haushalt bewegen wollen und bewegt haben.

Wir werden mit unseren finanzierten Änderungsanträgen die Globalmittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege erhöhen und zusätzliche ehrenamtliche Aktivitäten zur Gesundheitsförderung bereitstellen. Auch in den Bereichen der Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten auf anderen Gebieten erhöhen wir die Beträge. Ich nenne beispielsweise das Förderprogramm Jugendarbeit im ländlichen Raum und die ehrenamtliche Kinder- und Jugendhilfe.

(Pörksen, SPD: Die Feuerwehr!)

die Qualifikation und Vernetzung von kommunalen Jugendvertretungen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen, die ehrenamtliche Arbeit der Frauenhäuser und Notrufe, ein Interventionsprojekt des Landes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, die Integration sozial benachteiligter Jugendlicher, projektorientierte Sozialarbeit oder die Sonderaktion „Hände, die helfen, schlagen nicht“.

Das sind neben dem, was heute schon angesprochen worden ist, nämlich die Aus- und Fortbildung für Führungskräfte der Feuerwehr und Weiterbildung für Ehrenamtliche, Schwerpunkte, die wirklich zeigen, dass es uns mit der Bürgergesellschaft, mit der Gesellschaft des ehrenamtlichen Engagements ernst ist. Wir stellen deshalb zusätzliche Mittel für den Kulturbereich, für Förderwettbewerbe, für Tanztheater, Musik oder literarische Produktionen einschließlich der Musikschulen bereit.

(Bracht, CDU: Alles schulden-
finanziert!)

– Herr Kollege Bracht, ich betone noch einmal, wir haben es gegenfinanziert. Wir haben Deckblätter zum Haushalt eingebracht.

(Bracht, CDU: Alles über Schulden! –
Lelle, CDU: Sie haben nur einen
Entschließungsantrag vergessen!)

Wir haben Deckblätter mit der Aussage vorgelegt, wo das Geld herkommt, dies im Unterschied zu Ihren Entschließungsanträgen. Wir sagen deshalb auch gern, dass das nicht im Widerspruch zu der Haushaltspolitik steht, die wir betreiben wollen, die natürlich in der Zukunft auf eine kontinuierliche Ausgabenbegrenzung setzen muss.

Anders als manche andere Bundesländer kann Rheinland-Pfalz trotz der Darstellung, die in eine bestimmte Richtung lenken soll, bei der Begrenzung der Ausgabensteigerungen auch in der Vergangenheit hervorragende Werte vorweisen. Wir haben heute gemerkt, man kann versuchen, mit Zahlen alles schlechtzureden.

(Jullien, CDU: So sind die Zahlen!)

Wenn man aber Zahlen nennt, soll man sie auch alle nennen. Deshalb müssen Sie sich noch einmal anhören, dass Rheinland-Pfalz in den Jahren 2000 und 2001 eine Ausgabensteigerung von 2,0 % hatte, Baden-Württemberg von 4,3 % – man höre und staune –, Bayern von 2,4 %

(Dr. Altherr, CDU: Das haben wir heute schon einmal gehört!)

– es ist doch schön, ich sage es Ihnen noch einmal, damit Sie es endlich begreifen –, Nordrhein-Westfalen von 2,7 %.

(Dr. Altherr, CDU: Wir sind nicht so blöd, dass Sie es wiederholen müssen!)

Wenn wir in diesem Haushalt eine Steigerungsrate von 0,7 % im Jahr 2002 und 1,9 % im Jahr 2003 vorlegen, dann ist das wirklich nicht schlecht. Ich frage Sie, was das mit Vollgas zu tun hat. Wer hier diesen Begriff verwendet, macht nichts anderes als Polemik und versucht, wenn Sie schon sagen, Sie seien nicht blöd, vielleicht andere für blöd zu halten.

(Dr. Altherr, CDU: Blöder als Sie bestimmt nicht!)

Zum Thema Verschuldung möchte ich Ihnen noch eine Zahl nennen. Sie wissen, der Anteil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland beträgt in Rheinland-Pfalz 4,9 %. Für diese 4,9 % Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland in Rheinland-Pfalz entsteht in unserem Haushalt ein Gesamtfinanzierungssaldo von 3,7 %. Wer also sagt, wie es heute geschehen ist, das Land sei durch eine verfehlte Haushaltsführung in eine schwierige Lage gekommen,

(Jullien, CDU: Natürlich! So ist es!)

sagt es wider besseres Wissen. Ich denke, das wird auch die Öffentlichkeit erkennen und wird es Ihnen auf Dauer nicht abnehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch etwas sagen, was uns ganz wichtig ist. Es gibt neuerdings ein Bundesland, das sich dazu versteht, dass es ein Gesetz braucht, um den Haushalt auszu-

gleichen. Es muss gesetzlich festgelegt werden, dass in Zukunft nur noch ein ausgeglichener Haushalt vorhanden sein darf.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dazu kein Gesetz.

(Jullien, CDU: Sie brauchen kein Gesetz mehr! Das ist richtig!)

Wir haben uns darauf festgelegt. Wir halten weiterhin an dem Ziel fest, auf mittlere Sicht zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

(Dr. Altherr, CDU: Ihr braucht kein Gesetz mehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

Daran werden wir auch unsere Politik in Zukunft messen. Wir hoffen, dass auch Sie sich in Zukunft daran messen lassen und nicht nur Schauanträge stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege, Sie haben mich direkt angesprochen und meinen Namen genannt. Sie haben sicherlich unsere Anträge zur Polizei gemeint und ein Beispiel angeführt. Ich möchte Sie nicht belehren, das steht mir nicht zu. Ich möchte aber etwas klarstellen.

Herr Kollege, Sie haben gesagt, wir hätten lediglich die Anschubfinanzierung, wie es wörtlich in unserem Deckblatt heißt, für die zusätzliche Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern bei der rheinland-pfälzischen Polizei festgelegt. Das stimmt. Sie haben nur einen entscheidenden Fehler gemacht. Der Haushalt wird nur für zwei Jahre verabschiedet.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind nicht gehalten, die Finanzierung dieser Beamten bis ans Lebensende einschließlich der Pensionsbezüge in diesem Haushalt mit zu veranschlagen. Es genügt vielmehr, wenn wir jetzt in diesem Haushalt veranschlagen, was uns diese jungen Menschen kosten würden, wenn wir sie einstellen würden.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung dazu machen. Sie machen genau den entscheidenden Fehler, den wir der Landesregierung seit langem vorwerfen. Sie stellen jetzt zu wenig junge Menschen ein und denken, wenn Sie nachher wo auch immer eine Anzeige aufgeben,

könnten Sie die benötigten Beamtinnen und Beamten auf dem Arbeitsmarkt finden. Das genau ist Ihr Denkfehler. Deswegen kosten diese jetzt auch nicht das volle Geld, sondern lediglich die Anwärterbezüge.

Wir haben Konsequenzen aus unserem Sicherheitspaket gezogen. Wir haben sehr sauber gearbeitet, nicht nur entlang dessen, was wir im Wahlkampf versprochen haben, sondern auch entlang dessen, was uns im letzten Jahr die aktuelle Lage hier im Lande aufgezwungen hat. Wir haben sauber gearbeitet und im Wege eines Entschließungsantrags auch den Ausbau der Fachhochschule mit beantragt. Ich möchte dies wirklich klarstellen, damit Sie dann sauber in der Argumentation bleiben.

(Zurufe von der SPD)

Ich verstehe, dass die SPD genauso wie die Landesregierung Probleme in der Argumentation hat.

(Ramsauer, SPD: Nein, haben wir gar nicht!)

Wir haben bei dem so genannten Sicherheitspäckchen der Landesregierung gemerkt, wie schwer sie sich mit den aktuellen Zahlen getan haben. Sie wussten gar nicht, was die Landesregierung in den letzten Monaten beschlossen hat, als sie den Haushalt vorbereitet hat. Die Landesregierung hat auch nicht gewusst, was sie jeden Tag an Zahlen in den Zeitungen präsentieren sollte. Das ging alles drunter und drüber. Jetzt sind Sie auch noch einmal darauf hereingefallen. Das wollte ich noch einmal gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ramsauer das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kohnle-Gros, vielen Dank, dass Sie noch an einen anderen Ihrer Entschließungsanträge erinnert haben. Wenn Sie 350 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter anstellen wollen, müssen Sie diese auch ausbilden. Das haben Sie logisch erkannt und dazu einen Entschließungsantrag gestellt. Sie haben aber keine Finanzierung auf den Tisch gelegt.

(Zurufe von der CDU)

Was die 350 zusätzlichen Anwärterinnen und Anwärter angeht, so haben wir dies ab 1. Mai gerechnet. Sie sagen, es wäre unser Fehler, dass wir jetzt zu wenig einstellen. Es ist nicht so, als hätten wir die Polizeistärke nicht erheblich angepasst.

(Zurufe von der CDU)

Sie können doch nicht beides wollen. Es ist immer wieder das Gleiche. Hier sagen Sie, wir geben zu viel Geld aus und wir müssten sparen, dann aber wollen Sie das

Land auf Jahrzehnte hin durch zusätzliche Stellen binden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist es richtig, wenn wir im Landtag heftig darüber streiten, wer Recht hat und wer nicht. Wir haben dies auch getan. Von der CDU wurde heute Morgen zu Recht in der Rede des Fraktionsvorsitzenden Böhr angemerkert, dass dieses Land an der Kante und hoch verschuldet ist und keine Bewegungsfreiheit mehr hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Dass sich aber die SPD und auch die FDP, wenn auch etwas schwächer, stark dafür einsetzen, dass gute Politik gemacht worden ist, ist das Recht der SPD.

(Lelle, CDU: Das bestreitet doch niemand!)

– Das bestreitet auch niemand. Ich möchte aber etwas zum Debattenstil sagen. Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie noch einmal direkt ansprechen. Wir müssen ehrlich miteinander umgehen und müssen uns auch auf die Dinge beziehen, die tatsächlich vorgelegen haben.

Sie haben unserer Fraktion unterstellt, wir hätten einen Antrag zur Kindergartenfinanzierung gestellt, der auf den Schultern der Kommunen lasten würde. Es kann sein, dass weder Sie noch die Staatskanzlei diesen Antrag gelesen haben, sondern nur die Überschrift. Dann hätte es zu einem Missverständnis kommen können. In unserem Antrag ist aber klar festgelegt, dass wir die Landesregierung auffordern, eine Perspektive für die nächsten Jahre zu entwickeln, wie in einer gemeinsamen Finanzierung von Kommunen, Bund und Ländern eine Kindergartenfinanzierung möglich ist.

Frau Thomas hat schon gesagt, es ist eine Aufgabe für die Zukunft. Es ist eine entscheidende Aufgabe für dieses Land Rheinland-Pfalz, wie die Kindergartenbetreuung sowie die Schüler- und Jugendbetreuung in Zukunft aussehen wird. Das ist auch eine wichtige Frage für den Standort Rheinland-Pfalz. Darum wollen wir uns kümmern und fordern die Landesregierung auf, dies auch zu machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zu Recht gesagt, wir haben dazu keinen Finanzierungsvorschlag für den Doppelhaushalt 2002/2003 gemacht. Wir fordern ein Konzept, das auch auf Bundesebene diskutiert wird. Herr Ministerpräsident, die Bereitschaft dazu ist vorhanden. Ich fordere Sie auf, noch einmal richtig zu stellen, dass Sie den Antrag ab-

sichtlich oder fahrlässig falsch interpretiert haben. So können wir nicht miteinander umgehen, auch nicht die Landesregierung mit dem Parlament, Herr Ministerpräsident.

(Ministerpräsident Beck: Es steht die Forderung, aber wer soll das Geld aufbringen?)

Die Frage des Standorts Rheinland-Pfalz zeigt sich natürlich in der wirtschaftlichen Entwicklung ganz extrem. Es ist nicht so, dass wir in der Steuerkraft stark sind. Sie haben die Zahlen vorgetragen. Wir sind im Mittelfeld. Wir haben gemerkt, die Länder im Osten sind alle hinter uns, die im Westen alle vor uns.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt gar nicht!)

– Viele, die meisten sind vor uns, zwei waren hinter uns.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt auch nicht!)

– Herr Ministerpräsident, man könnte das auch als geographisches Problem bezeichnen. Läge Rheinland-Pfalz im Osten, wären wir Spitze. Wir liegen aber nicht im Osten. Wir haben die Vergleichsländer im Westen und die Ausgangssituation wie die Länder im Westen.

Sie haben auf bestimmte Sonderbelastungen hingewiesen. Das haben Sie zu Recht gemacht, und es ist richtig, dass man sagt, wir haben in der Konversion vermehrte Aufgaben zu leisten. Man muss auch klar sehen, die SPD- und FDP-geführte Regierung hat vor elf Jahren einen gewissen Schwung bei der Konversion gehabt. Das gilt auch für die Entwicklung in bestimmten Bereichen des Wirtschaftens und vor allem der Bildung. Sie haben diesen Schwung nach und nach verloren. Sie sind stecken geblieben. Sie bleiben an alten Forderungen hängen, die Sie noch abarbeiten. Was kommt dann? Was ist dann noch in der Ideenkiste der SPD, der FDP und der Regierung? Nichts mehr. Sie können uns keine neuen Ideen mehr präsentieren. Wir haben in der ersten Haushaltsdebatte Vorschläge gemacht.

Wir haben auf Bundesebene gezeigt, dass es durch Rotgrün Chancen gibt, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz zu schaffen. Das sind auch Chancen für den ländlichen Raum. Das wissen alle, die sich damit beschäftigen. Die anderen können darüber lachen. Diejenigen, die sich damit beschäftigen, wissen das sehr wohl. Es sind Chancen bei der erneuerbaren Energie, beim Naturschutz und bei der Erhaltung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum zu nennen.

Zurzeit werden pro Tag vier Erwerbsbetriebe im bäuerlichen Bereich aufgegeben. Diese Tendenz besteht schon lange. In den letzten zehn Jahren sind 40.000 Betriebe aufgegeben worden. Somit sind 40.000 Arbeitsplätze plus x weg. Das sind Dinge, die an der Stelle aufgefangen werden müssen, an der es möglich ist.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Die Struktur ist eher mit einer ökologischen Wende zur kleinbäuerlichen Landwirtschaft als durch die von Minister Bauckhage vertretene Politik zu erhalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Sie glauben, dass diese bäuerliche Struktur zu erhalten ist?)

– Das wissen Sie doch. Wir brauchen nicht nur die bäuerliche Struktur, sondern wir brauchen für den ländlichen Raum neue Entwicklungsmöglichkeiten. Wir brauchen neue Chancen. Sie müssen mitmachen. Von Ihnen hören wir nichts.

Man muss sich nur das Wirtschaftsministerium ansehen. Sie sind leider jetzt alle nicht da. Herr Bauckhage, Herr Glahn und Herr Eymael sind unser Innovationsteam im Wirtschaftsministerium. Wenn das die Problemlösung ist, dann möchte ich das Problem nicht sehen. Wie muss dann erst das Problem aussehen?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich bin der Meinung, diese drei Herren im Wirtschaftsministerium an der Spitze sind ein Teil des Problems und können nicht Teil der Lösung werden, weil sie immer nur Althergebrachtes neu daherbeten. Da muss eine Änderung, eine Erneuerung erfolgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute schon einige Male über das Elend der Kommunen gesprochen. Wenn ich das richtig sehe ist Herr Ramsauer auch nicht mehr im Saal. Er kommt aus der Stadt Ludwigshafen. Dort war er bis vor kurzem Dezernent. Dort ist er Parteivorsitzender. Die Stadt Ludwigshafen hat 200 Millionen DM, 100 Millionen Euro Finanzierungslücke trotz Schuldenaufnahme. Das ist in Deutschland die Stadt, die prozentual die größte Finanzierungslücke hat. Es ist falsch, wenn man sich dann hierhin stellt und sagt, das interessiert uns nicht, wir brauchen kein hektisches Programm, sondern wir wollen das so weitermachen wie bisher.

(Hartloff, SPD: Das hat er doch überhaupt nicht gemacht!)

Sie hatten die Chance, in den Beratungen noch einmal nachzulegen. Es hat niemand getan. Wir haben deswegen einen finanzierbaren Antrag gestellt, nämlich 70 Millionen Kredite jetzt in die Kommunen zu geben, und zwar vom Land und von der ISB.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Herr Kuhn, Sie haben in den Kommunen keine Verantwortung, da können Sie leicht reden. Damit können Schulen renoviert, soziale Arbeit gemacht werden. Das sind die Dinge, die am dringendsten und am wichtigsten sind. Dazu hören wir von Ihnen nichts.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Wir hören immer nur die gleichen Verteidigungsstrategien und -reden. Es gibt keinen Input, keine neue Zün-

derung für Investitionen, um soziales Elend zu bekämpfen und die Bildung zu fördern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir haben in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, wie man neue Ideen im Mittelstand umsetzen kann. Herr Bauckhage stellt sich heute bestimmt noch ans Mikrofon, Mister Mittelstand. Herr Beck hat schon gesprochen, Mister Mittelstand und Großindustrie. Er hat für beide plädiert. Das ist durchaus richtig so. Wir haben einen Anschub, das will ich hier loben. Wir hatten einen Anschub in der Fachhochschulförderung. Das war gut und richtig so. Inzwischen haben wir eine ganz gute Fachhochschullandschaft in Rheinland-Pfalz. Da muss noch mehr geschehen. Es nutzt nichts, dass wir nur den Anschub haben, sondern jetzt muss weiterentwickelt werden. Es muss der Weg von den Fachhochschülern zu denjenigen geschafft werden, die in Rheinland-Pfalz eine Existenz gründen und da bleiben wollen. Diese brauchen in Rheinland-Pfalz die Unterstützung.

Herr Kuhn, Sie hatten gesagt, jeder Selbstständige schafft vier Arbeitsplätze. Soweit ich weiß, sagt Herr Bauckhage, es sind fünf Arbeitsplätze. Darüber wollen wir uns nicht streiten. Natürlich ist es wichtig, Gründungen in Rheinland-Pfalz zu halten. Dazu brauchen wir das Umfeld. Wir brauchen ein Umfeld, das umweltmäßig richtig gut und attraktiv ist. Wir brauchen eines, das Bildungsniveau hat, das Kinderbetreuung hat. Genau diese normalerweise weichen Standortfaktoren sind inzwischen die entscheidenden Standortfaktoren geworden.

Wir brauchen in Rheinland-Pfalz Initiativen und nicht nur Gelder, die Mitnahmeeffekte bewirken, nämlich Zuschussprogramme, die das innovative Wirtschaftsministerium immer wieder neu auflegt. Da wundert sich das Ministerium, warum die Programme das nicht gebracht haben, was man gern wollte. Wir brauchen gezielte, regional angesiedelte Förderung, die regional gebündelt ist. Wir schlagen das seit Jahren vor.

(Dr. Schmidt, SPD: Wir machen das schon!)

– Warum setzen Sie das nicht um? Ist das Ministerium dazu nicht in der Lage oder nicht willens? Vielleicht kann das nachher Herr Bauckhage noch beantworten.

(Dr. Gölter, CDU: Herr Creutzmann antwortet!)

Wir brauchen eine Diskussion darüber, wie die Zukunft der Großindustrie aussehen wird. Herr Beck, Sie haben sich vor kurzem geäußert, dass Sie die EU-Richtlinie, das Chemikalien-Weißbuch, wie vorgelegt nicht akzeptieren wollen. Heute verkünden Sie, Herr Schröder hätte Ihnen zugesagt, Deutschland habe eine Linie gefunden, die jenseits dieser EU-Linie ist.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Das ist natürlich richtig. Es gibt seit langem zwischen VCI, dem Umweltministerium und der Bundesregierung

Verhandlungen. Es gibt ein gemeinsames Papier, das nicht veröffentlicht ist. Dieses befindet sich in einer internen Diskussion.

(Ministerpräsident Beck: Es gibt ein Ergebnis!)

– Es gibt ein Ergebnis, das bisher nicht veröffentlicht ist. Sie haben veröffentlicht, dass es dieses Ergebnis gibt. Nicht Herr Schröder und Sie haben das erreicht, sondern es waren der VCI, das Bundesumweltministerium und die Bundesregierung insgesamt.

(Kuhn, FDP: Sie waren es – – –)

Sie müssen sehen, dass das nicht ihre Sache allein ist, wenn es vernünftige Verhandlungen gibt.

(Pörksen, SPD: Und es waren die GRÜNEN! – Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Wir werden das Papier noch kommentieren müssen. Wir haben das Papier. Es ist nicht veröffentlicht. Deswegen haben wir es in der Öffentlichkeit noch nicht kommentiert.

Es sind vernünftige Ansätze vorhanden. Ich glaube, man braucht Verhandlungen, um in Brüssel gemachte Vorschläge eventuell zu verbessern.

Ich kenne die Punkte des Papiers. Nicht unbedingt alle Punkte dienen dem Umweltschutz. Das ist ein Kompromiss von Umweltschutz, Verbraucherschutz und Arbeitsplatzschutz bei der BASF.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Man braucht natürlich eine Diskussion darüber, ob es so richtig ist oder ob die EU auf manchem Punkt nicht beharren sollte, Herr Ministerpräsident.

Ich würde mir wünschen, Sie würden hier auch gegen die Umweltvergiftung und für mehr Verbraucherschutz plädieren und nicht nur Vollzug melden, dass Sie mit Herrn Voscherau und mit dem Kanzler einer Meinung sind, dass die EU-Vorschläge so nicht durchgehen können. Das wäre mir lieber gewesen. Ich glaube, das wäre der Sache auch angebracht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Unglaublich!)

Wir haben Vorschläge gemacht, wie wir auch in der Ausbildung und in der Bildung Verbesserungen erreichen können. Ich glaube, diese Vorschläge werden sich langfristig auch durchsetzen. Sie werden sich durchsetzen können, weil sie vernünftig sind. Wir haben schon Ansätze zur Ganztagschule, die von Ihnen so eingebracht wurden. Wir haben es hier auch schon gesagt, das ist natürlich noch keine flächendeckende Ganztagschule, sondern ein erster Schritt. Aber erste Schritte sind auch nicht schlecht. Wir brauchen aber die weiteren Schritte und dürfen nicht beim ersten Schritt stehen bleiben.

Deswegen sagen wir, wir brauchen erst einmal eine verbesserte Versorgung im Unterricht. Wir brauchen eine verbesserte Versorgung bei den Schulen und bei den Hochschulen, aber mit den entsprechenden Materialien. Wenn man sieht, wie die Schulen vor Ort aussehen – ich weiß, dafür sind die Kommunen zuständig –, und wenn man sieht, welche Zustände in den Schulen herrschen, welche baulichen Zustände allein, dann kommt einem manchmal das kalte Grausen. Deswegen muss man in dem Bereich noch nachlegen, aber vor allen Dingen auch in der Qualität der Bildung. Da gibt es die ersten Schritte und muss es geben in Richtung Lehrerinnenqualifizierung. Hier wurde gestern hoppladhiopp noch ein Vorschlag vor der heutigen Debatte unterbreitet. Ich glaube, der muss auch noch einmal genauestens überprüft werden.

Die Standortqualität und die Lebensqualität sind unter anderem eben Bildungsqualität. Diese Bildungsqualität darf nicht nur urban, nicht nur städtisch sein, sondern diese Bildungsqualität muss über das ganze Land angeboten werden können. Deswegen – ich sage es noch einmal – gibt es auch unseren Antrag, weiter zu denken als diese Schritte, die Sie jetzt angekündigt haben, auch in Richtung Bildung bei Drei- bis Sechsjährigen, weiterzudenken in Richtung Bildung und auch soziale Unterstützung bei denen, die Bildung nicht so leicht haben können wie manche, die aus einem sozialen Umfeld kommen, das völlig in Ordnung ist. Wir brauchen deswegen auch Schulsozialarbeit. Da haben Sie einen Ansatz. Das wird nicht reichen. Wir brauchen in den Städten vermehrt Schulsozialarbeit, weil wir in den Städten ganz viele Problemzonen haben, weil wir in den Städten viel Nachhilfeunterricht brauchen, weil wir in den Städten viel Betreuung brauchen. Das alles können die Städte aber aufgrund der Finanzlage nicht allein finanzieren. Deswegen brauchen wir auch die Unterstützung des Landes.

Wir können einsparen. Wir haben Vorschläge vorgelegt, wo wir einsparen können. Wir können deswegen unschichten, aber natürlich müssen wir auch daran denken, wie es in einigen Jahren aussieht. Die Landesregierung hat versprochen, im Jahr 2006 auf null bei der Nettoneuverschuldung zu sein. Mich wundert, daß die CDU da nicht weitergegangen ist, sondern jetzt vorge schlagen hat, 10 % pro Jahr bei der Neuverschuldung abzubauen. Wenn man Mathematik kann, dann weiß man, das wird nie enden. Immer 10 % abbauen, das geht irgendwann gegen null. Aber es wird länger dauern als bis zum Jahr 2006.

(Jullien, CDU: Die Richtung stimmt!)

Meine Damen und Herren, ich hatte gedacht, Sie hätten da mehr Schwung, aber der Schwung kann noch kommen. Wir müssen, wenn wir realistisch von einer Einnahmensituation ausgehen, die sich nicht drastisch verbessert – davon gehen wir im Moment aus –, natürlich darüber nachdenken, wo eingespart werden kann.

Vielen Dank, meine Damen und Herren. So viel für heute.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Morgen hat Frau Kollegin Thomas die FDP in Ihrem Redebeitrag heftig kritisiert. Ich will auf ein paar Anmerkungen eingehen.

Sie haben gefordert – den Entschließungsantrag habe ich gelesen –, mehr Mobilität mit Bussen herzustellen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Busse und Bahnen, 15.000 Kilometer!)

– Ja, und Bahnen. Das ist in Ordnung.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben das falsch verstanden!
Mehr Busse!)

– Ja, Frau Kollegin Kiltz, mehr Busse. Wir stellen halt immer wieder fest, dass es auch um die Wirtschaftlichkeit geht. Wir wollen nicht noch mehr Geisterbusse durch das Land Rheinland-Pfalz fahren lassen. Deswegen unterstützen wir die Linie des Wirtschaftsministeriums, weiterhin die Mobilität in einer Verbesserung des ÖPNV-Takts sicherzustellen. Wir hoffen und sind auch sicher – der Herr Ministerpräsident hat die Zusage gegeben –, dass wir einen Teil der Regionalisierungsmittel, vielleicht nicht alles, aber einen Großteil der Regionalisierungsmittel in Gesprächen mit Berlin erhalten können, weil das für den ÖPNV sehr wichtig ist.

Frau Kollegin Thomas, niemand in der FDP in Rheinland-Pfalz will ein Scheitern des Zuwanderungsgesetzes. Auch diese Mär möchte ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir haben noch unter Peter Caesar ein Gesetz im Bundesrat initiiert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
1997 mit einer Gesamtquote! Jetzt kommen
Sie doch nicht mit den alten Kamellen!)

– Natürlich. Deswegen halte ich für die FDP-Landtagsfraktion fest, die FDP-Landtagsfraktion ist an einem Erfolg des Zuwanderungsgesetzes interessiert. Nur ist es nicht mehr als legitim, dass man die Kommunen beispielsweise nicht mit weiteren Kosten befrachtet. Dies muss noch einmal diskutiert werden. Dies ist legitim.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Spielen Sie sich doch nicht zum Hüter
der Kommunen auf!)

Das hat der Bundesrat übrigens auch beschlossen. Sie müssten auch einmal lesen, was damals in einer Resolution beschlossen wurde, und wir bitten um nicht mehr.

Sie haben die befristeten Baugenehmigungen bei den Windkraftanlagen angesprochen. Dies ist in der Tat

etwas, was wir möchten. Es ist das, was der Brandenburger Erlass auch sagt. Man kann Baugenehmigungen aussprechen, solange ein Bauwerk, zum Beispiel eine Windkraftanlage, betrieben wird. Wenn sie 20 Jahre betrieben wird, dann gilt die Baugenehmigung 20 Jahre. Wenn sie aber nur drei Jahre betrieben würde, weil es sich nicht mehr rechnet, dann erwarten wir auch, dass diese Windkraftanlage abgebaut wird, und wir erwarten auch, dass Bürgschaften hierfür hinterlegt werden, damit dies auch realisiert werden kann. Diesen Erlass – darin sind wir uns, wenn ich das recht sehe, mit der SPD-Landtagsfraktion einig –, den es in Brandenburg gibt, würden wir auch gern in Rheinland-Pfalz sehen.

Frau Kollegin Thomas, Sie versuchen immer wieder, in Ihren Redebeiträgen dieser Koalition eine Koalitionskrise herbeizureden. Schön, das können Sie tun.

(Mertes, SPD: Was ist das denn?)

Sie kann das tun.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Störungen!)

– Auch Störungen. Es ist egal, wie Sie das bezeichnen. Ich muss Sie enttäuschen. Es gibt keine Koalitionskrise. Dass es immer wieder ab und an einmal unterschiedliche Auffassungen gibt, ist in einer Koalition selbstverständlich. Das wird fair und partnerschaftlich ausgetragen.

Ihre zweite Bewerbungsrede, die Sie heute für eine rotgrüne Koalition gehalten haben, für eine Koalition aus GRÜNEN und SPD – – –

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Doch. Frau Thomas hat bei der ersten Haushaltsberatung in ihrer Grundsatzrede eine Bewerbungsrede gehalten. Heute hat sie sie erneuert und gesagt: Wo sind die Innovationen in dieser Koalition?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie geglaubt, aber ich habe Ihnen das schon erklärt, Herr Creutzmann!)

Frau Kollegin Thomas, wir haben Innovationen. Herr Dr. Braun, ich komme zu Ihnen, es wären keine neuen Ideen in der Koalition mehr im LSV und in der Bildungspolitik vorhanden. Dieser Tage hat Minister Zöllner die neue Lehrerausbildung vorgestellt. Wir haben sie in den Schulen mit der Errichtung der Ganztagschulen. Wir haben immer wieder neue Ideen. Die werden uns nicht ausgehen, auch was die Modernisierung der Verwaltung betrifft. Lassen Sie sich einmal überraschen. Sie werden überrascht sein.

Frau Thomas, interessant war Ihr Beitrag von der präventiven Frauenpolitik. Sie haben nicht näher ausgeführt, was Sie darunter verstehen. Es gibt allerdings einen Antrag, den ich gelesen habe. Bei der Wirtschaftsförderung des Wirtschaftsministeriums sollte man verstärkt eine Frauenförderung betreiben. So steht das sinngemäß in Ihrem Antrag. Dagegen haben wir nichts,

wir dürfen nur bitten, wenn Sie immer wieder von Evaluieren von Förderprogrammen sprechen, dass man die Förderprogramme danach ausrichtet, wie hoffentlich erfolgreich ein Start-up-Unternehmen in der Zukunft sein wird. Das kann bei Frauen sehr erfolgreich sein – da gibt es sehr erfolgreiche Unternehmerinnen –, aber auch bei Männern. Bei Gelegenheit können Sie mir einmal sagen, was präventive Frauenpolitik ist. Wirtschaftsförderung kann sich nur daran ausrichten, dass man möglichst die Fördermittel so effizient einsetzt, dass die, die sie bekommen, auch etwas davon haben und in Zukunft erfolgreich bestehen können.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich finde es schön, dass es einen Punkt gibt, wo Sie etwas dazulernen wollen!)

Herr Kollege Dr. Braun, ich habe mir vorgestellt, Sie und Frau Kiltz würden das Wirtschaftsministerium führen.

(Pörksen, SPD: Oh Graus! – Zuruf der Frau Abg. Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie hatten doch eben gesagt Bauckhage, Glahn und Eymael. Ich glaube, wenn Sie das Wirtschaftsministerium führen würden, könnten wir das Wirtschaftsministerium abschaffen. Wirtschaftsförderung würde nach Ihren Vorstellungen nicht mehr stattfinden, Straßenbau auch nicht mehr, meine Damen und Herren. Ich meine, das Wirtschaftsministerium könnten wir auflösen, Herr Kollege Dr. Braun, außer die Windkraft, da bin ich sicher, die würden Sie noch zusätzlich ein bisschen fördern wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mertes, SPD: Und die Radwege! Im Hohen Venn! Ganz klar!)

– Und die Radwege. Danke. Radwegebau.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Nein, das darf doch einmal erlaubt sein.

Vielleicht noch ein Satz, weil ich dem Herrn Ministerpräsidenten auch einmal Dank sagen will.

Herr Kollege Dr. Braun, normalerweise äußere ich mich über Dinge, bei denen die BASF direkt oder indirekt beteiligt ist, nicht. Das habe ich mir selbst auferlegt. Aber ich wurde als Arbeitnehmervertreter dieser Tage wieder in den Sprecherausschuss der leitenden Angestellten gewählt. Wir arbeiten sehr eng mit dem Betriebsrat zusammen.

Herr Ministerpräsident, ich kann nur herzlichen Dank für Ihren Einsatz gegen die Chemikalienpolitik in der EU sagen. Das, was Umweltminister Trittin in der Chemikalienpolitik gewollt hat, hätte Tausende Arbeitsplätze bei der Chemie in Rheinland-Pfalz gekostet, gerade bei den mittelständischen Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die großen Unternehmen sind auch tangiert, aber nicht so extrem stark. Wenn Sie eine Lösung des Problems in Berlin herbeigeführt haben, dann sage ich Ihnen als Arbeitnehmervertreter ein herzliches Dankeschön für die Beschäftigten und die Arbeitsplätze, die Sie in Ludwigshafen und auch im Land bei den mittelständischen Unternehmen damit gerettet haben.

Meine Damen und Herren, die wichtigste Aufgabe in der Politik auch für die nächsten Jahre wird sein, die uns alle bedrückende hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern. Deshalb muss der vor uns liegende Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2002 und 2003 auch deutlich machen, dass das Land Rheinland-Pfalz bereit ist, einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Land zu leisten.

Meine Damen und Herren, das wird nur gehen, wenn wir den Investitionshaushalt auf sehr hohem Niveau weiterfahren.

Herr Kollege Jullien, das ist das Problem, vor dem wir stehen. Flexibel und variabel ist eigentlich nur der Investitionshaushalt, weil die Personalkosten im Großen und Ganzen feststehen. Das heißt: Würden wir in der jetzigen konjunkturellen Situation bei den Investitionen sparen, dann würden wir am falschen Ende sparen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Wirtschaftsweisen anhören, Herr Professor Peffekoven hat hier in Mainz vor ein paar Wochen einen Vortrag gehalten. Er ist einer der früheren Wirtschaftsweisen. Er hat gesagt, in der jetzigen Konjunktursituation wäre ein antizyklisches Verhalten, nämlich ein Einsparen bei den Investitionen, genau das Falsche und würde die Arbeitslosigkeit noch erhöhen.

Meine Damen und Herren, deswegen ist die Gratwanderung, einen verfassungsgemäßen Haushalt in Rheinland-Pfalz vorzulegen und die hohe Investitionsquote zu halten, nur dann machbar, wenn die Steuereinnahmen wegbrechen, indem man in eine höhere Neuverschuldung geht. Staatsminister Mittler hat auf meine Anfrage die Antwort gegeben. Weggebrochen sind Steuereinnahmen auch aufgrund der Steuerreform, die die Bundesregierung gemacht hat. Die haben wir alle gewollt. Wir haben alle in diesem hohen Hause gesagt, wir wollen Unternehmen mit Steuern entlasten.

Das wollen Sie, das wollen die FDP und die SPD. Bei den GRÜNEN ist es ein bisschen – – –

(Jullien, CDU: Aber nicht in dieser Form! –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Moment. Herr Kollege Jullien, dann ist doch etwas eingetreten, was wir alle in dieser Form nicht erwartet haben, nämlich ein Teil der ausfallenden Steuern ist auch darauf zurückzuführen, dass sehr viele Unternehmen Dividenden nicht innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren, sondern im letzten Jahr ausgeschüttet haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Braun?

Abg. Creutzmann, FDP:

Natürlich, immer.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Creutzmann, Sie behaupten immer, die GRÜNEN hätten die Unternehmen gar nicht entlasten wollen. Ist Ihnen bekannt, dass in dieser Legislaturperiode unter Rotgrün das neue Steuergesetz durchgesetzt wurde und die FDP im Bund 30 Jahre lang davon gesprochen, aber es nicht geschafft hat? Ist Ihnen das bekannt, oder müssen Sie aufgeklärt werden?

Abg. Creutzmann, FDP:

Herr Kollege Dr. Braun, mir ist bekannt, dass ohne das Einschreiten dieser Landesregierung die Steuerreform an der Blockadehaltung der Union erneut gescheitert wäre. Dies halte ich fest. Es waren Rainer Brüderle, der Ministerpräsident und Hans-Artur Bauckhage. Alle haben mitgeholfen. Wenn wir eine Blockadehaltung eingenommen hätten, die Sie uns immer unterstellen, hätten wir keine Steuerreform hinbekommen. Das ist der Verdienst dieser Landesregierung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich darf mich für Ihre Zwischenfrage bedanken.

Ich habe gesagt, wenn wir Unternehmen entlasten – Frau Thomas hat dies hier schon einmal erklärt –, dann findet das immer Ihre Zustimmung, weil Unternehmensentlastungen zu weniger Steuereinnahmen des Staats führen, und dann können Sie weniger Geld ausgeben. Das ist das Problem. Das muss man immer wieder festhalten.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das, was wir in Zukunft brauchen, ist Mobilität und Flexibilität in allen Politikfeldern, in der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Verkehrspolitik, der Bildungs- und Ausbildungspolitik.

Meine Damen und Herren, an diesen Kriterien muss der Haushalt gemessen werden. Wir haben in der Verkehrspolitik – dies zeigt der Haushalt eindeutig – mehr Mobilität und Flexibilität erreicht. Dies wird auch mit dem vorliegenden Haushalt verwirklicht. Wir werden mehr Straßen bauen, keine zusätzlichen, sondern Straßenverbesserung und Ausbau betreiben. Wir haben einen nach kaufmännischen Grundsätzen geführten Landesbetrieb Straßen und Verkehr mit hohen Effizienzpotenzialen, und – das möchte ich auch einmal sagen; Herr Kollege Dr. Braun, deshalb ist der Bund zu loben – der

Bund stellt dank der Einnahmen aus den UMTS-Lizenzen mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung. Das müssen wir einmal festhalten. Der sechsspurige Ausbau der A61 ist nur mit Bundesmitteln machbar. Dafür müssen wir uns an dieser Stelle bedanken.

(Mertes, SPD: Danke, Herr Trittin!)

Herr Kollege Dr. Braun, da Sie an der Bundesregierung mitbeteiligt sind, geht der Dank auch sicher an Sie, obwohl wir wissen, dass der Verkehrsminister SPD-Mitglied ist und nicht bei den GRÜNEN.

In der Bildungs- und Ausbildungspolitik wollen wir mehr Flexibilität und Mobilität. Deswegen begrüßen wir – Herr Staatsminister Zöllner ist jetzt nicht anwesend – die vorgelegte Lehrerstrukturreform. Diese schafft uns mehr Flexibilität und auch mehr Mobilität im Einsatz von Lehrkräften. Dies gilt genauso für die Ganztagschulen, die wir in Zukunft haben werden. Das sind Fortschritte, die den Standort Rheinland-Pfalz stärken werden.

Meine Damen und Herren, was wir auch brauchen, ist eine Strukturreform bei den Steuern. Der Herr Ministerpräsident hat in seinem Redebeitrag gesagt, dass wir eine Gemeindefinanzreform brauchen, weil die Kommunen in der Tat ihre Einnahmen überhaupt nicht planen können. Es kann wenig Sinn machen, dass einzelne Kommunen die bestehende Steuergesetzgebung benutzen, um zum Beispiel mit Unternehmen separate Vereinbarungen mit dem Ziel zu treffen, höhere Gewerbesteuern zu erreichen. Wir brauchen eine Stetigkeit bei den Einnahmen bei der Gewerbesteuer.

Wir haben das Problem gehabt – dies weiß auch der Finanzminister –, dass im letzten Jahr viele Unternehmen keine Steuern mehr gezahlt haben. Ich muss Ihnen sagen, dies schmerzt. Die Deutsche Bank erklärt dieser Tage, sie zahlt deswegen keine Steuern mehr, und die vorausbezahlten Gewerbesteuern holt sie sich zurück, weil sie Teilwertabschreibungen vorgenommen hat und das neue Gesetz schon anwendet, bei dem Beteiligungsveräußerungen in Zukunft steuerfrei sind. Ich muss Ihnen sagen, dies schmerzt natürlich sehr. Ich glaube, da sind der Finanzminister und ich einer Meinung. Es war eigentlich nicht Intention des Gesetzgebers, dass solche Einbrüche bei den Steuereinnahmen kommen werden.

Herr Ministerpräsident, wir müssen dieses Thema angehen, weil wir auch als Länder an stetigen, an berechenbaren Steuereinnahmen interessiert sein müssen. Dies wollte ich noch einmal zum Ausdruck bringen.

Wir brauchen auch eine Strukturreform bei der Einkommensteuer. Der frühere Staatssekretär in diesem Land, jetzt ist er Finanzsenator in Berlin, hat errechnet, dass wir dann, wenn wir alle Steuervergünstigungen wegnehmen könnten, bei einem Steuersatz von 25 % das gleiche Steueraufkommen hätten.

(Jullien, CDU: Das sagt Professor Kirchhoff!)

– Es ist egal, wer. Aber ich kenne diese Ausführungen, die er damals gemacht hat.

Meine Damen und Herren, wir alle wären froh, wenn wir nur 25 % Steuer bezahlen würden. Die würden wir gern bezahlen. Davon bin ich überzeugt. Deswegen müssen wir auch an die Steuergesetze herangehen.

Herr Ministerpräsident, ich weiß, das ist eine Kraftanstrengung. Aber ich bin überzeugt, bei niedrigeren Steuersätzen könnte und wird diese Kraftanstrengung auch gelingen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind der Erste, der von den Lobbyisten in Bewegung gesetzt wird!)

– Nein. Ganz ruhig.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Passen Sie auf: Im Wahlprogramm der FDP steht – – –

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wir wollen es auch verwirklichen.

Da steht, wir wollen 15 %, 25 % und 35 %, das heißt, drei einfache Steuersätze und alles – – –

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie wissen doch, wie – – –

Jetzt wollen wir hier nicht diskutieren und die alten Kammern aufwärmen. Wir haben probiert, eine Steuerreform hinzubekommen. Das ist damals am Bundesrat gescheitert.

(Jullien, CDU: Wer hat blockiert?)

– Ich schlage nicht mehr die alten Schlachten.

(Jullien, CDU: Wer hat blockiert?)

– Das wissen wir. Der Bundesrat.

(Jullien, CDU: Jürgen Möllemann!)

Wir schlagen nicht mehr die Schlachten der alten Tage, sondern wir gehen davon aus – das ist unser Ziel –, an der nächsten Bundesregierung beteiligt zu sein. Wir sind überzeugt davon, dass wir dann ein vereinfachtes Steuersystem auf den Weg bringen werden. Dass das nicht einfach sein wird, ist klar. Frau Kollegin Thomas, bei niedrigen Steuersätzen können Sie die Abschaffung von Steuervergünstigungen erreichen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen die Gründung neuer Unternehmen erleichtern. Jeder weiß, dass ein neu gegründetes Unternehmen etwa vier bis fünf neue Arbeitsplätze schafft. Die Selbstständigenquote in Deutschland ist noch viel zu gering.

Deshalb hat es die FDP-Fraktion begrüßt, dass durch den Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz weiterhin die Gründung selbstständiger Unternehmen gefördert wird. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn wieder mehr junge Menschen nach ihrem Gesellenbrief auch den Meisterbrief erwerben.

In Deutschland ist es nur dann möglich, einen Handwerksbetrieb zu eröffnen, wenn man einen großen Befähigungsnachweis hat. Wir müssen leider feststellen, dass immer weniger junge Menschen bereit sind, den Meisterbrief zu erwerben. Deshalb will die FDP-Fraktion mithelfen, eine Initiative zu starten mit dem Ziel, dass wieder mehr junge Menschen bereit sind, den Meisterbrief zu erwerben.

Das ist nicht nur für Existenzgründungen wichtig, sondern auch für die Übernahme bestehender Unternehmen, was in den nächsten Jahren besonders notwendig sein wird, weil immer mehr Betriebsinhaber ihr Unternehmen aufgeben und, sofern sie keine Nachfolger in der eigenen Familie haben, dringend darauf angewiesen sind, Nachfolger für ihr Unternehmen zu finden.

Mehr Mobilität und Flexibilität ist auch in den öffentlichen Verwaltungen gefordert. Mit der Errichtung der Landesbetriebe LBB, LSV, Forst, aber auch der ISB hat das Land Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit gezeigt, dass es bereit ist, moderne Wege in der öffentlichen Verwaltung zu gehen.

Auf diesem Weg dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Wir benötigen auch im öffentlichen Dienst mehr Flexibilität in den Gehaltssystemen. Bonuszahlungen mit Zielvereinbarungen sind auch in der öffentlichen Verwaltung möglich. In diesem Zusammenhang habe ich nicht die Diskussion verstanden, die im Rahmen der Bonuszahlungen für Lehrer entstanden ist. Bei all meinen Gesprächen mit Verbänden und Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst vertreten, stoße ich fast immer auf sehr viel Verständnis, wenn ich flexiblere Gehaltssysteme im öffentlichen Dienst fordere.

Außerdem wünsche ich mir, dass in der öffentlichen Verwaltung in Rheinland-Pfalz mehr Jahresarbeitszeit eingeführt wird. Auch bei uns muss gelten, dass die aufgabenbezogene Arbeitszeit als Dienstleister wichtiger als die zeitbezogene ist. Die öffentliche Verwaltung in Rheinland-Pfalz muss mehr dienstleistungsorientiert und weniger zeitorientiert arbeiten. Dabei sind die einzelnen Ministerien und die nachgeordneten Behörden gefordert.

Weniger Personal, dieses jedoch effizienter eingesetzt, würde bedeuten, dass die Aufgaben auch in Zukunft für unsere Bürger erledigt werden können.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der vor uns liegende Haushaltsentwurf zeigt, dass im Haushaltsvollzug sparsamst gewirtschaftet werden muss. Der Herr Ministerpräsident hat in seinem Redebeitrag heute Morgen deutlich gemacht, dass dies auch der Fall sein wird. Dafür danken wir Ihnen.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln erwartet für die Jahre 2002 und 2003 wieder steigende Unternehmenssteuern. Das ist logisch; denn alle Teilwertab-

schreibungen und alle Steuerkürzungsmöglichkeiten werden genutzt. Jetzt wird wieder mehr Geld in die Kassen kommen. Davon werden wir profitieren.

Dennoch vertritt die FDP-Fraktion die Auffassung, dass wir in der Diskussion über die einzelnen geplanten Maßnahmen weiter kritisch an jede Ausgabe herangehen sollten. Jede Steuermark, die wir in Zukunft mehr zu erwarten haben, sollte nicht zu neuen Ausgaben oder Mehrausgaben führen, sondern den vor uns liegenden Schuldenberg abbauen.

(Beifall des Abg. Hohn, FDP)

Nur so wird es möglich sein, das Ziel, die Nettoneuverschuldung in den kommenden Jahren auf null abzusenken, zu erreichen. Wenn wir das im Jahr 2006 erreichen wollen, bedarf es weiterer Anstrengungen, die Ausgaben zu vermindern. Die FDP-Fraktion ist bereit, diese Herausforderungen anzunehmen und Sie zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort. Herr Dr. Schmitz, Sie haben noch eine Redezeit von neun Minuten.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin erstaunt, dass Herr Kollege Creutzmann nicht länger durchgehalten hat.

(Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, nach all dem, was an detaillierten Ausführungen zum Bereich Medienpolitik bereits vorgenommen wurde, erspare ich es mir, die einzelnen Punkte noch einmal zu referieren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat noch keiner gemacht!
Das ist jetzt Ihr Feld!)

– Dann muss ich anders beginnen, Frau Kollegin Thomas. Das umfassende Thema lässt sich in neun Minuten nicht so ausführen, dass alle Teilbereiche abgedeckt werden. Ich konzentriere mich deshalb im Wesentlichen auf das, was ich Ihnen in der Folge zur Kenntnis bringen werde.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle, wie bedeutungsvoll der Medienbereich ist, wie viele Zukunftschancen darin stecken, wie viele menschliche Kreativität und Kraft in diesen Bereich fließen und welche Bedeutung er für die Wirtschaft und für qualifizierte Arbeitsplätze gerade in unserem Land hat und haben wird.

(Vizepräsident Creutzmann
übernimmt den Vorsitz)

Neben diesen hoffnungsvoll stimmenden Aspekten gibt es aber auch Bereiche, die staatlichen Regelungsbedarf einfordern, insbesondere der Bereich der Schutzrechte des Individuums vor Entwicklungen im Medienbereich, die unerwünscht sind. In diesem Zusammenhang darf ich insbesondere das Engagement bei den Verhandlungen für das neu zu schaffende einheitliche Jugendschutzrecht auf Bundesebene loben.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat Chancen und Regulierungserfordernisse bei aller gebotenen Zurückhaltung angesichts erforderlicher Einsparungen in dem heute zu beratenden Landeshaushalt abgewogen und

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Landeshaushalt stimmt nicht!)

gleichzeitig der Bedeutung dieses wichtigen Sektors entsprechend in einer Art und Weise dargestellt, die wir alle begrüßen sollten. Sie hat im Medienbereich vielfach zu Recht haushaltspolitische Schwerpunkte gesetzt.

Einen Aspekt darf ich etwas detaillierter hervorheben, nämlich die Diskussion über den Medienstandort Rheinland-Pfalz. Der Medienstandort Rheinland-Pfalz – hätten Sie es gewusst, meine Damen und Herren, vor allen Dingen von der Opposition? – ist zwar nach München, aber noch vor Köln der bedeutendste Medienstandort Deutschlands.

(Böhr, CDU: Dank ZDF! Das war aber schon vor Ihrer Zeit!)

– Das ist richtig. Wenn Herr Kollege Böhr etwas ausspricht, was ungeteilte Zustimmung erfährt, kann ich das auch von meiner Seite aus unterstützen. Das hat zwar lange Tradition in Rheinland-Pfalz, aber wir müssen nicht unbedingt bis auf Gutenberg zurückgehen. Auch aktuell ist Rheinland-Pfalz bzw. Mainz – als Mainzer darf ich mir das erlauben – eine der medienpolitischen deutschen Zentralstandorte. Wir haben mit dem ZDF und dem SWR die größte öffentlich-rechtliche Senderdichte in Rhein-Main. Weitere Standortschwerpunkte sind – um nur einige zu nennen – die Verlagsgruppe RMV, das Media Service Center, RPR sowie der weltberühmte Schott Musikverlag in Mainz.

(Dr. Gölter, CDU: Zabern nicht vergessen, damit es vollständig wird!)

– Das ist dann auch noch nicht vollständig, Herr Kollege Gölter, aber ich nehme es gern mit auf, dann aber in der korrekten Version. Es handelt sich um den Verlag „von Zabern“.

Ich weise darauf hin, dass wir acht Zeitungsverlage mit 57 Tageszeitungsausgaben in Rheinland-Pfalz mit einer Auflage von insgesamt fast einer Dreiviertelmillion haben. Eine Vielzahl von Multimediaunternehmen in Kaiserslautern, Koblenz, Neustadt an der Weinstraße, Montabaur und – last but not least – in Mainz sind ebenso zu nennen wie die Technologietransferstellen an Universitäten und Fachhochschulen. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Gründerzentren bringen Wissenschaft und Wirtschaft zusammen. Seit dem Jahr

1998 besteht die Medieninitiative „M“, ein Zusammenschluss von mittelständischen Medienunternehmen und Partnern aus Wissenschaft und Politik, wie dem Wirtschaftsministerium und der Stadt Mainz.

(Billen, CDU: Medien auf dem Land ist sehr wichtig!)

– Herr Kollege Billen, haben Sie eine Frage zum Bereich Bitburg? – Der Forschungsverbund Medientechnik Südwest gibt Impulse zur verbesserten Zusammenarbeit in der Forschung. ISB, IHK, die Handwerkskammern und RPR gehören zu den Trägern der Online-Offensive „Connect“, die mittelständische Unternehmen zum Einstieg ins Internet ermuntern.

Herr Kollege Billen, das ist selbstverständlich auch im ländlichen Raum der Fall.

Die Eigeninitiative verschiedener Protagonisten in diesem wichtigen Standortfeld ist auch bemerkenswert. Ich erwähne den Initiatorenkreis „Medienmittwoch“, und ich erwähne auch, dass es Überlegungen gibt, einen Medienfonds aufzulegen, der sich an Medienproduktionen beteiligt. Dieser Fonds soll auf privates Kapital ebenso zurückgreifen wie unter anderem auch auf die Unterstützung vonseiten des Landes.

Meine Damen und Herren, uns Liberalen ist daran gelegen, eine ausreichende Vernetzung dieser Unternehmen mit anzustoßen. Wir wissen, dass wir damit – ich habe das bereits gesagt – für die Zukunft hoch qualifizierte Arbeitsplätze sichern und schaffen. Das gegenwärtig vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister auf den Weg gebrachte Gutachten zum Medienstandort Rheinland-Pfalz wird uns weitere konkrete Handlungsansätze aufzeigen, um den Medienstandort noch weiter voranzubringen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das heißt doch, Sie wissen eigentlich nicht, wo es hingehet!)

– Frau Thomas, diesen Schluss können nur Sie in der Ihnen eigenen destruktiven Art, die Sie heute mehrfach zum Ausdruck gebracht haben, ziehen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe keine logische Hinleitung zu Ihren Schlüssen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich empfehle Ihnen, einmal Ihren Entschließungsantrag zu lesen!)

– Das tue ich gern, aber auch da kann ich nicht verstehen, was Sie damit anstoßen wollen.

Meine Damen und Herren, die wirklich positive Standort-situation ist für uns ein Pfund, mit dem wir gewuchert haben und mit dem wir weiter wuchern werden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
20 Millionen AKK!)

Ich darf aber auch noch auf zwei Bereiche eingehen, die mir ebenfalls wichtig sind. Einerseits sollten diese zukunftsbedeutsamen Techniken jedermann ermöglicht werden, andererseits soll sichergestellt werden, dass auch eine kritische Mediennutzung erfolgt. Das gilt vor allem für die Teile in unserer Gesellschaft, die aufgrund ihres niedrigen Nettoeinkommens bzw. ihres eher niedrigen Bildungsstands mit der Rasananz der Entwicklung oft nicht mithalten können.

Zur Erlangung der erforderlichen Medienkompetenz hat die Landesregierung zahlreiche Projekte fortgesetzt und neue auf den Weg gebracht, wobei beispielsweise die Diskussion, ob bereits im Kindergarten mit dem Erwerb solcher Fähigkeiten begonnen werden soll, uns auch in Zukunft noch weiter begleiten wird.

Meine Damen und Herren, derzeit findet in Berlin eine hochkarätig besetzte Konferenz statt, die sich mit der gleichberechtigten Nutzung der neuen Medien als wichtigste gesellschaftliche Frage des 21. Jahrhunderts beschäftigt. Wie dargelegt, hat die Landesregierung mit einem Bündel von Maßnahmen diesem Aspekt Rechnung getragen.

Die Fortentwicklungen im Bereich der neuen Medien betreffen aber nicht nur die Ausbildung unserer Kinder in Schule und Betrieb, sondern auch die Abwicklung privater Belange, wie zum Beispiel Einkäufe und Bankgeschäfte über Internet und Online-Dienste. Die Regierungsfractionen haben auch hier, wie wir gehört haben, zahlreiche Möglichkeiten geschaffen. Ich erwähne nur Bauen-Online, eine deutliche Vereinfachung bei Bauvorhaben. Die Landesregierung hat also zahlreiche Möglichkeiten für einen direkten Austausch zwischen Bürger und Verwaltung geschaffen.

Uns Liberalen wird besonders daran gelegen sein, E-Government und E-Democracy weiter voranzubringen, um so Staat ein wenig transparenter zu machen und die Bürgernähe zu verbessern.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende meiner Rede. Künftig werden nur die Länder und Staaten im internationalen Wettbewerb bestehen, die die technische Entwicklung, die die Potenziale von neuen Medien und Informationstechnologie als Motor für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung systematisch und nachhaltig nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

Dieser Herausforderung haben sich die Fraktionen von SPD und FDP bereits in der vergangenen Legislaturperiode gestellt. Der eingebrachte Haushalt verdeutlicht, dass wir diese Herausforderung auch künftig annehmen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Burgard das Wort.

Abg. Burgard, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unter der Vielzahl der vorliegenden Entschließungsanträge hebe ich für die SPD-Fraktion im Rahmen der Grundsatzausssprache den einzigen Antrag hervor, der von allen Fraktionen getragen wird. Das ist der Antrag zur Gedenkstättenarbeit in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein gutes Zeichen, wenn alle demokratischen Parteien hierin eine gemeinsame langfristige Aufgabe sehen.

Die Gedenkstätte SS-Sonderlager KZ Hinzert hat neben der regionalen Bedeutung im Hochwald, im Trierer Land, eine landesweite überregionale Bedeutung. So zum Beispiel durch die Außenlager in Mannheim, Wiesbaden, Vechta oder auch Orte im Saarland.

Die internationale Bedeutung wird jedem spätestens dann deutlich, wenn er sich am dritten Samstag im September auf den Weg nach Hinzert macht, wo die alljährliche gemeinsame Gedenkfeier von luxemburgischen Häftlingen und französischen Häftlingen stattfindet. Sie kommen mit ihren Familien. Wir lassen diese Opfer – oft alte und kranke Männer –, ihre Familien und weitere Besucher oft im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen.

Das Ausgeliefertsein der Gäste gegenüber dem Regen und der Kälte ist würdelos und unzumutbar. Der Förderverein Dokumentations- und Begegnungsstätte ehemaliges KZ Hinzert mit seinen kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Privatpersonen aus ganz Rheinland-Pfalz weist seit über 13 Jahren auf diesen Missstand hin und fordert dringend ein Haus für Besucher, der Begegnung und der Dokumentation.

Der Landeszentrale für Politische Bildung gelang es im Auftrag der Landesregierung, seit 1991 eine Gedenkstättenkonzeption zu entwickeln, die eindeutige Schwerpunkte einmal im KZ Osthofen, aber auch im KZ Hinzert setzt.

In den vergangenen zehn Jahren begleiteten an diesen sensiblen Orten Organisationen ehemaliger Häftlinge, aber auch die Kommunen vor Ort schrittweise positiv den Ausbau. Wir wissen alle, es gibt keine Patentrezepte, wenn es um die Bekämpfung von Extremismus und Menschenfeindlichkeit geht. Wir brauchen viele Bausteine, auch die Begegnung mit Orten des Unrechts und der Gewalt; wir brauchen Fahrten zu Gedenkstätten.

Dankbar sind die Gruppen, wenn sie vor Ort geschulte Personen, meist ehrenamtliche finden, die Erläuterungen geben, Fragen beantworten und Materialien zur Verfügung stellen. Inhaltliche Begleitung, Vor- und Nachbereitung tragen zur ehrenden und würdigen Erinnerung bei.

(Beifall bei SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Besucherhaus in Hinzert bietet sich ein Haus der Aussöhnung gerade mit den älteren Luxemburgern an. Luxemburger Häftlinge haben Hinzert oft als ersten Ort des Leidens erfahren. Hinzert war für viele Zwischenstation in größere Lager, teilweise in große Vernichtungslager. Gerade der grenzüberschreitende Architektenwettbewerb unterstreicht den Willen, im Sinn der Nachbarländer und mit Blick auf ihre Geschichte ein Haus für uns und für unsere Nachbarn zu bauen.

Es gilt das, was am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag ausführte: „Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah, aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“

Sehr geehrte Damen und Herren, in einer freiheitlichen Demokratie gibt es kein staatlich verordnetes Geschichtsbild, aber es bedarf eines aktiven Prozesses des Geschichtsbewusstseins, den wir als politisch Verantwortliche gemeinsam im rheinland-pfälzischen Landtag tragen sollten. Geben wir einen klaren Auftrag an die Landesregierung mit der Verantwortung aus der Geschichte und für eine demokratische humane Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn Kollegen Burgard, der den Antrag für alle Fraktionen begründet hat.

Ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Auszubildende der Firma Schott-Glas Mainz. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zum

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern und für Sport –

Dazu rufe ich die **Punkte 3 und 9** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/572 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Innenausschusses – Drucksache 14/802 –

Landesgesetz zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/772 – Erste Beratung

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Matthias Lammert das Wort.

Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 23. Januar 2002 ist der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes an den Innenausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 7. Sitzung am 29. Januar 2002 beraten. Der Innenausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und FDP gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Rechtsausschuss haben sich dieser Beschlussempfehlung angeschlossen.

Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Kollegen Hörter das Wort.

Abg. Hörter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltslage in unserem Land, die durch ein mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragenes und sich ständig wiederholendes Schönreden, – –

(Frau Spurzem, SPD: Besser als Schlechteden!)

– Dazu gibt es keinen Anlass. Die Situation ist so.

– – wie wir es auch am heutigen Tage gehört haben, dargelegt wurde, lässt sich kaum noch unter dem verbalen Nebelschleier halten. Angesichts einer prekären Haushaltssituation, die nicht nur das Reden vom Sparen, sondern auch das tatsächliche Sparen erfordert, ist die Diskussion des Einzelplans 03 nicht gerade leicht.

Herr Dr. Böhr hat schon heute Morgen der Landesregierung und der sie tragenden Koalition einen Stabilitätspakt angeboten. Der CDU-Fraktion geht es genauso wenig um das Sparen nur um des Sparens willen, wie sich das Ausgabenproblem dieser Landesregierung nicht einfach nur aus purer Lust am Geldausgeben erklärt, sondern aus der fehlenden Kraft zum Sparen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nun bedarf es vielleicht wirklich eines breiten Konsenses zum Sparen. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten – dies ist heute deutlich geworden –, und zwar gerade wegen des Einzelplans 03 und weil wir für ein deutliches Mehr an Sicherheit sind. Wir wollen sparen, um tatsächlich Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, damit wir auch auf ein Ereignis wie den 11. September des vergangenen Jahres reagieren können und nicht nur zur Beruhigung – offensichtlich vieler – alte Hüte verkaufen müssen.

Deshalb müssen wir im Ministerium mit Ausnahme der Polizei und des Verfassungsschutzes, in den Struktur- und Genehmigungsdirektionen, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und den Vermessungsämtern an den Personalmitteln sparen und mit weniger Menschen auskommen, damit wir uns finanziell die Luft für ein Mehr an Polizei und Verfassungsschutz verschaffen.

Wir brauchen mehr Polizeianwärter, als zurzeit eingestellt werden. Wir stehen unverändert zu unserer Forderung nach einer Zahl von 400 Polizeianwärterinnen und -anwärtern pro Jahr. Wenn wir darunter bleiben, wird sich der schleichende Abbau in der rheinland-pfälzischen Polizei fortsetzen, und das Ziel von 10.000 Polizisten, das auch der Justizminister dieses Landes noch vor einem Jahr propagiert hat, rückt in unerreichbare Ferne.

Wir brauchen, um die Sicherheit in diesem Land aufrecht erhalten zu können, 10.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Das heißt in der Konsequenz, dass wir 400 pro Jahr einstellen müssen.

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Polizei und auch den Verfassungsschutz besser ausstatten. Was das Thema der Ausstattung angeht, ist die Sicherheit unserer Bevölkerung aber auch von der Qualität des Katastrophenschutzes abhängig. Wenn dort mit zum Teil überaltertem Gerät gearbeitet wird, lässt sich nur schwer kompetent Hilfe leisten.

Trotz dieser Vorschläge, die für die Zukunft des Landes und für die Sicherheit der hier lebenden Menschen wichtig sind, und der im Laufe der dreitägigen Beratungen noch anzusprechenden Schwerpunkte sowie der deutlichen Korrekturen, die mit einem guten Stück Mehrausgaben verbunden sind, haben wir unser ehrgeiziges Ziel der Reduzierung der von der Landesregierung vorgeschlagenen Neuverschuldung erreicht.

Wenn wir dies gemeinsam angegangen wären, hätten wir noch mehr erreicht, um uns allen und diesem Land mehr Handlungsfähigkeit zu schenken. Das Land braucht mehr Luft zum Atmen, damit genug Sauerstoff in den Organismus kommt, um die Aufholjagd vom letzten Platz ins Mittelfeld zu schaffen.

(Beifall der CDU)

Mit Ihnen an der Spitze des Landes kommt man nicht weiter, aber das Mittelfeld wäre schon ein guter Platz. Dann sehen wir weiter, dass wir irgendwann mit dem Land wieder nach vorn kommen.

(Staatsminister Zuber: Was heißt hier „wieder“?)

Der Weg geht nur über eine Konsolidierung der Finanzen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Kollegen Pörksen das Wort.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz ein Satz zu Ihnen von der CDU. Ich verstehe Ihr Sparmodell nicht. Sie sagen: Wir wollen sparen. – Wenn wir in Ihre Vorschläge schauen, sehen wir, dass Sie einen Sparvorschlag machen, aber gleichzeitig mehr ausgeben. Wo hier der Spareffekt ist, ist nicht zu erkennen.

(Zurufe von der CDU)

– Ich kann Ihnen das vorrechnen, wenn Sie möchten.

Herr Kollege, wir können darüber noch genug streiten. Die Zahlen trügen nicht.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

– Herr Kollege Kramer, lesen Sie es doch nach! Dann können Sie es feststellen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gut ein halbes Jahr nach den schrecklichen Ereignissen in New York könnte man fast das Gefühl haben, es sei alles wieder normal, fast normal, wäre nicht Afghanistan mit seinen schrecklichen Geschehnissen, die inzwischen auch uns Deutsche erreicht haben.

(Dr. Weiland, CDU: Und der dynamische Bundesverteidigungsminister!)

Meine Damen und Herren, der Schein trügt. Weder ist der weltweite Terrorismus hinreichend bekämpft noch sind seine Helfershelfer dingfest gemacht oder der Nährboden für den Terrorismus beseitigt.

Welch grausames Gesicht Radikalismus mit terroristischen Zügen haben kann, flimmert uns jeden Abend aus Israel – gerade wieder gestern Abend – in die Wohnstuben. Wir in Rheinland-Pfalz wissen um die Gefahren und handeln danach. Das ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Deshalb ist es auch richtig, wenn wir – das, was in Hessen inzwischen nicht mehr sein darf – die Rasterfahndung fortsetzen und auswerten. Sie ist gerichtlich bestätigt und auch vom Datenschutzbeauftragten entsprechend abgesegnet. Lediglich die CDU nörgelt weiter. Herr Hörter hat dazu eine Presseerklärung abgegeben. Wenn uns das in Rheinland-Pfalz passiert wäre, was hätten Sie hier ein Tohuwabohu angestellt. Frau Kohnle-Gros hätte Purzelbäume geschlagen, wenn sie es kann. Das ist Hessen, Ihr Vorbild.

(Beifall bei der SPD)

Wir beraten heute den Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport, der den erhöhten Anforderungen an die innere und äußere Sicherheit gerecht wird, ohne andere wichtige Bereiche wie Sport, Ehrenamt, Konversion usw. zu vernachlässigen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wie schwierig das bei den heutigen Rahmenbedingungen ist, ist heute mehrfach deutlich geworden. Einfach macht es sich nur die CDU, die pauschale Kürzungen im Bereich der Mittelbehörden, bei den Vermessungsämtern – darauf komme ich noch einmal zurück – sowie der EDV für die Polizei vorschlägt. Statt mutig zu sagen, wo Sie im Einzelnen streichen wollen, machen Sie das ganz pauschal. Meine Damen und Herren, das ist zu einfach. Das ist reine Kosmetik.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die Wahrung der Inneren Sicherheit genießt bei uns weiterhin hohe Priorität. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir auf gutem Weg sind und eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. Herr Kollege Böhr hat heute Morgen die Bertelsmannstiftung angeführt. Er möge dort nachlesen, was zu diesem Punkt drinsteht. Dort steht genau das, was ich eben gesagt habe.

Ebenso beweist die vor wenigen Tagen vorgelegte Kriminalstatistik, wie gut unsere Polizei arbeitet. Herr Kollege Schnabel, natürlich macht auch uns der starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit Sorgen. Sie ist aber doch nicht damit zu lösen, dass wir mehr Polizei einstellen. Auf die Ursachen ist einzugehen. Was im schulischen Bereich passiert, ist sicherlich die richtige Antwort, das. Wir haben es mit einem Wertewandel zu tun, den wir nicht mit mehr Polizei verändern können. Ich denke, darüber müssen wir streiten und nicht nur rufen: Mehr Polizei, mehr Polizei, mehr Polizei. – Das ist mehr als einfalllos.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn Sie Ihre Sparvorschläge ernst nehmen wollen, dann stellen Sie fest, dass das finanziell nicht leistbar ist, es sei denn, man holt es aus anderen Haushalten heraus. Aber dann müssen Sie entsprechende Vorschläge machen. Wenn Sie sagen, wir wollen 400 Anwärter einstellen, aber mit keinem Wort im Haushalt die Gesamtkosten benennen, ist das zu wenig.

(Widerspruch bei der CDU)

– Sie haben insgesamt 2,8 Millionen Euro für 2002 und 4 Millionen Euro für 2003 vorgeschlagen. Das sind die Zahlen. Dann kommen Sie mit Ihrem Begleitantrag und sagen, dafür muss auch die Ausbildungskapazität erweitert werden. Das sind noch einmal 1,7 Milliarden Euro. Wo sind denn diese? Wenn Sie über Sparen reden, dann müssen Sie die echten Zahlen nennen und nicht diejenigen, die Ihnen gerade passen. Das sind doch Tricks und nichts anderes.

Wir schreiben dagegen den Personalstand von 2001 auf Jahre fest. Wenn Sie das damals 1991 erreicht hätten,

dann hätten Sie sich auf die Schultern geschlagen, das würden wir heute noch hören. Damals gab es sinkende Polizeizahlen.

(Beifall bei der SPD –
Widerspruch bei der CDU)

Herr Kollege Hörter, lesen Sie das doch nach. Das ist doch gar nicht so schwierig. Ich könnte Ihnen Listen von Zahlen vortragen. Das war nur ein dezenter Hinweis. Da wir wissen, dass wir nicht mehr Polizeianwärter einstellen können als die 300, allein wegen der Kapazitäten, stellen wir 75 Angestellte ein, damit Polizisten von polizeifremden Aufgaben entlastet werden.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

– Sie kommen noch dran, Frau Kollegin, auch bei mir.

Trotz der angespannten Finanzlage werden wir das Beförderungsgeschehen wie in den vergangenen Jahren fortsetzen. Wir wissen auch, wenn wir 1.500 Polizisten befördern, dann befördern wir 7.500 nicht. Die Briefe, die Sie erhalten, erhalten wir auch. Wir machen in dem Bereich weiter, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben, um das Problem zwischen mittlerem und gehobenem Dienst in absehbarer Zeit aus der Welt zu schaffen, das damals durch eine große Tat – die zweigeteilte Laufbahn einzuführen – natürlich entstanden ist. Das haben alle gewusst.

Herr Kollege Hörter, über Ihre Äußerungen zu dem Problem der technischen Ausrüstung kann ich nur noch lachen. Wollen Sie die Polizei jetzt noch mit Cadillacs ausrüsten? Wenn Sie davon reden, dass wir teilweise eine schlecht ausgerüstete Polizei haben, dann kann ich nur sagen, dass das lachhaft ist. Die Ausbildung der Polizei, wie sie in den letzten Jahren gelaufen ist, ist vorbildhaft. Auch das können Sie nachlesen, wenn Sie wollen, wenn Sie es mir schon nicht glauben.

Was Frau Kollegin Kohnle-Gros in den letzten Monaten in ihren Presseerklärungen für einen Unsinn geschrieben hat, das spottet wirklich jeder Beschreibung. Ich erinnere nur an Ihre Schutzwestengeschichte. Das war in höchstem Maß peinlich. Wenn Sie aufrichtig gewesen wären, hätten Sie sich für diesen Quatsch entschuldigt. Aber das erwarte ich gar nicht von Ihnen.

Bundesweit jedenfalls wird die ausgezeichnete Ausrüstung unserer Polizei gelobt. Natürlich sitzen wie immer die Nörgler im eigenen Haus.

Welcher Unfug über die Ausstattung der Polizei mit EDV geschrieben worden ist, das ist gerade auch in Ihrem Antrag zu lesen. Sie streichen Millionen von Euro, weil Sie sagen: Das brauchen wir nicht, „INPOL-neu“ ist falsch. – Das ist völliger Unsinn.

(Zurufe von der CDU)

Sie wissen ganz genau, dass der Bund dieses System aufgelegt hat und bei der Maßnahme nachher festgestellt worden ist, dass es zu kompliziert ist, weil man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen wollte. Das funktioniert nicht. Deswegen werden zwei getrennte Systeme

entwickelt, die dann auch auf die rheinland-pfälzische Situation heruntergebrochen werden müssen. Dafür brauchen Sie das Geld. Wenn Sie das streichen, dann haben Sie plötzlich ein Loch, weil Sie den Bund und das Land nicht mehr miteinander verbinden können. Wollen Sie das? Wenn Sie es wollen, dann müssen Sie es sagen. Mit „INPOL-neu“ haben Sie wahrlich keine Meriten verdient.

Die Polizei – das hat etwas mit der Belastung zu tun – hat neben ihrer alltäglichen Arbeit, die bereits einen hohen Einsatz fordert, bewiesen, dass sie auch weitere Herausforderungen, wie die Castortransporte, die Auslieferung des Euro und die verschärfte Sicherheitslage, mit Bravour geleistet hat. Dafür möchten wir den vielen Polizistinnen und Polizisten von dieser Stelle aus recht herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

– Ich bin es eigentlich nicht gewohnt, von Ihnen Beifall zu bekommen, deswegen bedanke ich mich dafür auch sehr herzlich.

In gleicher Weise danken wir den über 60.000 Feuerwehrleuten, die ehrenamtlich, oftmals unter Einsatz von Leib und Leben, den Dienst zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger verrichten. Seit Jahren unterstützen wir die Feuerwehr bei ihren vielen Forderungen und Erwartungen, die sie haben. Aber auch wir leiden natürlich finanziell darunter, dass die Feuerschutzsteuer sinkt und wir bereits jetzt den Bau von Feuerwehrhäusern aus den Investitionsstockmitteln fördern müssen. Deswegen wird es nicht möglich sein, jeden Einzelfall, so wie er gewünscht wird, in absehbarer Zeit zu erledigen.

Auf die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrleute ist bereits der Ministerpräsident eingegangen. Deswegen brauche ich das nicht zu tun.

Wir lehnen ab, was Sie vorschlagen, nämlich Mittel im Bereich des Katastrophenschutzes, für den der Bund zuständig ist, bereitzustellen. Wir können nicht auch noch die Aufgaben des Bundes übernehmen, wenn wir uns nicht finanziell übernehmen wollen. Deswegen soll der Bund, bitte schön, das bezahlen, für das er zuständig ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Zur Wahrung der Inneren Sicherheit brauchen wir einen guten Verfassungsschutz. Darüber ist bereits heute gesprochen worden. Wir verfügen über ihn. Ich habe in den letzten Wochen gar nicht so recht die Diskussion über den Einsatz von V-Leuten verstanden. Wie anders als mit V-Leuten und mit schriftlichen Vermerken und Ähnlichem will man diesen braunen Sumpf austrocknen. Es funktioniert gar nicht anders. Wir machen es hier genauso.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Natürlich auch im Zusammenhang mit dem NPD-Verbot. Wie wollen Sie diesen Leuten nachspüren?

Vielleicht können Sie das machen. Andere können es nicht.

Eine wichtige integrative Rolle nimmt in unserem Staat der Sport ein. Hunderttausende von Jugendlichen aller möglichen Nationalitäten betreiben in der Obhut Tausender von Sportvereinen und deren Gliederungen verschiedenste Sportarten. Gerade die Jugendarbeit des Sportbunds mit einer vorbildlichen Aktion in unseren Kindergärten und Schulen verdient es, besonders unterstützt zu werden. Wir tun dies durch unseren Antrag. Ich habe gelesen, dass die CDU und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unseren Antrag ablehnen. Das ist für mich völlig unverständlich. Aber vielleicht kann Frau Grützmacher mich darüber aufklären.

Das Gleiche gilt, was Ihr Verhalten bei unseren Anträgen zur ehrenamtlichen Tätigkeit betrifft. Selbst die Förderung einer Aktion der Jugendverbände unter dem Motto: „Hände, die helfen, schlagen nicht“ lehnen Sie ab. Ich verstehe das nicht. Aber vielleicht kann mich jemand von Ihnen darüber aufklären.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Für uns ist dies nicht nur ein Thema für Sonntagsreden. Daher nehmen wir eine Aufstockung im Bereich der Förderung des Ehrenamts um jährlich ca. 100.000 Euro vor. Des Weiteren haben wir durch unseren Entschließungsantrag „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in Rheinland-Pfalz“ angezeigt, wie breit angelegt wir diese Ehrenamtsförderung betrachten.

Ich möchte zwei weitere Punkte ansprechen, nämlich das Bruchwegstadion in Mainz und das Stadion in Kaiserslautern. Natürlich kann man darüber streiten, ob es sinnvoll ist, dies vom Land zu unterstützen. Aber wir würden doch eine Unterlassungssünde betreiben, wenn wir diese beiden Werbeträger für unser Land nicht entsprechend förderten. Wir jedenfalls tun dies.

(Beifall bei SPD und FDP)

Da der Kollege Hörter soeben auch noch die Vermessungs- und Katasterverwaltung angesprochen hat, möchte ich noch kurz darauf eingehen. Herr Kollege Hörter, Sie haben die Vermessungsämter angesprochen.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Wen meinen Sie damit eigentlich? Meinen Sie die Behörde, die sich in Koblenz befindet? – Das wäre interessant zu wissen.

Wir jedenfalls sind im Gegensatz zu Ihnen der Auffassung, nachdem die Vermessungs- und Katasterverwaltung die Neuorganisation gut verkraftet hat und auch die veränderten gesetzlichen Grundlagen gut verarbeitet hat, ist es nicht in Ordnung, diese Menschen dafür noch zu bestrafen.

(Zuruf des Abg. Hörter, CDU)

Wir bauen dort Personal ab, aber weitergehende Forderungen nach einem Personalabbau sind in diesem Bereich völlig ungerechtfertigt.

(Hörer, CDU: Wieder nicht zugehört,
Herr Pörksen! –
Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

– Sie haben doch gerade das, was in Ihrem Antrag steht, wiederholt.

(Zurufe der Abg. Hörter und
Kramer, CDU)

– Sie haben die Vermessungsämter angesprochen. Was meinen Sie denn sonst mit den Vermessungsämtern? Soll ich es Ihnen aus Ihrem eigenen Antrag noch vorlesen? – Dann sagen Sie, Sie tun es nicht. Dann ist es in Ordnung.

Wir meinen, dass eine so wichtige Einrichtung für unser kommunales Leben eine entsprechende Unterstützung genießen muss und nicht zusammengestrichen werden sollte. Sie können doch einmal die Betroffenen fragen, was sie von Ihren Vorschlägen halten.

Ein Bereich, der auch in der Beratung im Innenausschuss eine Rolle gespielt hat, ist der Asyl- und Ausländerbereich. Im Gegensatz zu Frau Grützmaker sind wir der Auffassung, dass dort eine erfreuliche Entwicklung stattfindet; denn bei der Frage „Asyl und Ausländer“ muss man sich auch mit der Bevölkerung über die Kosten auseinandersetzen, ob man es will oder nicht. Je höher die Kosten, desto schwieriger ist es, dafür eine Akzeptanz zu finden. Das wissen Sie doch auch. Deswegen können Sie doch die Kosten nicht einfach willkürlich von 58 Millionen auf 67 Millionen Euro hochschrauben, wie Sie das tun.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD –
Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber notwendig!)

Wenn Sie meinen, dass Sie diesen Bereich tatsächlich auf diese Weise befrieden können, sind Sie auf einem Holzweg.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie wollen Sie denn die Integration
hinbekommen?)

Im Gegensatz dazu steht die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bereich der Zuwanderung. Ich hoffe, Sie unterstützen ebenfalls das Gesetz, das in Berlin vom Bundestag verabschiedet wurde.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie hoffentlich auch!)

– Ich brauche das Ihnen gegenüber nicht zu erklären.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie ist es mit der Landesregierung?)

Die Grundsätze, die heute im Gesetz stehen, sind in Rheinland-Pfalz entwickelt worden. Damals sind sie

gerade nicht auf Ihre Zustimmung gestoßen. So ändern sich die Zeiten, vielleicht nicht bei Ihnen, aber bei uns.

Ich finde das, was die CDU derzeit dort an Spektakel veranstaltet, Ihrer Partei nicht würdig. Ich finde es nicht in Ordnung, was Sie betreiben.

(Beifall bei der SPD –
Kramer, CDU: Schauen Sie einmal
in den Spiegel, Herr Pörksen!)

– Herr Kollege Kramer, wenn ich es richtig weiß, stammen Sie doch aus dem Arbeitnehmerbereich. Wenn das zutrifft, erwarte ich eine andere Position als die, die Ihre Partei in diesem Bereich einnimmt. Aber Sie können es von dieser Stelle aus aufklären.

(Kramer, CDU: Ich kann Sie aufklären! –
Billen, CDU: Begründen Sie das
einmal, Herr Pörksen!)

– Dass Sie das begründen können, ist mir völlig klar. Ich will aber jetzt nicht näher darauf eingehen, weshalb Sie es gut begründen können.

Meine Damen und Herren, da der Kollege Schweitzer noch ein wenig Zeit übrig behalten soll, möchte ich von dieser Stelle aus sagen, dass wir es mit einem Haushalt zu tun haben, der den gestellten Anforderungen gerecht wird und deshalb unsere Unterstützung erhält.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Grützmaker.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Gerade der Haushalt des Innenministers ist in der letzten Zeit besonders stark von aktuellen Ereignissen beeinflusst, man kann beinahe sagen, fremdbestimmt worden. In erster Linie ist der Terroranschlag in New York am 11. September, aber auch die Diskussion um die Zuwanderung und die Integration zu nennen, auf die Herr Pörksen zum Schluss eingegangen ist.

Ich möchte zunächst einmal etwas zu der Reaktion der Polizeibeamtinnen und -beamten auf den 11. September sagen. Es gab viele lautstarke Diskussionen und hektischen Aktionismus um die Polizei und die Innere Sicherheit. Diese wurden auch in Rheinland-Pfalz weniger unter fachlichen Gesichtspunkten als unter dem Motto „Wer bietet mehr?“ betrieben.

(Pörksen, SPD: Wer?)

– Die Polizei selbst. Wenn Sie mit den Gewerkschaftern reden, werden Sie feststellen: Selbst die Polizei steht vielen dieser Maßnahmen kritisch gegenüber.

(Pörksen, SPD: Welche? –
Schweitzer, SPD: Nennen Sie
doch einmal, welche!)

Meine Damen und Herren, sachlich richtig ist, dass die Einstellung von Polizeianwärterinnen in einer Größenordnung erfolgen muss, die den jetzigen Stand von 9.000 Beamtinnen und Beamten erhält. Dies bedeutet 300 Polizeianwärterinnen pro Jahr. Das haben wir immer unterstützt und unterstützen es auch weiterhin.

Wir haben allerdings auch die Aussetzung der vereinbarten Einstellungszahl kritisiert, da die Personalengpässe, die sich in vier oder fünf Jahren ab 2007 abzeichnen werden, vorhersehbar waren. Herr Zuber, in diesem Bereich haben Sie keine vorsorgende Personalpolitik betrieben.

Auf der anderen Seite schiebt die Polizei insbesondere im Wechselschichtdienst ein dickes Paket an Überstunden vor sich her. Dieser Missstand muss doch endlich einmal angegangen werden. Wir wollen wissen, wie diese enorme Anzahl an Überstunden zustande gekommen ist und wie die Landesregierung gedenkt, sie abzubauen, und ob es nicht vielleicht möglich ist, den Überstundenberg beispielsweise durch Vorziehen der Pensionierung auszugleichen. In diesem Bereich brauchen wir endlich eine Analyse und ein Konzept.

Auch bei der Elternzeit, bei der ebenfalls Überstunden anstehen, wollen wir eingreifen. Derzeit nehmen leider fast ausschließlich die Mütter die Elternzeit an. Herr Zuber, Sie können nicht einerseits stolz darauf sein, dass nun 40 % der Anwärtinnen und Anwärter weiblich sind, was ich begrüße, aber andererseits die Polizeidienststellen mit den Folgen im Regen stehen lassen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, wenn ein Polizist oder eine Polizistin Elternzeit in Anspruch nimmt, muss der Dienststelle aus einem dafür geschaffenen Stellenpool Ersatz zustehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Aber natürlich sind auch viele dieser Überstunden direkte Folgen des 11. September, und zwar nicht nur bei der Bewachung gefährdeter Objekte, sondern auch bei der umstrittenen Rasterfahndung. Wir haben im Innenausschuss gehört, dass im LKA rund 21 Beamtinnen damit beschäftigt sind. Bei meinem Besuch im Polizeipräsidium in Trier habe ich gesehen, dass ebenfalls 21 Beamtinnen mindestens über sechs Monate oder länger damit beschäftigt sind. Ähnlich wird es auch in anderen Präsidien sein.

Meine Damen und Herren, der Erfolg dieser Rasterfahndung wird nicht nur von uns, sondern auch von vielen Expertinnen angezweifelt. Das Ganze droht nun ein

millionenschwerer Flop zu werden, so der „Spiegel“ in seiner dieswöchigen Ausgabe.

Meine Damen und Herren, aber vor allem herrscht völlige Rechtsunsicherheit. Das Oberlandesgericht Frankfurt verbietet die Rasterfahndung in letzter Instanz, das Verwaltungsgericht Mainz lässt sie zu, Berlin sieht es wie Hessen, Hamburg wie Mainz, und Düsseldorf sieht es noch ein bisschen anders.

Auch die Polizei klagt, rein kriminalistisch bringe die Rasterfahndung gar nichts, so der Vize-Chef des Bundes der Deutschen Kriminalbeamten. Wir möchten darüber hinaus gern wissen, wie viele Überstunden aufgrund der Rasterfahndung anfallen und was dadurch liegen bleibt.

Meine Damen und Herren, für die Sicherheit der Menschen in Rheinland-Pfalz wäre es sicher besser, wenn sich die Polizistinnen zum Abgleich tausender von Daten nicht in Containern einschließen müssten, wie ich es auf dem Hof des Polizeipräsidiums in Trier gesehen habe, sondern wenn sie auf die Straße gehen oder nachts Streife fahren könnten. Ich bin auch sicher, dass dies den Polizistinnen selbst auch lieber wäre.

Herr Zuber, stoppen Sie die Rasterfahndung auch in Rheinland-Pfalz wenigstens so lang, bis eine höchstgerichtliche Entscheidung gefallen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für die Polizei gibt es vor Ort natürlich viel zu tun. Bei meiner Rundreise durch die Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz habe ich überall den gleichen Befund festgestellt, den auch Justizminister Mertin vor kurzem dargestellt hat: Rechtsextremistische Straftaten sind im Anstieg. – Ich sage es nicht gern, denn ich komme schließlich von dort, aber wir kommen nicht umhin festzustellen, dass die Pfalz und insbesondere die Westpfalz gerade wieder bundesweit Schlagzeilen zum Thema „Rechtsextremismus“ gemacht hat durch den glücklicherweise vereitelten Plan, in Nußbach bei Kaiserslautern eine bundesweit tätige Tagungsstätte für Rechtsextremisten zu errichten.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, ein Verbot der NPD ist wichtig, aber damit allein ist es natürlich nicht getan. Dazu gehört auf der einen Seite eine große Sensibilität und auf der anderen Seite ein entschlossenes Handeln der Polizei gegen rechtsextremistische Tendenzen.

Repression allein genügt aber auch nicht. Gefragt sind präventive Konzepte vor Ort, Jugendkonzepte, wie man aktiv auf gefährdete Jugendliche zugeht. Es gehört auch eine umfassende politische Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Ideologien dazu.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese gemeinsamen Anstrengungen sind notwendig, um in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu bestehen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Seniorinnen und Senioren aus Klein-Winternheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Außerdem begrüße ich Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mainzer Landtagsseminar. Seien Sie herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn sich das Interesse in Grenzen hält, möchte ich versuchen, zum einen konkret auf meine Vorredner der anderen Fraktionen einzugehen, zum anderen aber auch die Schwerpunkte dieses Haushalts aus liberaler Sicht aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport dokumentiert in politischen Bereichen Schwerpunkte, die aus Sicht der FDP-Fraktion für die Zukunft unseres Landes von zentraler Bedeutung sind. So setzt die Landesregierung mit dem vorgelegten Doppelhaushalt die Rahmenbedingungen dafür, dass im Interesse von Rheinland-Pfalz und unseren Bürgerinnen und Bürgern auch über den Doppelhaushalt 2002/2003 hinaus erstens die Innere Sicherheit weiter gestärkt, zweitens das Ehrenamt durch eine nachhaltige Förderung weiter unterstützt und drittens die Verwaltung weiter modernisiert werden kann. Meine Damen und Herren, dafür möchte ich der Landesregierung meinen Dank aussprechen, insbesondere Ihnen, Herr Minister Zuber.

Herr Kollege Hörter, wenn wir das Thema „Innere Sicherheit“ etwas näher beleuchten, dann habe ich bei Ihren Äußerungen schon die Befürchtung, dass jemand Unbedarftes den Eindruck gewinnen könnte, die rheinland-pfälzische Polizei verübe ihren Dienst noch mit Pfeil und Bogen.

(Billen, CDU: Nein! So hat er es nicht gesagt!)

Sie sagen die Ausstattung ist schlecht. Das kommt ungefähr auf das Gleiche heraus. Sie sagen auf der einen Seite, es soll gespart werden, auf der anderen Seite reicht Ihnen das an Innerer Sicherheit noch nicht, was die Landesregierung in den letzten Jahren und insbe-

sondere seit dem 11. September 2001 geleistet hat. Seien Sie mir nicht böse, aber dafür fehlt mir schon irgendwo das Verständnis.

Sicherheit und Terrorbekämpfung stehen in den Haushaltsplänen aller Länder auf der Prioritätenliste. Nichts anderes gilt selbstverständlich für den Doppelhaushalt 2002/2003 des Landes Rheinland-Pfalz.

(Billen, CDU: Aber nicht in den Zahlen!)

Die Einzelmaßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der Inneren Sicherheit umfassen rund 50 Millionen Euro des kommenden Doppelhaushalts 2002/2003. Somit investiert das Land Rheinland-Pfalz fast ein halbes Prozent des gesamten Haushaltsvolumens in die Innere Sicherheit.

Gemessen an seinem Gesamthaushalt hat Rheinland-Pfalz damit die größten Ausgaben aller 16 Bundesländer zur Stärkung der Inneren Sicherheit geplant.

(Beifall bei FDP und SPD)

Auf Rang 2 folgt Hessen in der Rangliste der Länder in Sachen Sicherheitsanstrengungen, wobei unser Nachbarland nicht einmal 0,25 % seines Haushaltsvolumens in die Stärkung der Inneren Sicherheit investiert. Selbst die so hoch gepriesenen Südländer Baden-Württemberg und Bayern rangieren in dieser inoffiziellen Rangliste mit weitem Abstand hinter Rheinland-Pfalz. Dies sollte man auch einmal positiv herausheben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, Innere Sicherheit ist der Garant für das Zusammenleben der Bevölkerung in Frieden und Freiheit. Deswegen nimmt für uns Liberale das Thema „Innere Sicherheit“ nicht erst seit den Anschlägen am 11. September letzten Jahres eine zentrale Stellung ein. Nach Einschätzung aller Fachleute besteht zwar für unser Bundesland kein Sicherheitsrisiko, trotzdem begrüßt es die FDP-Fraktion, dass der zu verabschiedende Doppelhaushalt für die beiden kommenden Haushalte ein Bündel an Maßnahmen vorsieht, um die Innere Sicherheit in und für Rheinland-Pfalz weiter zu stärken.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren trug gerade die FDP-Fraktion maßgeblich dazu bei, dass sich die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz von Jahr zu Jahr nachhaltig verbessert hat. Die jüngst vorgelegte polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2002 belegt dies abermals ganz deutlich. Ausweislich dieser Statistik sind nicht nur die Straftaten insgesamt in Rheinland-Pfalz zurückgegangen, sondern der Polizei in unserem Bundesland ist es wiederum gelungen, weit über die Hälfte aller verübten Straftaten aufzuklären. Damit zählt Rheinland-Pfalz nach wie vor zu einem der sichersten Bundesländer. Meine Damen und Herren von der Union, das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, der Dank hierfür gebührt unserer Polizei, die trotz der enormen Belastungen

durch Castortransporte, die Euro-Bargeldeinführung und nicht zuletzt durch die Ereignisse vom 11. September letzten Jahres hoch motiviert bei der Sache ist. Selbstverständlich ist dies nicht.

Dank gebührt aber auch der Landesregierung, die in den letzten Jahren trotz der angespannten Haushaltslage die personelle und technische Ausstattung der Polizei kontinuierlich verbessert hat. Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt wird dieser Weg konsequent fortgeführt. So werden noch in diesem Jahr 130 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter in den Polizeidienst eingestellt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Zusätzlich zu was? –
Pörksen, SPD: Gehen Sie nicht darauf ein! Reden Sie weiter! –
Frau Kohnle-Gros, CDU: Zusätzlich zu was?)

– Ich kenne die Argumentation der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros. Zusätzlich zu den bisherigen werden in diesem Jahr 130 und im nächsten Jahr noch mehr eingestellt werden. Das wissen Sie doch ganz genau. Das steht doch alles dort drin.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: In diesem Jahr werden nur 130 eingestellt!)

– Ich habe Ihnen vorhin schon einmal gesagt, Sie müssen auch einmal das zu schätzen wissen, was diese Landesregierung bisher im Bereich der Polizei und der Inneren Sicherheit investiert hat. Das wollen Sie aber nicht hören.

Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt wird dieser Weg konsequent fortgeführt. Wie gesagt, es werden zusätzlich 130 Anwärterinnen und Anwärter angestellt. Nach dem Jahr 2003 sollen dann jährlich 300 junge Frauen und Männer die rheinland-pfälzische Polizei bei ihrer Arbeit unterstützen.

Meine Damen und Herren, über die Personalplanung hinaus ist jedoch auch zu überlegen, ob nicht durch Effizienzsteigerung die Personalsituation zusätzlich verbessert werden kann. Die Fortführung des vor zwei Jahren aktivierten Angestellten-Sonderprogramms trägt diesen Überlegungen Rechnung. Zur Entlastung der Polizei von ausbildungsfremden Tätigkeiten werden bereits in diesem Jahr 75 Tarifkräfte zusätzlich eingestellt und mit administrativen Aufgaben betreut. Meine Damen und Herren, dies setzt Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für Ihre originären Aufgaben frei.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit die Berichtspflicht bei Polizeieinsätzen reduziert werden kann. Bürokratie darf die rheinland-pfälzische Polizei nicht von ihrer eigentlichen Aufgabe der Verbrechensbekämpfung abhalten.

Meine Damen und Herren, der Erfolg der rheinland-pfälzischen Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung hängt nicht zuletzt in hohem Maß von der leistungsfähigen und modernen Technik ab, mit der unsere Beamten ausgerüstet sind. In manchen Bereichen nimmt die rheinland-pfälzische Polizei eine Vorreiterrolle ein. Bei-

spielhaft sei hierfür die neue Generation von Funkstreifenwagen mit Internetzugang, modernster Kommunikationstechnologie und Videoüberwachungssystemen zur Dokumentation des Anhaltevorgangs genannt.

Aber auch bei der Gebäudeausstattung, der Besoldungsstruktur und beim Stellenkegel braucht Rheinland-Pfalz den Vergleich zu anderen Bundesländern nicht zu scheuen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Um diesen Stand zukünftig zu halten bzw. in Teilbereichen noch zu steigern, sind weitere zusätzliche Mittel für den hohen Ausstattungsstand der rheinland-pfälzischen Polizei im Doppelhaushalt 2002/2003 vorgesehen.

Meine Damen und Herren, neben der Polizei bilden die Feuerwehren, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz den Garant für die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit. Deshalb ist auch völlig zu Recht für diese Bereiche eine Erhöhung der Haushaltsmittel im Sach- und Investitionsbereich vorgesehen. Diese Mittel sollen insbesondere dazu dienen, den Kommunen, aber auch den Hilfsorganisationen die Möglichkeiten einzuräumen, neue dringend notwendige Fahrzeuge und technische Geräte anzuschaffen.

Meine Damen und Herren, abgerundet werden die wesentlichen Einzelmaßnahmen zur Stärkung der Sicherheit durch eine Ansatzserhöhung im Bereich des Verfassungsschutzes beitragen. Im Rahmen des Doppelhaushalts werden 13 neue Stellen ausgewiesen, die, soweit es die Sicherheitslage erfordert, sofort besetzt werden können bzw. zum Teil schon besetzt sind. Bereits im vergangenen Jahr wurden acht Stellen wieder besetzt und ein Islam-Wissenschaftler eingestellt.

Meine Damen und Herren, die Arbeit des Verfassungsschutzes geht einher mit dem Umgang personenbezogener Daten. Um sicherzustellen, dass hierbei die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft wirksam geschützt werden können, hat die Landesregierung das rheinland-pfälzische Datenschutzgesetz angepasst. Der Gesetzentwurf ist heute in erster Linie zu beraten. Ich denke, eine Überweisung an die Ausschüsse wird uns genügend Zeit einräumen, um uns mit diesen wichtigen wie auch sensiblen Bestimmungen differenzierter auseinander zu setzen, als dies heute im Rahmen der Haushaltsberatungen möglich ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Meine Damen und Herren, ich möchte den Datenschutzbeauftragten, Herrn Professor Rudolf, recht herzlich im Landtag begrüßen, der vor kurzem eine Konferenz der Datenschutzbeauftragten der Bundesländer abgehalten hat und sicher mit Interesse die heutige Sitzung verfolgt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Es ging um die Rasterfahndung, damit es hier jeder weiß.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Worterteilung. Ich muss mich noch einmal melden. Ich hoffe, ich belästige Sie nicht allzu sehr. Es geht mir um die Zahlen. Herr Kollege Hohn hat von zusätzlichen Stellen bei der Polizei gesprochen und in diesem Jahr 130 Neueinstellungen erwähnt. Herr Kollege Hohn, in diesem Jahr werden nur 130 Männer und Frauen bei der Polizei eingestellt.

(Pörksen, SPD: Sie wissen doch, warum!)

– Natürlich weiß ich das. Ich habe die Haushaltsvorlage noch einmal nachgelesen. Vor dem Polizeihauhalt steht es diesmal dezidiert richtig drin. Das ist anders als in den Pressemeldungen, die ich vorher schon einmal erwähnt habe. Es geht darum, dass in diesem Jahr wegen des vorgezogenen Abiturs in Rheinland-Pfalz die Bewerber im Mai schon ausgewählt werden. Das geschieht nicht erst im Herbst, damit uns die Besten nicht fortlaufen. Das finde ich richtig. Es werden nur 130 ausgewählt, weil diese auf diejenigen warten müssen, die im November ihre Ausbildung in Enkenbach-Alsenborn angefangen haben. Das sind noch etwa 217. Das gibt zusammen, wenn man noch die eventuell Aussteigenden berücksichtigt, 300 bis 325. Das ist die Kapazität vom Hahn. Es gibt nicht zusätzlich 130, sondern in diesem Jahr gibt es im Grunde genommen gar keine Neueinstellungen.

Wenn man die Marge von 300 ansetzt, bekommen wir sie mit Not zusammen, bis im November die Ausbildung auf dem Hahn beginnt. Das muss ich klarstellen. Es fehlt uns ein ganzer Jahrgang in der Rechnung.

Ich sage noch einen Satz zu dem Angestelltenprogramm. Da ist das Gleiche. Sie sagen: zusätzlich. – Das ist Kappes. Wir hatten die ganzen Jahre 25 bis 50 Stellen im Haushalt stehen, die in der Regel nicht besetzt worden sind, weil der Minister sie als Steinbruch genutzt hat, um Geld zu sparen. Wenn Sie jetzt „zusätzlich“ sagen, müssen Sie sagen, wir machen im Haushalt 75 Stellen.

(Pörksen, SPD: Sie sind „zusätzlich“!)

– Zu was zusätzlich, zu null?

(Pörksen, SPD: Zu den vorhandenen!)

Sie müssen zumindest sachlich richtig reden, wenn Sie es loben wollen, was Sie da machen.

Ich sage es an der Stelle noch einmal. Nachher kann ich es wiederholen, dann setzt es sich vielleicht besser fest. Anfang der 90er-Jahre, als Sie die Regierung übernom-

men haben, haben Sie Berechnungen gemacht, was man tun muss, wie viel Einstellungen man pro Jahr braucht, damit man einen bestimmten Personalstand erreichen kann. Später war nicht mehr von Zunahme, sondern es war von Halten des Personalstands die Rede. Es geht nicht um den Stand, von dem wir jetzt reden, nämlich 9.000, sondern es waren 9.500 angepeilt. Es ging darum, wie viel wir jedes Jahr brauchen, damit wir die Pensionierungen, Aussteiger und sonstige Vorkommnisse abfangen können. Da hieß es, es werden mindestens 250 gebraucht. Wissen Sie, wie oft die 250 in den 90er-Jahren eingestellt worden sind? Das war einmal 1996, dann ging es wieder zurück. 146 waren es im Jahr. Damit wissen Sie, wo unsere ganze Malaise her kommt. Es wurden all die Jahre viel zu wenig eingestellt. Reden Sie nicht von zusätzlich; denn es klemmt vorn und hinten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Schnabel das Wort.

Abg. Schnabel, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt hat mir ein bisschen die Stimme verschlagen, deswegen versuche ich, es ein wenig kürzer zu machen.

(Schmitt, CDU: Der Haushalt ist noch viel schlimmer!)

Es ist bekannt, dass der Finanzstaatssekretär keine Antenne für die Kommunen hat und die Sorgen der kommunalen Haushalte nicht kennt. Es wundert mich, dass der Ministerpräsident und der Innenminister die Situation vor Ort falsch einschätzen, weil sie jahrelang selbst Kommunalpolitiker waren und vor Ort die Situation kennen müssten.

Jeder Vorstand in einem kleinen oder mittleren Sportverein hat mehr zu sagen und über mehr abzustimmen als derzeit Gemeinderäte. Sie haben keinen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum mehr.

(Beifall bei der CDU)

Die Situation der Gemeinden, Landkreis und Städte auf Bundesebene ist Besorgnis erregend. Auf der Landesebene ist es katastrophal. Ich weiß, dass es schwierig ist, einen Vergleich zu ziehen zwischen den einzelnen Ländern. Ich glaube, aussagekräftig sind die unausgeglichenen Haushalte. Da sieht es mehr als katastrophal in Rheinland-Pfalz aus.

Wir haben zwölf kreisfreie Städte mit unausgeglichenem Haushalt. 15 von 24 Landkreise haben einen unausgeglichenen Haushalt. Mehr als 1.000 Gemeinden werden 2002 einen defizitären Haushalt vorlegen. Wenn das kein Zeichen dafür ist, wie schlecht es derzeit den

Kommunen in Rheinland-Pfalz geht, dann weiß ich nicht, was ich noch sagen soll.

(Beifall bei der CDU)

Im Jahr 1992 hatten wir 182 unausgeglichene Haushalte. Wir sehen, es hat sich im Grunde genommen mehr als verzehnfacht. Nur Rheinland-Pfalz und das Saarland haben negative Salden bei den kommunalen Haushalten. Wir liegen am Ende. Die Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben mehr als 8 Milliarden Euro Schulden. Ich glaube, dies spricht für sich. Es ist nicht hausgemacht, wie immer wieder den Kommunen versucht wird unterzuschieben. Den Kommunen fehlen in den letzten zehn Jahren 1 Milliarde Euro, 2 Milliarden DM. Diese wurden den Kommunen über den Finanzausgleich beim Land vorenthalten.

Sie haben das beste Beispiel im Doppelhaushalt 2002/2003. Da wird der Finanzausgleich wieder um weitere 70 Millionen, Fachleute sagen 85 Millionen Euro, geplündert. Kurzerhand wird die Grunderwerbsteuer kassiert. Im gleichen Atemzug wird großmundig verkündet, der Verbundsatz werde erhöht. Über diese Transaktion fehlen den Kommunen unterm Strich 40 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist eine Darstellung, die an Arroganz nicht mehr zu überbieten ist.

(Beifall der CDU)

Der kommunale Finanzausgleich – das haben wir heute Morgen auch gehört – ist schon oft als Steinbruch für die Konsolidierung des Landeshaushalts missbraucht worden. Was Sie aber in diesem Jahr oder in den beiden nächsten Jahren machen, schreit zum Himmel. Das ist kaltschnäuzig, wie wir es eigentlich im kommunalen Bereich noch nicht erlebt haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Unfair ist aber noch viel mehr, dass Sie im Grunde genommen den Streit in die kommunale Familie hineintragen. Der Verteilungskampf zwischen Gemeinden, Städten und Landkreisen wird geradezu herausgefordert. Genau das Gegenteil wollten wir eigentlich immer, dass gerade die drei Säulen sich untereinander verstehen.

Meine Damen und Herren, zunächst wird den Kommunen das Geld weggenommen, und dann wird es nach „Gutsherrenart“ wieder neu verteilt. Es wird der Eindruck erweckt, dass es dem Land schlechter ginge als den Kommunen. Tatsache ist – –

(Pörksen, SPD: Das haben wir doch heute Morgen von Herrn Dr. Böhr gehört!)

– Nein. Das ist eine Zahl, die nachprüfbar ist. Die Einnahmen des Landes sind in den letzten zehn Jahren um 49 % gestiegen, die der Kommunen um 29 %. Meine Damen und Herren, bei all denjenigen, die eine Schiefelage zugunsten der Kommunen sehen, müssen wohl die

Gleichgewichtsorgane ein bisschen durcheinandergeraten sein.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Na, na, na! –
Schmitt, CDU: Jawohl!)

Da übernimmt dann mein Kollege Schweitzer, den ich eigentlich sehr schätze, ungeprüft Aussagen vom Finanzstaatssekretär.

(Pörksen, SPD: Was heißt hier eigentlich?)

Er sagt in seinem Argumentationspapier, dass es den Kommunen besser gehen wird. Das ist eigentlich gegen die Kommunen gerichtet und in der Sache auch noch falsch. Ich dachte immer, die SGK sei dafür da, die Kommunen zu vertreten. Sie ist aber nicht Sachwalter der Kommunen, im Gegenteil, sie ist Steigbügelhalter dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister setzt dann dem Ganzen noch die Krone auf. Er entnimmt 15 Millionen für den Schulbau wieder aus dem Finanzausgleich. Noch vor zwei Jahren hat er uns erklärt, diese Mittel müssten originär aus dem allgemeinen Haushalt erbracht werden, weil dies systemgerecht sei, der Aufgabe entsprechend erledigt und aus dem allgemeinen Finanzhaushalt finanziert werden müsste. Wie recht hat er. Nur macht er gerade dieses Mal wieder das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU –
Schmitt, CDU: Leider!)

Meine Damen und Herren, zu allem Übel bricht den Gemeinden und Städten noch die Gewerbesteuer weg, wie wir wissen, 16 % im Durchschnitt. Zahlreiche Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben Einbrüche von mehr als 50 %. Das kommt auch nicht von ungefähr. Die UMTS-Lizenzen hat der Bund für 100 Milliarden verkauft. Er hat nichts weitergegeben, schon gar nichts an die Kommunen weitergegeben. Wir haben letztendlich die Defizite im Bereich der Gewerbesteuer zu tragen.

Darüber hinaus wird die Gewerbesteuerumlage künftig erhöht, anstatt zurückgeführt, wie es eigentlich zwingend erforderlich wäre.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Staatsminister Mittler: Es gibt überhaupt keinen Standard in Rheinland-Pfalz!)

Meine Damen und Herren, den Kommunen wird ansonsten derzeit gänzlich die Luft zum Atmen genommen.

(Zuruf von der CDU: Das verschlägt einem die Sprache!)

Doch was fällt den beiden Regierungsparteien dazu im Moment noch ein? Wir machen ein neues Standardgesetz, Standardöffnungsgesetz, Standardanpassungsgesetz. Wir hatten 1995, also vor sechs Jahren, einen

Entwurf vorgelegt. Der ist natürlich kurzerhand abgelehnt worden.

(Schweitzer, SPD: Der war verfassungswidrig!)

Jetzt wird etwas vorgelegt, das nur bürokratisch ist. Der Innenminister muss dann künftig entscheiden, ob der Standard gesenkt werden darf oder nicht. Das muss alles noch einmal zum Innenminister. Wo dabei im Grunde genommen am Ende für die Kommunen etwas herumkommen soll, das fragen wir uns nicht allein, das fragen sich alle, die etwas von dem Geschäft verstehen.

Meine Damen und Herren, abschließend noch eins zu dem Vorwurf, der kam und mit Sicherheit vom Kollegen Schweitzer wieder kommt, wo die Deckungsvorschläge hier in diesem Bereich für den kommunalen Finanzausgleich bleiben.

(Schweitzer, SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren, was Sie über elf Jahre im Grunde genommen in der Finanzsituation der Kommunen vermasselt haben, das ist nicht mit einem Haushalt zu erledigen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe schon gesagt, es fehlen 1 Milliarde Euro in den letzten zehn Jahren. Da können Sie doch von einer Oppositionspartei nicht verlangen, dass die Ihnen einen Vorschlag über 85 Millionen DM macht.

(Pörksen, SPD: Wir sagen nur 70 Millionen!)

Meine Damen und Herren, da müssen ganz einfach Fachleute ran. Da muss die Landesregierung ausgetauscht werden. Daran werden wir in den nächsten vier Jahren arbeiten.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die SPD-Landtagsfraktion hat Herr Abgeordneter Schweitzer das Wort.

(Schmitt, CDU: Er hat gesagt, es müssen Fachleute ran!)

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schnabel, Sie hätten Ihre Rede besser vor einem CDU-Ortsverband in der Hinterpfalz gehalten. Die hätten Ihnen nicht widersprechen können. Aber machen Sie das bitte schön nicht hier im Parlament; denn wer seit Monaten den kommunalen Finanzausgleich bejammert, wer seit Monaten die kommunale Finanzlage beklagt und dann nicht einmal in der Lage ist, einen einzigen Antrag während der Haushaltsberatungen zu stellen, der den Kommunen auch nur eine

einzigste müde Mark bringt, der macht sich erstens unglaubwürdig, und zweitens veralbert er die Kommunen im Land und auch Ihre CDU-Landräte, -Bürgermeister und -Mandatsträger. Herr Kollege Schnabel, er veralbert sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen einen Entschließungsantrag, aber geben das Geld nicht dabei. Das ist so, als wenn ich mir ein Auto kaufen würde, aber dem Autoverkäufer gleich sage, aber Geld kriegen Sie nicht dafür. Das ist Ihre CDU-Finanzpolitik, die Sie betreiben wollen. Herr Kollege Schnabel, aber so kann man mit den Kommunen nicht umgehen.

(Jullien, CDU: So ist eure Finanzpolitik!)

Sie haben offensichtlich keine andere Alternative. Deswegen finden Sie nichts anderes als markige Worte. Aber von diesen markigen Worten kann sich weiß Gott keine Kommune etwas kaufen. Sie setzen damit aber im Übrigen eine Tradition der vergangenen Jahre fort: heiße Luft, aber keine konkreten Fakten.

Wir wissen, dass die kommunalen Finanzen angespannt sind, übrigens ebenso wie die des Landes. Die Steuerreform und die weltweiten Konjunkturreinbrüche haben auch vor den Toren der Kommunen nicht Halt gemacht. Das ist nun einmal so. Herr Kollege Schnabel, neben den konjunkturellen Ursachen gibt es aber auch strukturelle Ursachen. Deshalb ist es richtig, dass der Bundeskanzler eine Kommission zur Vorbereitung einer Gemeindefinanzreform eingesetzt hat, die Ihr Bundeskanzler Kohl 16 Jahre lang im Deutschen Bundestag verhindert hat.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schnabel, es ist auch richtig, dass wir dies auf Landesebene mit einer Enquete-Kommission begleiten und die Finanzströme einerseits zwischen Land und Kommunen und andererseits unterhalb der Kommunen beobachten. Ich verspreche mir davon einiges an Erkenntnissen, die wir dann auch in diesem Parlament umzusetzen haben.

Natürlich haben wir mit der Landesregierung auch um die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs gerungen. Natürlich – da mache ich überhaupt keinen Hehl daraus – hätten wir uns vorstellen können, dass es Regelungen gibt, die den Kommunen mehr Mittel zur Verfügung stellen. Aber wir haben auch kein Interesse daran, dass das Land in eine höhere Verschuldung geht; denn ausgerechnet die Kommunen wären die Leidtragenden, weil sie auf gezielte Finanzhilfen des Landes angewiesen sind. Deswegen sind wir mit einem Kompromiss, der gefunden wurde, zufrieden.

Wenn Sie höhere allgemeine Zuweisungen zulasten der Zweckzuweisungen, also Zuschüsse, haben wollen – nennen wir es einmal so –, dann sind Sie doch auch einmal so ehrlich, Herr Kollege Schnabel, und sagen Sie, wo Sie kürzen wollen. Wollen Sie weniger Schulbaumittel? Dann sagen Sie es. Wollen Sie weniger Mittel

für die Kindergärten? Dann sagen Sie es. Wollen Sie weniger für den kommunalen Straßenbau? Dann geben Sie es zu. Alles das tun Sie nicht. Sie drücken sich vor konkreten Antworten und schildern alles nur in flaumigen Worten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sagen einfach zu allem Nein, ohne zu sagen, was die CDU eigentlich will. Das ist typisch CDU: Chaos, Durcheinander, Uneinigkeit. – Das Einzige, was wir wissen, was Sie wirklich wollen, wäre der größte Flop für die Kommunen. Sie wollen eine Steuerreform vorziehen, die Sie eigentlich bekämpfen. Jetzt wollen Sie andere Maßnahmen vorziehen. Das würde die Kommunen in Rheinland-Pfalz 250 Millionen Euro kosten. Herr Kollege Schnabel, dann könnten Sie Ihre Kommune sogar schließen, Ihre Aufwandsentschädigung könnte noch nicht einmal mehr bezahlt werden.

(Schnabel, CDU: Ich mache das umsonst!)

Meine Damen und Herren, das wäre der wirkliche Ruin, den die CDU den Kommunen antun würde; denn eines ist klar, dass Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich um 70 Millionen DM oder um 40 Millionen Euro nicht der Weltuntergang sein können, wenn andererseits Kürzungen um 250 Millionen Euro, die Sie vornehmen wollen, dann gleichzeitig himmlische Segnungen sind. Das ist original CDU und übrigens auch Ihres verbündeten Geschäftsführers des Gemeinde- und Städtebundes.

Sie können noch so laut lamentieren, es bleibt richtig, dass

1. auch in diesem und im nächsten Jahr die Zuweisungen des Landes an die Kommunen steigen werden,
2. die Pro-Kopf-Zuweisung des Landes an die Kommunen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, nämlich um 131 DM,
3. die Investitionen der Gemeinden in Rheinland-Pfalz unter dieser Landesregierung gestiegen sind, während sie in anderen CDU-regierten Ländern fallen,
4. das Land zahlreiche Aufgaben für die Kommunen wahrnimmt, während in Bayern sogar noch die Kommunen die Lehrer an den Schulen mitbezahlen müssen,
5. die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen, also das Herzstück der Zuweisungen, seit 1990 kontinuierlich gestiegen sind und
6. die Kommunen von der CDU außer ungedeckten Schecks nichts zu erwarten haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP – Schmitt, CDU: Das war alles?)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann sehr gut damit leben, dass es Leute gibt, die eine andere politische Auffassung haben als ich, auch wenn es sich um das Thema „Kommunen in Rheinland-Pfalz“ handelt. Ich kann manchmal nicht so gut damit leben, aber ich kann immer noch gut damit leben, dass diese Leute in der Mehrheit und nicht in der Minderheit sind.

(Pörksen, SPD: Was bleibt Ihnen anderes übrig!)

Was ich für völlig unerträglich halte, ist die Ignoranz und Arroganz, mit der Sie sich dieses Themas annehmen. Das ist unerträglich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das erleben wir schon seit langem. Statt sich mit der tatsächlich katastrophalen Situation zu beschäftigen und konkrete Schritte zur Abhilfe zu schaffen, ergehen Sie sich in Scheingeschäften. Sie kommen mit merkwürdigen Diskussionen zur Senkung von Standards auf kommunaler Ebene daher und bleiben die Antwort schuldig, welche Probleme das lösen soll. Sie machen merkwürdige Vorschläge zum Thema „Bugwellenproblematik“ und streuen damit den Leuten Sand in die Augen. Gleichzeitig ziehen Sie Jahr für Jahr den Kommunen hartes Geld, früher DM, heute Euro, aus den Taschen.

(Schweitzer, SPD: Wo sind Ihre Anträge?)

– Sie können noch so dazwischenrufen, daran ändert sich nichts. Sie können Ihre Politik ändern. Sie sind die Einzigen, die ihre Politik selbst ändern können, nicht durch Zwischenrufe, sondern durch konkrete Maßnahmen. Die sind Sie bisher schuldig geblieben.

(Schweitzer, SPD: Sie können doch Anträge stellen! – Schmitt, CDU: Das ist ein hoffnungsloser Fall!)

– Ich glaube auch, es ist ein hoffnungsloser Fall. Da haben Sie wohl Recht.

Wir haben gesagt, man muss in einem ersten Schritt zunächst einmal die größte Not lindern. Deshalb haben wir ein Kommunalkreditprogramm für die Kommunen in Höhe von 75 Millionen Euro durch die ISB vorgeschlagen, mit dem notwendige Investitionen vor Ort, keine Luxusveranstaltungen, getätigt werden können.

Zweitens – dies wäre ein tatsächlich wichtiger Schritt –: Ein realer Schritt wäre die Verankerung des Konnexitätsprinzips. Beidem können Sie nicht näher treten. Der einzige halbwegs konkrete Schritt, den Sie immer wieder

nennen und den Sie auch in der Koalitionsvereinbarung haben, ist diese Enquete-Kommission, die Sie einrichten wollen. Dann tun Sie es doch endlich. Dann kommen Sie doch endlich mit dem Vorschlag zu „Potte“, diese Enquete-Kommission einzuberufen und einen Vorschlag zu machen. Warum warten Sie denn? Denken Sie, die Kommunen in Rheinland-Pfalz können darauf warten?

Eines noch als kurze Anmerkung: Wenn Sie tatsächlich ernsthaft an die kritische Situation der Kommunen in Rheinland-Pfalz heranwollen, dann dürfen Sie die Enquete-Kommission nicht so einrichten und so betreiben, dass Sie sich sozusagen ihrer als Legitimationsinstrument bedienen und Sie nachher doch das machen, was Sie ursprünglich wollten. Dann hat das Ganze nämlich keinen Sinn.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schnabel, ich möchte nicht noch einmal dort anknüpfen, wo Herr Kollege Schweitzer aufgehört hat. Aber das, was Sie an Horrorvisionen an den Himmel gezeichnet haben, was die unausgeglichenen Haushalte der Kommunen betrifft, haben Sie mit Kaltschnäuzigkeit beziffert. Ich muss Ihnen sagen, hierfür fehlt mir das Verständnis. Insbesondere ich selbst bin mit meiner Gemeinde davon betroffen, dass für die Gemeinden weniger Finanzmittel durch den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stehen. Ich denke, das, was Sie hier tun, ist unredlich. Damit dienen Sie der Sache nicht. Ich sage Ihnen offen, ich bin ein Anhänger derer, die eine vorgezogene nächste Stufe der Steuerreform im Moment als verheerend ansehen.

(Beifall der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin nicht mit all meinen Parteifreunden auf Bundesebene einer Meinung. Ich denke, es wurde in den letzten Monaten in den verschiedenen Diskussionen immer wieder dargestellt, was dies letztendlich für Auswirkungen hat.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Schnabel, wie man letztendlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgeht, da könnten Sie Nachhilfe bei Ihrem Parteifreund nehmen, nämlich bei dem für meinen Landkreis zuständigen Landrat Duppré, der einen schuldenfreien Kreishaushalt und in diesem Jahr sogar die Kreisumlage um einen Prozentpunkt gesenkt hat.

(Schnabel, CDU: Das ist der Einzige!)

– Das sollten Sie sich als Beispiel nehmen, bevor Sie solche Horrorvisionen an den Himmel zeichnen, wie Sie es getan haben.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Herr Billen, ja.

Deshalb müssen wir weiterhin an dem Konzept festhalten, unsere Verwaltung zu modernisieren. Angesichts der angespannten Situation der kommunalen Haushalte sehen wir Liberale es als Pflicht der Politik an, dass so sparsam wie irgend möglich mit den Steuergeldern der Bürger umgegangen wird. Im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs muss deshalb der Gerechtigkeitsgedanke obenan stehen. Ich denke, dass das in zweiter Lesung heute zu verabschiedende Finanzausgleichsgesetz diesem Ansinnen gerecht wird, auch wenn es unvermeidlich ist, dass die extrem hohen Einbußen auf der Einnahmenseite Folgen für den kommunalen Finanzausgleich haben.

Meine Damen und Herren, da die Auswirkungen auf die einzelnen Kommunen höchst unterschiedlich sind, sollte man aus Sicht der FDP über neue, gerechtere Strukturen nachdenken dürfen.

1. Wir brauchen eine moderne Verwaltung. Die E-Government-Initiative „Rheinland-Pfalz 24“ infolge derer alle Dienststellen der drei Direktionen und des Landesuntersuchungsamts mit einem Gesamtaufwand von insgesamt 24 Millionen DM neu ausgestattet und komplett vernetzt wurden, hat zur Modernisierung der Verwaltung den Grundstock gelegt. Diesen Weg gilt es fortzuschreiten. Dafür weist der Doppelhaushalt beispielsweise zusätzliche Mittel für den Einstieg der Mittelinstanz in das rlp-Netz aus, um unter anderem den rheinland-pfälzischen Bürgern, aber auch der Wirtschaft und der Verwaltung rund um die Uhr Geobasisinformationen über das Internet zur Verfügung zu stellen.

2. Wir müssen Hierarchien abbauen, und wir müssen für mehr Effizienz sorgen. Nur durch den Abbau von Hierarchien und durch eine nachhaltige Effizienzsteigerung können Kosten eingespart werden.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Herr Billen, warten Sie doch ab. Seien Sie nicht so ungeduldig.

Deshalb müssen wir den Weg der Modernisierung von Verwaltungsstrukturen konsequent weitergehen und neu anstoßen, ohne jedoch die Selbstverwaltungskraft der Kommunen aufzulösen.

(Kramer, CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Hierfür ist zunächst eine aktuelle Bestandsanalyse erforderlich, die die Schwachstellen der bestehenden Struktur deutlich macht. In diese gehören unter anderem einbezogen – Herr Billen, aufpassen –:

1. Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Was privat organisiert werden kann, sollte auch privat organisiert bzw. privatisiert werden.

2. Die Sozialhilfepraxis in den Kommunen. Die FDP-Fraktion hat hierfür einen Wettbewerb der Kommunen um die beste Praxis in der Sozialverwaltung angestoßen.

3. Die landesrechtlichen Standards. Die FDP-Fraktion will Experimentierklauseln, die den Kommunen das Recht einräumen, landesrechtliche Standards zu unterschreiten, um Investitionen zu verbilligen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wissen Sie, wer das erfunden hat?)

4.: Die Frage der Übertragung des kaufmännischen Prinzips des LBB auf die kommunale Ebene.

In diesem Zusammenhang muss auch geprüft werden, inwieweit Synergieeffekte zum Beispiel durch die gemeinsame Nutzung von Gebäuden über Gemeindegrenzen hinaus zu erreichen sind.

Im Rahmen der Bestandsanalyse ist zu prüfen, welche Rolle ehrenamtliche Bürgermeister spielen können und in welchen Fällen eine Hauptamtlichkeit angebracht erscheint.

Meine Damen und Herren, anhand des Ergebnisses der Bestandsanalyse wird sich zeigen, ob die Überlegungen einer Reform der Verwaltungsstrukturen weitergeführt werden können. Sollten zeitgemäßere Strukturen geboten sein, wird die FDP-Fraktion ihre ganze Kraft in den Modernisierungsprozess einbringen. Die FDP-Fraktion wird ihrer Rolle als Motor für Reformen gerecht werden und die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz von Kosten entlasten und die Selbstverwaltungskraft der Kommunen stärken.

(Keller, CDU: Stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, von dem ich der Meinung bin, dass es ein sehr wichtiger Punkt in unserem Land ist, nämlich zum Ehrenamt. Unsere Gesellschaft benötigt das freiwillige Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Ohne ehrenamtlich Aktive wäre unser demokratisches Gemeinwesen nicht lebensfähig.

Deshalb begrüßt es die FDP-Fraktion, dass der Haushalt als weiteren Schwerpunkt für die kommenden Jahre die Stärkung des Ehrenamts vorsieht. Beispielhaft hierfür hebe ich hervor, dass trotz des strengen Sparkurses die Förderung des Sports in Rheinland-Pfalz weiter auf hohem Niveau gehalten wird. Insgesamt werden die Landesmittel für den Sport um 1,13 Millionen Euro angehoben. Mit seiner Sportförderung liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze aller Bundesländer.

(Beifall bei FDP und SPD)

Selbstverständlich handelt es sich um die Zahl der aktiv am Sport teilnehmenden Bevölkerung bezogen auf die Zahl der Einwohner. Von der Förderung profitieren allein der Landessportbund und seine angeschlossenen Organisationen im kommenden Doppelhaushalt mit jährlich rund 11 Millionen Euro. Damit stiegen die Unterstützungen für die Organisationen mit den meisten Mitgliedern in Rheinland-Pfalz von 16,7 Millionen DM im Jahr 1993 auf über 21 Millionen DM an.

Hinzu kommt, dass die Ansätze für die Zuschüsse an den Behindertensportverband und an die Deutsche

Lebensrettungsgesellschaft genauso erhöht worden sind wie die zweckgebundenen Mittel für die Sportjugend.

(Glocke des Präsidenten)

Gerade die verstärkte Förderung der Jugendarbeit hält die FDP-Fraktion für besonders wichtig. In Sportvereinen und -verbänden wird nicht nur Teamgeist und soziales Verhalten tagtäglich praktiziert. Für viele Jugendliche ist die Betätigung in Sportvereinen oder -verbänden auch ein Teil ihrer Freizeitgestaltung. Der Sportstättenbau – auch das begrüßen wir – wird im bisherigen Umfang fortgesetzt.

(Glocke des Präsidenten –
Pörksen, SPD: Er spricht doch
so langsam!)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Abg. Hohn, FDP:

In diesem Zusammenhang hebe ich das Engagement der Landesregierung für den Fall, dass in Kaiserslautern zum Teil die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen wird, und selbstverständlich auch die Anstrengungen in Bezug auf Mainz 05 besonders hervor.

Meine Damen und Herren, ich danke der Landesregierung für ihre Bemühungen und Anstrengungen in Bezug auf den Einzelplan 03, der selbstverständlich unsere volle Zustimmung findet.

(Schmitt, CDU: Das ist überfällig!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros das Wort. Die CDU-Fraktion hat noch eine Redezeit von maximal sechs Minuten.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich soll im Auftrag meiner kommunalpolitisch versierten Kollegen sagen, dass wir die beiden Reden der Vorredner an die betroffenen Kommunalpolitiker schicken werden. Dann sparen wir uns einen Teil des Wahlkampfs.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Hohn, es gab zwei Gesetzentwürfe der CDU-Fraktion zu Experimentierklauseln in zwei verschiedenen Legislaturperioden, soweit ich mich erinnern kann. Ich meine, die Erfindung kommt von uns. Damals hat sie

aber natürlich keine Mehrheit gefunden. Die FDP sollte sich in dieser Hinsicht ein bisschen in Acht nehmen.

Meine Damen und Herren, Herr Pörksen, während Ihrer Rede gab es einen Zwischenruf, dass wir Herrn Bruch wieder als polizeipolitischen Sprecher haben wollen. Das geht aber nicht mehr. Er ist Polizist, und das zeichnet ihn in seiner Kenntnis aus gegenüber dem, was Sie zum Besten gegeben haben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich wäre selbst auch keine Polizistin geworden, nicht wegen meines Abiturdurchschnitts, sondern ich wäre als Rettungsschwimmerin eine Versagerin gewesen. Das gebe ich ganz ehrlich zu; denn die sportlichen Anforderungen sind enorm.

(Pörksen, SPD: Ihre Beiträge sehen auch so aus! Sie saufen dauernd ab!)

– Ich kann zwar schwimmen, aber ich kann niemanden retten. Mich selbst könnte ich retten.

Herr Beck, Sie haben während der Generalausprache die Polizei erwähnt und lobend hervorgehoben, was wir natürlich unterstützen. Sie haben Zahlen genannt, die ich gern aufgreifen möchte. Sie haben erwähnt, dass zum Jahresende 2001 9.018 Beamtinnen und Beamte bei der Polizei in Rheinland-Pfalz beschäftigt sind. Das stimmt. Es sind zwar Köpfe, aber nicht besetzte Stellen. Es sind weniger Stellen, da wir inzwischen auch Teilzeitkräfte bei der Polizei haben. Frau Grützmaker hat mit ihrem Antrag auf das Problem hingewiesen. Sie haben gesagt, es wären mehr als im Jahr 1991 gewesen, als Sie die Regierung übernommen haben.

(Ministerpräsident Beck: 533!)

Inzwischen stimmt die Zahl von 9.018 Beamtinnen und Beamten natürlich nicht mehr. Es gibt nicht einmal mehr 8.900 Beamtinnen und Beamte. Die Entwicklung habe ich vorher dargestellt.

Was ist noch passiert? Herr Ministerpräsident, Sie meinten, das sei völlig ausreichend, um dieses Land und seine Bürgerinnen und Bürger sicher leben zu lassen. Wir haben inzwischen 400.000 Einwohner mehr. Wir haben eine Polizeidichte, die sich im Ländervergleich leider wieder einmal am Ende der Tabelle befindet. Wir tragen nämlich auch in diesem Bereich die rote Laterne.

Nicht wir waren es, die damals die Zahl von 10.000 Polizeibeamtinnen und -beamten genannt haben, sondern die SPD.

(Beifall bei der CDU)

Im vergangenen Wahlkampf war es die FDP, Herr Kollege und Vizepräsident Creutzmann. Sie haben gesagt, dass wir in diesem Land 10.000 Polizeibeamtinnen und -beamte benötigen. Jetzt sind 9.000 schon zu viel, aber wir sind schon unter 9.000.

(Beifall bei der CDU)

Das kann doch nur ein Witz sein. Sie müssen sich einmal überlegen, was Sie den Leuten zumuten, wenn Sie mit Zahlen jonglieren. Ich habe vorhin schon ein paar Beispiele genannt.

Besonders gravierend sind die Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten vor Ort. Wir haben eine Altersstruktur, die inzwischen zu einem Problem geworden ist, nicht nur in der Westpfalz, sondern im ganzen Land. Das sind die starken Jahrgänge, die in den 60er-Jahren eingestellt worden sind und in der nächsten Zukunft zur Pensionierung anstehen.

Wenn Sie das immer noch nicht glauben, dann schauen Sie sich bitte die Berichte in den Lokalzeitungen zur Kriminalstatistik des vergangenen Jahres an. Dann sehen Sie, dass die verantwortlichen Polizeibeamtinnen und -beamten auch die Zahl der Überstunden bemängelt haben, die heute bereits erwähnt worden ist. Diese gehen in die zehntausende. Wenn Sie behaupten, der Bestand der Polizei von nicht einmal 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamten sei ausreichend, dann muten Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einfach zu viel zu.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das gilt nicht nur in diesem Bereich. Ich weiß nicht, wer in den vergangenen Tagen Gelegenheit hatte zu verfolgen, dass Herr Penner als Wehrbeauftragter den Sicherheitsbericht über die Bundeswehr vorgelegt hat. Jedes Mal, wenn ich das gelesen habe, bin ich an die Polizei in Rheinland-Pfalz erinnert worden. Diese Darstellung der Frage, wie die Menschen motiviert sind, was von ihnen abverlangt wird und welche politische Führung die Bundeswehr in diesem Land zu verkraften hat, erinnert mich an die Situation in Rheinland-Pfalz.

Wenn wir in Rheinland-Pfalz so etwas Ähnliches wie einen Wehrbeauftragten oder einen Sicherheitsbeauftragten hätten, dann könnte ich Ihnen jetzt schon die Zitate nennen, was alles an Bedrängnissen und an Zumutungen bei der Polizei gesagt, aufgeschrieben und beklagt würde.

Als Herr Kollege Pörksen über die Rasterfahndung und über meinen Purzelbaum gesprochen hat, habe ich einen Brief gelesen, der uns anonym zugegangen ist. Ich werde Ihnen den Inhalt dieses Briefes bei Gelegenheit zur Kenntnis geben. Es ist zu schrecklich, um es in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass ich einen Purzelbaum geschlagen hätte, wenn das vor Gericht schief gegangen wäre. Im Gegenteil, ich bin froh, dass es so geblieben ist. Es hat während der ganzen Debatte keinen Anlass für die CDU-Fraktion gegeben, dass wir Sie in dieser Frage negativ begleitet hätten, Herr Minister.

Im Gegenteil, wir fanden das, was Sie gemacht haben, richtig. Wir unterstützen Sie da auch weiter. Wie kommen Sie also dazu, mir das jetzt so vorzuhalten? Das ist ein totaler Kappes.

Sie haben die Bertelsmann-Stiftung angesprochen. Ihr Fraktionsvorsitzender hat bei der Einbringung des Haushalts bereits den ersten Halbsatz dieser Expertise genannt. Er hat angeführt, in Rheinland-Pfalz könne man sicher leben.

(Glocke des Präsidenten)

Man kann aber nicht sicher leben, weil die Landesregierung so gut ist, sondern weil unsere Menschen in Vereinen organisiert sind und daher keine Zeit haben – – –

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Natürlich, lesen Sie den Satz zu Ende. Das ist so, weil die Struktur so ist, wie sie sich über 55 Jahre entwickelt hat. Das ist nicht nur das Verdienst der SPD in diesem Land.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Innenminister Zuber das Wort.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Innenpolitik in Rheinland-Pfalz, Innere Sicherheit im umfassenden Sinn ist kein Feld der autonomen Politikgestaltung. Landesinnenpolitik ist abhängig von der sozialen Struktur in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa, ja, in der Welt, wenn wir an die schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001 erinnern.

In Sicherheit leben ist ein Ziel, das wir anstreben und dem unsere Politik verpflichtet ist. Um es gleich vorweg zu sagen: Dieses Ziel zu erreichen, ist eine der vielen konkreten Utopien, die wir als Ansporn brauchen, deren Verwirklichung wir uns aber immer nur schrittweise nähern können.

Hinzu kommt, dass die Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir uns bewegen, denkbar schlecht sind. Das liegt in erster Linie an der bedrohlichen Schieflage aller öffentlichen Haushalte.

Um das Ziel der Haushaltskonsolidierung tatsächlich zu erreichen, bedarf es des ehrlichen Willens von Politik und Verwaltung, sich auch von lieb gewordenen und wünschenswerten Vorhaben zu verabschieden; denn der Satz unseres früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann „Wer heute für sich selbst sorgen will, verspielt mit der Zukunft anderer auch seine eigene“ hat heute mehr denn je seine Gültigkeit.

Weniger Geld in der Kasse zu haben, fördert auf der anderen Seite Innovation und bietet die Chance zur Erneuerung. Mit den Reformen der Mittelinstanz, bei der wir die alten Bezirksregierungen nach funktionalen Gesichtspunkten neu organisiert haben, und der Vermessungs- und Katasterverwaltung sind erhebliche Synergieeffekte eingetreten, die zur Beschleunigung von Ver-

fahren führen und die sich zudem günstig auf die Verwaltungskosten auswirken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ziel ist es, mittelfristig 750 Stellen einzusparen. In einem ersten Schritt haben wir bereits 100 Stellen im Bereich der Direktionen und 174 Stellen bei der Vermessungs- und Katasterverwaltung abgebaut.

Die Arbeitsstrukturen und -abläufe unterliegen einer ständigen Überprüfung mit dem Ziel, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden, das Optimale herauszuholen.

Dies gilt auch beispielsweise für die notwendige Zusammenlegung von Rettungsdienststellen. Wir haben bereits begonnen, landesweit integrierte Rettungsstellen einzuführen, um weitere Einsparungen durch die daraus resultierenden Synergieeffekte zu erzielen. Modernste Kommunikationstechnik ermöglicht uns dies.

Eine der Innovationen, die längerfristig Geld einsparen und günstigere Standortbedingungen schaffen, um zukunftsorientierte Technologiebetriebe und innovative Unternehmen anzusiedeln, ist unser rlp-Netz. In Zusammenarbeit mit der Telekom haben wir ein leistungsstarkes Hochgeschwindigkeitsdatennetz mit einer Vielzahl von Endstellen bis in die Fläche hinein geschaffen, mit denen wir in Sachen vernetzter Verwaltung im Bundesvergleich einen Spitzenplatz einnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Kurt Beck werde ich auf der CeBIT die Initiative „Rheinland-Pfalz24“ der Öffentlichkeit am kommenden Montag vorstellen. Mit dieser Initiative soll die konsequente und langfristig angelegte Strategie von E-Government in Rheinland-Pfalz deutlich werden, nämlich Service rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger, Mehrwert für die Wirtschaft und Vorsprung für die Verwaltung. Hierfür investiert das Land rund 42 Millionen Euro in diesem Haushalt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Auch im Bereich der Inneren Sicherheit hat die moderne Technologie schon seit längerer Zeit in unserem Bundesland Einzug gehalten. So sind alle rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen mit über 4.000 Computern ausgestattet und landesweit über das rlp-Netz miteinander verbunden. Damit haben wir auch die Voraussetzungen für den bundesweiten Fahndungsverbund der Polizeien geschaffen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Behauptung, das Land habe bei „INPOL-neu“ Millionenbeträge in den Sand gesetzt, nachweislich falsch ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die bisher investierten und in diesem Haushaltsplan veranschlagten Mittel werden in vollem Umfang benötigt

und sind sinnvoll eingesetzt. Insoweit geht der von der CDU gestellte Änderungsantrag auf Kürzung der Mittel an der Realität vorbei.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Nein, gar nicht!)

– Machen Sie sich doch sachkundig, bevor Sie hier einen solchen Unsinn reden.

Sowohl bei der Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik als auch bei den Verbesserungen bei der gezielten Verbrechensbekämpfung sowie der Sicherheit der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten nimmt Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Auch im Bereich der Aus- und Fortbildung wird es keinen Stillstand in Rheinland-Pfalz geben. Den sich wandelnden Rahmenbedingungen tragen wir durch die Optimierung des Studienablaufs Rechnung, um eine noch bessere Verknüpfung von Theorie und Praxis zu erreichen.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Mit der neu konzipierten Aufstiegsausbildung wird in einem überschaubaren Zeitraum die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn vollendet sein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren von der CDU, der Erfolg schlägt jede Kritik. Die Aufklärungsquote bei den Straftaten, die sich in den letzten acht Jahren zu einer Erfolgsstory in unserem Land entwickelt hat, belegt, dass Rheinland-Pfalz trotz Ihrer Versuche, das schlechtzurenden, eines der sichersten deutschen Bundesländer ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Übrigen darf ich den Damen und Herren Abgeordneten bei dieser Gelegenheit mitteilen, dass es heute gelungen ist, den entflohenen Täter Agovic aus Trier wieder dingfest zu machen, dies auch dank der guten internationalen Zusammenarbeit insbesondere unseres Landeskriminalamts.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Opposition macht seit einigen Jahren die Innere Sicherheit an der Anzahl der Köpfe im Polizeidienst fest und schürt damit bewusst Ängste bei der Bevölkerung. Dies ist nicht nur unredlich, sondern diskreditiert die hervorragende Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und -beamten, bei denen ich mich an dieser Stelle ganz besonders für ihren erhöhten Einsatz gerade in den letzten Monaten besonders bedanke.

(Beifall der SPD und der FDP)

Bei der Frage, wie viel Personal wir in der Zukunft noch brauchen, muss es erlaubt sein, die Investitionen in eine verbesserte Ausbildung und in Technik bei gleichzeitig erhöhter Bezahlung wie in jedem anderen Unternehmen zu berücksichtigen.

Um den Personalbestand des Jahres 2001 halten zu können, der im Übrigen – ich wiederhole das noch einmal – um rund 400 Beamte – ohne Berücksichtigung der Angestellten – höher liegt als noch zu Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung – damals haben die Beamten noch im Adlersuchsystem an der Schreibmaschine geschrieben –, werden ab dem Jahr 2003 300 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt.

Darüber hinaus hat die Landesregierung bereits im letzten Doppelhaushalt ein Angestelltenprogramm aufgelegt, um Beamtinnen und Beamte von nicht polizeilichen Aufgaben zu entlasten und somit für den Vollzugsdienst freizusetzen. Der Haushaltsentwurf sieht für das Jahr 2002 erneut die Einstellung von 75 Angestellten vor. Diese Operation ist im Gegensatz zu Ihren Vorschlägen seriös finanziert und berücksichtigt auch die Ausbildungskapazitäten bei der Landespolizeischule auf dem Hahn, die dadurch erschöpft sind.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, zukünftig 400 Anwärterinnen und Anwärter einzustellen und hat hierfür – so seriös ist das – lediglich die entsprechenden Anwärterbezüge im Haushalt eingestellt. Nicht berücksichtigt wird jedoch, dass sich nach der Ausbildung diese Personalkosten schlagartig verdoppeln werden.

Es gibt keinen haushaltsrelevanten Antrag zu der Tatsache, dass mit der Steigerung um weitere 100 zusätzliche Auszubildende neun neue Hörsäle und rund 300 neue Unterkünfte auf dem Hahn sowie mindestens zwölf neue zusätzliche Dozentenstellen geschaffen werden müssen.

Es gilt deshalb hier wie auch im Kommunalbereich, zu dem ich noch komme: Es werden Ankündigungen vorgenommen, ohne hierfür die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen; denn das, was ich zuletzt aufgezählt habe, ist nicht finanziert.

Trotz der guten Ausbildung und der hervorragenden Technik ist die Polizei in unserem Land auf die Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen. Deshalb trete ich seit längerer Zeit für Sicherheitspartnerschaften von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Wirtschaft und Sicherheitskräften ein. Ziel ist es, präventiv die Innere Sicherheit und insbesondere das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Mittlerweile gibt es 72 kommunalpräventive Räte, und der Landespräventionsrat ist eingerichtet. Die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Ministerium des Innern und für Sport unterstützt diese Gremien bei deren Arbeit. Gemeinsam konnten Initiativen wie die Kampagne „Wer nichts tut, macht mit“, „Kommunale Bündnisse gegen rechts“ oder Projekte zur Prävention von Jugendkriminalität, beispielsweise „Mitternachtssportturniere“, initiiert werden.

Ich freue mich, dass die Regierungsfractionen bereit sind, für diese hervorragende Arbeit im präventiven Bereich zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, Innere Sicherheit beschränkt sich jedoch nicht allein auf den Bereich der Polizei. Das

wurde gerade vor dem Hintergrund des 11. September 2001 deutlich. Die Landesregierung hat im Rahmen ihres Sicherheitspakets im letzten Jahr zusätzliche Mittel für den Brand- und Katastrophenschutz sowie den Zivilschutz zur Verfügung gestellt, um im Ernstfall noch besser gerüstet zu sein.

Darüber hinaus wurden beim Verfassungsschutz personelle Verstärkungen vorgenommen, um dessen Tätigkeiten auf dem Feld der Islamismus-Bekämpfung noch zu verbessern. Dabei ist es notwendig, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Auch die Rasterfahndung ist dabei ein wirksames Instrumentarium. Darüber sollte man nicht diskutieren. Im Übrigen sind alle Maßnahmen mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz Rheinland-Pfalz abgestimmt.

(Zuruf der Abg. Frau Grütmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass für die Landesregierung der Datenschutz ein hohes Gut ist, zeigt auch der Ihnen heute zur Beratung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften. Ich kann aus Zeitgründen nicht näher darauf eingehen. Er beinhaltet auch eine weitere Stärkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen und Herren, groß war das Geschrei der Opposition im Landtag, als die Landesregierung die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vorstellte. Am 4. März 2002 hat der Kollege Schnabel in einer Pressekonferenz einen „massiven Kurswechsel der kommunalfeindlichen Politik der Landesregierung“ gefordert. Er hat das heute wiederholt.

Meine Damen und Herren, wer so die Backen aufbläst, von dem hätte ich heute erwartet, dass er nicht nur Wind macht, sondern seinen vollmundigen Worten auch Taten folgen lässt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Einen haushaltsrelevanten Antrag der CDU kenne ich bis zur Stunde nicht.

Gerade bei der derzeit in Bund, Ländern und besonders den Gemeinden äußerst angespannten Finanzlage und dem derzeitigen Arbeitslosenstand ist es wichtig, dass auch die kommunalen Gebietskörperschaften in ihre Zukunftsfähigkeit investieren. Investitionen sichern und schaffen dabei in dem für unser Land so wichtigen Bereich der mittelständischen Wirtschaft nicht nur Arbeitsplätze, sondern diese führen indirekt auch zu höheren Einnahmen auf allen staatlichen Ebenen.

Deshalb ist es der Landesregierung ein erhebliches Anliegen, die vielfältig notwendigen Projekte der kommunalen Gebietskörperschaften durch Zuwendungen zu unterstützen. Im Haushalt des Innenministeriums stehen hierfür die kommunalen Förderprogramme zur Verfügung.

Aufgrund dieser Mittelausstattung ist es möglich, die Erhaltung, Erneuerung und Revitalisierung unserer

Städte und Gemeinden weiterhin auf hohem Niveau zu unterstützen.

Mit Bundes- und Landesmitteln von zusammen 6,9 Millionen Euro können auch die vielversprechend begonnenen Maßnahmen in den besonders belasteten und benachteiligten Stadtteilen des Programms „Soziale Stadt“ fortgeführt werden. Darüber hinaus werden wir mit unserer Dorferneuerungskonzeption 2002 für die kommenden Jahre insbesondere auch Entwicklungsperspektiven für eine kinder- und familienfreundliche Dorferneuerungspolitik aufzeigen.

Unsere erfolgreiche Konversionspolitik, die im nationalen wie im internationalen Vergleich beispielhaft ist, wird auch in den kommenden Jahren in engem Schulterschluss mit den betroffenen Kommunen fortgesetzt werden.

(Beifall der SPD)

Wir sind stolz auf diese Erfolge insgesamt. Im vorliegenden Doppelhaushalt stehen für Konversionsmaßnahmen Mittel in Höhe von mehr als 48 Millionen Euro zu Verfügung.

Meine Damen und Herren, ein Leben in Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden ist ein genauso unverzichtbarer Bestandteil für eine hohe Wohn- und Lebensqualität wie die vielfältigen Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die sich ehrenamtlich für ein reiches Innenleben in unseren Gemeinden einsetzen.

Das ehrenamtliche Engagement lebt von dem Ideenreichtum der Menschen. Insofern gibt es kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem das freiwillige Bürgerengagement nicht für eine Verbesserung des kulturellen, sportlichen oder gesellschaftlichen Angebots sorgt. Deshalb freue ich mich, dass die Regierungsfractionen zur weiteren Förderung und Würdigung des freiwilligen Engagements zusätzliche Mittel in den Haushalt einstellen wollen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen kann ich nicht mehr auf die einzelnen Punkte im Sportbereich hinweisen. Ich denke, dass das, was hierzu insbesondere von dem Kollegen Hohn gesagt worden ist, unterstrichen werden kann. Rheinland-Pfalz ist in der Sportförderung führend. Dies gilt auch, was in Bezug auf den Ausbau des Fritz-Walter-Stadions in Kaiserslautern und des Stadions Am Bruchweg in Mainz gesagt worden ist, wobei uns wichtig war, dass in der gleichen Größenordnung wie in Kaiserslautern auch der allgemeine Sportstättenbau gefördert wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zeigen seit nunmehr 20 Jahren bewundernswerte und dankenswerte Solidarität – das hat noch niemand angesprochen – mit dem geschundenen Volk in unserem Partnerland Ruanda.

In den zwei Jahrzehnten konnten über 1.000 basisorientierte Projekte durchgeführt werden, die der Armutsbe-

kämpfung, der Grundbildung und insgesamt der Hilfe zur Selbsthilfe dienen. Insbesondere der dezentrale Einsatz der rheinland-pfälzischen Hilfe hat lokale Strukturen in Ruanda gestärkt und die Möglichkeit der kommunalen Entwicklung deutlich verbessert.

Darüber hinaus haben wir im letzten Jahr die ersten kommunalen Wahlen in Ruanda finanziell und personell durch den Einsatz von Mitarbeitern meines Hauses vor Ort unterstützt. Ich danke deshalb den Regierungsfractionen dafür, dass sie eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 500.000 Euro vorgesehen haben.

Viele, die sich in der Partnerschaft engagieren, wissen, dass dieser Betrag nicht ausreichen wird, um die Nöte vor Ort bekämpfen zu können. Gerade vor dem Hintergrund des Vulkanausbruchs vor wenigen Wochen ist Hilfe mehr denn je gefragt.

Aber sie ist ein sichtbares Signal an die Menschen in unserem Partnerland. Wir freuen uns auf das diesjährige Partnerschaftsjubiläum.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, abschließend lassen Sie mich zusammenfassen: Der Doppelhaushalt 2002/2003 im Einzelplan 03 ist ein Haushalt, der Schwerpunkte setzt:

1. Er bündelt Kräfte, Beispiel Innere Sicherheit im weitesten Sinne,
2. er stärkt das Bürgerengagement, Beispiel Ehrenamt,
3. er eröffnet Zukunftsoptionen, Beispiel Nutzung neuester Technik,
4. er schafft Perspektiven, beispielsweise Konversion, Städtebauförderung, Dorferneuerung, Hilfe für Ruanda.

In schwierigen Zeiten stellt sich die Regierung ihrer Verantwortung in der Innenpolitik und bedankt sich für die Unterstützung der Regierungsfractionen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Meine Damen und Herren, ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar französische und deutsche Schülerinnen und Schüler des Europagymnasiums Wörth. Herzlich willkommen im Landtag Rheinland-Pfalz!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Grützmaker das Wort.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zuber hat bereits darauf hingewiesen, dass der Innenhaushalt in diesem Jahr besonders stark fremdbestimmt ist, und zwar nicht nur durch die Frage der Inneren Sicherheit nach dem Terroranschlag, sondern vor allem auch durch die Diskussion um das Zuwanderungsgesetz. Damit kommen auf die Länder und auf das Land Rheinland-Pfalz große Verpflichtungen zu. Deshalb sollten wir während der Haushaltsdebatte darüber reden; denn die Integration, die auch in diesem Gesetz mit verordnet ist, ist eine Aufgabe, die Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam schultern müssen. Meine Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen, wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle drei Ebenen diese schwierige Aufgabe schultern.

Wir müssen aber besonders darüber reden, was auf Rheinland-Pfalz an finanziellen Pflichten und sonstigen Pflichten zusammen mit diesem Gesetz zukommt.

Herr Pörksen, ich muss sagen, ich verstehe nicht so richtig, warum Sie meinten, dass dieses Geld, das wir den Kommunen für die Integrationsarbeit zur Verfügung stellen wollen, irgendwie in den falschen Hals kommen könnte. Ich denke, es ist genau das Gegenteil. Wir entlasten damit die Kommunen mit den schwierigen Aufgaben, und wir erhöhen die Akzeptanz für diese Integrationsarbeit. Das ist genau der Punkt. So muss es sein, und so wollen wir es auch haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben unsere Änderungs- und Entschließungsanträge unter das Motto „Integrationsoffensive Rheinland-Pfalz“ gestellt. Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Das ist eine Binsenweisheit, die natürlich die Aufgaben des Innenressorts weit übersteigt. Wir finden deswegen Integrationsanträge in vielen anderen Ressorts, bei der Bildung, bei den Kindergärten, bei der Wirtschaft und natürlich vor allem in der Staatskanzlei; denn dort ist die Ausländerbeauftragte angesiedelt, die eine wichtige Rolle bei der Integrationsoffensive spielt.

Allerdings sind wir der Meinung, dass ihre bisherigen Kompetenzen für die notwendigen umfassenden Aufgaben der Integration nicht genügen. Wir fordern daher eine grundlegende Erweiterung der Stelle zu einer Leitstelle für Migration und Integration, die die Aufgaben und Rechte bekommt, um Konzepte zu einer besseren Integration von Migrantinnen in allen Lebensbereichen zu erarbeiten, die aber auch Konsultationsrechte zum Beispiel bei der Erarbeitung von Gesetzen usw. hat und die uns natürlich – das finden wir auch sehr wichtig – alle zwei Jahre einen umfangreichen Bericht – das kann so ähnlich sein wie der Bericht des Datenschutzbeauftragten – im Parlament vorlegt, damit wir alle daran beteiligt werden.

Darum glauben wir mit Blick auf die enormen Versäumnisse in puncto Integration in den letzten Jahrzehnten, mit der Erkenntnis, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist, muss das Schattendasein, das das Amt der Ausländerbeauftragten bisher geführt hat – das

liegt nicht an denjenigen, die das Amt innehatten – aufgewertet werden.

Meine Damen und Herren, Integration setzt Anstrengung von beiden Seiten voraus, von den Menschen die zu uns kommen, aber auch von uns. Wir fordern daher, dass im öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei, verstärkt Anstrengungen unternommen werden müssen, mehr Menschen mit Migrationserfahrung, also eingebürgerte Ausländerinnen, einzustellen. Die Zahlen sprechen Bände. Es gibt, wenn ich mich richtig entsinne, nur drei Polizistinnen in Rheinland-Pfalz, die ausländischer Herkunft sind. Es ist offensichtlich, dass die bisherigen Anstrengungen des Innenministeriums, mehr Polizistinnen mit Migrationserfahrung einzustellen, nicht ausreichen.

(Zuruf des Staatsministers Zuber)

– Mit ausländischer Staatsangehörigkeit, also nicht mit Migrationserfahrung. Dann habe ich das im Innenausschuss falsch verstanden. Das würde mich auch noch einmal interessieren, aber das kann man nicht festlegen, weil sie alle Deutsche sind.

Jedenfalls glaube ich, dass hier noch weiter Phantasie und Flexibilität gefragt sind, um noch mehr ausländische Polizistinnen und Polizisten in den rheinland-pfälzischen Polizeidienst zu bekommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das heißt natürlich nicht, dass diese ganzen Anstrengungen bei den Menschen, bei den Ausländerinnen im Polizeibereich, stehen bleiben. Wir müssen auch sehen, dass die Fortbildung in interkultureller Kompetenz und Kommunikation für alle Polizeibeamten im öffentlichen Dienst verstärkt angeboten werden muss. Das ist ein besonders trauriges Kapitel in den öffentlichen Verwaltungen. Wenn Sie mit Ausländerinnen, mit Migrantinnen sprechen, dann hören Sie immer wieder – ich höre dies zum Beispiel in Landau –, dass ihre größte Angst nicht darin besteht, von Rechtsextremisten angepöbelt oder angegriffen zu werden – dann wissen sie, wie sie damit umgehen und welche Stellen sie meiden –, ihre größte Angst besteht vor dem Gang ins Amt, vor der Behörde, vor dem Ausländeramt, vor dem Sozialamt, vor dem Wohnungsamt usw. Ich finde, das ist beschämend. Ich glaube, man muss, wenn man es mit Integration ernst meint, dringend eine Kampagne starten, damit sich das ändert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch auf das traurigste Kapitel im Ressort des Innenministers zu sprechen kommen, auf die Landesunterkunft und das Abschiebegefängnis in Ingelheim. Sinn dieser mit viel Geld aufgebauten und betriebenen Landesunterkunft ist es, abgelehnte Asylbewerberinnen zur freiwilligen Ausreise zu bewegen, und zwar vor allem diejenigen, bei denen es Probleme mit der Feststellung der Staatsangehörigkeit gibt. Das Ziel des Innenministeriums, den Kommunen dabei zu helfen, ist richtig und wird auch von uns unterstützt. Aber der Weg, der in Rheinland-Pfalz beschritten wird, ist mehr als fragwürdig. Schon die Zahlen sprechen Bände. Von 174 Personen,

die bisher von den Kommunen in die Landesunterkunft geschickt wurden, sind über 90 Personen während dieser Prozedur verschwunden. Nur ganze 5 Personen von den 174 sind freiwillig ausgeweist.

Herr Zuber, wenn Sie das einen Erfolg nennen, ist das lächerlich und zynisch. Herr Pörksen, der einzige zweifelhafte Erfolg des so genannten Modellprojekts ist es, dass jetzt 90 Personen verschwunden sind. Das Innenministerium hat auch noch die Stirn, zu sagen, dass diese Menschen – ich zitiere – das Bundesgebiet verlassen haben, da sie keine weiteren Sozialleistungen mehr beziehen und keiner meldepflichtigen Arbeit nachgehen. Damit können sie – ich zitiere wieder – als durch das Verfahren veranlasste Ausreisende gezählt werden.

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, da haben Sie sich entweder extrem weit von der Realität des Lebens der Flüchtlinge und Asylbewerberinnen entfernt, oder Sie versuchen uns und die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen; denn es weiß leider jeder, der sich ein wenig im Flüchtlingsalltag auskennt, dass der Arbeitskreis Asyl natürlich Recht hat, wenn er das so genannte Modellprojekt – diese Landesunterkunft – ein Projekt zur Förderung der Illegalisierung von Flüchtlingen nennt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Darum lehnen wir dieses Projekt von vornherein ab. Das heißt aber nicht, dass nicht wir und die Flüchtlingsinitiativen anerkennen, dass Menschen, denen zu Recht der Anspruch auf Asyl nicht anerkannt wird, wieder in ihre Länder zurückgehen müssen, möglichst freiwillig, was auch der allergrößte Teil tut, aber wir erkennen auch an, dass ein Staat dann für die wenigen, die sich sträuben, auch Abschiebungen durchführen muss. Aber so, wie es mit dem so genannten Modell der Landesunterkunft betrieben wird, ist es inhuman, weil es Menschen und Familien aus der gewohnten Umgebung herausreißt. Es sind auch Familien dort. Es ist kontraproduktiv, weil es Menschen in die Illegalität treibt. Es ist auch eine finanzielle Verschwendung, weil es mit einem Aufwand von 5 Millionen Euro bzw. 6 Millionen Euro im Jahr sein Ziel sage und schreibe nur in weniger als drei Prozent erreicht.

Meine Damen und Herren, es gibt ein besseres Modell. Viel erfolgreicher ist zum Beispiel die enge Zusammenarbeit mit der Clearingstelle und den Kommunen; denn dadurch konnte bereits im Vorfeld – auch das haben wir gehört – bei 9 Personen eine Rückführung mit den bereits vorhandenen Unterlagen erfolgen. 16 Personen wurden mit der Unterstützung der Clearingstelle Ersatzpapiere verschafft.

Meine Damen und Herren, die Unterstützung der Kommunen durch die Clearingstelle, aber auch durch weitere Hilfsangebote des Innenministers ist der humanere, der effektivere und der preiswertere Weg, um das Ziel zu erreichen, den Kommunen bei der manchmal schwierigen Aufgabe zu helfen, die Ausreiseverpflichtung durchzusetzen.

Die Landesunterkunft muss geschlossen werden und das gesparte Geld sowie das zur Verfügung stehende

Expertenwissen aus dem Innenministerium zur Unterstützung der Kommunen bereitgestellt werden. Das ist unsere Forderung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, am Schluss möchte ich noch auf den Punkt eingehen, in dem wir uns alle einig sind und den auch Herr Zuber an den Schluss seiner Rede gestellt hat, nämlich Ruanda.

Es gibt viele Initiativen, die dort gefördert werden, aber auch wir wollten gern mit einem Änderungsantrag einen Wettbewerb, in dem Schülerinnen und Schüler Ruanda helfen, fördern, sodass die erfolgreiche Spendenaktion, die so genannten Spendeneuros, durch einen Landes-Euro ergänzt wird.

Leider ist dieser Antrag abgelehnt worden. Wir bedauern das; denn ich finde, das wäre ein Zeichen gewesen, dass alle im Landtag in dieser Frage am gleichen Strang ziehen. Vielleicht kann man sich das beim nächsten Mal genauer ansehen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Abg. Redmer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Thema „Integration“ kann ich keine langen Ausführungen machen. Ich will aber auf einige Ausführungen von Frau Grützmaker eingehen.

Frau Grützmaker, das, was der Kollege Pörksen in aller Kürze angesprochen hat, ist ein ganz wichtiger Punkt, über den wir in diesem Haus schon öfter gesprochen haben.

Sie können Integration nicht immer auf gleicher Höhe organisiert bekommen. Sie ist von vielen Faktoren abhängig, die mit dem sozialen Umfeld und mit der wirtschaftlichen Lage zu tun haben.

Der Kollege Pörksen hat mit Recht darauf hingewiesen, in Zeiten extrem knapper öffentlicher Haushalte müssen sie das Füllhorn an dieser Stelle nur öffnen, um in der Bevölkerung Widerstand und eine abnehmende Integrationsfähigkeit zu bekommen.

Ob sie damit denen, die sie integrieren wollen, einen Gefallen tun, wage ich sehr zu bezweifeln.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig! –
Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will diesen Punkt aber nicht weiter vertiefen.

Der andere Punkt, der mich ärgert, ist, dass Sie immer wieder gegen die Ingelheimer Einrichtung polemisieren; anders kann man es leider nicht nennen. Es ist blanke Polemik.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir eine vernünftige Ausländerpolitik organisieren wollen, dann gehört dazu, dass man möglichst viele Facetten hat, um dazu beitragen zu können, dass diejenigen, die unser Land wieder verlassen müssen, es auch verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist die Ausreiseeinrichtung ein ganz wichtiger Punkt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie diese Einrichtung mit Gewalt kaputtreden, wird die Folge sein, dass Sie eine Facette weniger haben. Dann wird nur noch die blanke Abschiebung übrig bleiben; aber das ist doch das Gegenteil von dem, was Sie wollen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist unglaublich!)

Was die Abschiebung an sich anbelangt, so können wir noch zehn Mal darüber reden, unsere Position wird sich nicht ändern, und zwar mit gutem Grund.

Ein Rechtssystem, das nur droht, aber am Ende keine Sanktionen ergreift, ist zahnlos.

(Beifall der SPD)

Es ist dann kein Rechtssystem mehr. Es heißt dann, derjenige, der dreist genug ist, kann sich alles erlauben. Dies können sie nirgendwo durchsetzen. Damit erweisen Sie der Ausländerpolitik einen Bärendienst.

Danke.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ihre Redezeit ist zwar um, aber eine Erwiderung ist möglich. Bitte, Frau Kollegin Grützmaker.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich muss natürlich die Möglichkeit haben, auf diese Kurzintervention zu antworten.

Der erste Punkt betrifft das Geld. Es kommen auf die Kommunen ganz große zusätzliche Aufgaben in diesem Bereich zu. Wir wollen den Kommunen dabei helfen. Das hat nichts damit zu tun, dass wir das Füllhorn ausschütten, sondern das ist vorausschauende Politik für

den Fall, dass das Zuwanderungsgesetz Wirklichkeit wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Der zweite Punkt betrifft die Notunterkunft. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, dass wir anerkennen, dass es auch Abschiebung geben muss. Das ist ganz klar, das habe ich vorhin gesagt, weshalb sich das, was Sie zum Schluss gesagt haben, erledigt.

Sie müssen jedoch zwischen dieser Notunterkunft und dem Abschiebegefängnis unterscheiden. Diese Notunterkunft ist keine Erfindung von Rheinland-Pfalz. Es gab sie in Holland und in Nordrhein-Westfalen. In beiden Ländern ist diese Notunterkunft wieder geschlossen worden, da das Ergebnis ganz anders ausgefallen ist, als man es sich vorgestellt hatte. In einer Einrichtung gab es einen Selbstmord, und die Menschen, die dort untergebracht sind, werden sozial enturzelt.

Dieses nicht gelungene Modellprojekt jetzt auf Rheinland-Pfalz zu übertragen, halte ich für unsinnig. Hier können die Kommunen andere Hilfe vom Innenministerium und von der Clearingstelle erwarten. Diese Notunterkunft ist jedoch eine Einrichtung, die wir, solange es sie gibt, bekämpfen werden.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Wir sind am Schluss der Debatte über den Einzelplan des Ministeriums des Innern und für Sport. Ich schlage jetzt folgende Vorgehensweise vor: Die zweite Beratung des Landesgesetzes zur Änderung des Landesfinanzgleichungsgesetzes wird bis zur Abstimmung am Freitag, dem 15. März 2002, unterbrochen, da wir alle Anträge en bloc abstimmen werden.

Das Gesetz zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Der Vorschlag ist einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen.

Wir kommen jetzt zum

Einzelplan 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten –

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Eines kann man zu Beginn sicher für alle feststellen. Wir stehen vor einem Berg von Schulden.

Ich frage mich: Wo sind die Ansätze durchgängig durch alle Haushalte, die erkennbar der Abwendung einer Haushaltsnotlage in Rheinland-Pfalz dienen? Wo ist die Aufgabenkritik? Wo ist die Prüfung der eigenen Möglichkeiten als Voraussetzung für den notwendigen Beitrag des Landes Rheinland-Pfalz zum europäischen Stabilitätspakt?

(Zuruf des Staatsministers Mittler)

Wo ist der Mut, die Kreativität und der Wille, unsere Zukunft zu gestalten? Darüber muss man in jedem Haushalt reden. Dazu, Herr Minister, können wir gern eine Diskussion über die Weinwirtschaft führen. Wir reden jetzt jedoch über den Einzelplan 14. Dazu möchte ich ein paar Bemerkungen machen.

Stärker denn je, das gilt es festzuhalten, ist die Einzelplandebatte, natürlich auch die des Einzelplans 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten – vor dem Hintergrund der gesamten Entwicklung der rheinlandpfälzischen Staatsfinanzen zu führen.

Frau Conrad, Ihnen kann ich als Ressortministerin vielleicht nur bedingt Kritisches entgegen bringen; denn der Haushalt war im Grunde in seinen Ansätzen schon geschrieben, als sie kamen. Sie haben sich allerdings ohne neue Noten in das Schuldenkonzert eingefügt.

Meine Damen und Herren, wer dirigiert dieses Verschuldungskonzert? Wer ist der Konzertmeister? Wer gibt die Noten vor? Wer hält den Stab in der Hand?

Auch das sind Fragen, die eigentlich auf der Tagesordnung stehen. Meine Damen und Herren, an wem wird die Verantwortung für den Teil der selbstbestimmten Entwicklung, die der Rechnungshof schon in der Vergangenheit als Besorgnis erregend bezeichnete, festzumachen sein?

In diesen Tagen steigerte der Rechnungshof seine Kommentierung in „besonders Besorgnis erregend“. Dies ist die Kommentierung des Konzerts, Herr Beck – Ihres Konzerts.

Gemessen an der Einwohnerzahl hat das Land Rheinland-Pfalz seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch SPD und FDP den größten Beitrag aller westdeutschen Länder zum Staatsdefizit in Deutschland geleistet.

(Staatsminister Mittler: Falsch!)

Ein wirkliches Umsteuern ist nicht sichtbar.

(Ministerpräsident Beck: Das ist zwar unwahr, aber reden Sie ruhig weiter!)

Lesen Sie doch das, was der Rechnungshof als besonders Besorgnis erregend kommentiert hat. Nur das, nur das. Dann werden Sie zu vielen Feststellungen kommen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wer die Absicht bekräftigt, bis zum Jahr 2006 einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, aber im vergangenen Jahr einen Entwurf einbrachte, der diese Absicht nur auf Kosten Dritter anvisiert, erntet selbst in der Medienbegleitung nur ein müdes Lächeln. Wer wie die Landesregierung im Zeitraum zwischen der Einbringung des Entwurfs und März 2002 substantielle Änderungen weder in Betracht zieht noch konkret erkennen lässt, wer die Debatte des Bundesfinanzministers zur Abwendung des blauen Briefs aus Brüssel scheinbar ignoriert, der sollte seine Verantwortung kritisch hinterfragen.

(Vizepräsidentin Frau Grützmaier
übernimmt den Vorsitz)

Betrachtet man die Einzelhaushalte, kommen weitere kritische Punkte hinzu. Der Haushalt dieser Regierung hat immer weniger mit Klarheit und Wahrheit zu tun, meine Damen und Herren. Haushaltsgrundsätze werden von SPD und FDP offensichtlich neu definiert. Das gilt beispielsweise für den Einzelplan 14, den man mit der Headline „Such und find“ überschreiben könnte.

(Heiterkeit des Abg. Schmitt, CDU)

Weitere Punkte sind: „Gespart wird auf Kosten Dritter“, „Die eigenen Pfründe werden gesichert“, und „Wie kann ich die Selbstdarstellung erhalten oder gar ausbauen?“.

(Schmitt, CDU: So ist das! –
Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das sind die Haushaltsgrundsätze, und eine Diskussion mit der Opposition, in der man sich darüber austauscht, wo gespart werden kann, findet nicht statt.

Dafür ist der Haushalt Umwelt und Forsten ein Beispiel für die fatale Gesamtentwicklung der Finanzen, und es gibt Verpflichtungsermächtigungen, wohin man sieht. Der Haushalt steht für eine Vorgehensweise nach den soeben genannten vier Punkten.

Man könnte meinen, „Such und find“ diene der Verwirrung, um Vergleiche und genaue Bewertungen fast unmöglich zu machen. Selbst das Finden ist offensichtlich nur Eingeweihten des Ministeriums überhaupt möglich.

Gespart wird auf Kosten Dritter. Dies trifft vor allem die Kommunen auch als Folge der gesamten fiskalischen Entwicklung. Diese können ihre Anteilsfinanzierung nicht oder nur zeitweise sicherstellen. Das gilt für die Übertragung von Aufgaben ohne adäquaten Finanzausgleich, für den Seuchenschutz und das Veterinärwesen. Reden Sie mit den Kommunen, und diskutieren Sie darüber. Gehen Sie in die Kreisverwaltungen. Dort werden Sie genau das hören. Es trifft die Umweltverbände und in einer nie dagewesenen Form den Bereich Forsten.

Die eigenen Pfründe werden gesichert. Meine Herren, fragen Sie doch noch einmal nach. Die Sonderkonstruktion eines Quasi-Landesbetriebs Forsten dient offensichtlich nur dem Stellenerhalt innerhalb des Ministeri-

ums. Meine Damen und Herren, so kann kreatives Sparen wohl nicht verstanden werden.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, da die Auskünfte zur rechtlichen Konstruktion und deren Auswirkungen immer nur spärlich und offensichtlich auch in der Administration nach wie vor umstritten sind, hat die CDU-Fraktion den Wissenschaftlichen Dienst um eine gutachterliche Stellungnahme gebeten. Wir werden uns also noch öfter mit dem Quasi-Landesbetrieb beschäftigen.

Meine Damen und Herren, das Parlament und auch die Ausschüsse wurden nicht informiert. Wir waren völlig ausgeschaltet. Schon jetzt haben die Begleitumstände dieser Nacht- und Nebelaktion zur Einführung des Quasi-Landesbetriebs bei dem betroffenen Personal viel Ärgernis und auch Demotivation hervorgerufen. Noch schlimmer, das Personal wurde über die Einführung vonseiten des Ministeriums bewusst oder unbewusst – das ist die Frage – falsch informiert; denn zur Deckung des dauernden Finanzbedarfs der Landesforsten wurden beispielsweise die Zahlen des Wirtschaftsplans 2002 wie auch die Zahlen des künftigen Planungsrahmens dargestellt.

Das heißt, es gab einen Zuschuss des Landes von 57 %, 25 % aus dem Holzverkauf, 8 % aus Jagd, Nebennutzung, Vermietung und Verpachtung und 10 % durch die kommunalen Waldbesitzer für die Personalausgaben.

Verschwiegen wurde, dass schon im Jahr 2003 nur noch 53 % aus dem Landeshaushalt einfließen, der Holzverkauf bereits 31 % decken muss und der Betrieb keine Rücklagen mehr bildet. Vielmehr beginnt er, 3,38 Millionen Euro aus den Rücklagen aufzubrauchen.

Erschwerend kommt hinzu, dass in diesen Wochen der Staatsforst aufgefordert wird, über den Plan hinaus durch erhöhten Holzeinschlag Mehreinnahmen zu erzielen. Die Folge ist, dass die Holz- und Sägeindustrie sofort die Preise absenkt, die – wie Sie wissen – ohnehin auf schlechtem Niveau liegen.

Verschwiegen wurde auch, dass das Mehr an Holzverkauf durch noch weniger Personal erreicht werden soll. Schauen Sie sich einmal den gesamten Haushalt an. Die Landesregierung streicht gegenüber dem vergleichbaren Plan im Ist beim Personal in der Summe der dem Landesbetrieb zugeordneten Dienststellen zum Jahr 2002 2,9 % und zum Jahr 2003 sogar 3,8 %. Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, ich wäre gespannt, wenn Sie diese Quote in Ihrem Hause umsetzen würden und anschließend dem Parlament von größerer Effektivität berichten würden. Das wäre eine spannende Frage.

(Beifall der CDU)

Dass dieser Haushalt Möglichkeiten zur Einsparung bringt, wenn man dies nur ernsthaft will, zeigt der Vergleich zwischen dem Ist des Personalbudgets im Jahr 2000 von 170.400.000 Euro zu der Summe im Jahr 2003, immerhin um 6,3 Millionen Euro im Plus

innerhalb dieser kurzen Spanne in diesem einen Haushalt, meine Damen und Herren.

Die Kürzungsvorschläge der Union sind von einem Einfrieren des Ist-Budgets weit entfernt und liegen unter der vom Ministerium dem Forst zugemuteten Einsparung. Aber die regierungstragenden Fraktionen sind nach ihren Haushaltsvorschlägen zu einer wirklichen Aufgabenkritik offensichtlich nicht bereit.

Das Selbstdarstellungsbedürfnis scheint ungebrochen. Wir wollen diese Titel reduzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Ich sage Ihnen auch, für Spielwiesen, die Personal binden – Arbeit, die geleistet werden muss, bindet logischerweise auch Personal –, ist in dieser Zeit kein Geld vorhanden. So richtig und wichtig die Umsetzung des Agenda-21-Prozesses ist, so fehlt am Platz ist die Formulierung, daraus könnten auch Maßnahmen des Landes finanziert werden. Meine Damen und Herren, wir reden über die Umsetzung der kommunalen Agenda und nicht über Darstellungen des Ministeriums. Das kann in anderen Titeln durchaus noch erfolgen.

Meine Damen und Herren Kollegen der SPD und FDP, in der Vorlage 14/836 legt das Ministerium dar, dass zur Abwicklung der Projekte von einer Gesamtsumme von etwa 360.000 Euro im Jahr 2002 ausgegangen werden kann. Veranschlagt sind immerhin 350.000 Euro. Wir kürzen auf 500.000 Selbstdarstellungsdinge weg, dann bleibt kreativ mehr Geld, das in die kommunale Agenda vor Ort gehen kann.

(Beifall der CDU)

Darüber hinaus orientieren sich unsere Einsparvorschläge am Ist 2000 und, was die investiven Mittel angeht, an der Wirklichkeit. Aber wenn Sie die Vorschläge Ihrerseits betrachten, sind Sie darauf, was die Zuwendungen für Wasser- und Abwasseranlagen betrifft, zum Teil auch selbst gekommen. Aber Sie sparen es nicht, sondern nehmen das Geld, um neue Wünsche aus Ihren Fraktionen zu finanzieren. Das nenne ich wiederum nicht kreatives Sparen, meine Damen und Herren.

(Kramer, CDU: So ist es!)

Wir sagen in diesem Bereich Ja zu den Verpflichtungsermächtigungen, weil es investive Mittel sind, auf die die Kommunen vielleicht aus bekannten Gründen heute nicht zurückgreifen können, morgen aber zurückgreifen müssen, da sie diese Mittel in ihren Haushalten brauchen.

Meine Damen und Herren, die CDU Rheinland-Pfalz sagt Ja zu regenerativen Energien. Wir mahnen aber auch eine volkswirtschaftliche Betrachtung der jeweiligen Entwicklung an. Dass in der Windenergie in Rheinland-Pfalz lediglich laut Auskunft der Landesregierung, also eine nicht von uns erfundene Zahl, 16 % der Nennleistung erzielt werden, muss zum Nachdenken anregen. Man kann diese Zahl auch anders rechnen. Die Räder

haben an 365 Tagen die Möglichkeit, sich zu drehen, aber lediglich an 58 Tagen drehen sie sich.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist jetzt Quatsch!)

– Das ist die Rechnung. Das ist der Schnitt. Allein das muss schon zum Nachdenken anregen.

Hinzu kommt, dass es keine geordnete Landesplanung gibt. Das ist in der Anhörung deutlich geworden. Es bleibt den Kommunen überlassen, für sich selbst zu planen. Ob es die Nachbargemeinde betrifft oder nicht, ob die Nachbarverbandsgemeinde einen Plan aufstellt oder nicht, das berührt nicht. Meine Damen und Herren, wir müssen schnellstens die Privilegierung in der jetzigen Form aufheben, sonst wird der Spruch „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“ umfunktioniert, und es wird landauf landab heißen: „Wer Wind sät, wird Bürgersturm ernten“. Das will niemand. Das wollen auch die Umweltverbände nicht, wie sich in der Diskussion zeigte.

Die Anhörung beispielsweise hat auch bei Befürwortern der Windenergie die Privilegierung infrage gestellt. Lassen Sie uns wenigstens dort einen kleinsten gemeinsamen Nenner finden. Sie haben selbst die Privilegierung infrage gestellt. Dass neue Sicherheiten verlangt werden, wurde von den Angehörten angemahnt. Es wurden weitere Abstände zur Wohnbebauung gefordert. Also liegt einiges im Argen. Wir müssen in dem Bereich umsteuern.

Wir wollen, dass die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ernst genommen werden und fordern darum, sich der Vorher-Nachher-Untersuchung zu den gesamtökologischen Auswirkungen von Windkraftanlagen im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel zu widmen.

Ein zweiter Antrag befasst sich mit der schwierigen Grundwasserproblematik in der Vorderpfalz und Rheinhessen. Wir möchten Sie bitten, dass die im Haushalt bereitstehenden Mittel auch für technische Einrichtungen und Maßnahmen, die einem verbesserten Schutz dienen, in Anspruch genommen werden. Wir wollen also auch nichts draufsatteln, sondern es stand die Überlegung im Vordergrund, was man machen kann, um eine Verbesserung zu erzielen. Wir denken, dies mit diesem Antrag zu erreichen.

Wir müssten über die Stiftung „Natur und Umwelt“ neu reden. Die jetzige Entwicklung benachteiligt die Umweltverbände mehr, als dass sie diese in Vorteil setzt. Die Situation ist wie folgt zu beschreiben: Die Landesregierung spart ihre eigenen Mittel völlig ein, darum auch der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das ist aus deren Sicht durchaus verständlich. Wir würden den Antrag auch gern unterstützen, ich denke nur, in der gesamten Einspardiskussion ist es in der jetzigen Form nicht machbar. Die Landesregierung spart ihre eigenen Mittel völlig und setzt sich als neuer Destinatär der „Glücksspirale“ ein, bezahlt daraus Personal und Selbstdarstellung und gibt dann die Mittel als Projektzuschüs-

se, die wiederum durch die Umweltverbände ausfinanziert werden müssen, an Dritte weiter.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist klar!)

Das ist kreatives Sparen auf Kosten anderer und dient der Umwelt in keiner Weise.

(Beifall bei der CDU)

Der Sport finanziert auf diese Art und Weise noch die Scheckmentalität dieser Landesregierung. Kein Wunder, dass die Umweltverbände auf eine eigene Lotterie klagen.

Die CDU machte mit ihren Vorschlägen zum Einzelplan 14 deutlich, dass nicht alles Wünschenswerte machbar ist, dass wir in der Lage sind, einen Beitrag zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu leisten. Unbestritten stecken wir in der Finanzkrise. Ich hätte gern Herrn Ramsauer, den ich über das Mikrofon heute gehört habe und der einen Sparvorschlag von uns kritisiert hat, gern noch einmal in das Stammbuch geschrieben, dass er sich einmal genau erkundigen sollte, wo wir einsparen.

Meine Damen und Herren, Spendlingen wird in diesem Jahr die Mittel selbst nach Einsparung nicht mehr abrufen können. Am Ende des Jahres wird man vielleicht mit der Maßnahme beginnen. Dies bedeutet, Sie werden frühestens im nächsten Jahr überhaupt Mittel bereitstellen müssen. Man könnte in dem Bereich noch deutlicher sparen. Ein Übertragen auf das nächste Jahr ist kein echtes Sparen. Das muss fairerweise gesagt werden. Das ist nur ein Übertragen auf das nächste Jahr.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole noch einmal, wir stecken unbestritten in einer Finanzkrise. Ich nenne zum Schluss „crisis“, ein Wort aus der griechischen Seefahrersprache. Man hat es verwandt, wenn Flaute war oder sich der Wind drehte, also wenn man die Segel neu setzen musste, wenn man umsteuern musste, um die Fahrt wieder flottzumachen. Ich wünsche eigentlich, dass Sie das Wort Krise im eigentlichen Sinne wieder begreifen. Ein Umsteuern ist angesagt. Das wünsche ich Ihnen und uns allen zum Wohl unseres Landes.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stretz.

Abg. Stretz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Licht, man könnte vielleicht sagen: Winzer, bleib bei deinen Reben.

(Zurufe von der CDU: Oje!)

Ich bedauere es ausdrücklich, dass Sie in einem Großteil Ihrer Ausführungen die nicht gehaltene Rede des haushaltspolitischen Sprechers der CDU heute Abend

nachtragen mussten. Es wird der Sache nicht gerecht und hat auch nicht weitergeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Leitbild der rheinland-pfälzischen Umweltpolitik ist die nachhaltige umweltgerechte Entwicklung. Die Landesregierung hat im Januar letzten Jahres das Agenda-21-Programm vorgelegt und deutlich dargestellt, dass das Nachhaltigkeitsprinzip alle Politikbereiche umfassen muss. Selbstverständlich ist, dass sich diese Politik nicht nur auf unser Land Rheinland-Pfalz beschränken kann. Andere Regionen sind natürlich einbezogen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in Zeiten knapper Kassen, die Sie als Transparent vor sich hergetragen haben, um danach nichts sagen zu müssen, ist Umweltpolitik dringend erforderlich.

(Dr. Weiland, CDU: Sind die Kassen knapp oder nicht?)

– Hören Sie zu, vielleicht lernen Sie etwas, Herr Dr. Weiland.

Dies wird deutlich, wenn man an die Ereignisse vom 11. September letzten Jahres denkt, wenn man die Folgen aus der Plutoniumkontamination in Landau bedenkt, wenn man das BSE-Geschehen in Betracht zieht, an die Schweinepest und an die Umsetzung der Verpflichtungen aus den Klimaschutzkonferenzen denkt.

Eine Änderung hat vielleicht insofern stattgefunden, als die Umweltverwaltung zum kurzfristigen Agieren ebenso gerüstet sein muss wie zur Fortentwicklung der traditionellen langfristigen und strukturellen Aufgaben wie Nachhaltigkeitspolitik, die Vernetzung mit anderen Politikfeldern, die Kommunikation mit der Wirtschaft, den Verbänden und nicht zuletzt mit den Bürgerinnen und Bürgern, die Strukturpolitik und natürlich auch der gesundheitliche Umweltschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Nachhaltigkeitsprinzip muss den Menschen und uns in unserer Gesellschaft näher gebracht werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben auch für die Zukunft. Nur wenn wir, wenn unsere Gesellschaft hinter dem Prinzip der Nachhaltigkeit steht, sind auch auf Dauer positive Entwicklungen für die Umwelt erreichbar. Deshalb wird auch in allen Bereichen gefordert, dass Maßnahmen zur Umweltbildung und -erziehung ergriffen werden müssen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Prozess der Lokalen Agenda. Umweltaufklärung ist heute zu einem wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit geworden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in Rheinland-Pfalz bisher 184 kommunale Gebietskörperschaften in Sachen Lokaler Agenda aktiv sind und neun Gemeinden bereits einen fertigen Plan ausgearbeitet und beschlossen haben.

Damit die Kommunen für eine zukunftsfähige Entwicklung vor Ort besser begleitet und unterstützt werden können, wollen wir den entsprechenden Mittelansatz im Haushalt erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Sie von der CDU-Fraktion eine Kürzung um 150.000 Euro pro Jahr vornehmen wollen.

(Licht, CDU: Ich habe es eben erklärt!)

Ich frage Sie dann nur: Wer ist denn kommunalfeindlich?

(Licht, CDU: Ich habe es erklärt! – Billen, CDU: Sie!)

In unserer freien marktwirtschaftlichen Ordnung liegt das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht allein in der öffentlichen Hand.

(Dr. Weiland, CDU: Soziale Marktwirtschaft!)

Es ist nur im partnerschaftlichen Zusammenspiel aller Kräfte zu realisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Jugend gilt hier ein besonderes Augenmerk. Wie in anderen Bereichen auch gilt, wer die Jugend sensibilisieren und überzeugen kann, hat einen der wichtigsten Multiplikatoren erreicht. Wir werden deshalb im Bereich naturnaher Lebensräume ebenfalls den Mittelansatz erhöhen. Auch hier wollen Sie von der CDU eine Reduzierung erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frauen leisten in dem Prozess Agenda 21 wichtige Beiträge und sind in die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse einbezogen. Ihre Erfahrung im Wohnumfeld bis zur Stadtplanung, bei der Mobilität und im sozialen Umfeld sind unverzichtbar. Auch sie sind stark in das ehrenamtliche Engagement eingebunden, nicht nur im Umweltbereich. Die unter dem Begriff Gender Mainstreaming zusammengefassten Aktivitäten werden deshalb auch im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten intensiviert werden.

Die Verbraucherpolitik ist nicht erst oder nicht nur durch das BSE-Geschehen in den Vordergrund gerückt. Es gilt im Zuge der Nachhaltigkeitspolitik Verbraucherautonomie, Ökologie und Verbraucherschutz in Einklang zu halten. Gesundheitlicher Umweltschutz, ausreichendes Trinkwasser, gesunde Lebensmittel sind Bereiche, die weiterhin unser Augenmerk benötigen.

Aufgrund der veränderten Sicherheitslage wurden im Zuge des Sicherheitskonzepts 19,5 Stellen von der Forstverwaltung insbesondere in den Bereich Gewerbeaufsicht umgeschichtet, um dort den zusätzlichen Anforderungen gerecht werden zu können. Frau Ministerin Conrad hat im Lauf der Beratungen des Umweltausschusses darauf hingewiesen. Das neu dort tätige Personal soll vor allem im Bereich der Anlagensicherheit, im gesundheitlichen Umweltschutz, im Emissionsschutz, im Strahlenschutz sowie für die Katastrophenschutzberatung eingesetzt werden. Andere Umsetzungen sind ebenfalls vorgenommen worden.

Darüber hinaus wurden dem Landesuntersuchungsamt Stellen für den veterinärrechtlichen Verwaltungsvollzug

und für die Erledigung der umfangreichen zentralen Aufgaben zugestanden. Außerdem wurden insgesamt 23 Stellen zur Abdeckung des Personalmehrbedarfs aufgrund des BSE-Geschehens umgesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Nutzung und Finanzierung neuer Technologien in der Verwaltung ist mit den veranschlagten Mitteln im Doppelhaushalt sichergestellt. In der Umweltverwaltung ist die weit überwiegende Anzahl der Büroarbeitsplätze zeitlich mit EDV ausgerüstet.

Die Ausgaben für Investitionen bleiben mit über 125 Millionen Euro auf hohem Niveau. Die Investitionsquote des Einzelplan 14 liegt mit rund 36 % weiterhin deutlich über der des Gesamthaushalts.

Die Förderung des Baus von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen wird fortgeführt werden können. Mit der Fortführung des Zinszuschussprogramms in Höhe von 61,3 Millionen Euro je Haushaltsjahr ist auch sichergestellt, dass alle laufenden Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung abgeschlossen werden können. Mit den vorhandenen Mitteln kann ein Bauvolumen von etwa 110 Millionen Euro realisiert werden. Es werden damit nicht nur umweltrelevante Maßnahmen, sondern auch bedeutsame struktur- und beschäftigungspolitische Effekte erreicht werden können.

Der Bau von Rückhaltmaßnahmen und der Ausbau der Deiche werden weiterhin Aufgaben- und Ausgaben-schwerpunkt sein. Auch in diesem Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung glänzt die CDU mit einem tollen Vorschlag. Sie glänzt eigentlich mit zwei tollen Vorschlägen. Einmal wollen Sie bei Titel 853 51 jeweils 6 Millionen Euro einsparen. Das ist einfach nur blöd.

Sie wollen noch eins draufsetzen und bei Titel 853 01 eine Reduzierung von je 10 Millionen Euro machen. Das ist rechtlich einfach nicht zulässig. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Ich frage mich manchmal, wer da am Werk war, wer sich diesen Einzelplan 14 angeschaut hat und überlegt hat, was man darstellen könnte. War es nicht vielleicht so, dass man gesagt hat, wir haben auf der einen Seite eine ganze Latte von Forderungen und dann müssen wir etwas darstellen, womit wir das finanzieren können? Man hat gesagt, man nimmt hier 10 Millionen und da 6 Millionen Euro, zusammen gibt das eine anständige Summe. Es geht einfach nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, Sie wollen eine Veränderung des bundesgesetzlich vorgegebenen Systems der Abwasserabgaben und wollen die Ausgaben für Gewässerschutz von der aktuellen Situation des Haushalts abhängig machen. Wir meinen, das ist nicht im Interesse des Umweltschutzes. Das war es nie und wird es in Zukunft auch nicht sein.

Der Systemwechsel hätte vor allem für die Kommunen negative Auswirkungen. Für die Kommunen stünden weniger Mittel zum Bau von Kläranlagen und Abwasserleitungen zur Verfügung. Ich möchte Sie dann hören,

was Sie für ein Geschrei loslassen. Ich muss Sie fragen: Wer ist nun kommunalfeindlich in diesem Hause?

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Böhr, CDU: Sie!)

Die Durchführung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen ist finanziell abgesichert. Das gilt auch insbesondere für die Aktion „Blau“. Da glänzen Sie auch wieder. Sie versuchen mit einem Antrag – Drucksache 14/832 – Stimmung zu machen. Herr Kollege Licht hat darauf hingewiesen. Wahrscheinlich hat einer gemerkt, man müsste etwas dazu sagen, und es wird schnell ein Antrag geschrieben. Diesen Antrag kann man wirklich nur als mickrig bezeichnen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Entschließungsantrag von SPD und FDP – Drucksache 14/852 –. Ich meine, in diesem Antrag wird deutlich, wer sich der Probleme vor Ort tatsächlich annimmt.

Im Bereich der Landespflege und des Naturschutzes bleibt das Finanzvolumen des Jahres 2001 aufrechterhalten. Die institutionelle Förderung der Einrichtungen der naturwissenschaftlichen Landeskunde und der Naturparkträger wird in verstärktem Maß fortgeführt. Die Mittel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements, auf das der Umweltschutz nicht nur in unserem Lande angewiesen ist, werden ungekürzt beibehalten.

Meine Damen und Herren, zentrales Aufgabenfeld ist weiterhin die Gewerbeaufsicht. Rund 150.000 Betriebe, in denen etwa 1 Million Arbeitnehmer beschäftigt sind, werden betreut und überwacht. Die Gewerbeaufsicht praktiziert vorbeugenden Umweltschutz in den ihr übertragenen Aufgabenfeldern. Ich empfehle in diesem Zusammenhang die Lektüre des Jahresberichts 2000 der Gewerbeaufsicht, der uns jetzt vorliegt. Ich kann nur Dank und Anerkennung den Beschäftigten sagen, die dort bei der Gewerbeaufsicht tätig sind.

Die Mittel zur Zuweisung zur Förderung der geordneten Abfallentsorgung stehen für neue Maßnahmen zur Verfügung. Die bereits begonnenen Sanierungsmaßnahmen sind aus den bis einschließlich 2001 bereitgestellten Mitteln finanziert. Ziel ist es weiterhin, die abfallwirtschaftliche Gesamtlage in Rheinland-Pfalz noch stärker auf effizientere Strukturen auszurichten und zu planen. Dabei kann die Landesregierung nur beraten und zu entsprechenden Maßnahmen anstoßen. Darüber sind wir uns im Klaren. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Aussprache zum Abfallwirtschaftsplan letzte Woche im Umweltausschuss hin.

Herr Kollege Licht, wieder waren die Spezialisten des Hauses CDU am Werk und haben zugeschlagen. Das ist vielleicht der wesentliche Kritikpunkt. Während vor Ort in Sprendlingen und Umgebung die besondere Situation beklagt wird und ständig Forderungen erhoben werden, muss man im Haushaltsansatz unter Titel 633 02 lesen, dass die CDU jeweils 1,2 Millionen Euro herauszuschneiden möchte. Ich erinnere mich an unsere Diskussion in diesem Hause über die Situation in Sprendlingen, wie katastrophal das alles sei. Das verstehe, wer will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich Tierschutz ist in diesem Haushalt Flagge gezeigt wor-

den. Durch Erhöhung des Mittelansatzes um jeweils 50.000 Euro wollen wir insbesondere im Ehrenamt zusätzliche Hilfe leisten. Die Arbeit des Tierschutzbeirats ist im Land finanziell abgesichert.

Es wird Zeit, dass die CDU ihren Widerstand gegen die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz endlich aufgibt. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben für Ihr Nein zum Tierschutz keinerlei Verständnis. Vielleicht erreicht Ihr Kanzlerkandidat mit seinen Äußerungen, die er letztlich gemacht hat, eine Veränderung.

(Beifall bei SPD und FDP –
Zuruf von der CDU)

– Reden Sie doch über etwas, wovon Sie Ahnung haben, das bringt vielleicht etwas.

Das Land beteiligt sich weiterhin an den Kosten der Tiergesundheitsvorsorge und vorsorgenden Tierseuchenbekämpfung.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Herr Stretz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Abg. Stretz, SPD:

Ich höre, ich habe zwei Ohren und zwei Augen, ich kann hören, sehen und auch reden.

Abg. Licht, CDU:

Herr Kollege Stretz, könnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass in der rheinland-pfälzischen Verfassung der Tierschutz mit den Stimmen der CDU enthalten ist?

Abg. Stretz, SPD:

Herr Kollege Licht, ich weiß, dass wir das gemeinsam gemacht haben. Übrigens habe ich nicht von der Verfassung, sondern vom Grundgesetz gesprochen. Das Grundgesetz gilt für die Bundesrepublik Deutschland. Das sollte uns Abgeordneten im Landtag Rheinland-Pfalz bekannt sein.

(Beifall bei der SPD)

Das Land beteiligt sich weiterhin an den Kosten der Tiergesundheitsvorsorge und der vorsorgenden Tierseuchenbekämpfung. Die Mittel im Bereich des Veterinärwesens sind von rund 2,9 Millionen Euro im Jahr 2001 auf 4,1 Millionen bzw. 3,9 Millionen Euro erhöht.

Im Vordergrund steht dabei die Impfung von Wildschweinen zur Eindämmung der Schweinepest mit einem Volumen nur für diesen Bereich von rund 1,1 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang gilt unser besonderer Dank der rheinland-pfälzischen Jägerschaft dafür, dass sie sich in vielen Gesprächen dazu bereit erklärt hat, den Köder dorthin zu bringen, wo er dann aufgenommen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Haushaltsplan wurden die Voraussetzungen geschaffen, um umweltrelevante Maßnahmen im Zusammenhang mit der Anerkennung des Mittelrheintals durch die UNESCO als Weltkulturerbe zu finanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass diese Ausführungen deutlich machen konnten, dass der Einzelplan 14 die notwendigen organisatorischen, personellen und finanziellen Weichenstellungen vornimmt, um sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen und – auch das muss man festhalten – über weite Strecken von außen bestimmten Aufgaben bewältigen zu können.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Conrad, wir unterstützen Sie bei Ihren Bemühungen, die in diesem Doppelhaushalt deutlich werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Kollege Stretz, nur, damit wir auch sauber über Dinge diskutieren können, Agenda 21 hat einen sehr breiten Raum in Ihren Ausführungen dargestellt, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir in diesem Bereich einen Kürzungsvorschlag gemacht haben, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Die Ministerin teilt am 19. Februar 2002 mit – so alt ist das nicht; das ist, wenn man so will, erst gestern gewesen –, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen von einer Gesamtsumme für diese Vorhaben von etwa 360.000 Euro auszugehen ist. Würde der Haushaltsansatz so, wie wir ihn nach wie vor auch sehen möchten, bei 500.000 Euro verbleiben, wären nicht nur alle diese Maßnahmen ausfinanziert, sondern Sie hätten sogar noch mehr übrig. Man könnte also, wenn man ganz streng will, sogar noch mehr sparen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben nun schon vieles gehört, warum man den

Landeshaushalt für Umwelt und Forsten zusammenstreichen und kürzen soll. Die SPD hat einige Argumente vorgebracht. Die CDU hat einige Argumente mehr vorgebracht. Sie kürzen insgesamt den Landeshaushalt im Bereich des Einzelplans 14 um eine Million jährlich im Schnitt, also um 1,8 Millionen Euro in zwei Jahren.

(Ministerpräsident Beck: Bisher sind wir dafür gescholten worden, es wäre zu wenig!)

Die CDU kürzt viel mehr, Sie kürzt 31 Millionen Euro. Gut, dafür haben wir jetzt viele Argumente von beiden Seiten gehört. Die GRÜNEN haben versucht, innerhalb des Umwelthaushalts umzuschichten und im Umwelthaushalt und vor allem im Naturschutz mehr Geld einzusetzen. Ich glaube, es ist eine Tendenz, die schädlich für das Land Rheinland-Pfalz ist und schädlich für das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz, wenn im Bereich des originären Naturschutzes immer weiter gekürzt wird.

Natürlich hatten wir irgendwann einmal in den 90er-Jahren – da war auch mehr Geld vorhanden, und da war das Thema „Naturschutz“ anscheinend attraktiver für die SPD, und für die FDP vielleicht auch noch – viel mehr Geld im originären Naturschutz im Haushalt. Da hatten wir mehr Geld für die Landespflege. Da hatten wir mehr Geld für Ankauf von Gelände. Das ist alles gekürzt worden. Herr Licht hat es schon gesagt, bei der Stiftung „Natur und Umwelt“ hat das Land versucht, sich herauszuziehen, und hat versucht, Mittel der Glücksspirale hereinzubekommen. Nun hat das aber nicht so geklappt. Deswegen sagen wir, gerade in dem Bereich originärer Naturschutz muss der Landeshaushalt erhöht werden.

Wir haben dazu verschiedene Anträge gestellt: 300.000 Euro mehr für die Stiftung, also für den Ankauf von Gelände. – Wir brauchen den Ankauf von Gelände für den Naturschutz. Wir brauchen das Geld, damit wir für Artenschutz und Biotopschutz insgesamt Gelände ankaufen können.

Sie wollen die Stiftung nun mit einem Management versehen, damit sie auch richtig in Schwung kommt und nicht nur dort kauft, wo kein anderer mehr etwas aufkaufen will. Wenn dann diese Stiftung in Schwung kommt, muss sie natürlich auch mit Mitteln ausgestattet sein. Das wird über Sponsoring allein nicht laufen. Das wird über Spenden allein nicht laufen. Dann muss es ernsthaft auch eine Ausstattung des Landes geben, weil aus Lotto- und Totomitteln später eventuell auch in einer eigenen Lotterie zumindest die Umweltverbände noch einmal Geld haben wollen, und das zu Recht, weil andere Verbände auch Geld aus Lotterien erhalten.

Das ist meines Erachtens der falsche Weg, dass wir sagen, das Land zieht sich aus der originären Förderung zurück und schaut, dass es dann Glücksspirale-Mittel für originäre Umweltschutz- und Naturschutzaufgaben gibt. Die Situation ist doch die, dass der Artenschutz gerade in Deutschland und gerade in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Politikfeld ist. Wir können doch nicht ernsthaft hier immer wieder auf die Dritte Welt, auf Brasilien, auf Indonesien zeigen und sagen, dort werden die Wälder gerodet, dort wird kein Artenschutz betrieben, und in Rhein-

land-Pfalz selbst – Herr Kuhn, Sie wissen das, Sie sind doch engagiert – sterben jährlich Arten aus.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

– Zumindest hat das früher mein Vorgänger, Herr Dr. Dörr, immer erwähnt. Herr Kuhn weiß Bescheid, er ist im Umweltschutz sehr aktiv.

(Billen, CDU: Der fragt seine Schwiegermutter!)

Ich will einmal hoffen, dass das immer noch so ist und das jetzt nicht über Ihr neues Amt als Fraktionsvorsitzender völlig verloren gegangen ist.

Im Artenschutz engagiert zu sein, heißt, für die Biotopvernetzung auch Geld auszugeben. Wir brauchen 10 % der Fläche in Rheinland-Pfalz für die Biotopvernetzung. Die Umsetzung des neuen Bundesnaturschutzgesetzes fordert das auch, also brauchen wir dafür Geld. Aber damit wir das nicht einfach streuen und willenlos ausgeben, brauchen wir natürlich auch entsprechende Grundlagenuntersuchungen für die Biotopvernetzung. Genau bei den Grundlagenuntersuchungen kürzt die Landesregierung immer wieder und in jedem Jahr neu, wenn es auch nicht mehr so viel ist wie früher. Aber tendenziell geht der Betrag, der für Naturschutz und die Grundlagenuntersuchungen ausgegeben wird, nach unten.

Meine Damen und Herren, ich finde, das kann nicht sein, wenn man zukunftsfähige Politik machen will. Herr Stretz, Sie sagen, Sie wollen nachhaltige Politik machen. Dann gehört es dazu, dass man die originären Umweltschutzmittel, die Grundlagenuntersuchungen nicht kürzt, sondern beibehält oder wieder aufstockt. Das ist unsere Forderung, und dazu haben wir die entsprechenden Anträge gestellt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben auch den Antrag gestellt – allerdings als Entschließungsantrag –, dass endlich die Haushaltsreste, die es bei der Altlastensanierung gibt, ausgegeben werden. Das waren in den Landeshaushalten immer sehr hohe Positionen bisher, aber Sie haben diese Positionen nicht ausgegeben. Da nützt es auch nichts, wenn man die im Landeshaushalt hat. Inzwischen haben Sie 30 Millionen DM angesammelt – 16 Millionen Euro –, die in dem Posten nach wie vor schlummern. Sie haben daraufhin im aktuellen Haushalt in den nächsten beiden Jahren die Position drastisch zurückgefahren mit der Argumentation, dass noch Haushaltsreste vorhanden sind.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, das heißt doch, Sie haben uns hier vorgetäuscht, Sie würden Altlastensanierung betreiben. Sie haben das Geld nie ausgegeben, und mit der Argumentation, das Geld sei noch da, kürzen Sie jetzt diese Position. Das kann es nicht sein, vor allem nicht in einer Finanzlage, in der die Kommunen nicht mehr die Möglichkeit haben, gegen- und mitzufinanzieren, weil Sie nur Geld ausgeben wollen und nur kofinanzieren wollen, wenn auch die Kommunen finanzieren können. Eine Kommune, die pleite ist, kann keine Altlasten sanieren. Deswegen muss das Land

vermehrt, also nicht nur mit 65 %, sondern mit einem höheren Prozentsatz, an die Altlastensanierung heran. Es ist ein neues Konversionsprojekt, wenn wir Altlasten in Kommunen, in Innenstädten recyceln können, wenn wir die wieder sanieren und wieder bebauen können.

Wir sparen zum einen dann Neubebauung. Wir stoppen die Zersiedlung. Wir haben das Gelände, das ohnehin schon vorhanden war und oftmals brach liegt, vor allem in den Großstädten in Rheinland-Pfalz. Das sind nicht so viele, die kann man an einer Hand abzählen. Wenn nicht das Land Rheinland-Pfalz mehr Mittel gibt, werden die Altlastenflächen auf Dauer Brachfläche bleiben. Wir wollen, dass es neue Chancen gibt: Ansiedlung von Betrieben, neue Arbeitsplätze. – Dazu brauchen wir aber eine Altlastensanierung. Die muss das Land gezielt fördern, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Ministerpräsident Beck: Aber sparen!)

– Natürlich, aber sparen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben doch auch Forderungen vorgetragen. Die SPD hat auch Forderungen vorgetragen. Sie haben doch auch Erhöhungen vorgetragen. Da können Sie das nächste Mal auch sagen, aber sparen.

Die SPD hat verkündet und entsprechende Anträge gestellt, die Agenda-21-Mittel zu erhöhen. Das findet prinzipiell unsere Zustimmung.

Herr Stretz, Sie wissen genau, dass es ursprünglich unser Antrag war, die Lokale Agenda speziell vom Land aus zu unterstützen. Das hat damals nach längerer Debatte die Zustimmung der SPD und FDP gefunden. Ich halte es für ein gutes Konzept. Leider sind diese Mittel, die Sie erhöht eingestellt haben, nicht verausgabt worden, und zwar vor allem dort nicht, wo sie dringend gebraucht worden wären, nämlich in den Kommunen.

Es gibt zwar viele Kommunen, die die Agenda 21 betreiben und dies angeschoben haben. Aber um die Aktivitäten zu erhalten, braucht man die Mittel vor Ort. Man braucht nicht nur die Moderatorinnenschulungen, wie sie die Landesregierung anbietet, sondern man bräuchte auch Zuschüsse für die kommunale Ebene, beispielsweise für Personal. Das muss nicht voll und ganz vom Land getragen werden. Aber natürlich brauchen wir Anreize. Die Kommunen können das Personal für die Lokale Agenda 21 nicht allein finanzieren. Kofinanzierungen beispielsweise für Projekte wären ein Anreiz.

Ich verstehe, dass Sie bei der jetzigen Haushaltslage zu Recht Angst vor Dauerförderungen haben. Aber es ist richtig, die Kofinanzierung von Projekten in Kommunen zu verstärken. Wenn ich die Haushaltsliste sehe, die wir dankenswerterweise vor kurzem bekommen haben, dann sieht man, dass viele Forschungsprojekte, auch wichtige Forschungsprojekte, gefördert werden. Aber in den Kommunen noch einmal verstärkt zu fördern, wäre der Ansatz, den ich unterstützen würde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wäre es auch berechtigt, den Ansatz noch einmal zu erhöhen. Wir haben aus dem Grund nicht erhöht, weil es nicht voll verausgabt wurde, noch etwas Luft drinnen ist und wir gesagt haben, es gibt in anderen Bereichen auch noch „Töpfe“, aus denen Forschungen gefördert werden können.

Es besteht immer wieder die Gefahr, dass bei der Lokalen Agenda 21 oder bei „RIO plus 10“, wie Sie es jetzt nennen, relativ willkürlich gefördert werden kann, was gerade sonst aus keinem „Topf“ Förderungen erhält.

Der Wald und die Waldpolitik sind eines der zentralen Themen für die Zukunft in Rheinland-Pfalz. 43 % der Fläche in Rheinland-Pfalz ist Wald. Wir finden es sehr bedauerlich – ich kann Herrn Licht voll und ganz zustimmen –, dass das Parlament über die Vorhaben der Landesregierung nicht unterrichtet wurde. Wir erfahren, dass es einen Quasi-Staatsbetrieb geben soll, was eigentlich heißt, dass der Beschluss schon gefasst ist, grundsätzlich einen Eigenbetrieb, eine eigene Abrechnung zu machen. Wir erfahren davon auf Nachfrage im Ausschuss.

Die Landesregierung hat noch nicht einmal darüber berichtet, sondern wir mussten erst einmal nachfragen, und im nächsten Ausschuss wurde dann berichtet. Wir erfahren dann auch, dass das Landesparlament und auch der Ausschuss gar keine Möglichkeit mehr haben, in die Politik der Waldbewirtschaftung einzugreifen. Wir bekommen vielleicht alle zwei Jahre einen Bericht. Wir haben noch nichts von einem Verwaltungsrat, von einer nahen parlamentarischen Begleitung gehört. Wir haben Sie gefragt. Es gab keine Idee, wie wir konkret – –

(Zuruf der Staatsministerin Frau Conrad)

– Sie können es nachher sagen, wenn es nicht stimmt. Wenn Sie eine neue Idee haben, wäre ich froh darum, dass wir dann auch konkret mitmachen und mitgestalten können.

Wir haben in Rheinland-Pfalz viele Einrichtungen im Bereich der Umweltministerin, die sich mit Forschung im Bereich der Waldwirtschaft und Forstwirtschaft beschäftigen, beispielsweise in Trippstadt und im Westerwald. Aber wir haben dann überhaupt keine Möglichkeit mehr zu agieren, zu reagieren, wenn es einen Eigenbetrieb gibt, wenn Sie intern umgruppieren.

Wir haben relativ spät erfahren, dass alle Stellen, die Sie in der Überwachung von Chemieanlagen, Atomanlagen usw. neu schaffen, aus dem Forstbereich abgezogen wurden. Es sind natürlich nicht die Förster, die dies machen. Aber es sind die Stellen, das heißt, der Stellenplan im Bereich Forsten wird bewusst ausgeblutet. Auf der anderen Seite gibt es neue Stellen. Das ist begrüßenswert. Aber wir können den Wald nicht als Sparbüchse für das nehmen, was im Umweltministerium sonst noch an neuen Aufgaben anfällt. Das können wir nicht alles dem Forst wegstreichen. Das wird auf die Qualität der Waldbewirtschaftung gehen. Es wird vor allem auch in der Nachhaltigkeitspolitik und in der naturnahen Waldwirtschaft, die sie vorhaben und angekündigt haben, Schwierigkeiten geben.

Meine Damen und Herren, Sie haben das Waldgesetz gegen unsere Stimmen verabschiedet. Wir wollten damals mehr Umweltpädagogik verankert haben. Wenn Sie sich jetzt mit den Försterinnen und Förstern unterhalten, was Sie wahrscheinlich öfter tun als ich – davon gehe ich zumindest einmal aus –, werden Sie hören, dass das Engagement gerade in diesem Bereich immer noch sehr hoch ist, aber durch zunehmenden Leistungsdruck in anderen Bereichen das Engagement gerade in dem Bereich Waldpädagogik zurückgeht. Eines der wichtigsten Zukunftsthemen wird uns dadurch verbaut. Einer der wichtigsten Zugänge zur Jugend und zu den Kindern wird uns dadurch verbaut. Deswegen wollen wir, dass insgesamt noch Luft bleibt für die Waldwirtschaft, nicht nur den Holzeinschlag machen zu können, sondern auch den pädagogischen Aufgaben und den Nachhaltigkeitsaufgaben nachgehen zu können.

Meine Damen und Herren, deswegen fordern wir 2 Millionen Euro mehr im Haushalt. Sie haben willkürlich 2 Millionen im Wirtschaftsplan gestrichen. Die SPD hat nun eine Nachbesserung beantragt. Ich weiß nicht, ob das koordiniert war. Manchmal kommt es etwas unkoordiniert herüber. Sie haben eine Nachbesserung gemacht, dass nur 800.000 Festmeter Holz eingeschlagen werden sollen.

Meine Damen und Herren, erklären Sie mir bitte einmal, wie es sein kann, dass in einem Jahr 800.000 Festmeter Holz eine bestimmte Summe ergeben und im nächsten Jahr 2 Millionen Euro mehr an Einnahmen. Ich weiß nicht, wo Sie das verkaufen wollen und woher Sie die Kenntnis haben, dass der Holzmarkt in den Preisen entsprechend anzieht. Ich weiß aus der Erfahrung, dass es im Moment eher schlecht aussieht. Wenn Sie das nachweisen können und den Erfolg beim Holzverkauf mit gleicher Menge und gleichen Nachhaltigkeitskriterien erzielen, soll mir das recht sein. Nur, das jetzt in den Plan hineinzuschreiben, ist unfair. Es erhöht den Druck auf die Försterinnen und Förster, mehr zu verkaufen, als sie verkaufen wollen, und vor allem weniger in den Bereichen Waldpädagogik und an anderen Aufgaben für die Kommunen, die sehr wichtig sind, zu arbeiten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Doppelhaushalt 200.000 Euro für zusätzliche Messungen im Bereich E-Smog eingestellt. Jetzt können Sie sagen, so steht es auch in dem Antrag der Fraktionen der SPD und FDP, das ist uns egal, das brauchen wir doch nicht zu messen, die Telekommunikationsunternehmen messen ohnehin.

(Zuruf des Abg. Stretz, SPD)

– Doch, das steht in Ihrem Antrag.

Es wird in Rheinland-Pfalz an 70 Punkten gemessen. Es gibt 1.800 Anlagen. Jetzt können Sie sagen, das reicht mir. Aber wenn eine Bürgerinitiative vor Ort das Problem hat, dass neben einem Kindergarten eine Anlage erstellt wird, dann müssen wir doch den Leuten sagen können, gut, dann misst eben nach. Dann kommt das Land und ist bereit, die Messleistung zu erbringen. Es ist aber leider einfach nicht so.

Im Moment schreibt der Kindergarten an die Telekom, und die Telekom schreibt zurück: Unsere Anlagen sind alle genormt und in Ordnung, wir halten die Grenzwerte ein. – Das war es dann. Das kann nicht sein. Das ist auch nicht bürgernah. Deswegen brauchen wir einen Merkposten im Haushalt. Wir wissen auch nicht, ob das reicht oder zu viel ist. Aber deswegen brauchen wir einen Merkposten in diesem neuen Bereich der Umweltdiskussion, im Bereich E-Smog. Es ist nicht so, dass es nur um die Mobilfunkanlagen geht. Es ist auch so, dass in den nächsten Jahren durch DVB und DAB, also digitale Verbreitung von Rundfunk und Fernsehen, noch weitere Wellenbelastungen hinzukommen. Das alles muss erforscht und gemessen werden.

Es gibt Forschungsmittel aus dem Bundesumweltministerium. Es gibt sogar Forschungsmittel, die die Betreiber zur Verfügung stellen. Aber in Rheinland-Pfalz müssen wir schnell reagieren können und bürgernah sein. Deswegen haben wir die 200.000 Euro in diesem Bereich eingestellt.

Wir bitten Sie, in dem Fall auch zuzustimmen. Ich glaube, wir wären in der Lage, in Rheinland-Pfalz zeitnah ein Messprogramm für die nächsten zwei Jahre aufzulegen und die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und aufzuklären.

Das heißt aber noch nicht, dass die Anlagen wieder abgebaut werden müssen. Wir müssen erst einmal wissen, wie die Belastung aussieht, meine Damen und Herren.

Ferner begrüßen wir, dass Sie den Tierschutzvereinen in den nächsten Jahren mehr Geld geben wollen. Das Engagement der Tierschutzvereine verdient alle Unterstützung. Wir haben einen sehr ähnlichen Antrag. Diesen wollen wir in der Umsetzung allerdings noch präziser fassen, beispielsweise wollen wir Werbung gegen Eier aus Käfighaltung. Einen solchen Antrag insgesamt können wir sicher mittragen, wenn das in das Konzept passt, dass die Tierschutzvereine dadurch handlungsfähiger werden. Genau das wollen wir, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss noch ein Wort zur Windkraft und zur Windkraftanhörung, Herr Licht. Ich weiß nicht, ob Sie allein es nicht bemerkt haben. Ich bitte die CDU-Fraktion jetzt zuzuhören. Fast alle, die sich jetzt so heftig unterhalten, waren bei der Anhörung dabei. Es geht um die Windkraftanhörung, Herr Schmitt.

(Schmitt, CDU: Entschuldigung!)

Es ist in diesem Parlament noch nie passiert, dass eine Anhörung auf Bitten einer Fraktion zu ihren eigenen Gesetzeseingaben durchgeführt worden ist und diese Fraktion einen solchen Schuss vor den Bug erhalten hat wie bei der Windkraftanhörung. Es war kein einziger Experte anwesend, der eingefordert hat, dass die gesetzlichen Grundlagen geändert werden sollen, so wie Sie das fordern. Nicht einmal die, die Sie benannt haben, haben das gefordert.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Es waren einige Bürgerinitiativen vertreten, die sich gestört fühlen. Die Umweltverbände haben vorgetragen, dass sie mit den gesetzlichen Grundlagen voll und ganz zurechtkommen. Ich weiß nicht, auf welcher Veranstaltung Sie waren. Lesen Sie das im Protokoll nach. Alle Umweltverbände haben gesagt, dass die gesetzlichen Grundlagen stimmen. Selbst der Planer aus der Westpfalz hat gesagt, dass er keine Ergänzung benötige. Auch der Mann aus Brandenburg hat mitgeteilt, dass extra Verträge zum Abbau geschlossen und Bürgschaften erteilt würden. Dazu brauche man keine Ergänzung zur Gesetzesgrundlage, die Sie wollten.

Sie wollten die Privilegierung und das EEG abschaffen. Das hat kein einziger Fachmann in irgendeiner Art und Weise unterstützt. Die Anhörung war voll und ganz ein Flop. Es ist falsch, wenn Sie mit den gleichen Argumenten heute weitermachen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Antrag, dass vor und nach der Erstellung einer Windkraftanlage geprüft und danach die Auswirkungen der Windkraftanlage geprüft werden, ist nicht schädlich. Mit dem vorliegenden Gutachten der GNOR sind bereits Grundlagen geschaffen worden. Ich habe nichts dagegen, dass wir sie weiter spezifizieren und die Standorte einzeln konkreter überprüfen. Darauf habe ich in der Anhörung auch hingewiesen.

(Glocke der Präsidentin)

Die Vorher-Nachher-Prüfung, die Sie fordern, ist meines Erachtens nicht das Gelbe vom Ei. Ihnen ist halt nichts mehr eingefallen. Das kann passieren. Dem Antrag kann man dann aber wirklich nicht zustimmen.

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Dr. Braun, Sie müssen zum Schluss kommen.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich komme zum Schluss mit dem Fazit: Wenn beide großen Fraktionen Kürzungen über die Kürzungen hinaus, die die Landesregierung schon angebracht hat, im Umwelthaushalt vornehmen, dann muss das verdächtig stimmen. Wir sind der Meinung, dass gerade im Umweltbereich Investitionen und entsprechende Unterstützungen der ehrenamtlich tätigen Menschen vor Ort notwendig sind. Deswegen wollen wir Erhöhungen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf, den das Parlament in diesen Tagen berät und beschließen wird, ist ein Spiegelbild der finanziellen Möglichkeiten des Landes für die Jahre 2002 und 2003, ein Spiegelbild des politischen Gestaltungswillens und ein Spiegelbild der politischen Visionen. Die gegenwärtige Lage der knappen Finanzmittel verlangt in besonderem Maß politische Entschlossenheit, Augenmaß, Überzeugungsvermögen und Verantwortungsbewusstsein für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, die Regierungsvorlage des Einzelplans 14 – Umwelt und Forsten – belegt deshalb meine grundsätzlichen Anmerkungen. Ich beschränke mich auf die wesentlichen Punkte. Der Haushalt des Einzelplans 14 zählt vom Finanzvolumen gesehen nicht zu den Gewinnern bei der Haushaltsaufstellung.

Dieser Haushalt beinhaltet eine große Zahl sehr unterschiedlicher und komplexer Programme und Maßnahmen. Er weist eine überdurchschnittlich große Zahl von Veränderungen im Vergleich zum vorhergehenden Haushaltsplan auf und setzt auch oder gerade wegen der knappen Ressourcen deutliche Schwerpunkte. Er beschreitet völlig neue Wege, wie ich am Beispiel der Landesforsten noch darstellen werde.

Lassen Sie mich zunächst einmal zum Thema „Regenerative Energien“ etwas anmerken. Die FDP tritt für den Ausbau regenerativer Energien ein. In den vergangenen Monaten ist eine dieser Energien, nämlich die Windkraft, etwas ins Gerede gekommen. Vielfach wird dabei rein emotional argumentiert. Umso wichtiger ist es, eine klare politische Position zu haben und vor allem, diese zu halten.

Windkraftanlagen müssen in das Landschaftsbild passen. Sie können nicht gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Unterirdisch!)

Im Rahmen des Energieeinsparungsgesetzes sind vor allem die Kommunen gefragt. Ihnen obliegen die Planungshoheit und die daraus erwachsenden Steuerungsmöglichkeiten. Die Kommunen können in ihren Flächennutzungsplänen Flächen für Windenergieanlagen darstellen und somit andere Standorte im Gemeindegebiet ausschließen.

Darüber hinaus gibt es Einflussmöglichkeiten der Gemeinden durch die Beteiligung bei der Aufstellung der regionalen Raumordnungspläne, die sie unbedingt nutzen sollten. Nur wenn keine Position im regionalen Raumordnungsplan oder im Flächennutzungsplan bezogen wird, greift die Privilegierung der Windenergieanlagen im Außenbereich nach dem Bundesbaugesetzbuch; es sei denn, öffentliche Belange stünden einer solchen Anlage im Wege.

Meine Damen und Herren, nur wenn die Kommunen diese dargelegten Möglichkeiten nutzen, kann auf diesem Weg dem Wildwuchs Einhalt geboten werden. Ich

denke, das ist bei der Anhörung der Experten klar zum Ausdruck gekommen.

Aus der Anhörung am 28. Februar ergibt sich für mich darüber hinaus die Frage, ob eine zielgenaue Reduzierung der Zuweisungen aus dem Energieeinspeisegesetz die positive Folge hätte, dass bei einer angemessenen Reduzierung der Standorte letztlich auf Dauer rentable Standorte in Deutschland genutzt werden können. Das ist eine Frage, die bundesgesetzlich beantwortet werden muss.

Den Vorschlag des Vertreters aus Brandenburg im Rahmen der Anhörung sollten wir unbedingt aufgreifen, per Erlass für eine Rückbauverpflichtung in Form von Bankbürgschaften zu sorgen und eine Baugenehmigung für die Dauer befristet zu erteilen, in der solche Anlagen in Betrieb sind.

Die FDP unterstützt auch andere regenerative Energien wie zum Beispiel die Nutzung der Wasserkraft und die Weiterentwicklung der Holz-Sonne-Koppelungsanlagen oder die Geothermie.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Bereich der Tiergesundheitsvorsorge und Tierseuchenbekämpfung einige Anmerkungen machen. Angesichts des Verbraucherproblems BSE wird im Haushalt das BSE-Untersuchungsprogramm nicht nur bei den personellen Ressourcen verstärkt, auch im Sachkostenbereich stehen pro Jahr zusätzlich 3,5 Millionen Euro zur Verfügung. Bei der Tiergesundheitsvorsorge und der vorsorgenden Tierseuchenbekämpfung beteiligt sich das Land weiterhin an den entstehenden Kosten.

Die Mittel des Veterinärwesens werden um rund 1 Million Euro pro Jahr verstärkt. Einen namhaften Anteil davon beansprucht der Großversuch zur Impfung der Wildschweine mit dem Ziel, die Schweinepest einzudämmen.

Die Erzeugerprobleme für Vieh haltende Betriebe durch die Schweinepest sind in den betroffenen Regionen groß. Unsere Fraktion hält es für konsequent, im Rahmen der Möglichkeiten im Haushalt entsprechende Hilfsmaßnahmen vorzusehen.

Meine Damen und Herren, der Faktor Sicherheit wird auch in Zukunft einer der wichtigsten Faktoren in der Umweltpolitik bleiben. Die im Haushalt enthaltenen Steigerungen sind nach Einschätzung der FDP eine folgerichtige Antwort auf eine der großen Herausforderungen im Umweltbereich.

Ich danke Ihnen zunächst einmal.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fuhr das Wort. Ihnen steht noch eine Redezeit von vier Minuten zur Verfügung.

Abg. Fuhr, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf besonderen Wunsch meiner Fraktionskollegen nutze ich die letzten vier Minuten, um ein paar Worte zum Bereich Landesforsten zu sagen.

(Beifall der SPD)

Herr Licht, es ist natürlich schon eine schwierige Situation, wenn man eine allgemeinpoltische Rede halten will und dann auch noch irgendwie in der Zeit, die einem zur Verfügung steht, etwas zum Umweltbereich sagen soll. Die Landesforsten kommen dann dabei auch ein wenig vor.

(Licht, CDU: Mehr, als Sie Zeit haben!)

Das Verwunderliche ist, Sie beklagen sich, dass keine Aufgabenkritik stattfindet, kein eigener Beitrag erkennbar sei und wir keinen Mut und keine Kreativität sowie keinen Willen zur Gestaltung haben. Daher frage ich: Was geschieht denn in diesem Quasi-Landesbetrieb Landesforsten? – Genau das geschieht nämlich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn ich die unterschiedlichen Herangehensweisen von Ihnen und Herrn Dr. Braun sehe, wünsche ich mir manchmal, wir würden Sie zwei in einem Zimmer zusammenstecken. Dann würden Sie sich auf einen vernünftigen Kompromiss einigen. Sie würden dann herauskommen und das fordern, was wir schon lange tun wollen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Bildung dieses Quasi-Landesbetriebs wird der bisherige Modernisierungsprozess durch neue Verwaltungsorganisationen und neue Steuerungsmodelle effizient fortgeführt. Es werden eine betriebswirtschaftliche Komponente und ein Wirtschaftsplan eingeführt. Sie kennen alle diese Punkte.

Diese Reform zielt darauf ab, Kostentransparenz zu gewinnen. Das ist ein Punkt, den Sie sicherlich unterstützen können. Sie zielt auch darauf ab, diesen Betrieb zu einem modernen und effizienten Dienstleister weiterzuentwickeln.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Dies alles geschieht in größtmöglicher Kontinuität. Die bisherige Behördenorganisation wird nicht verändert. Die dreistufige Organisation wird fortgeführt, und es wird keine grundlegende Aufgabenveränderung geben.

Die letzte Minute möchte ich nun noch für zwei Punkte nutzen. Sie haben sich beklagt, es habe zu wenig Information gegeben. Der Hauptpersonalrat wurde vergangenes Jahr im September informiert. Es wurden sieben Informationsveranstaltungen durchgeführt. Ferner wurden die Verbände angeschrieben. Sie haben geantwortet und das zum größten Teil positiv befürwortet.

(Zurufe des Abg. Licht, CDU, und des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich vermisse einen Punkt: Sie sehen, dass etwas gemacht wird, um Ressourcen zu gewinnen. Das ist eigentlich das, was Sie wollen. Um Kapazitäten zu gewinnen, wird etwas umgesetzt. Sie haben keine Alternative dazu. Deshalb beklagen Sie sich. Sie beklagen sich, dass Sie die Informationen nicht rechtzeitig gehabt haben. Immerhin wird der Betrieb mit diesem Landeshaushalt eingeführt. Also reden wir jetzt im Rahmen des Landeshaushalts darüber. Sie hätten genügend Zeit gehabt, Alternativen einzubringen, wenn bei Ihnen der Wunsch dazu bestanden hätte.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Fuhr, ich will mich nicht dagegen wehren, dass Sie mich mit Alex Licht in ein Zimmer sperren wollen. Ich glaube, das würde ein ganz lustiger Abend. Ich kann mich aber zu Recht dagegen wehren, dass wir zu dem gleichen Ergebnis kämen wie Sie, weil wir ein anderes demokratisches Grundverständnis haben. Wir würden Sie informieren. Sie haben niemanden informiert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie jetzt behaupten, die Verbände hätten dem zugestimmt, kann ich nur sagen: Das ist richtig, wenn Sie den jeweils ersten Satz der Stellungnahme der Verbände lesen. Im Grunde begrüßen wir, dass wir dieses Experiment machen und tragen das mit. Das schreibt beispielsweise der Bund Deutscher Förster.

Dann steht aber da, unter welchen Bedingungen man das machen kann und soll. Das sind nicht Ihre Bedingungen. Das sind vor allem nicht die Bedingungen der Haushaltskürzung und nicht die Bedingungen, die Sie festgeschrieben haben. Das sind die Bedingungen nach Nachhaltigkeit, Waldpädagogik und all dem, was ich gesagt habe.

Schauen Sie sich dann die Stellungnahme der IG Bau an. Da steht natürlich auch etwas anderes als das, was Sie machen. Sie können sich nicht an dieses Pult stellen und hoffen, wir hätten die Unterlagen nicht gelesen. Wir haben sie erst sehr spät bekommen, nachdem wir dreimal interveniert haben. Wir haben die Unterlagen gelesen, und wir haben uns auch mit den Leuten unterhalten.

Wir sagen auch nicht kategorisch Nein zu diesem Experiment. Wir wissen aber sehr wohl, dass das besser klappen kann, wenn alle eingebunden sind und wenn man in diesen zwei Jahren auch darüber diskutieren kann, was man besser machen kann. Es wäre schön, wenn man das, was Sie immer so schön als Aufgaben-

kritik positiv formulieren, auch gemeinsam im Ausschuss machen könnte. Dazu sind wir bisher nicht gekommen.

Ich muss das noch einmal sagen: Die Ministerin hat von sich aus darüber nicht berichtet. Ich habe während der Haushaltsdebatte im Januar und in der Debatte vorher gefragt, wie es nun in dieser Sache aussieht. Dann kamen vorsichtige Andeutungen, dass so etwas tatsächlich geplant werde. So kann man mit dem Parlament und dem Ausschuss nicht umgehen. Das ist unsere Hauptkritik.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Fuhr zur Entgegnung das Wort.

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Dr. Braun, ich empfehle Ihnen, noch einmal die Niederschrift über die Ausschusssitzung zu lesen. Im Januar im Rahmen der Haushaltsdebatte befasst sich der größte Teil dieser Sitzung und der Niederschrift mit dem Quasi-Landesbetrieb.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das dazu, wenn Sie meinen, es habe nicht genügend Informationen gegeben. Auch vorher hatten Sie Gelegenheit, nachzufragen und darüber zu sprechen.

(Hartloff, SPD: Herr Dr. Braun hätte
gern jeden Baum gefragt!)

Nun noch zu einem zweiten Punkt, auf den ich kurz entgegnen möchte: Sie haben Recht bei dem Punkt, dass der Bund Deutscher Förster in seiner Stellungnahme die Neuorganisation begrüßt. Ich habe übrigens auch mit Förstern in meinem Bereich geredet. Von ihnen wurde diese Reform auch begrüßt. Sie wünschen sich zum Beispiel nicht, wie es in Teilen der politischen Landschaft diskutiert wird, dass in diesem Bereich eine vollkommene Privatisierung stattfindet.

Der Bund Deutscher Förster weist aber in seiner Stellungnahme natürlich auf Ziele hin, die er umgesetzt sehen möchte. Sie unterstellen aber jetzt schon, dass wir diese Ziele nicht verfolgen wollen. Die Ziele Nachhaltigkeit sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Natur- und Waldbereich verfolgen wir mit dieser Reform. Daher ist diese Stellungnahme keine Stellungnahme gegen unsere Reform.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort. Ihnen steht noch eine Redezeit von zwei Minuten zur Verfügung.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Forst nur so viel: Wenn für 2 Millionen Euro mehr Holz unabhängig vom Holzpreis verkauft wird, ruinieren Sie den Holzpreis. Das sage ich Ihnen voraus. Damit machen Sie die kleinen Waldbesitzer und die kommunalen Waldbesitzer kaputt. So wird das kommen.

(Beifall der CDU und bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun aber noch zu einem ganz anderen Thema, zu dem ich mich gemeldet habe und bei dem ich ein bisschen enttäuscht bin, dass es von anderen Fraktionen noch nicht angesprochen wurde: Ich weiß nicht, ob Sie das zur Kenntnis genommen haben, aber wir haben erneut eine festgestellte Schweinepest bei einem Haustierbestand. Es sind wieder 1.000 Schweine davon betroffen. Im Umfeld befinden sich mindestens fünf gute Ferkelerzeuger.

Wenn ich in den Haushalt hinein schaue, wird das bestätigt, was gesagt wurde, nämlich für die Impfung der Wildschweine ist Geld vorhanden. Sie wird von den Jägern durchgeführt. Ich hoffe, das geschieht ordnungsgemäß, und ich hoffe auch, dass wir von der Dreikilometer-Grenze wegkommen, damit wir endlich auch an die luxemburgische, französische und belgische Grenze heranimpfen können, wobei für uns die luxemburgische und die belgische Grenze von Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren, wir haben in Rheinland-Pfalz noch einen Selbstversorgungsgrad mit Schweinefleisch von 16 %. Die betroffenen Bauern können nichts dafür, wenn sie im Sperrgebiet oder im Überwachungsgebiet liegen. Wenn wir diese allein lassen, haben wir nachher vielleicht noch 12 % und irgendwann unter 10 %. Dann reden wir nachher von kurzen Tiertransporten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute Mittag gesagt, es gibt entweder eine legale oder illegale Möglichkeit zu helfen. Ich bitte Sie und Ihre Regierung nochmals, im Rahmen des Rechts

(Ministerpräsident Beck: Das haben
Sie aber anders formuliert!)

– das ist übereinstimmend von allen Fraktionen im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau beschlossen worden – den Betrieben zu helfen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Wer nicht hilft und einfach nur einen Fragebogen verschickt, nach dem Motto „Schau einmal, wie groß der Schaden ist“, soll aufhören, Politik zu machen.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist meine herzliche Bitte.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Fink das Wort.

Abg. Frau Fink, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Billen, es ist möglich, dass Sie die Bauern und Landwirte allein lassen, die Landesregierung und ich nicht.

(Beifall der SPD)

Der Ministerpräsident und auch die Ministerin waren bei den Landwirten, haben Gespräche geführt und ihre Hilfen angeboten. Lassen Sie sie mich kurz aufzählen, falls Sie sie vergessen oder nicht hingehört haben.

Wir werden uns an der Ertragsausfallversicherung beteiligen. Wir werden Investitionsmaßnahmen fördern, die über den gesetzlich geforderten Maßnahmen im Hygienebereich liegen. Dazu gehören Hygieneschleusen und Wildschutzzäune um die Schweineställe. Die SLVA erstellt zurzeit einzelbetriebliche Prüfungen. Diese warten wir ab. Dann werden wir auch dort Hilfen anbieten.

Die Gespräche mit den Vermarktern laufen. Ich war mit den Vermarktern in Mainz. Wir haben Gespräche im Wirtschafts- und im Umweltministerium geführt. Von dort sind uns sehr starke Signale für Hilfen gerade im Vermarktungsbereich angeboten worden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es ist in keinem Fall so, dass die Landwirte allein stehen. Die Landwirte – ich habe mit sehr vielen gesprochen – fühlen sich nicht allein gelassen, zumindest nicht von mir und der Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Kollegin Fink, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, dass Sie mir noch drei Minuten Redezeit verschafft haben.

Ich möchte das Problem noch ein bisschen umfassender darstellen, weil es Ihre Fraktionskollegen weniger interessiert hat.

(Zuruf von der SPD: Das ist dummes Zeug!)

Trotz allem bleiben wir einmal schön auf dem Teppich. Reden wir einmal von einem Betrieb, der einen Schaden von rund 80.000 Euro hat. Wenn man ihn auf das Minimum herunterrechnet, kommen wir auf 60.000 Euro. Diesem kann man im Rahmen des Rechts helfen. Da er neu investiert hat, kann man aussetzen. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Frau Fink, mit diesem Betrieb ist bis jetzt vonseiten der Beratungsstelle, die das ausarbeiten soll, nicht geredet worden. Das könnte ich nachweisen. Das ist problemlos.

Bleiben wir doch einmal bei dem Betrieb, dem wir helfen wollen. Wenn Sie sagen, wir werden helfen, indem wir Hygienemaßnahmen bezuschussen, muss man fairerweise dazu sagen, dass 10.000 Euro investiert werden müssen, um 2.000 Euro zu bekommen. Wenn die Betriebe dazu in der Lage sind – diese müssen es zum Teil sein –, ist das in Ordnung. Dies ist über die einzelbetriebliche Investitionshilfe sowieso enthalten gewesen.

Bleiben wir bei denen, die wirklich in ihrer Existenz kaputtgehen. Ich nenne ihnen ein Zweites, was viel wichtiger ist, nämlich die Vermarktung. Darüber haben wir auch gesprochen. Wenn wir einen ovalen Stempel aufdrücken und die Schweine nach vier Wochen nicht erkrankt sind, können diese vermarktet werden. Das ist in Ordnung.

Wer kauft zurzeit noch Ferkel aus einem Gebiet, das ständig Überwachungs- und Sperrgebiet wird? Wer darf noch schlachten? Ich weiß, dass es EU-Recht und seuchenhygienische Richtlinien gibt. Darf ein Schlachthof noch schlachten, der im Überwachungsgebiet liegt und mit einer der wenigen Anbieter ist, um eine Preisfindung zu bekommen?

Frau Fink, das sind die Probleme, die uns umtreiben. Sie können gern daraus ein parteipolitisches Thema machen. Ich habe versucht, dies nicht zu tun und dem Ministerpräsidenten zu widersprechen, wenn er sagt, „am Rande des Rechts“.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe heute Nachmittag mit zwei Juristen gesprochen und gefragt: Was heißt am Rande des Rechts? – Diese haben gesagt, das gibt es nicht. Es gibt entweder Recht oder Unrecht.

(Ministerpräsident Beck: Eben, so ist es!)

Sie haben doch die Formulierung gebraucht, dass Sie gesagt haben, am Rande der Legalität wollten Sie nicht helfen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Sie haben doch einzelbetriebliche Hilfen abgelehnt, auch am Rande der Legalität, wie die Formulierung war. Sie haben sie doch abgelehnt. Das haben wir doch nicht abgelehnt. Insofern müssen wir doch schön bei der Wahrheit bleiben.

(Glocke der Präsidentin)

– Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Es ist typisch, dass Sie sagen, das hat man mir abgenötigt, und dafür formuliere ich das so.

(Ministerpräsident Beck: Das ist unglaublich!)

Meine Bitte ist relativ einfach: Wir helfen in dem Bereich, machen Politik, wofür wir gewählt sind, und lassen die Bauern und die Vermarktungsstrukturen nicht kaputtgehen, und zwar so, wie wir es mit allen Parteien, die im Landtag vertreten sind, auch im Ausschuss beschlossen haben. Insofern vollziehen wir nur Beschlüsse.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort. Sie haben noch 13 Minuten Redezeit.

Abg. Hohn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige sachliche Anmerkungen zu dem Quasi-Landesbetrieb Landesforsten machen.

Herr Kollege Braun, ich verstehe Ihre Unruhe und Ihre Aufgeregtheit weiß Gott nicht; denn wir reden nicht über einen Eigenbetrieb. Nach wie vor ist dieser Quasi-Landesbetrieb Landesforsten in die Landesorganisation eingebunden. Aus diesem Grund ist das überflüssig.

Die Idee des Quasi-Landesbetriebs und der Entschluss, ihn zu realisieren, bedeuten in der Entwicklung der Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz einen Quantensprung.

Auf der soliden Grundlage des Landeswaldgesetzes wird das Ziel zur Rücknahme des Staates und die Voranstellung der Kundenorientierung angestrebt. Gleichzeitig werden neben der Bewirtschaftung des Staatswalds vier weitere Produktbereiche gebildet und haushaltsmäßig transparent dargestellt. Aus guten Gründen bleiben im Interesse einer sparsamen und effizienten Aufgabenerfüllung die Bereiche Forstbetrieb, Hoheitsaufgaben und Dienstleistungsaufgaben miteinander verbunden. Mögliche Bedenken, ob dies funktioniert, kann man mit gutem Gewissen zurückweisen.

Einen wirklichen Fortschritt sehe ich im Abschied von der reinen einnahmen- und ausgabenorientierten Kameralistik und in der Einführung einer betriebswirtschaftlich orientierten Buchführung. Der Produktbereich Forstbetrieb hat einen eigenen Wirtschaftsplan mit einem Er-

folgsplan – Aufwand und Ertrag – und einem Finanzplan – Finanzbedarf und Deckungsmittel –.

Die haushaltstechnischen Konsequenzen bestehen in der Darstellung der Landesforsten im neuen durchlaufenden Kapitel 14 10. Zuführungen an den Forstbetrieb befinden sich in der Haushaltsgruppe 6. Die Haushaltsgruppe 4 wird um die Personalausgaben entlastet. Die Höhe der Zuführung stellt die nicht ausgeglichenen Differenzen von Einnahmen und Ausgaben dar. Nicht enthalten im Kapitel 14 10 sind unter anderem die Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe und des Investitionsstocks für standort- und strukturschwache Gemeinden.

Meine Damen und Herren, das neue Konzept der Landesforsten verdient die Bezeichnung „Erfolg versprechend“ und „Sehr gut“, vor allem sehr gut geeignet für die Entwicklung in der nächsten Zukunft. Als weiterer Vorteil dieses Konzepts wird ein altes Problem der Forstwirtschaft gelöst. Sie erzeugt auf der einen Seite Produkte, mit denen sie Einnahmen erzielt, wie zum Beispiel Holz und auch durch die Jagd. Auf der anderen Seite schafft sie Produkte auf derselben Fläche, die teilweise auch als Koppelprodukte bei der Holzherzeugung mit anfallen. Für sie existiert aber kein Markt, das heißt, es werden keine Erlöse erzielt. Gleichwohl werden diese Produkte von der Gesellschaft auf das Lebhafteste nachgefragt. Niemand wollte zum Beispiel auf Schutzwirkungen oder Erholungswirkungen im Wald verzichten.

Die nun vorgenommene transparente Trennung in marktfähige und nicht marktfähige Produkte wird durch die erwähnte haushaltsmäßige Gliederung in die fünf Produktbereiche anschaulich vollzogen.

Meine Damen und Herren, die Frage ist natürlich die, wie sich das Ganze weiterentwickeln wird und vor allem auch weiterentwickeln soll. Die Einführung des Quasi-Landesbetriebs für sich allein löst die Probleme nicht. Ansätze sind in der Haushaltsdarstellung jedoch klar erkennbar. Die Zuführungsbeträge bei den Produktbereichen Umweltvorsorge, Erholung und Umweltbildung, Leistungen für Dritte und behördliche Aufgaben bleiben relativ konstant.

Ganz anders verhält es sich bei dem Unternehmensebereich Forstbetrieb Staatswald. Der nachkalkulierte Zuführungsbetrag für das Jahr 2001 beträgt rund 23 Millionen Euro, während er für das Jahr 2002 mit rund 19 Millionen Euro und für das Jahr 2003 nur noch mit knapp 10 Millionen Euro im Wirtschaftsplan ausgewiesen ist.

Meine Damen und Herren, das sind drastische Einschnitte in drei Jahren. Allein von 2002 auf 2003 ergibt sich eine Reduzierung der Zuschusshöhe um 10 Millionen Euro.

Welche Möglichkeiten zur Reduzierung haben wir? Bei der Steigerung der Einnahmen hat man zwei Möglichkeiten. Man schlägt nachhaltig eine größere Holzmenge ein, soweit man dadurch nicht das Gleichgewicht zwischen Zuwachs und Nutzung verletzt, oder aber man erzielt höhere Holzpreise. Ich sehe in der ersten Option die größeren Erfolgsaussichten. Bei einer angestrebten

Holzpreissteigerung wäre ich eher skeptisch. Ausdrücklich anzuerkennen ist der Mut dieser Planungen. Ich möchte den Landesforsten allen Erfolg wünschen, um dieses ehrgeizige und für die ganze Landesverwaltung vorbildliche Ziel zu erreichen.

Die verbleibende Frage ist: Wohin führt dieser Weg? – Soll er, kann er zu einem Zubehörsbetrag null für den Forstbetrieb führen? Für einen Unternehmensbereich Forstbetrieb müsste das eigentlich das Ziel sein. Um dort hinzukommen, wird man nach meiner Überzeugung auch noch an anderer Schraube kräftig drehen müssen als nur an Holzpreisen und an der Holzeinschlagsmenge.

Gelingt es dem Forstbetrieb auf Dauer, Zubehörsbeträge zu vermeiden oder dort sogar Erträge zu erwirtschaften, so könnte sich der Quasi-Landesbetrieb auch als Lösung über das Jahr 2003 hinaus empfehlen. Mit ihm könnte deutlich gemacht werden, dass die Einrichtung eines echten Landesbetriebs oder eine Privatisierung nicht zwingend erforderlich ist, um erfolgreich zu wirtschaften.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zum Naturschutzgesetz und ganz kurz zu den Vogelschutzrichtlinien kommen. Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes hat im Großen und Ganzen lange nicht alle Hoffnungen und Erwartungen erfüllt, die an sie geknüpft waren. Das, worauf es vor allem angekommen wäre und womit tatsächlich ein Fortschritt hätte erzielt werden können, nämlich Naturschutz gemeinsam mit Land- und Forstwirten zu betreiben, diese Chance wurde vertan.

(Schmitt, CDU: Sehr gute Rede!)

Die Bundesregierung hat Kooperation durch Ordnungsrecht ersetzt. Freiwilligkeit hat sie durch Bürokratie ersetzt. Ein inzwischen anerkannter Grundsatz bei moderner Gesetzgebung, nämlich die Deregulierung, scheint in Berlin ein Fremdwort zu sein. Die spezifische Dokumentation über eingesetztes Pflanzenschutzmittel beispielsweise kann man trotz der Freistellung kleiner Betriebe eigentlich nur als einen Krampf bezeichnen. Die gute fachliche Praxis in der Land- und Forstwirtschaft ist im Naturschutzrecht deplatziert. Es gibt dafür besser geeignete Fachgesetze.

10 % der Landesfläche als Biotopschutzfläche auszuweisen, halte ich angesichts der bereits bestehenden Schutzgebiete, wie Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzreservate, FFH-Flächen und Vogelschutzgebiete, nicht für eine schreiende Notwendigkeit.

Positiv kann man die Verankerung der rheinland-pfälzischen Ökokontenregelung sehen. In dem an das Bundesrecht anzupassenden Landespflegegesetz sollte diese effiziente und intelligente Regelung etabliert und vielleicht auch auf andere Einsatzmöglichkeiten neben dem Baurecht erweitert werden. Finanzielle Fördermöglichkeiten für Beschränkungen oder Auflagen bei der Bewirtschaftung durch das Naturschutzrecht müssen ebenfalls im Landespflegegesetz geregelt werden. Die FDP legt hierbei Wert darauf, dass an der Seite der

Förderung für die Landwirtschaft eine ebenbürtige Fördermöglichkeit für kommunale und private Forstbetriebe gestellt wird. Leistungen für Landespflege und Naturschutz im Interesse der Gesellschaft können in der Land- und Forstwirtschaft nur mit demselben Blick gesehen und der gleichen Regelung entschädigt werden.

Meine Damen und Herren, FFH-Problematik und Vogelschutzrichtlinie möchte ich nur kurz streifen. Die grundsätzliche Unterstützung dieser EU-Vorgaben durch die FDP stehen außer jedem Zweifel. Bei FFH liegt das Gesetz des Handelns zurzeit nicht beim Land. Beim Vogelschutz kommt es nunmehr darauf an, eine in der Ausdehnung vertretbare Gebietskulisse in absehbarer Zeit festzusetzen und dabei die Grundstückseigentümer in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen. Für die Frage der ungestörten Weiterbewirtschaftung von Landwirtschafts- und Waldflächen gilt bezüglich der Förderung das Gleiche, was ich bei der Naturschutzgesetzgebung ausgeführt habe.

Meine Damen und Herren, die von der Umweltministerin angekündigte Abwehr vom Reservatendenken und die Hinwendung zu dem Grundsatz „Schutz durch nachhaltige Bewirtschaftung mit den Beteiligten“ bietet nach meiner Überzeugung eine tragfähige Grundlage, wobei es unbedingt notwendig ist, die Entschädigungsregelung jetzt anzupacken, anstatt das Ganze vor sich herzuschieben.

Meine Damen und Herren, das Richtige erkennen und nichts tun, wäre ein Mangel an Mut. Der Haushalt des Einzelplans 14 erkennt die Probleme und Aufgabenschwerpunkte im Ressort und bildet sie im Haushalt entsprechend ab. Ich habe versucht, dies an einer Auswahl von Feldern deutlich zu machen.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion ist davon überzeugt, dass der Haushaltsplan des Einzelplans 14 die Notwendigkeiten erkennt und Lösungen aufzeigt, welche den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, ich erteile Frau Staatsministerin Conrad das Wort.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltpolitik im 21. Jahrhundert ist Politik der Nachhaltigkeit. Die Herausforderung heißt, Umweltvorsorge mit sozialer Verantwortung und ökonomischer Entwicklung zu verzahnen. Damit sind die klassischen Felder der Umweltpolitik nicht überflüssig.

Aber sie müssen sich einlassen auf komplexere ökonomische und soziale Zusammenhänge. Umweltpolitik übernimmt damit Verantwortung für die Entwicklung

dieser Gesellschaft. Dies macht Umweltpolitik nicht einfacher, birgt aber die Chance und die Notwendigkeit, sie aus der Defensive in die Offensive zu bringen und von einem Randthema zu einem zentralen Anliegen unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu machen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Nachhaltigkeit heißt auch Solidarität mit zukünftigen Generationen im Sinn eines umfassenden Generationenvertrags, der alle Ressourcen einbezieht. Nicht alles, was als Nachhaltigkeit deklariert wird, wird diesem Anspruch auch tatsächlich gerecht.

Ressourcenverantwortung im Interesse unserer Kinder schließt auch die finanziellen Ressourcen ein. Eine Finanzplanung mit dem Ziel, die Staatsverschuldung tatsächlich zu reduzieren, ist in erster Linie im Interesse der Chancen und Perspektiven unserer Kinder und Enkel. Der Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Forsten stellt sich dem Ziel des Gesamthaushalts, finanzpolitisch Zukunftsvorsorge zu leisten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen Dienstleistungen wirtschaftlich erbringen. Mit der Schaffung des Pilotprojekts Landesbetrieb Forsten entwickeln wir im Rahmen des neuen Steuerungsmodells die begonnene betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Forstverwaltung konsequent fort. In den Strukturen eines modernen Dienstleistungsunternehmens wird die Forstverwaltung die notwendige Flexibilität für ein effizientes, kundenorientiertes Betriebsmanagement entwickeln können.

Wir wollen keine Privatisierung. Hoheitliche Aufgaben und Betrieb bleiben zusammen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wesentliche Ziele sind der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Bereitstellung des umweltfreundlichen Rohstoffes Holz und sonstiger natürlicher Waldprodukte, die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und der Erholungsfunktion des Waldes, Entwicklung und Stärkung des Wissens über das Ökosystem Wald und seine nachhaltige Nutzung, aber auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, die Debatte verwundert. Sie haben umfangreiche Informationen über die Gründung des Landesbetriebs Forsten erhalten.

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Fragt sich bloß, wann!)

Ich würde meine Zeit bei weitem überschreiten und wüsste noch nicht einmal, ob ich erfolgreich wäre, wollte ich nun versuchen, Ihnen alles zu erklären.

(Pörksen, SPD: Das will er
doch gar nicht!)

Aber zwei Informationen sind einfach falsch. Es ist nicht richtig, dass die Mitarbeiter nicht informiert oder beteiligt

worden seien. Sie und auch die Personalvertretung wurden informiert.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, aber falsch! –
Licht, CDU: Aber mit Halbwahrheiten!)

Wir haben und hatten, wie bereits dargestellt, die Zustimmung der Verbände.

Bezüglich dessen, was ansonsten noch zu dem Landesbetrieb Forsten gesagt wurde, kann ich nur die Bemerkung machen: Mein Gott, sind Sie weit entfernt vom Verständnis für eine moderne Verwaltung!

(Beifall der SPD und der FDP)

Eine Umweltpolitik im Sinn der Nachhaltigkeit braucht den Dialog, die Beteiligung und die Kooperation. Dies bestimmt auch den Stil unseres Hauses und entspricht im Übrigen einem modernen Staatsverständnis. Unsere Politik setzt dabei auf zahlreiche Partnerschaften mit Verbänden, mit der Wirtschaft, mit den Kammern, mit den Gewerkschaften und mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Wir wollen eine Kultur der Zusammenarbeit fördern und ausbauen. Insbesondere mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden besteht eine gute Tradition umfangreicher Zusammenarbeit. Dies soll so bleiben. Gemeinsam werden wir die Umweltpolitik, an deren Erfolgen sie einen großen Anteil haben, im Sinn einer Strategie der Nachhaltigkeit weiterentwickeln.

Auch an dieser Stelle möchte ich eine Korrektur anbringen. Frau Thomas, Sie hatten heute Morgen Unrecht, als Sie sagten, der klassische Naturschutz und die Landespflege seien zu einem Steinbruch verkommen und dienten zur Stopfung der Löcher im Haushalt. Das ist falsch. Seit fünf Jahren, seit 1997, haben wir ungefähr den gleichen Mittelansatz für die Landespflege zur Verfügung. Ergänzt werden die Mittel dadurch, dass wir über 1 Million an Stiftungsmitteln aus der Stiftung für Umwelt insbesondere für den Ankauf von naturgeschützten Flächen zur Verfügung stellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie zitieren sonst so gern den Rechnungshof. Der Rechnungshof hat verlangt, dass wir mit den Geldern aus den Stiftungen keine Doppelförderung betreiben sollen. Daher haben wir uns im Landeshaushalt aus der Ankaufspolitik für Flächen verabschiedet, wiewohl dies im Einzelfall bei Gesamtprojekten, beispielsweise auch im Rahmen der „Aktion Blau“, noch passieren kann.

Meine Damen und Herren, es bestehen Kooperationsvereinbarungen mit den Industrie- und Handelskammern, mit den Handwerkskammern, mit den Ingenieurkammern, mit dem Sparkassen- und Giroverband, mit der Architektenkammer und mit den Hochschulen des Landes. Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist zentrales Element der Vereinbarungen mit diesen Körperschaften.

Die konkreten Projekte, die auch in diesem Haushalt abgebildet sind, reichen von der Qualifizierung von Handwerksbetrieben im Umweltmanagement und bei Umweltdienstleistungen bis hin zu den viel beachteten Aktivitäten auf dem Gebiet der Energieeffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen, wie sie in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Bingen mustergültig auf den Weg gebracht worden sind. Ökologische Produkte und Dienstleistungen zur Marktreife oder zum Marktdurchbruch zu verhelfen, stellt sich jedoch jetzt wieder konkret mit der Umsetzung der Energieeinsparrichtlinie.

Auch das Thema „Energieeffizienz in Industrieanlagen“ steht auf dem Projektekatalog mit ausgewählten großen Unternehmen. Ich bin dankbar für die Grundlagen, die der Haushalt bietet.

Meine Damen und Herren, wir wollen Menschen einbinden. Die Umweltpolitik kann sich dankenswerterweise auf ein großes ehrenamtliches Engagement von vielen Menschen aller Generationen in unserem Land stützen. Ohne dieses wären weder die Erfolge der Vergangenheit noch die Themen der Gegenwart und schon gar nicht die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Ich freue mich außerordentlich über dieses Engagement. Wir werden die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen im Umweltschutz ungeschmälert fortsetzen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Auch die im Tierschutz Tätigen müssen an dieser Stelle erwähnt werden: nicht immer bequem, gut organisiert, mit großer Überzeugungskraft, aber auch mit vielen guten Ideen. Insbesondere dort, wo es um die Entwicklung von Alternativen zu bisherigen Tierversuchen geht, setzen wir zusammen mit den Tierschutzverbänden einen Akzent auch in diesem Haushalt.

Ganz neue Formen der Beteiligung von Menschen werden in den Städten, Gemeinden und Kreisen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 praktiziert und erprobt. Nahezu in jedem Kreis oder in jeder kreisfreien Stadt, in fast jeder zweiten Verbandsgemeinde existieren Beschlüsse und arbeiten Gruppen im Sinn einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung. Die Projekte sind so vielfältig, dass sie aufzuzählen diesen Rahmen sprengen würde. Gerade aus unserem Hause sind diese lokalen Aktivitäten gefordert worden, und sie werden erst recht im zehnten Jahr nach Rio eine besondere Unterstützung und Auszeichnung erhalten.

Herr Licht, auch auf diesem Gebiet ist es so einfach, sich zu informieren, wenn man nur die Unterlagen liest, die Sie erhalten haben. Die Projektmittel haben Sie richtig aus dem Haushalt ersehen. Sie belaufen sich insgesamt auf 500.000 Euro. Wir haben eine Liste erstellt, die sich auf bereits geplante Projekte in einer Größenordnung von 350.000 Euro bezieht. Schließlich haben wir erst Anfang März, und der Rest ist für dieses und das nächste Jahr noch nicht verplant. So einfach ist

das. Das steht im Übrigen auch in den Unterlagen, die Sie erhalten haben.

(Beifall der SPD und der FDP –
Licht, CDU: So einfach kann
man es sich machen!)

Die Agenda 21, wie sie in Rio de Janeiro verabschiedet worden ist, verlangt insbesondere die Beteiligung von zwei Gruppen: die der jungen Menschen und die der Frauen. Insbesondere die Landfrauen spielen vor Ort und über die Landesverbände eine aktive und motivierende Rolle. Lebensentwürfe von Frauen und ihre Erwartungen an kommunale Infrastruktur wie Verkehr, Versorgung, Wohnen, Schulen, Kindergärten und Freiflächen sowie an die Gemeindeentwicklung insgesamt werden in einem nie dagewesenen Umfang diskutiert.

Dies ist Gleichstellungspolitik vor Ort. Darin steckt die Chance, ganz natürlich und selbstverständlich zu einem umfassenden Politikansatz eines Gender Mainstreaming zu kommen. Nachhaltigkeit und Gender Mainstreaming, welche verlangen, alle Organisationen, Entscheidungen, Prozesse und Ressourcen unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit und der Auswirkungen auf Männer und Frauen zu diskutieren, sind keine Gegensätze, sondern sie ergänzen sich. Wir wollen die Forderung insbesondere in solche Projekte lenken, die diese Ansätze unterstützen. Es gibt auch ein sehr erfreuliches ressortübergreifendes Engagement mit Frauenministerin Doris Ahnen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Naturschutz ins 21. Jahrhundert zu bringen, ist programmatischer Schwerpunkt in unserem Haus. Der Naturschutz des 20. Jahrhunderts hatte zweifellos Erfolge. Er stößt aber fast systemimmanent – Herr Dr. Braun, ob Sie es glauben oder nicht – an seine Grenzen, wo er ausschließlich auf den Schutz durch Verzicht auf Nutzung setzt. Sie haben das eben wieder mit dem Stichwort des originären Umweltschutzes bestätigt, der Naturschutz quasi verstaatlicht und mit einem hohen Maß an Bürokratie einhergeht. Nicht die Nutzung, sondern der Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche und die Zunahme von Brachen stellen uns vor eine neue ökologische Herausforderung im Natur- und Artenschutz.

(Beifall bei SPD und FDP –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Unterstellen Sie mir nicht
solchen Quatsch!)

Ein moderner Naturschutz muss ein Interesse an der Bewirtschaftung haben. Naturschutz durch Nutzung ist sicherlich ein Thema.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das wissen wir doch!)

Naturschutz in der Fläche braucht die Landwirte, die Winzer und die Waldbauern. Mit über 13 Millionen Euro fördern wir im Doppelhaushalt eine umweltverträgliche Landwirtschaft. Es gilt – ganz im Sinn der Nachhaltigkeit –, den Naturschutzansatz mit den ökonomischen

und sozialen Interessen der in der Fläche tätigen Landwirte, der Winzer, aber auch der Waldbauern zu verknüpfen. Im Interesse des Naturschutzes gilt es, Bündnisse zwischen Landespflege und den Produzenten zu knüpfen. In diesem Sinn wird der Naturschutzdialog von uns fortgesetzt werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich komme zum Stichwort „Verbraucherschutz“. BSE ist zum Synonym einer agrarindustriellen Landwirtschaftspolitik, überwiegend der Europäischen Union, geworden, in der der einzelne Landwirt oft mehr Opfer als Täter war. Mit einem ganzen Maßnahmenpaket – vom Verbot der Tiermehlverfütterung über Entfernung von Risikomaterial aus dem geschlachteten Rind bis zur Testung aller Tiere ab 24 Monaten – haben wir das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher wiederhergestellt.

Ich kann auch sagen, wir haben den Landwirten, den Kammern und der Tierseuchenkasse angeboten, dauerhaft 1 Million Euro zur Verfügung zu stellen, um die BSE-Folgekosten für die Betroffenen abzumildern. Ich bin zuversichtlich, dass wir erst recht nach den jüngsten Gesprächen mit dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer dahin kommen, dass die Tierseuchenkasse und ihre Gremien möglichst bald die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Der Haushalt unseres Ministeriums setzt einen klaren Schwerpunkt auf Dienstleistungen und Ressourcen für den Verbraucherschutz und die Verbrauchersicherheit. Das Vertrauen in die pflanzlichen und tierischen Produkte unserer Landwirte ist im Übrigen auch ein Schlüssel für die Zukunftschancen unserer Landwirtschaft insgesamt.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Thema „Elektromog“ sagen. Die Diskussionszeit reicht heute sicher nicht aus, um dies umfassend zu diskutieren. Ich gebe jeder Rednerin und jedem Redner Recht, es ist ein Thema, weil es auch als Thema in der Bevölkerung gesehen wird. Nur zu messen, bedeutet keine Sicherheit.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nichtmessen aber auch nicht!)

Herr Dr. Braun, ich habe jetzt erstmals verstanden, was Sie sich unter einem Messprogramm vorstellen. Dass Sie dort messen wollen, wo Menschen Befürchtungen haben, dass sie einer extrem hohen hochfrequenten Strahlenexposition oder Exposition elektromagnetischer Wellen ausgesetzt sind, ist richtig, Herr Dr. Braun. Genau dies tun wir. Dies machen die Messtrupps des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir gehen den Wünschen nach. Ich gebe Ihnen in vielen Punkten Recht und teile auch die Sorgen, die manche Menschen haben.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deshalb sind sie doch berechtigt!)

Nur, ich möchte nicht durch ein irgendwie geartetes Messprogramm den Anschein erwecken, als würden die Menschen mehr durch die UMTS-Antennen belastet als tatsächlich vielleicht durch Handys, durch Computer oder durch Haushaltsgeräte, die in der unmittelbaren Nähe wesentlich höhere Belastungen haben. Wir müssen dort ehrlich miteinander umgehen und eine umfassende Verbraucherinformation machen. Das ist durch ein Messprogramm so nicht darzustellen. Wir werden aber Sie, das Parlament und die Ausschüsse, weiter mit diesem Thema von unserer Seite aus beschäftigen.

Nicht eine Frage des Verbraucherschutzes, sondern der Tiergesundheit ist die Schweinepest bei Haus- und Wildschweinen. Die Landesregierung ist sich der bedrohlichen Situation der Schweine haltenden Landwirte durchaus bewusst. Es wurde eine Reihe von tiersuchenrechtlichen und jagdlichen Maßnahmen getroffen, um die Schweinepest sowohl bei Haus- als auch bei Wildschweinen zu bekämpfen. Die Impfung des Schwarzwildes in der Eifel und im Hunsrück trägt dazu bei, den Infektionsdruck, der von den Wildschweinen ausgeht, zu reduzieren. Die Summen sind genannt worden. Pro Jahr sind 1,5 Millionen Euro veranschlagt, um ein europaweites einmaliges Impfprogramm auf die Beine zu stellen. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen bedanken, die vor Ort dazu beitragen, dies auch tatsächlich in der Fläche umzusetzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es geht auch nicht nur um die Frage der finanziellen Hilfe. Das Wichtigste vor Ort ist, dass wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, dort, wo jeder und jede Verantwortung hat. Das sind in einem hohen und noch besseren Maß die Bauern im Sinn einer Vorsorge vor einer Übertragung der Infektion in ihren Ställen. Das sind die Jäger, wenn es darum geht, tatsächlich die Wildschweinbestände zu reduzieren. Das sind ebenso der Kreis mit seiner Infrastruktur und die Kreisveterinärämter mit einer noch zu verbessernden Aufklärungspolitik vor Ort.

Es sind auch wir – wir stellen uns nicht aus der Verantwortung –, indem wir zum Beispiel Ressourcen für solche Impfungen zur Verfügung stellen. Erst zusammen werden wir, wenn alles greift, eine Chance haben, diese Situation tatsächlich in einem absehbaren Zeitraum – ich spreche hier nicht von Monaten, sondern wahrscheinlich von Jahren – zu bewältigen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, das berufliche, aber besonders das persönliche Schicksal dieser Menschen und ihrer Familien hat uns tief berührt. Herr Billen, in diesem Punkt braucht kaum noch jemand eine Aufklärung. Der Ministerpräsident war vor Ort. Ich war in den letzten Monaten ebenfalls zweimal dort. Die Signale sind heute Morgen in der Erklärung des Ministerpräsidenten ganz deutlich gemacht worden. Wir werden die Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen.

Ich bedanke mich auch ausdrücklich für die Unterstützung aus den Reihen der Koalition und für die zusätzliche Mittelbereitstellung.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollten es doch erst nicht! –
Lewentz, SPD: Das war jetzt unnötig! –
Billen, CDU: Danke!)

– Herr Billen, wir haben gesagt, wir lassen die Menschen nicht allein. Wir helfen ihnen und unterstützen sie. Wir haben mittlerweile ein Paket geschnürt, welches die Bauern und auch die Vertreter der Verbände kennen. Der Ministerpräsident hat heute Morgen in seiner Rede, genauso wie eben Monika Fink, noch einmal Akzente deutlich gemacht. Herr Billen, ich möchte mich zu dem, was Sie gesagt haben, gar nicht groß äußern.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Billen, CDU: Schade!)

Unser Paket wird auch in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsressort so sein, dass es das Beihilferecht nicht verletzt. Damit wäre letztendlich niemandem, schon gar nicht den Bauern, gedient.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Billen, ansonsten steht Ihre Aufgeregtheit hier am Pult in einem eklatanten Gegensatz zu Ihrem bisherigen Engagement in dieser Frage.

(Keller, CDU: Wer war
hier aufgeregt?)

Sie sind als Abgeordneter weder in meinem Haus noch im Hause des Kollegen Bauchhage in dieser Frage vorstellig geworden. Man muss aufpassen, ob man nicht gegebenenfalls – in meiner Heimat sagt man – das Maul hält und vom Rednerpult geht.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Thema. Es geht um das Thema „Kulturlandschaften und regionale Räume“. Es sind die Kulturlandschaften, die unsere Regionen prägen. Dort wird Umwelt erlebbar. Es gibt Werbekampagnen, zum Beispiel wie „Die Region schmecken“. Diese verbinden Vermarktung regionaler Produkte mit Lebensqualität. Sie fördern die Identität in den Regionen und mit den Regionen. Wir wollen auch von unserem Ressort her die Regionen stärken, indem wir Kulturlandschaften erhalten und fördern, indem wir die Landwirte und Winzer auch in den Grenzertragsflächen unterstützen. Beispielhaft sei das Mittelrheinprogramm genannt. Es unterstützt im Übrigen den Anspruch, den Mittelrhein als UNESCO-Weltkulturerbe auszuschreiben.

Mit den Landwirten, den Winzern und den Kommunen beiderseits des Rheins werden Maßnahmen zum Erhalt der hochattraktiven Landschaft, der Natur und der Artenvielfalt verbunden mit wirtschaftlicher Entwicklung und touristischer Infrastruktur und Angebote entwickelt. Solche Projekte bieten die Chance, das Verständnis zwischen Natur, Land- und Forstwirtschaft zu fördern.

Das grenzüberschreitende Biosphärenreservat Nordvogesen/Pfälzerwald wird ebenfalls regionaler Entwicklungsschwerpunkt sein. Das größte zusammenhängende Waldgebiet Europas bietet einen hoch attraktiven Naturhaushalt, der auch Lebensraum für viele wilde Tierarten ist. Sie wissen, dass Luchs und Wanderfalke dort wieder angesiedelt worden sind. Zusammen mit den regionalen und ortstypischen Bildern, den Burgen und Schlössern sowie den Felsformationen ist ein großes Potenzial für Tourismus und Wertschöpfung in der Region vorhanden. Wir wollen es auch mit unsern Projekten stärker erschließen und entwickeln.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist schon gesagt worden, der Umwelthaushalt ist ausgesprochen investitionsstark und liegt mit 36 % deutlich über dem Gesamthaushalt. Förderschwerpunkt ist weiterhin der Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsmaßnahmen. Wir wollen das Ziel, den ländlichen Raum vollständig mit leistungsfähigen Abwasserbeseitigungsanlagen zu versorgen, möglichst bald umsetzen.

Der zweite Investitionsschwerpunkt ist der Hochwasserschutz. Auch in diesen Projekten stecken Chancen für die betroffenen Regionen, wie bei dem Modellvorhaben „Ingelheimer Aue“ beispielhaft vorgestellt wurde. Unter umfassender Beteiligung wurde ein Entwicklungskonzept entworfen, welches naturnahe Oberflächenwasser, Überschwemmungsräume und lebendige Biotop mit Erlebnisflächen und umweltverträglicher Erschließung verbindet. Das geschieht beispielsweise durch Radwege. So entsteht eine einzigartige Auenlandschaft und eine touristische Attraktion.

Ich wünsche, dass dieses Modell auch im weiteren Verlauf der Hochwasserschutzmaßnahmen am Oberrhein Schule macht. Zum Hochwasserschutz haben wir uns, nicht nur in den internationalen Abkommen mit unseren Nachbarländern, verpflichtet. Hochwasserschutz bedeutet auch mehr Sicherheit für die betroffenen Menschen entlang des Rheins, aber auch der Mosel, der Saar, der Lahn, der Sieg und der Nahe. Er funktioniert nur, wenn Oberlieger in Solidarität mit Unterliegern handeln. Jeder Oberlieger weiß, dass er auch irgendwo Unterlieger ist.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich werbe für die Akzeptanz für die Hochwasserschutzprojekte vor Ort. Die beträchtlichen Mittel werden nicht nur eingesetzt zur Minimierung von Hochwasserschäden durch Stärkung der Hochwasserrückhaltefunktion oder durch Wiederbelebung von flussaueotypischer Biotopstruktur, sondern gehen auch einher mit der Verbesserung der Erholungsfunktion und der nachhaltigen Sicherung einer raumverträglichen Landwirtschaft. Im Rheinauenprogramm, das mit intensiver Beteiligung vor Ort umgesetzt wird, steckt eine Entwicklungschance für die Gemeinden am Oberrhein.

Meine Damen und Herren, nachhaltige Umweltpolitik ist Teil einer modernen Entwicklung unseres Landes. Dies wird auch unterstrichen durch die Projekte des Ministeriums auf dem Gebiet der Ökoeffizienz und der Entwick-

lung regenerativer Energien. Ich will die Diskussion nicht wiederholen. Windkraft ist eine regenerative Energie.

(Beifall bei SPD und FDP)

Insbesondere Biomassen, wie der nachwachsende Rohstoff Holz, bieten erhebliche Potenziale, um CO₂-neutral eine klimaverträgliche und nachhaltige Energieversorgung zu entwickeln.

Der Oberrheingraben hat enorme Potenziale an Geothermie, mit der emissionsfrei Strom und Wärme erzeugt werden kann. Wir haben die Chance, gemeinsam mit den Energieversorgern und der Industrie, mit Unterstützung der Bundesregierung und der Europäischen Union, die Vorderpfalz zur Referenzregion für Geothermie in Deutschland zu machen. Diese Chance wollen wir zusammen mit unseren französischen Nachbarn nutzen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Brennstoffzelle entwickelt sich hervorragend. Sie erhält Förderung aus mehreren Ressorts der Landesregierung. Zusammen mit den Kammern, den Hochschulen und den Unternehmen im Land wollen wir ein Netzwerk Brennstoffzelle aufbauen, um dieser neuen und effizienten Zukunftstechnologie zur Marktreife zu verhelfen. Dies unterstreicht einmal mehr: Umweltschutz hat erhebliche Innovationspotenziale, stärkt den Standort, erhält und schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich zum Schluss für die Unterstützung aus dem Parlament und für die konstruktiven Anträge zu unserem Etat bedanken. Ich möchte mich im Übrigen auch bei vielen ungenannten Mitarbeitern im Ministerium und den nachgeordneten Behörden bedanken. Ich nehme einen Bereich heraus. Die Mitarbeiter des Veterinärwesens, der Tiergesundheit leisten zurzeit fast Unmenschliches.

(Beifall bei SPD, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Aber alle dienen und unterstützten die Ziele unseres Hauses vom Verbraucherschutz bis hin zum großen Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Sie wissen, wir haben hierzu weltweit und regional keine Alternative.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass die Umweltministerin 28 Minuten geredet hat, so dass jeder Fraktion noch acht Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, was Sie von Parlamentariern der Opposition halten, haben Sie in Ihrer Begrifflichkeit, wie Sie Leute bezeichnen, dargestellt.

(Zuruf von der SPD: Sie hat doch Recht!)

– Das ist eine Darstellung Ihres Charakters. Darauf möchte ich nicht näher eingehen, das lohnt nicht.

(Hartloff, SPD: Verallgemeinern tun wir das nicht!)

Ich möchte ein Beispiel nennen. Im Rahmen einer suchtenprophylaktischen Maßnahme hat Ihre Vorgängerin mit dem Landrat des Kreises Bitburg-Prüm telefoniert.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Auch gut.

Der Landrat hat pflichtgemäß gesagt, in meinem Dienstzimmer ist der Abgeordnete Billen, kann er im Raum bleiben. Die Ministerin hat Nein gesagt, sie lege Wert darauf, dass es ein Dienstgespräch sei. So viel sage ich zum Umgang.

(Zurufe von der SPD)

– Ganz langsam, so viel sage ich zum Umgang miteinander und zum Vertrauen, es braucht sich doch keiner zu wundern, dass ich nicht mehr im Umweltministerium anrufe. Ich habe es nicht nötig.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, beim besten Willen nicht.

Sie müssen sich einmal in Bitburg bewegen.

Sie müssen einmal die Anzahl der Gespräche, die zwischen Bauern, Jägern – der beschworenen Gemeinsamkeit hier – und dem Abgeordneten Billen geführt worden sind und was daraus entwickelt worden ist. Glauben Sie, wir hätten da gesessen und die Hände in den Schoß gelegt?

(Zurufe von der SPD)

Noch viel interessanter ist, dass man mir in Bitburg vorwirft, ich würde nichts sagen, weil dort gestreut wird „Der lässt sich nicht sehen“, weil wir tätig sind um zu helfen und nicht, um zu maulen, und hier genau der Gegenwurf aufgebaut wird. Ich finde das immer eine hochinteressante Sache.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Zweiten. Wir wollen doch in der Sache weiterkommen. Frau Ministerin, es ist wirklich nicht hilfreich, wenn man die Gemeinsamkeit beschwört, von der ich in dieser Frage sehr viel halte, und dann sagt: Ich mache aber Gespräche, da werden bestimmte Leute ausgeschlossen.

(Kramer, CDU: So ist es!)

Das können Sie so machen. Das ist Ihr Problem. Aber dann ist keine Gemeinsamkeit oder nicht der Wunsch zur Gemeinsamkeit vorhanden. Insofern meine herzliche Bitte, bleiben wir in der Sache. In der Sache ist es relativ einfach. Wir müssen mit den Jägern, mit den Bauern und mit der Veterinärbehörde zusammenarbeiten. Wenn Sie Ihrer Veterinärbehörde danken, dann sage ich, kommen Sie einmal in den Kreis Bitburg-Prüm ins Krisenzentrum, und dann sehen wir uns einmal an, unter welcher Belastung die stehen und dass die bei dem Krisenzentrum mittlerweile zusammen so viel Überstunden gemacht haben und dort durch die Kommunalisierung mittlerweile wirklich Veterinäre fehlen. Wir haben da nur drei, und andere leihen auch keine mehr aus, weil sie keine mehr haben.

(Lewentz, SPD: Sie haben doch Verstärkung aus anderen Kreisen bekommen!)

– Ja klar, aber jetzt kommt keiner mehr.

(Glocke der Präsidentin – Lewentz, SPD: Haben! Das kann man doch auch einmal sagen!)

– Was denn? Das habe ich doch gesagt. Insofern sollten wir denen auch danken, weil sie eine riesige Belastung haben. Ich sage Ihnen, ihr könnt hier schreien, soviel ihr wollt, und Pakete schnüren und versuchen, Politik daraus zu machen, helfen können wir wirklich nur gemeinsam. Da könnt ihr ruhig zuschlagen, wenn wir auf der anderen Seite dabei Hilfe heraus bekommen. Die Hilfe kam. Das ist das Hochinteressante, angeblich nichts gemacht – – –

(Frau Spurzem, SPD: Sind die drei Minuten nicht bald herum?)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Billen, Sie müssen zum Schluss kommen.

Abg. Billen, CDU:

Ist das nicht die normale Redezeit der CDU?

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Die drei Minuten sind vorbei. Wenn das der letzte Satz ist, bitte.

Abg. Billen, CDU:

Wer hat denn im Ausschuss den Antrag gestellt, und wer hat denn die Gemeinsamkeit hergestellt? Frau Kiltz ist da mit Zeugin. Da kam es doch her, und dann sagen, die anderen hätten nichts gemacht. Frau Ministerin, versuchen Sie, bei der Wahrheit zu bleiben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich weiß, alle wollen in den Keller und ein Bier trinken. Ich mache es kurz.

(Hartloff, SPD: Ich hoffe, Du auch!)

Es ist gut, dass die Landesregierung im Rahmen dessen hilft, was die EU zulässt. Es wird Unterstützung angeboten durch Stundung von Darlehen, Stundung von Steuerschulden und neu auch Unterstützung bei der Förderung von Versicherungen. Herr Beck, ich möchte aber, um einmal in Ihrem Duktus zu reden, doch sagen dürfen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hier zum Jagen getragen werden mussten. Ich komme einmal kurz zur Genese.

(Beifall bei der CDU – Billen, CDU: So ist es!)

Wir hatten eine Agrarausschusssitzung im November. Die CDU legte einen Antrag vor, der missverständlich und unkonkret war. Dieser ist abgelehnt worden, auch von mir. Die Landesregierung hat daraufhin zugesagt, sie prüft, ob wirklich Betriebe existenziell betroffen sind, und sie prüft, ob sie im Rahmen dessen, was die EU zulässt, helfen kann.

(Staatssekretär Glahn: Und sie hat geholfen!)

Dann gab es das erneute Auftreten von Wildschweinepest in der Eifel,

(Billen, CDU: Schweinepest!)

von Schweinepest in der Eifel. Dann gab es die Sondersitzung auf Antrag der „Wir retten die Bauern“-Partei – sage ich jetzt einmal –. Die haben dann auch ihren Antrag vom November unverändert recycelt, und die SPD hat als Gegenantrag zu Papier gebracht, was die Landesregierung im November schon zugesagt hatte. Beides war ziemlich lächerlich, muss ich sagen.

Wir haben es dann zum Glück geschafft, in diesem Ausschuss einvernehmlich zu regeln – – –

(Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

– Doch, Friederike. Friederike Ebli, es war beides nicht besonders förderlich für die Sache. Wir haben es dann im Ausschuss immerhin hingebracht.

(Frau Ebli, SPD: Selbst nichts eingebracht!)

Frau Kollegin Ebli, ich finde es gut, dass wir einvernehmlich und nicht in Konkurrenz, wer jetzt der bessere Bauernretter ist, sondern dass wir einvernehmlich im Ausschuss hinbekommen haben, dass die Landesregierung gesagt hat: So, wir machen das jetzt auch, was wir

im November zugesagt haben, zu prüfen. Wir stunden die Darlehen. Wir machen das auch mit der Stundung der Steuerschulden.

Jetzt sind nach dem Besuch des Ministerpräsidenten in der Eifel nun anscheinend auch noch die 250.000 Euro für Präventivmaßnahmen herausgekommen. Ich finde es gut, dass das alles passiert, aber ich finde es nicht gut, wenn dann jemand sagt: Das war unser Ding. Das haben wir von Anfang an gewollt. – In diesem Fall musste wirklich deutlich nachgeholfen werden. Das wollen wir doch einmal festhalten, weil alles andere Geschichtsfälschung wäre.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt nur gemeldet, weil wir uns in der Vergangenheit bewusst waren, es geht um ein Thema, wenn wir über BSE reden, und jeder, der die Betroffenheit – die war auch aus Ihren Schilderungen deutlich – mitbekommen hat, weiß, dass das kein parteipolitisches Thema ist und von uns zu keinem parteipolitischen Thema gemacht worden ist. Wir haben alle miteinander – davon haben Sie in der Presse nichts gelesen – Gespräche vor Ort geführt. Es gibt Zeiten, in denen man draußen in der Öffentlichkeit darüber berichtet und Leute in ihrer Notsituation hochbringt, es gibt aber auch Zeiten, in denen man interne Gespräche führt, ohne dass man das hinterher an die große Glocke hängt.

Unser Anliegen war Folgendes: Jemand, der so in der Bedrängnis ist – – – Es gibt keine schlimmere Situation; ich habe sie seit zwei Jahren dabei erlebt, sowohl aus Sicht der betroffenen Bauern, aber auch aus Sicht derer, die sagen: Können wir helfen oder nicht? – Dann beschimpfen Sie den Kollegen Billen – ich sage das jetzt einmal, ich war bei einer Veranstaltung mit Bauern, Bauernpräsidenten und Bauernführern dabei –, weil er beide Positionen wahrzunehmen hat, die des Bauern wie die des Jägers, und er sagt: Wir können nicht mehr bieten. –

Unser Antrag vom November – Entschuldigung, ich erlaube mir auch noch unseren eigenen Antrag zu nennen –, er ist nicht erst vom November. Wir haben das bereits im Herbst diskutiert. Da haben wir gesagt: alle Möglichkeiten für existenzgefährdete Betriebe, für keinen anderen. – Dann weiß man ganz genau, dass es um die geht, die wirklich der Not am meisten bedürfen. Da ist unisono, kalt lächelnd – Entschuldigung, das sage ich dann auch heute – im Ausschuss gesagt worden: Über was redet ihr? – Schweinepest war Gott sei Dank zu diesem Zeitpunkt kein enormes Thema mehr. Nur, wer ein bisschen Ahnung von der Sache hatte, wusste, das wir es noch nicht hinter uns haben. Das haben Sie richtigerweise gesagt. Es kann dabei noch Jahre dauern. Es

ist abgelehnt worden. Exakt derselbe Antrag mit demselben Inhalt, nur mit anderen Worten, ist jetzt Gott sei Dank gemeinsam noch einmal verabschiedet worden, weil es eine andere Zeit war und die Landesregierung dann plötzlich erkannt und gesagt hat: Wir helfen natürlich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.

(Mertes, SPD: Sie wollten die Hilfe schon vor dem Problem!)

Nichts anderes haben wir im Prinzip gefordert. Ich bitte nur darum, dann nicht in einer schneidigen Form Abgeordneten zu sagen, ihr seid weder in diesem Ministerium noch in jenem Ministerium gewesen. Unser Platz war im Ausschuss. Da haben wir Sie bereits vor einem halben Jahr gefordert, und Sie haben nicht reagiert. Es geht nicht darum, wie viele Besuche man im Ministerium macht, sondern ob man wirklich vor Ort hilft. Manchmal hilft es nicht allein, dabei nur große Töne von sich zu geben.

Ich hätte gern heute auch noch – aber die Diskussion führen wir an einem anderen Platz – über den Dialog gesprochen, den die Landesregierung dann mit uns Bauern führt. Bei mir ist bis zum heutigen Tag keinem einzigen – Sie haben das heute bewusst ausgeklammert: Vogelschutzgebiete und vieles andere; kein Wort haben Sie dazu gesagt, das wird in den nächsten Tagen wohl irgendwann verabschiedet – meiner Bauern in meinem Ort – ich bin unmittelbar betroffen – bekannt, was geplant ist, was möglich ist, wie eine Entschädigung aussieht, was unter einem Managementplan und vielem anderen zu verstehen ist. Kein einziger Bauer weiß das. Wenn das der Dialog mit dem Bürger ist, den ich lobe, dann sind das Worthülsen und nichts anderes.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Mein Gott!)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich dachte ich, es ist schon alles gesagt. Ich bin dann doch erstaunt, dass die CDU-Kollegen absolut nicht damit leben können, dass diese Landesregierung reagiert hat, dass sie geholfen hat.

Dass sich Frau Kollegin Kiltz als Retterin einer Gemeinsamkeit oder Initiatorin einer Gemeinsamkeit feiern lässt, ist sicherlich lobenswert. Aber Fakt ist doch, dass von den GRÜNEN diesbezüglich überhaupt nichts eingegangen ist. Es hat eine Sondersitzung stattgefunden.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hielten es für wichtig. Wir haben unseren eigenen Antrag dazu eingebracht, weil wir die Sorgen um die betroffenen Betriebe und Existenzen teilten. Wir haben gemeinsam mit den beiden Ministerien versucht, Hilfen

im Rahmen des Möglichen und der Legalität auf den Weg zu bringen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dass Frau Kiltz dann sagt, bitte versucht einen gemeinsamen Antrag, hat dazu geführt, dass wir uns zu diesem gemeinsamen Antrag zusammengerauft und diesen auf den Weg gebracht haben.

Es ist doch wirklich nichts Ehrenrühriges, wenn es um solche Existenznöte geht. Ich denke, das haben wir prima hingekriegt, und bitte lebt damit. Es ist eine gute Sache, und wir helfen, wo es nur geht, um den gefährdeten Betrieben zu helfen und diese zu unterstützen. Es ist niemand in seiner Ehre verletzt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Beratung des Einzelplans 14 – Ministerium für Umwelt und Forsten – beendet.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie, wenn Sie möchten, alle Unterlagen liegen lassen können. Es bleibt alles so, wie es ist.

Dann möchte ich Sie zur 20. Plenarsitzung morgen um 8:30 Uhr einladen.

Ich schließe die Sitzung.

E n d e d e r S i t z u n g : 20:52 Uhr.